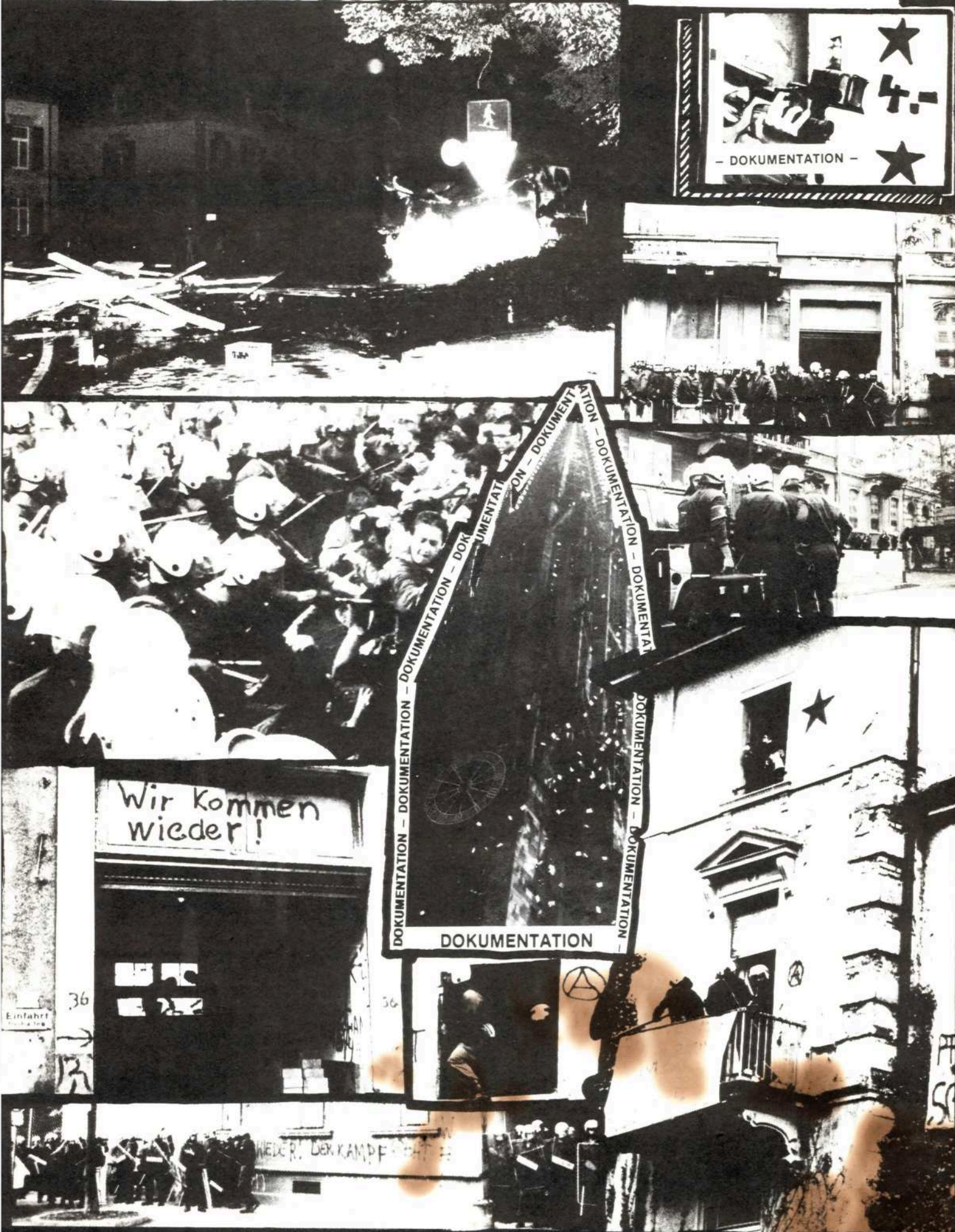


Was allen Freiburgern gerade noch gefehlt hat:



sie zerschlagen unsere strukturen
wollen ein zusammenkommen von vielen verhindern
dies festigt aber nur unseren willen
hier
zusammen zu kämpfen!

die vorliegende dokumentation über die jüngsten ereignisse in freiburg, will anhand umfangreicher materialien versuchen, einen überblick über die zusammenhänge der letzten konfrontationen breiter zu vermitteln. es geht aber auch darum, die nachrichtensperre (bzw. verfälschung/entpolitisierung, gerade auch in der taz) zu durchbrechen, die ein zusammenkommen von kämpfern in verschiedenen städten verhindern soll. es ist wichtig, sich der gleichzeitigkeit von auseinandersetzungen bewusst zu sein. revolutionäre entwicklungen/bestrebungen dürfen nicht auf städte/provinzen begrenzt bleiben. wir müssen versuchen eine vereinheitlichung der kämpfe gegen den lethargisch machenden, unterdrückerischen, patriarchisch-kapitalistischen alltag zu erreichen - einen austausch der verschiedenen kämpfe und deren inhaltliche auseinandersetzung gegen die medienmonopole der HERRschenden durchsetzen. es ist beschissen wenn ihr nicht oder verfälscht mitkriegt was hier läuft. genauso wenn wir kaum mitkriegen was in andern städten/gegenden läuft (dass z.b. in bonn und städten im ruhrgebiet, solidaritätsaktionen zu hier gelaufen sind). berlin und freiburg sind von schlägernden kapitalistenknechten-truppen besetzt. in köln und frankfurt wurden häuser besetzt und geräumt. in titisee besetzt, in kiel geräumt. um die hafenstrasse tut sich was (für uns sehr diffus; reemtsmaverhandlungen-räumungsmoratorium-wiederbesetzung-verbarrikadierung...???)!

und der kampf um unsere strukturen steht in zusammenhang mit x-anderen anstehenden/notwendigen auseinandersetzungen und kämpfen, die bereits laufen oder angegangen werden müssen. kämpfen wir darum, die verschiedenen ansätze und ebene des widerstandes zusammenzubringen. weg von der "alten" bewegungs-/teilerbereichspolitik, hin zum aufbau revolutionärer strukturen und kontinuierlicher praxis.

jetzt eine genauere politische einschätzung zu den freiburger-ereignissen abzugeben ist noch zu früh (und ist auch nicht aufgabe einer dokumentation). die diskussionen haben gerade erst angefangen. auch wir waren/sind überrascht, wieviel gelaufen ist die letzten wochen, dass so etwas wie eine kleine bewegung entstanden ist. die situation hat lang gärende konflikte um verschiedene politische ansätze erneut zu tage treten lassen. viele offene fragen stehen an. konsequenzen sind zu ziehen und auch zu vermitteln. die diskussionen haben angefangen und werden, an anderer stelle, weitergeführt und vermittelt werden müssen. für einen langen atem!

wir haben genau gewusst, dass wir die häuser jetzt nicht halten können, ohne die politische bestimmung unter das diktat der HERRschenden zu stellen. genau deshalb wurde zu pfingsten die initiative ergriffen.

dass sich pfingsten in (relativ) breite kreise der "linken"-scene nicht vermitteln liess, spricht nicht für die "entpolitisiertheit" der aktionen, sondern für die unterschiedliche interessenlage hier gegen patriarchat, kapitalismus und imperialismus zu kämpfen. hier zu kämpfen heisst auch - selbst einen bruch zu vollziehen, sich dem kapitalistischen kommando verweigern und in allen bereichen der existenziellen unterwerfung (schule, uni, knast, sozi, arbeitsamt, maloché... auch als mieterInnen...) revolutionäre organismen aufzubauen, politische propaganda zu leisten. dies steht nicht im widerspruch dazu, auf der strasse (z.b. auch im eigenen ghetto) gegen die schweine zu kämpfen, ihre projekte oder verwerflichen auswüchse anzugreifen. die strasse ist immer auch ein wichtiges element der praktischen politischen vermittlung. es ist z.b. bezeichnend, dass die aktionen zu pfingsten, jugendliche in bestimmten stadtteilen eher angetört hat, während ein teil der scene nun um ihre projekte bangt - und jetzt im widerstand gegen die räumungen und stadtentwicklung ausklammert, was zu pfingsten auf der strasse aufgebrochen ist! pfingsten war weder politisch klar bestimmte (klein-)gruppenaktion noch riot!! politisches ziel war, die momentane ruhe, die anscheinende befriedung, den pseudo-sozialen-frieden zu durchbrechen - den preis für die anstehenden räumungen in die höhe zu treiben!!

wenn die unterdrückten gewalt anwenden
beginnen sie keine neue kette von gewalttaten
sondern zerbrechen
die HERRschende gewalt!

es ist gut, dass sich so viele leute auf den demos treffen, abends im cafe bullenblick (strasse vor der geräumten willi 36) zusammenkommen - irgendwie in bewegung sind. aber es ist gefährlich jetzt in ein repressionsgejammer einzusteigen und die wut und den hass alleine an den räumungen und dem permanenten belagerungszustand, den dauernden eingriffen der sek-totschläger, festzumachen und dabei die eigenen möglichkeiten zu kämpfen, erneut unter die initiative der HERRschenden gewalt zu stellen. es gibt keine rezepte, wie es jetzt zusammen weitergehen kann, es liegt an uns, die ereignisse genauer zu untersuchen und daran, wie wir es schaffen können die initiative wieder zu ergreifen. kontinuierität für die inhaltliche auseinandersetzung und deren praktische umsetzung. pasaremos!

HABT MUT ZU KÄMPFEN!

BULLEN RAUS AUS FREIBURG UND ÜBERALL!

GEGEN PATRIARCHAT, KAPITALISMUS UND IMPERIALISMUS DIE REVOLUTIONÄRE GEGENMACHT AUFBAUEN!
SOFORTIGE FREILASSUNG DER GEFANGENEN VOM 7.6 UND 27.6. UND EINSTELLUNG DER STRAFVERFAHREN!
NIEDER MIT DER KLASSENJUSTIZ!

SOLIDARITÄT UND POWER FÜR DIE GEFANGENEN IN FREIBURG, BERLIN UND ALLE KÄMPFENDEN GEFANGENEN
IN DEN NATO-KZ's!

DOKUMENTATION
zu beziehen über:
CAFE BULLENBLICK
c/o BUCHLADEN JOS FRITZ
WILLHELMSTRASSE 15
7800 FREIBURG
(porto nicht vergessen)



VIDEO
"der stufenplan"
ein neues video zu
den räumungen der
letzten häuser in freiburg.
16 min.
MEDIENWERKSTATT FREIBURG
KONRADSTRASSE 20
7800 FREIBURG I.BR.

v.i.s.d.p.: bernhard setzer
kajo-eck

7800 freiburg i. br.

2

CHRONOLOGIE DER EREIGNISSE

11. mai ; morgens um halb zehn wird die willi 8 geräumt. (seit über 2 jahren gibt es keine mietverhältnisse mehr, niemand zahlt strom/gas/wasser.) obwohl mit einer razzia (wg. bewohnerInnenfeststellung) oder auch einer räumung gerechnet wurde, waren alle überrascht.
eine woche danach, fängt ein bagger auf dem baugelände an der willi 8 plötzlich feuer.
eineinhalb wochen danach erscheinen in der bz (hiesiges monopol-hetz-blatt) die ersten artikel, die die räumung der willi 36 ankündigen. das verwaltungsgericht beauftragt die stadt, die willi nun zu räumen.
23. mai ; die willi 36 feiert jubiläum. 6 jahre besetzt. nachts um 2uhr stürmen die bullen in den hof, knüppeln, beschlagnahmen teile der musikanlage. alle sind überrascht, nach dem ersten "schreck" werden die bullen rausgeschmissen und draussen auf der strasse vertrieben. das ganze war eine eindeutig provokative räumungsvorbereitung.
25. mai ; grosse vobo-demo in der innenstadt. ca. 4000 menschen. die demo geht ausserplanmässig vor die willi 36, wo es eine solidaritätskundgebung gibt, die auf die anstehende räumung hinweist und fordert: die häuser denen die drin wohnen!
in der zeit danach ist täglich cafe und kuchen im hof und auf dem gehweg vor der willi. eine wandzeitung vor dem haus wird von den "bürgerInnen" nur gelesen, wenn niemand vor dem haus steht, aber aber auch dann nur spärlich.
- pfingsten samstag mittag gibt's einen umzug durch die innenstadt. die bullen beschlagnahmen gleich zu anfang die lautsprecheranlage. ca. 300 leute ziehen laut fordernd durch die cyti; "keine räumung von willi 36, schlossberg 9/11 und wagenburg"! (zu dem zeitpunkt sind vor allem willi und wagenburg akut räumungsbedroht.).
6./7.juni; bereits am nachmittag beginnt in der giessereihalle die 10-jahres-jubiläumsfete von radio-dreieckland.
am abend sollen mehrere bands spielen, die halle ist ziemlich voll (einige hundert leute).
mehrere leute fangen gegen mitternacht an, an beiden seiten der faulerstrasse (ecke schnewlin und vor der geräumten willi 8) barrikaden zu bauen und diese anzuzünden. die anfängliche unsicherheit schwindet bald, immer mehr leute klinken sich ein. viele hindern die feuerwehr daran, die barrikaden zu löschen, halten die bullen (es sind wenige - ganze 24!) auf und schlagen sie in die flucht. ein feuerwehrwagen kriegt einen molli ab. die bullen werfen massiv steine zurück - es gibt einige verletzte. die feuerwehr versucht wasserschläuche gegen die barrikadenkämpferInnen einzusetzen (deshalb werden auch schläuche zerschnitten). einmal gelingt es einem trupp bullen bis aufs grethergelände vorzudringen. nach einem ersten rückzug der leute werden sie aber wieder vertrieben.
für eineinhalb stunden ist das gesamte sanierungsgebiet ("im grün") bullenfrei. tausend (oder noch mehr) leute sind auf den strassen, viele zuschauer jenseits der barrikaden, aber auch viele bei den aktivistenInnen.
das konzert in der giessereihalle wird irgendwann abgebrochen. zum einen weil viele leute raus auf die strasse sind, zum andern auch weil befürchtet wird, dass die bullen bald verstärkung kriegen und auf's gelände dringen. die veranstalter und das "kulturspektrum" sind natürlich sauer, aber auch viele konzertbesucher fühlten sich funktionalisiert, blickten nicht was das alles soll. aber viele fanden es gut, begriffen was sich da ausdrückt, klinkten sich ein. für viele war sicher eine möglichkeit mal aus dem krankmachenden kapitalistischen alltag auszubrechen gegeben, einmal diesen verruchten ächtzstaat in die schranken zu weisen.
- die gesamte baustelle der willi 8 lag als barrikade mit 2 bauwägen aufgetürmt, brennend auf der strasse. es laufen angriffe auf inter-rent, eine autoverleihfirma, die bis pfingsten 87 jeweils ihre autos für häuserräumungen zur verfügung stellte, also an jeder räumung mitverdiente. es gibt auch angriffe auf das statistische amt und die ihk (industrie und handelskammer). die jedoch bei glasschäden bleiben. das auto eines wachmannes, der "vandalismus" auf einer sanierungsbaustelle verhindern sollte, wird in einen graben selbiger gekippt. irgendwann wird noch eine shell-tankstelle geplündert, wo leute den alk teilweise saufen aber auch vernichten. einmal gelingt es fast eine wanne zu erobern, die die bullen im letzten moment vor der aufgabe retten können. nach eineinhalb stunden ist klar, dass die verstärkung bald da ist. es erfolgt ein taktischer rückzug, der trotz mehrmaliger aufforderung von vielen nicht befolgt wird.
trotzdem werden nur 2 leute festgenommen, einer kommt bereits am nächsten tag frei. ein 17-jähriger schüler aus dem umland (den leider niemand kennt) sitzt seither wegen schwerem landfriedensbruch u.a. in u-haft.
7. juni ; tausende touristen und spaziergänger flanieren trotz pisswetter durch die willhelmstrasse. der autoverkehr war noch nie so stark. alle ziehen sie sich die kampfpplätze der vorangegangenen nacht rein, sehr viele lesen nun gierig die wandzeitung vor der willi 36.
9. juni ; die medienhatz beginnt (siehe doku.).
die woche über regelmässig kaffee und kuchen vor der willi. viele leute sind in berlin (reagen). die bullenlagerung beginnt, vergitterte mannschaftswagen an jeder zweiten ecke, fussstreifen. die ersten beiden erklärungen erscheinen (schwere krawalle / distanziert haben wir uns schon lange). teile der scene halten diese entweder für schwach oder gar gänzlich unwahr.
10. juni ; in der willi soll wegen der bevorstehenden räumung ein grossplenum stattfinden. es wird befürchtet, dass das plenum hopps-genommen werden könnte - wannen fahren auf - telefonkette wird ausgelöst. das plenum wird kurzfristig auf die andere strassenseite, in den buchladen, verlegt. es kommen recht viele leute. die atmosphäre ist teilweise arg hitzig. obwohl versucht wird, trotz unterschiedlichster bewertung der pfingst-nacht, gemeinsam zu diskutieren prallen gegensätzliche positionen heftig aufeinander (alle scene-fraktionierungen sind vertreten). einige wollen nur über die anstehende räumung reden, wieder andere wollen die krawalle auf jeden fall thematisieren... als ein stadtratsmitglied der grünen auftaucht (die haben für die räumung der wagenburg abgestimmt, um das kulturprojekt giessereihalle durchzukriegen!), eskaliert die stimmung. für viele ist klar, dass die grünen hier nichts zu suchen haben. einige wollen, dass er die möglichkeit kriegt sich zu den vorwürfen zu verhalten. die wut gegen die integrations- und distanzierungspolitik der grünen ist aber doch so gross, dass der typ rausgeschmissen wird.
revolutionäre positionen wurden auf dem plenum meist arrogant belächelt und mit dummen sprüchen denunziert. es war nicht möglich revolutionäre positionen einzuwerfen, über die dann hätte geredet werden können. so verlief sich das plenum ohne ergebnisse.
12. juni ; um 7uhr wird die willi 36 geräumt und durchsucht (durchsuchungsbefehl wegen verdacht auf beteiligung an den "pfingst-krawallen" und räumung wegen sicherheitslage). bis auf die wohnung des einzigsten legalen mieters, werden alle zimmer zerstört, fenster und durchgang zum hof zugemauert, die treppe über dem letzten mieter rausgerissen. wenn er jetzt aus seiner wohnung tritt, stösst er direkt (abstand; 70cm) an eine mauer; "die einzig sinnvolle mauer in diesem gewölbe, denn sie bewahrt mich davor ins treppenhaus zu stürzen".
den ganzen tag über bleibt die willhelmstrasse gesperrt.
da die stadt nun auch die räumung des schlossberg 9/11 vorbereitet und auf die tagesordnung der nächsten gemeinderatssitzung nimmt, wird zu einer kundgebung und demo am 16. vor dem rathaus aufgerufen.
nach dem wochenende erscheint eine weitere erklärungen (zusammen kämpfen) die die pfingstereignisse in einen revolutionären/internationalistischen zusammenhang stellt. wegen ihrer verbalen nähe zur guerilla, wird die erklärungen von teilen der scene als bullenprovokation gedeutet.

16. juni ; um 17uhr, während der gemeinderat drinnen tagt, versammeln sich rund 300 leute auf dem rathausplatz. bereits während der kundgebung treten die bullen massiv auf und knüppeln wahllos in die menge. die anschliessende demo wird dauernd eingekesselt und abgeknüppelt. 13 zum teil schwer verletzte demonstrantInnen sind die bilanz (starke gehirnerschütterung mit verdacht auf schädelbruch, rippenbrüche, armbruch...).
- der bullenbericht, der so von den medien übernommen wird, fantasiert; es sei versucht worden, das rathaus zu stürmen, der schwarze block hätte tränengas gegen bullen eingesetzt. am abend findet die (letzte) volkküche im schlossberg statt, es kommen viele leute. wegen der knüppeldemo wird zu einer grossdemo am kommenden samstag aufgerufen.
- allabendlich treffen sich nun leute auf der willhelmstrasse, am anfang sind es noch wenige, aber es werden immer mehr. das cabarett "3 tornados" gibt ihre gags auf dem balkon des letzten mieters zum besten (was die 3. oder 4. fristlose kündigung nach sich zieht). auch das frankfurter fronttheater spielt einmal, aber sie haben keine lust mehr, als die bullen auftauchen um die strasse zu räumen.
- es gibt dauernd bulleneinsätze, die die willistrasse räumen um sie dann selber zu besetzen. (was aber nach konzeptlosen einsatzplänen aussieht, entpuppt sich nach und nach dazu, dass hier für die bullen grad ein allabendliches einsatzfeld für praktische aufstandsbekämpfungsübungen entstanden ist.)
18. juni ; in den frühen morgenstunden gehen auf einem bauhof mehrere brandsätze hoch, wobei an 4 fahrzeugen ein sachscha den von angeblich 150'000mark entsteht. am tatort finden die bullen einen zettel; "an böhme und konsorten; wir geben keine ruhe - abzug der bullen - rückgabe der häuser - keine räumungen." böhme/bullen/medien bauschen den anschlag auf, als hätte bei dem anschlag ein halber stadtteil in die luft gehen sollen.
20. juni ; grossdemo in der innenstadt. fast tausend leute beteiligen sich. die bullen sind auffallend zurückhaltend, obwohl die demo natürlich nicht angemeldet ist. lediglich ein paar bemützte begleiten den zug. die demo geht am letzten besetzten haus, schlossberg 9/11, vorbei und dann noch raus zum knast, wo ein redebeitrag für den seit pfingsten einsitzenden 17jährigen schüler läuft. am schluss zieht der zug dann noch vor die willi, wo es zu kurzen rangeleien mit den im eingang des geräumten hauses befindlichen bullen kommt. dabei wird einem demonstranten die hand gebrochen. auf einem bauplatz neben der wagenburg löst sich die demo dann auf.
- an der demo sind u.a. flugblätter aufgetaucht, die stadt und bullen noch dazu dienen, das bild von bewaffneten auseinandersetzungen auf demos an die wand zu malen. ein klar ersichtlich ironisches flugblatt, welches überschrieben ist mit "aufruf zu einer bewaffneten demonstration" und mit den worten "hönkeln statt hinken" endet.
- am nachmittag wird langsam klar, warum sich die bullen auf der demo zurückgehalten haben. gegen 14uhr geht die info rum, dass der schlossberg um 16uhr geräumt werden soll. so sind denn schon leute auf dem ring (innenstadtumfahrung), als die bullen punkt 16uhr angerast kommen. hundert meter vor dem haus springen die ersten bullen aus den wannen und knüppeln die eine strassenhälfte frei. sofort fahren massig wannen und mannschaftswagen vor, die im erstürmen von häusern geübte bullen ausspucken. sek-kommandos stürmen mit leitern, später sogar mit dem hubschrauber, das haus, während andere bullen absperrgitter rund ums haus aufbauen. im männerhaus schaffen es die sek-ler nicht, die tür zum raum aufzubrechen, wo sich die bewohner bis zuletzt aufhalten wollten. sie mussten neben der gut verbarrikadierten türe ein loch in die mauer schlagen.
- über 500 menschen verfolgen auf der strasse die räumung. ein reisebuss voll staatsschützer (lka und einheimische counterstrategen) nehmen die häuser 9/11 unter die lupe. bodenproben (wegen dem brandanschlag) werden genommen, mit allen mitteln soll versucht werden, bewohnerInnen als terroristInnen der öffentlichkeit zu präsentieren.
- alle 21 sich im haus befindlichen besetzerInnen werden ed-behandelt und in handschellen abgeführt. bis auf ein paar frauen, die durch ein bullenmissverständnis durch die absperrgitter rauskamen, wurden alle erstmal auf's revier verfrachtet. einige kamen spät abends raus, andere blieben die ganze nacht im revier. 7 leute wurden in den knast gebracht wo 2 in u-haft kamen und dreien ein haftprüfungstermin genannt wurde. mann liess die gefangenen radio hören, wo meldungen kamen, dass der harte kern festgenommen worden sei, terroristisches umfeld und so'n dreck. es gab kurzen sprechkontakt mit dem gefangenen des 7.6. über die fenster, aber angeblich schaute dabei nichts konkretes raus. am nächsten morgen mussten alle wieder freigelassen werden, böhme ärgerte sich masslos, aber mehr als hausfriedensbruch war nicht drin.
- am abend werden vereinzelt scheiben von banken und die der badischen zeitung (bz) eingeworfen, trotz einer sehr grossen bullenpräsenz im gesamten stadtgebiet. in den medien wird daraus eine scherbendemo von 200 leuten. auch am gleichen abend gehen etwa 50 leute in die klara 100 (obdachlosenasy) und fordern wohnraum für alle geräumten bewohnerInnen der häuser willi 8 und 36 sowie schlossberg 9/11. gleichzeitig findet eine krisensitzung der stadtoberen statt, welche die klara 100-leitung anweisen, mit den leuten aus den willi-häusern könne mann ja noch über pennmöglichkeiten verhandeln, aber für schlossbergbewohnerinnen würd's auf jeden fall nichts geben (stadt/bullen/staatsanwaltschaft versuchten in dieser nacht, mit allen möglichkeiten die schlossberg's zu kriminalisieren und in haft zu behalten). dummes sozialarbeitergeschwätz und das nicht eingehen auf die forderungen veranlasste die leute zu gehen, nicht ohne anzukündigen, am nächsten tag wieder zu kommen.
- natürlich gehen alle vor die willi 36, was mittlerweile "cafe bullenblick" hiess. jeden abend treffen sich dort menschen. es gibt fast täglich volkküche und auf alle fälle bullenanmachen.
21. juni ; am abend gehen wieder fünfzig leute in die klara hundert. im gegensatz zum vorabend ("nix für die schlossbergs") hat der sozialbulle neue anweisungen; telefonisch wird ihm von der stadt eine namensliste durchgegeben, für welche leute er schlafplätze zur verfügung stellen darf. auf der liste befanden sich namen von leuten aus dem schlossbergtring. da die bullen bei allen geräumten an den meldeadressen rumschnüffelte, war irgendwie klar, dass es ihnen jetzt darum geht, leute als offiziell obdachlose zu haben, die dann willkürlichem bullenzugriff ausgesetzt wären.
- die leute ziehen wieder ab - volkküche vor der willi.
- tage für hinweise wegen dem brandanschlag auf den bauhof, setzt die stadt eine belohnung von 25'000mark aus.
vom es wird zu einer weiteren grossdemo am kommenden samstag aufgerufen.
22. bis das cafe bullenblick erfreut sich immer grösserer beliebtheit. jeden abend kommen mehr leute, jeden abend ist
25. juni ; was los. es ist jeweils so, dass die strasse dicht gemacht wird, die leute rumsitzen/stehen oder irgendein strassentheater spielt, und dann die bullen auffahren um die strasse frei zu machen. dabei stellen sie sich jeweils recht dappig an - zumindest wirkt es oft so. einmal muss eine sek-einheit einschreiten, um 2 aufgestellte hölzerne fussballtore kaputtzuschlagen. kaum sind die bullen wieder weg, dienen grüne tonnen (pseudoalternative mülleimer) als tore und das allabendlich mehrmals stattfindene strassen-räumungs-szenario beginnt von neuem.
- am donnerstag abend kommt es zu kleineren auseinandersetzungen, flaschen fliegen, rangeleien... die stimmung ist jeden abend gut, irgendwie schaukelt sich's von abend zu abend hoch, nur die anwohner werden langsam sauer.
25. juni ; morgens um halb sechs wird die wagenburg geräumt. seit monaten beschlossene sache, soll der platz auf dem bauwägen und ein lkw sowie ein bus mehreren leuten billigen wohnraum bot, zu einem parkplatz für die zukünftige giesserei-kultur-halle gemacht werden. die wagen werden mit kranen auf laster geladen, abgeschleppt und liegen mittlerweile auf der müllkippe. grosse felsbrocken rund um den platz, sollen eine wiederbesetzung verhindern. ein zelt, was am nachmittag dort aufgebaut wird, ist am nächsten tag auch wieder geräumt.

26. juni ; freitagabend - volksküche und zwei videos im cafe bullenblick, ein demo-mobilisierungsvideo zu den letzten räun- mungen und ein video zum "kajo-eck" (commerzbank-pläne). die strasse ist schnell dicht, alles sitzt und "glotzt" filme. nach dem ersten video, die erste bullenaufforderung, die strasse zu räumen. während dem zweiten video kommt die aufforderung mehrmals, immer wenn's im film grad leise wird. nach beiden filmen kommt die aufforderung nochmal, geht aber jeweils im gehole der menge (ca. 300 leute) unter. auf einer seite wird die strasse mit drei nebeneinander aufgestellten mannschaftswagen gesperrt. die scheinwerfer sind eingestellt. auch auf der andern seite zieht ne hundertschaft und sek auf. auflösen oder demo in die stadt. nach einigem hin und her, setzt sich ein demozug in die stadt in bewegung, es ist eine der stärksten, lautesten demos seit lanqem. die bullen sind tierisch sauer, dass sie es nicht geschafft haben uns im grün zu binden. auf der kajo (kudamm freiburgs) laufen viele leute mit und schreien auch die parole; "wohrraum für alle - sonst gibts krawalle". der zug geht zum münsterplatz aufs weinfest (grosse öffentlichkeit) und dann wieder zurück. die bullen sind erst auf dem rückweg wieder dabei, halten sich aber zurück. (die medien lügten was von verfolgungsjagd durch die city.) auf dem rückweg werden ein einsatzleiter und 2 seiner scherger geschockt, als die demospitze plötzlich laut schreiend hinter ihnen herjagte. die drei klemmen ihre mützen unter den arm und rennen wie die hasen. sie flüchten sich über die strasse in's bullenrevier nord. im grün angekommen sind die bullen schneller. kessel - aber von den 300 leuten können nur gerade 70 eingeschlossen werden, wovon nochmal ca. 20 durch die fenster einer kneipe fliehen können. dabei schlagen die bullen die scheibe der kneipe ein. die bullen, äusserst agressiv, waren bald selbst eingekesselt und geben nach einer drei- viertel-stunde auf, ziehen sich zurück.
27. juni ; grossdemo in der innenstadt mit sehr vielen leuten - über 3000. die bullen halten sich in der innenstadt wieder auffallend zurück. zivile (darunter auch sek-ler) haben sich im stadttheater schminken lassen und sich unter die demonstrantInnen gemischt. der sek-einsatzleiter traut sich ungeschminkt in jeans und mit funki und hörgerät, am rand der demo mitzulaufen. beim schlossberg wird er und weitere zivis die ihm zu hilfe eilen, aus dem zug geworfen. kaum aus der touristen-innenstadt raus, "beteiligen" sich ein paar hundertschaften bullen und begleiten die demo nach "hause" zur willi - zum cafe bullenblick. sie belassen es jedoch dabei, die abschlusskundgebung aus distanz zu beobachten. während den redebeiträgen, wird der zugemauerte hof zur willi aufgebrochen - "die mauer muss weg!" in den medien heisst es dazu, die bullen (die da gar nicht einschritten) hätten durch abriegelung des sanierungsgebietes eine wiederbesetzung verhindert. auf der kundgebung wird noch zu einem grossplenum am sonntag abend in der giessereihalle aufgerufen. die bullen haben das irgendwie falsch verstanden - sie meinen samstag. am gleichen nachmittag kündigt die stadt die zwischennutzung mit dem aak und verbietet jeglichen zugritt zur giessereihalle. als am abend bei der giessereihalle 8 mannschaftswagen auftauchen, gehen rund 100 leute vom cafe bullenblick auf das grethergelände. die bullen sollen nicht auf's gelände. die ziehen aber bald wieder ab. was erst später rauskommt; gleichzeitig findet eine krisensitzung der stadtoberen statt, aufgrund einer bullenfalschmeldung gehen sie davon aus, dass in der giessereihalle ein grossplenum stattfindet. böhme beauftragt die bullen, die halle räumen zu lassen, diese weigern sich jedoch mit der begründung, sie hätten zu wenig kräfte zur verfügung (hahaha!) und müssten ja soviele objekte schützen. (was dabei rausgekommen ist siehe doku; bz vom 1.juli.) wegen der eingeschlagenen mauer in der willi, mussten die bullen wieder absperriegitter aufbauen und sich wie die affen im zoo (ist eigentlich beleidigend für die armen affen) der allgemeinen volksbelustigung hingeben. es sollen auch nüsse über die absperrierung geworfen worden sein. so war dann auch die situation am abend, als es wieder volksküche und viedeos auf der strasse gibt. es sind viele leute da (bis zu 400) und die bullen lassen die menge erstmal in ruhe sich die videos reinziehen. nach den filmen wenden sich die leute den bullen hinter den absperriegittern und im hof der willi zu. es fliegen die ersten kracher und ab und an flaschen und bierkrüge. die bullen behelmen sich und holen schilder aus dem hof. einige besoffene konnten leider nicht mehr richtig zielen und werfen die flaschen nach links und rechts statt geradeaus. ein demo-sani muss deswegen gar genäht werden. trotzdem ist die stimmung irgendwie gut (die leute zielen dann auch besser) und jeder wurf wird von der menge heftig beklatscht. der einsatzbulle, der immer meint, die leute mit "meine freunde" ansprechen zu müssen, tappt an, meint über megaphon, man solle doch die autos durchlassen, eine kundgebung könnte man ja machen, aber knaller und flaschenwürfe "auf meine kollegen" könne er halt doch nicht dulden. er war richtig sauer, dass sein "beitrag" im rufen der menge untergeht; "ich bin nichts - ich kann nichts - gebt mir ein megaphon". später ziehen auf der willistrasse, seite bahnhof, bullen auf, sek voraus und dahinter 2 hundertschaften (oder gar drei). plötzlich und ohne weitere vorwarnung geht es los. die bullen schlagen im takt auf ihre schilder und stürmen knüppelschwingend auf die menge los. einige verletzte bleiben auf der strasse liegen, der grossteil verteilt sich an der ecke willi/belfort nach drei seiten. die bullen mit sek und mindestens 3 hundertschaften sind in der überzahl. trotzdem werden sie bei ihrem ersten rückzug durch stein und flaschenwürfe hart bedrängt. von drei seiten werden sie militant angegriffen. die stimmung ist total zwiespältig. es ist klar, den bullen gehts ums prügeln und sie brauchen endlich mal festnahmen. die leute sind schlecht ausgerüstet, viele bleiben unvermummt. eigentlich sollte man/frau auflösen, aber zuviele leute haben wut und handeln in dieser aussichtslosen situation. so kommt es vor, dass mit 20 leuten eine ganze hundertschaft in die flucht geschlagen wird. bei einem der ausfälle, wieder sek voraus, werden die ersten beiden leute festgenommen und ziemlich verprügelt. bis mitternacht gibt es noch 2 festnahmen. spätestens da musste allen klar sein, aufzulösen und zu gehen. aber viel zu viele hörten nicht auf die aufrufe und blieben, bis 3uhr morgens soll es so (ewiges katz und maus-spiel) weitergegangen sein. insgesamt werden dabei 9 leute festgenommen. einer lediglich wegen beleidigung, die andern kommen alle vor den hafrichter. dass die bullen total wahllos leute abgegriffen haben, wird an den gefangenen deutlich, von denen keiner der sog. scene angehört. z.b. wurde eine mofafahrer festgenommen, als er zufällig in den stadtteil fuhr als die bullen grad wieder einen ausfall machten. weil er einen mofa-helm trug (helm=militant) wurde er abgegriffen. genauso ging es einem motorradfahrer. auch ein geschäftsführer, der zufällig vom weinfest gekommen ist, wurde festgenommen.
28. juni ; im laufe des sonntags kommen 3 leute beim haftprüfungstermin raus (haftbefehl lediglich ausser vollzug gesetzt). darum, ob das plenum nun trotz verbot und befürchteter abräume in der giessereihalle stattfinden soll, gibt es heftige kontroversen. es wird dann in den uni-innenhof verlegt. rund 300 leute kamen. das plenum war relativ gut (was aktionsvorschläge und die stimmung - weiterzumachen - betraf), inhaltliche auseinandersetzung fand jedoch nicht statt. anschliessend gibt's noch ne fetzige demo in die stadt, wobei die sofortige freilassung der gefangenen gefordert wird. beim weinfest löst sich die demo auf und geht vereinzelt zurück auf die kajo, wo eine hundertschaft bullen die demo suchte. viele leute, auch touris, ziehen mit den bullen mit zum revier nord (wo nebenan gerade das theaterfestival stattfindet), stetig hänselnd und auslachend.
29. juni ; bis auf drei gefangene sind alle erstmal draussen. die staatsanwaltschaft reicht jedoch in allen fällen beschwerde ein und auch schon am montag erfolg damit. es sitzen also wieder 4 leute in u-haft (darunter ein schweizer). die andern, mit meldeauflagen entlassenen, müssen befürchten doch wieder einzufahren. abends wieder treff vor der willi, aber wenig leute. nach einigen rangeleien löst sich alles auf.
30. juni ; um 17uhr kundgebung auf dem rathausplatz, wegen der hitze ist niemand drauf noch ne demo zu machen. am abend wieder volksküche mit volksbewaffnung (wasserpistolen) un mehreren rangeleien bis ein uhr nachts.

1. juli ; am abend erneut fussballturnier auf der willistrasse. sek (saufendes-exzess-kommando) gegen "autonome". schon wieder kommt der "freund"liche bulle, der nach erfolglosem intervenieren ganz betrübt schluchzt; "ja dann, freunde, müssen wir halt vom schlagstock gebrauch machen". ein gezielter torschuss befördert den ball bis an die feindlichen linien, wo er von bullen festgenommen wird. dann wieder das allabendliche spektakel; strasse räumen-bullenketten auf beiden seiten-strasse geräumt-rückzug-strasse wiederbesetzt... diesmal wird auch der gehweg geräumt. es gibt 2 vorübergehende festnahmen wegen widerstand.

um die gefangenen des 27.6. ist es hektisch, diese woche. rein-raus-rein-raus. immer sind zwischen 3 und 6 drin, man/frau verliert den überblick.

4. juli ; am abend volxküche und solidaritätskonzert für die gefangenen auf der strasse/cafe bullenblick. nach ein paar redebeiträgen fängt die gruppe ethanasie an, von einem lkw runter ein konzert zu geben. bereits beim dritten lied kommen 4 bullen und wollen die gruppe auffordern, das konzert abubrechen. die lage ist gespannt, die bullen werden weggedrängt, die musikerInnen verabschieden sich, der lkw düst los, eine demozug formiert sich. aber drei minuten zu spät. die demo-spitze schafft es grad über die erste kreuzung, als ein sek-trupp die andern auseinandertreibt. die parole ist klar; auf zum theaterfestival. die bullen versuchen einen kessel zu bilden, weitere sek-einheiten fahren im grün auf. die demo-spitze erreicht das theaterfestival, wo nochmal sek (ein pkw, 3 busse) bereitsteht und gleich ins grün fährt. soviel sek war noch nie gleichzeitig im einsatz. obwohl die bullen ganz massiv im grün auffahren, gelingt es den leuten durchzusickern und auch zum theaterfestival zu gelangen. die bullen ziehen eine kette vor dem stadttheater, parolen werden gerufen, sehr viele zuschauer, redebeiträge laufen. nach einiger zeit löst sich alles wieder auf.

6. juli ; morgens um 5uhr razzia in der giessereihalle. rund 80 bullen fahren auf. es ist unklar ob leute gesucht werden oder ob es sich lediglich um eine weitere provokation handelt. mittags tauchen nochmal 20 oberbullen auf und "inspizieren" die halle. abends sind nach einem auftritt der 3 tornados in der giessereihalle wieder viele leute auf der willistrasse. es kommt zu rängeleien.

7. juli ; in titisee (schwarzwald) wird ein haus besetzt (genauere infos fehlen noch).

9. juli ; die doku wird in druck gegeben...

nochmal zu den gefangenen.

im moment (9.7.) sind noch 4 gefangene des 27.6. in u-haft. der gefangene des 7.6. ist seit einer woche in der geschlossenen abteilung des psychiatrie krankenhauses. anscheinend soll ihn ein gutachten als unzurechnungsfähig beschreiben. (wahrscheinlich anwaltstaktik).

am samstag (11.7.) findet eine grossdemo zum knast statt.



GEGEN DEN IMPERIALISTISCHEN NORMALZUSTAND

GEGEN DEN IMPERIALISTISCHEN NORMALZUSTAND



KREUZBERG IM GRÜN: Ein Polizeibeamter räumt die traurigen Überreste der nächtlichen Pfingst-Randale weg.

Bild: Madeleine Haeger

Aus heiterem Himmel hat sich diese Woche eine heftige Kontroverse zwischen Regierungspräsident Norbert Nothelfer und Oberbürgermeister Rolf Böhm...

haben, ist Anlaß genug, über die Ursachen nachzudenken, selbst wenn die auslösenden Ereignisse, wie übrigens in vielen Fällen zuvor, nicht in Freiburg gesetzt wurden.

Die Frage nach den Gruppierungen, die den Sicherheitsorganen in Freiburg Schwierigkeiten bereiten, ist verhältnismäßig rasch beantwortet. Die Straßenpunks, die durch ihre exotische Aufmachung in der Innenstadt besonders auffallen...

Ähnlich verhält es sich mit der weit größeren Zahl von Punks und anderen, äußerlich weniger auffallenden jungen Menschen, die den

Schnewlin-Keller, das „Cräsch“, als Treffpunkt angenommen haben. Gewiß sind dort bisweilen Konflikte oder Exzesse zu beobachten, die aber zu regulieren sind. Weder zu den

Der Kommentar

Sicherheit als Problem

Straßenpunks, die im „Cräsch“ nicht geduldet werden, noch zu den politisch agierenden Gruppen gibt es tragende Verbindungslinien.

Die Probleme, welche die Freiburger Sicherheitsorgane beschäftigen und unter denen viele von kostspieligen Sachbeschädigungen betroffene

Bürger zu leiden haben, gehen von einer Gruppe gewalttätiger Chaoten um. Diese Gruppe, die 40 bis 60 junge Leute umfaßt, kann bei ihren Aktionen auf ein sympathisierendes Umfeld von 100 bis 150 zumeist ebenfalls jungen Leuten rechnen...

Diese gewalttätige Gruppierung, die bei jeder Gelegenheit ihr Abneigung und ihren Haß gegen Staat und Gesellschaft in ungezügelter Angriffen gegen die Vertreter der Staatsmacht...

Beobachtung von Polizeibewegungen genau geplant und werden in wenigen Minuten abgewickelt. In Demonstrationen, die von der Polizei fotografiert und gefilmt werden, werden Kleidungsstücke und Kopfbedeckungen blitzschnell getauscht...

Diese Aktivisten leben nun beileibe nicht in den als besetzt geltenden Häusern, den Symbolen ihres Widerstandes, sondern sie haben sich in Wohngemeinschaften unauffällig über das gesamte Stadtgebiet verteilt...

Wolfgang Fiek

und auszüge aus dem „Nothelfer-Papier“ (Regierungspräsident)



REGIERUNGSPRÄSIDIUM FREIBURG

Freiburger Regierungspräsidium, Albertstr. 11001 Freiburg i.Br.

Ne Zentrale Sekretariat vom

Unser Adressat

Unser Sekretariat vom

0 67 61 62-3

Freiburg i.Br. 04.07.86

Bitte bei Antwort angeben

Offentliche Sicherheit in Freiburg i.Br.; Maßnahmen der Stadt Freiburg

1. Vorbemerkung:

Grundlage des Maßnahmenkatalogs ist der Bericht der Arbeitsgruppe „OFFENTLICHE SICHERHEIT FREIBURG“ vom 09.06.1986. In der Diskussion über den Bericht am 25.06.86 wurde von seiten der Stadt Freiburg um Mitteilung der Maßnahmen gebeten...

2. Grether-Gelände

2.1 "Strandcafé"

In einem Bericht der Freiburger Gesellschaft für Stadterneuerung (FGS) vom 28.03.85 wird mitgeteilt, daß auf dem Gelände der ehemaligen Grether'schen Fabrik eine Gaststätte mit der Bezeichnung "Strandcafé" betrieben wird. Nach den Ermittlungen der Polizeidirektion Freiburg (Bericht vom 10.05.85 an das Bürgermeisteramt) handelt es sich um einen ca. 30 qm großen Raum...

2.2 Radio Dreyeckland

Das illegale Radio sendet seit etwa einem Jahr vom Gelände der ehemaligen Grether'schen Fabrik, dessen Eigentümer die städtische FGS ist. Gesendet wurde zuletzt aus dem Gebäude Adlerstraße 12, das zum einen Teil der Gruppe "Lagerini" und zum anderen den "Lagerleuten" von der Eigentümerin überlassen wurde.

2.3 Gießereihalle

Aufgrund eines Gemeinderatsbeschlusses soll die Gießereihalle als alternatives Theater dem Arbeitskreis für alternative Kultur (AAK) überlassen werden. Es ist bekannt, daß zum AAK auch Personen aus der Hausbesetzerzene gehören, weshalb zu erwarten ist, daß die Gießereihalle alsbald den Zwecken der Hausbesetzer dienen wird.

3. Besetzte Häuser

3.1 Schloßberggring 9/11

Großes Doppelhaus mit vier Stockwerken, besetzt seit dem 01.12.1984, verbarrikadiert, Ausgangspunkt und "Fluchtburg" für Störer und Straftäter. Im Gebäude wohnt noch ein Mieter mit gekündigtem Mietvertrag; Räumungsklage ist erhoben.

Zweckentfremdungsgenehmigung für den Abbruch ist erteilt; eine dennoch erlassene umfassende Instandsetzungsverfügung der Stadt wurde vom Regierungspräsidium aufgehoben.

Abbruch und Neubau sind gegen den Willen der Stadt derzeit nicht möglich wegen der von der Stadt beschlossenen Veränderungssperre vom Juni 1985, die gemäß § 17 Abs. 1 BBauG nach zwei Jahren endet. Ein Normenkontrollverfahren ist anhängig. Ein Kauf des Gebäudes durch die Stadt scheiterte bislang offenbar an den finanziellen Forderungen des Eigentümers.

3.2 Wilhelmstraße 36

Seit 1981 besetzt, verbarrikadiert, mehrfach Ausgangspunkt und "Fluchtburg" für Störer und Straftäter. Keller dient als Versammlungsraum. Im Gebäude befindet sich noch ein Mieter. Kündigung ist erfolgt, Räumungsklage ist erhoben. Die lange Besetzungsdauer ist u. a. darauf zurückzuführen, daß Zweckentfremdungs- und Abbruchgenehmigung erst nach Durchführung verwaltungsgerichtlicher Verfahren erteilt wurden.

3.3 Erbprinzenstraße 20

Seit 1981 besetzt, Ausgangspunkt für unfriedliche Aktionen, darunter eine Hausbesetzung. Während der Besetzungszeit mehrfacher Eigentumswechsel. Baubeginn scheitert noch an der Übernahme einer Baulast, das Gebäude nur als Studentenwohnheim zu nutzen. Damit würde die Zahl der Stellplätze gegenüber einer normalen Wohnungsnutzung reduziert und eine Genehmigung möglich.

Sommer 86 geräumt

3.4 Hildastraße 31

Seit Ende 1985 besetzt. Im Haus wohnt noch ein Mieter. Räumungsurteil liegt vor. Räumung ist beabsichtigt. Der Eigentümer will das Gebäude selbst nutzen.

sommer 86 geräumt

4. Demonstrationen

Der Anteil der nicht angemeldeten öffentlichen Versammlungen und Aufzüge nimmt stetig zu (1985: 70 1). Nach den vorliegenden Erfahrungen nehmen sie in der Regel einen unfriedlichen Verlauf; häufig sind Ausschreitungen im voraus geplant. Es ist dringend erforderlich, den Vorschriften des Versammlungsgesetzes wieder Geltung zu verschaffen.

5. Öffentliche Veranstaltungen in geschlossenen Räumen

Gewalttätige Aktionen wurden in der Vergangenheit häufig in einem "Plenum" geplant und beschlossen. Es kommt zu öffentlichen Sympathieveranstaltungen für die Terroristen der RAF. In Vortrags- und Filmveranstaltungen werden der Staat und seine Repräsentanten diffamiert. Der illegale Sender Radio Dreyeckland veranstaltet Feste und Konzerte, aus denen er berichtet.

Brandstiftung

Bagger angezündet

In der Nacht zum Montag brannte kurz vor 4 Uhr ein Bagger, der in der Hotelstraße 8 stand. Das Anwesen wurde am 11. Mai nach Verlegung der Stadt Freiburg von der Polizei geräumt. Nach ersten Ermittlungen der Polizei dürfte es sich um Brandstiftung handeln. Als Brandbeschleuniger dürfte ein Benzinmisch verwendet worden sein. Obwohl die Berufsfeuerwehr in kürzester Zeit am Brandort war, wurden die vorderen Räder und das Fahrerhaus stark in Mitleidenschaft gezogen. Der Schaden wird von der Polizei auf etwa 50.000 Mark geschätzt. Täterhinweise ergeben sich bisher nicht.



MIT EINEM GROSSEN POLIZEIAUFGEBOT wurde gestern morgen das Haus Wilhelmstraße 8 geräumt. Zu Zwischenfällen kam es dabei nicht.

Um 9.30 Uhr kam die Polizei

Hausräumung in der Wilhelmstraße

Zwölf Personen mußten raus - Widerstand wurde nicht geleistet

Gestern vormittag hat die Polizei in Freiburg das Haus Wilhelmstraße 8 geräumt, das vor zwei Jahren den Besitzer gewechselt hat und seitdem von Personen unberechtigt bewohnt gewesen war. Bei der Räumung wurden in dem Haus zwölf Personen angetroffen, sagte ein Sprecher der Polizei. Widerstand wurde nicht geleistet und so ging die Aktion ohne Zwischenfälle über die Bühne.

Die kirchlich orientierte Organisation „Pax Christi“ hatte das Anwesen Wilhelmstraße vor zwei Jahren für 400.000 Mark verkauft. Zuvor hatte sie allen Mietern - es handelte sich um mehrere Iraner - gekündigt. Der neue Besitzer verweist darauf, er habe das Haus ohne irgendein bestehendes Mietrecht übernommen.

Dennoch lebten mehrere Personen in den vergangenen zwei Jahren in dem Haus. Die Freiburger Ordnungsbehörde war bis gestern davon ausgegangen, es handele sich bei den Bewohnern hauptsächlich um Ausländer. Anordnungen, das Haus zu verlassen, hätten indes nicht überbracht werden können, da die Identität der Bewohner nicht bekannt gewesen sei beziehungsweise es nicht gelungen sei, im Haus vermuteten früheren Mietern Räumungsaufforderungen zuzustellen.

Als gestern gegen 9.30 Uhr die Polizei anrückte, traf sie einen Iraner, einen

Türken, einen Schweizer mit seinem Kind sowie acht Deutsche in dem Haus an, die zwischen 23 und 34 Jahre alt waren. Nach Feststellung der Personalien konnten die Überprüften das Haus verlassen und ihr Hab und Gut mitnehmen. Von Bekannten organisierte Kleinrentner kamen wenig später zur Aufnahme der Habseligkeiten. Was nicht von den Bewohnern mitgenommen wurde, ließ die Stadtverwaltung aus dem Haus räumen und sicherstellen. Von Eigentümerversuche, gegen die Bewohner des Hauses sei kein Strafantrag gestellt worden.

Nach Einschätzung der Polizei gehörten einige der im Haus Angetroffenen zur Freiburger Hausbesetzerzene. Während der Räumung versammelten sich etwa dreißig Personen aus der Szene vor dem Haus, ohne daß es zu irgendwelchen Zwischenfällen kam.

Unverzüglich soll mit den Bauarbeiten auf dem Grundstück Wilhelmstraße 8 begonnen werden. In der Nacht ist der Abriss auf den hinteren Teil des Grundstücks vorgesehen. Die Kosten für die geplante denkmalrechtlich gerechte Renovierung des Hauses sowie den Anbau werden mit 800.000 Mark angegeben.

Nach Auskunft des Amtes für öffentliche Ordnung wird in dem Haus mehr Wohnraum geschaffen als vor dem Eigentümerwechsel vorhanden gewesen sei. Zwei Etagen im Vordergebäude werden für Büroziele beziehungsweise die Einrichtung einer Arztpraxis genutzt, die übrigen Räumlichkeiten stehen für Wohnungen zur Verfügung, die vermietet werden.

Die Genehmigung der Baumaßnahmen wurde bereits vor zwei Jahren beantragt. Einsprüche von Anwohnern verzögerten das Verfahren, wurde bei der Stadt erklärt. Da inzwischen die baurechtlichen Bescheide vorliegen und ein sofortiger Baubeginn zugesichert worden war, ordnete das Amt für öffentliche Ordnung auf Antrag der Eigentümerseite die Räumung des Hauses an.

GRÜN-SANIERUNG - FÜR WEN ???

Die Stadt geht mit dem Grün nicht wie mit einem alten gewachsenen Stadtteil um, sondern verplant es als untergeordneten Teil ihrer Großstadtphantasien:

Das geplante Kongreßzentrum bedroht die Wohnverhältnisse in der ganzen Stadt, besonders im Sedanviertel, im Grün und im Stühlinger, die zum entsprechenden "sauberen Vorgarten" werden sollen. Einfache MieterInnen würden da nur stören.

Das geplante IHK-Gebäude bedroht direkt mehrere BewohnerInnen an der Schneulinstraße

Das "Hotel Tyrenne" in der Bertoldstraße soll nach dem Willen der Stadt dem Kongreßzentrum weichen. Der Neubau dieses Unteroffizierskasinos soll eine französische Armee in der Faulerstraße, in unmittelbarer Nachbarschaft der Faulerschen Arbeiterhäuser, errichtet werden. Und das, obwohl die Stadt selbst in ihrem eigenen Bebauungsplan Wohnhäuser für dieses Grundstück vorgesehen hat. Der Bau von Wohnungen, wie wir sie brauchen, soll durch ihr prestigefestestes Objekt "Kongreßzentrum" verdrängt werden. Dafür bezahlen allein alle MieterInnen!



Das Kongreßzentrum wird voraussichtlich mind. 80 Mill. Mark, und jährlich ca. 6-8 Mill. Mark kosten. Der Neubau des Unteroffizierskasinos, wird der Voraussetzung des Kongreßzentrum gebaut. Dafür werden noch einmal 10 Mill. Mark verschlungen. (8,2 Mill. Mark Bau / 1,8 Mill. Grundstückskosten). Diese 10 Mill. Mark fehlen dann zur Instandhaltung von bestehenden Wohnhäusern und Bau von neuen Wohnungen, wie sie auf dem Grundstück zwischen Faulerstr. und im Grün gebraucht werden. Denn der Neubau des "Hotel Tyrenne" soll mit Sanierungsgeldern bezahlt werden. Aber allein die Planung von IHK, Kongreßzentrum, Tyrenne etc, hat schon heute Auswirkungen auf die Wohn- u. Mietverhältnisse im Grün: So haben die MieterInnen der Pfandleihe, des Hauses im Grün und der "Arbeiterhäuser" nur befristete Mietverträge; die Eigentümer wollen jederzeit zahlungskräftigeren Leuten Platz schaffen können. Längerfristig werben auf alle MieterInnen im Umfeld des Kongreßzentrums wirkt sich dies negativ aus. Es soll Platz geschaffen werden für ein neues, glattes, elegantes Publikum.

WIR FORDERN:

- Keine Änderung des Bebauungsplanes für das Fauler-Grundstück, also lebenswerte Wohnungen statt Unteroffizierscasino!!
- Kein Geld aus Sanierungstöpfen zum Bau militärischer Einrichtungen!!

MIETER UND MIETERINNEN SOLIDARISIEREN SICH!
Fauler-Häuser, Pfandleihe, Im Grün 8, Schneulinstr.

Jeden 1. Mo um 20.30 Uhr ist Treff im Strandcafe

Stadt soll „Willi 36“ jetzt räumen lassen

Der Richterspruch löst im Rathaus Überraschung aus

Die vierte Kammer des Freiburger Verwaltungsgerichts hat in einem Urteil die Stadt dazu verpflichtet, eine Allgemeinverfügung zu erlassen, auf deren Basis die Teilbesetzung des Hauses Wilhelmstraße 36 (Besetzerjargon „Willi 36“) mit einer Räumung beendet werden kann. Als Gründe ihrer Entscheidung nennt die Kammer unter anderem die Berücksichtigung des Eigentümerinteresses am „Schutz des bloßen Sach-Eigentums“ sowie die Notwendigkeit, einen „polizeilich praktisch unkontrollierten, rechtsfreien Raum zu beseitigen und damit rechtsstaatliche Zustände wiederherzustellen“.

Eine südbadische Wohnbauunternehmung hatte das Gebäude 1980 für 600 000 Mark erworben. Nach der Räumung des Schwarzwaldhofs waren Angehörige der Hausbesetzer-Szene in entmietete Wohnungen des Hauses eingezogen, die zunächst Nutzungsverträge hatten, deren Verlängerung aber von Hausbesetzer-Seite abgelehnt wurde. Eine Drei-Zimmer-Wohnung in dem Haus ist bis heute regulär vermietet; nach Auskunft des Anwalts des

verhindert werden. Es sei damit zu rechnen, daß das Haus zu einem dauerhaften Kampfbjekt der Hausbesetzerzene werde, mit Ausschreitungen und anderen unliebsamen Begleiterscheinungen. Das private Interesse des Eigentümers müsse eben hinter dem öffentlichen Interesse an der Verhinderung weiterer Ausschreitungen zurücktreten. Die Räumung könne nur sinnvoll sein, wenn sich daran sofort der Abbruch des Gebäudes anschließe.

Die Ablehnung der Räumungsanordnung hat das Verwaltungsgericht indes als rechtswidrig bezeichnet. So sei die Lesart des Regierungspräsidiums zu eng, die Polizei sei nur zum Schutz öffentlicher Interessen zum Einschreiten verpflichtet. Sie habe auch dem Schutz privater Interessen zu dienen. Die Stadt habe dadurch einen Rechtsverstoß begangen, daß sie in einer Ermessensentscheidung auf ein Eingreifen gegen die Hausbesetzer verzichtet habe. Nach Lage des Falles hätte sie eingreifen müssen.

Siehe auch Übriges

ANZEIGE

JAKOBI
Der Autovermieter

Mieters besteht für diese Räume im ersten Obergeschoß keine Kündigung.

Als das Wohnbauunternehmen das Haus erworben hatte, verfolgte es die Absicht, das Gebäude abzureißen und durch einen Neubau zu ersetzen. Das Recht dazu erstritt sich die Firma, nachdem zunächst Stadt und Regierungspräsidium eine Zweckentfremdungs- und Abrüßgenehmigung erteilt hatten.

Stadt und Regierungspräsidium lagen erneut auf gleicher Linie, als die

ANZEIGE

Bogner Freiburg
Am Augustinerplatz
MODE VON BOGNER. MITTEN IN FREIBURG.

Eigentümer, inzwischen im Besitz einer Baugenehmigung, eine Räumungsanordnung haben wollten. Diese Anordnung wurde verwehrt, mit der Begründung, eine Räumung sei nur dann gerechtfertigt, wenn eine Wiederbesetzung ausgeschlossen sei. Da eine Wohnung weiter bewohnbar bleiben müsse, konnte die Wiederbesetzung kaum

Eine gezielte Provokation“ nannte am Sonntag Hanns Brugger, Leiter des Amtes für öffentliche Ordnung, das, was sich am späten Samstagabend für das ganze Viertel um die Wilhelmstraße zur lautstarken Lärmbelästigung auswuchs. Sie wurde erst um zwei Uhr nachts von zusammengezogenen Polizisten

auch leiser um die „Willi 36“. Erneut gab es dann allerdings Proteste, als das Kinder- in ein Erwachsenenfest überging, was bis in die Sedanstraße unüberhörbar war.

Diesmal hatten Gespräche zwischen Feiernden und Polizisten freilich keinen Erfolg. In Absprache mit

Lärm, Knüppel, Verletzte

Nächtlicher Polizeieinsatz beendete Besetzerfest

beendet, die auch Schlagstöcke einsetzen, um die leistungsstarke Lautsprecheranlage beschlagnahmen zu können.

Begonnen hatte alles am Samstagnachmittag mit einem Kinderfest, das die Bewohner des besetzten und zur Räumung vorgesehenen Hauses Wilhelmstraße 36 inszenierten. Schon zu dieser Zeit war das Fest nach Angaben der Polizei mit solchem Lärm verbunden, daß etliche Anwohner die Polizei baten, dem ein Ende zu machen. Nach Gesprächen mit den Veranstaltern wurde es dann

OB Böhme kam Hanns Brugger deshalb zu der Ansicht, „daß das nicht länger hingenommen werden kann“. Beim Versuch der Polizei, die Lautsprecheranlage zu beschlagnahmen, flogen Bierflaschen, und die Beamten wurden laut Polizeibericht mit Knüppeln angegriffen, wobei fünf Polizisten leicht verletzt wurden. Um zwei Uhr nachts waren dann Lärm und die Polizeiaktion beendet und Brugger erleichtert: „Da ist einem höchst aggressiven Volk nicht gelungen, hier ein kleines Kreuzberg zu inszenieren.“

BZ 27.05

Fristlose Kündigung?

OB gibt Erklärung zur Wilhelmstraße 36 ab

Oberbürgermeister Rolf Böhme hat gestern am frühen Abend im Gemeinderat zur Zukunft des besetzten Hauses Wilhelmstraße 38 nach dem jüngsten Urteil des Verwaltungsgerichts und der Ruhestörung vom Wochenende, die von dem Anwesen ausging, Stellung genommen.

Nach Ansicht Böhmers ist inzwischen eine neue Lage entstanden, da es nun eventuell möglich sei, dem in dem Haus einzig noch verbliebenen Mieter fristlos zu kündigen. Die Wohnung des Mieters sei in die Zusammenkunft einbezogen gewesen, die am frühen Sonntag morgen einen Polizeieinsatz nach sich zog, um Ruhestörung der Nachbarschaft zu beenden.

Böhme erklärte weiter, mit den Ei-

gentümern des besetzten Hauses hätten Gespräche stattgefunden. Nach wie vor liege es im Interesse der Stadt, nicht einen Teil des Hauses zumauern zu lassen, wenn ein anderer bewohnt sei. Die Stadt bevorzuge nach wie vor eine Gesamträumung, nach der dann mit dem genehmigten Abriß und Neubau des Hauses begonnen werden könnte.

Stadtrat Thomas Landsberg (SPD) meinte, das Verwaltungsgericht habe mit einem „unsinnigen Urteil die maßvolle Linie der Stadt gesprengt“. Seitens des Verwaltungsgerichts war, wie berichtet, die Stadt zu einer baldigen Teilräumung des Hauses aufgefordert worden. Die nicht vermieteten Räume, so das Gericht, sollten anschließend zugemauert werden.

-uh

Etwa 3500 Menschen bekundeten gestern ihre Ablehnung

Ein langer Protestzug gegen die Volkszählung

Die Demonstration verlief weitgehend friedlich - Solidaritätsadresse für Besitzer des Hauses Wilhelmstraße 36

Genau am Stichtag der Volkszählung gingen gestern nachmittag etwa 3500 Menschen auf die Straße, um gegen die Erhebung der Daten zu protestieren. In einem Demonstrationzug, der sich nahezu zweieinhalb Stunden durch die Stadt bewegte, brachten Redner an diversen Kundgebungsstationen immer wieder ihre Ablehnung über die Volksbefragung zum Ausdruck und forderten zum Boykott auf. Die Teilnehmerzähler (behördlich gestatteten) Demonstration hielten sich weitgehend an die genehmigte Route, nur einmal gab es eine spontane Abweichung vom Weg vor das besetzte Haus Wilhelmstraße 36. Dort bekundeten die Demonstrationsteilnehmer ihre Solidarität mit den Hausbesetzern. Ansonsten registrierte die Polizei „keine besonderen Vorkommnisse“.

Um 17 Uhr sollte die Demonstration eigentlich am Martinstor beginnen; es dauerte allerdings bis gegen 17.25 Uhr, ehe sich die städtische Menschenmenge in Gang setzte. Zuvor hatte eine Rednerin die Volkszählung mit dem Hinweis abgelehnt, daß der Staatsapparat mit der Erhebung der Daten eine immer größere Kluft zur Bevölkerung schaffe. Die Sprecherin wies auch auf vermeintliche Mängel hin, die es im Zusammenhang mit der Volkszählung in Freiburg gebe. So sollen angeblich in der Stadt Jugendliche unter 18 Jahren als Zähler eingesetzt worden sein.

Weitere Kundgebungen gab es im Verlauf des frühen Abends auch noch vor dem Regierungspräsidium, vor dem städtischen Sozialamt am Siegesdenkmal, vor der Volkshausanstalt und schließlich auf dem Stühlinger Kirchplatz. Immer wieder forderten die Redner an den einzelnen Stationen zum Boykott der Volkszählung auf.

Optisch sichtbar war der Protest auch auf zahlreichen in dem Zug mitgeführten Transparenten. Teilweise wurde massiver Widerstand gegen die



DEMONSTRATION GEGEN DIE VOLKSZÄHLUNG: Mehr als 3000 Menschen gingen gestern an späten Nachmittag auf die Straße, um ihren Protest gegen die Datenerhebung zum Ausdruck zu bringen. Die Demonstration verlief ohne größere Störungen.

Bild: Wurser

Volkszählung angekündigt. Etliche Demonstrationsteilnehmer hatten zudem noch die an sie ausgehängten Erhebungsbögen mitgebracht. An einer langen Sehnur aufgereiht, wurden die nicht ausgefüllten Blätter in dem Demonstrationstanz mitgetragen.

Die eingesetzten Polizisten konnten sich weitgehend darauf beschränken, den Verkehr zu regeln. Durch die Volkszählungsdemonstration wurde der Feierabendverkehr in der Innen-

stadt teilweise stark behindert.

Eigentlich sollten die erklärten Volkszählungsboykotteure - nachdem Hauptbahnhof marschiert waren - über die Stühlinger Straßenbrücke zum dortigen Kirchplatz ziehen. Doch die Demo-Teilnehmer ließen die Polizisten buchstäblich links stehen, um vor das besetzte Haus Wilhelmstraße 36 zu ziehen, dessen Räumung das Verwaltungsgericht erst dieser Tage angeord-

net hat. Vor dem Haus gab es eine deutliche und lautstarke Solidaritätsadresse an die Besetzer des Gebäudes.

Gegen 19.30 Uhr endete die Demonstration schließlich auf dem Stühlinger Kirchplatz. Unter den Augen von zahlreichen Ordnungshütern und unter dem Beifall der etwa 500 verbliebenen Demonstranten wurden die auf die Sehnur gereihten Volkszählungsbögen schließlich öffentlich verbrannt. jst-

„Willi 36“ B2. 2. Juni 87
Überschrittene Kompetenz

Ein Freiburg' Anwalt setzt sich kritisch mit dem Urteil des Verwaltungsgerichts Freiburg in Sachen Besitzerin Frau Wilhelmstraße 36 (Sensierung) „Willi 36“ auseinander.

Das Verwaltungsgericht Freiburg verpflichtet die Stadt, Teile des Hauses Wilhelmstraße 36 durch die Polizei zu räumen, die Wohnungen zu zerstören und die Fenster zuzumauern zu lassen, obwohl im Haus ein Mieter rechtlich wohnt. Damit wird die besondere Praxis gerade zur Rechtsprechung aus Frankfurt bekannte Spekulationen zum zerstören, um die restlichen Mieter zum Auszug zu zwingen. Soweit weit reicht das Eigentumsrecht nicht. Dem steht vor allem das Recht des Mieters entgegen, nicht in einer Ruine, sondern in einem Haus zu wohnen. Wer ein Gebäude umfassen saniert oder abreißen und neu bauen will und dafür erforderlichen Genehmigungen hat, muß dafür Sorge tragen, daß die Mietverhältnisse ordnungsgemäß beendet werden. Der widerrechtlichen Nutzung leerstehender Räume ist

B2. 4. Juni 87
Grüne kritisieren Störung der Nachbarn durch Besetzer

„Willi 36“: Stadt soll in die Berufung gehen

Die Stadträte Peter Heller und Max Achatz von der Fraktion der Grünen haben vor Journalisten das Verhalten der Besetzer des Hauses Wilhelmstraße 36 („Willi 36“) kritisiert und sich von der Larmbesetzung distanziert, die einem Polizeieinsatz am 23. Mai vorausging. Gleichzeitig verlangten die Stadträte der Grünen, die Stadt solle Verwaltung gegen das jüngste Urteil des Verwaltungsgerichts Freiburg einlegen, das eine Teilräumung des besetzten Hauses sowie ein weitgehendes Zurückweichen verlangte.

Wie berichtet war am 8. Jahrestag der Besetzung in und bei dem besetzten Haus ein Fest gefeiert worden, bei dem sowohl Lärm produziert wurde, als auch rechtswidrige Polizeieingriffe. Einer zuvor gebildeten Aufordnung der Landespolizei zu senken, waren die Anwesenden nicht nachgekommen. Max Achatz sagte in diesem Zusammenhang, er halte derartige Störungen für „vollig unzumutbar“. Solche Larmbesetzungen sollten nicht von Peter Heller ergriffen werden, sondern von der gesamten, von derenleihen Vorgängen distanzieren er sich klar.

Im Blick auf die Zukunft des besetzten Hauses sagte Stadtrat Achatz, nach Auslösung der Grünen solle die Stadt Bedingung gegen das Urteil des Verwaltungsgerichts einlegen. Take sie das nicht, besetze sie sich an der „Noblesse“ eines Mietes und mindestens Mietrecht. Absicht das Hausrumgebummers nämlich sei es, durch ein Umwohnbar machen eines großen Teils des Hauses den letzten verbliebenen Mieter zum Auszug zu bewegen.

Angestrebt werde von Eigentümern die Schaffung einer „Spekulationsruine“.

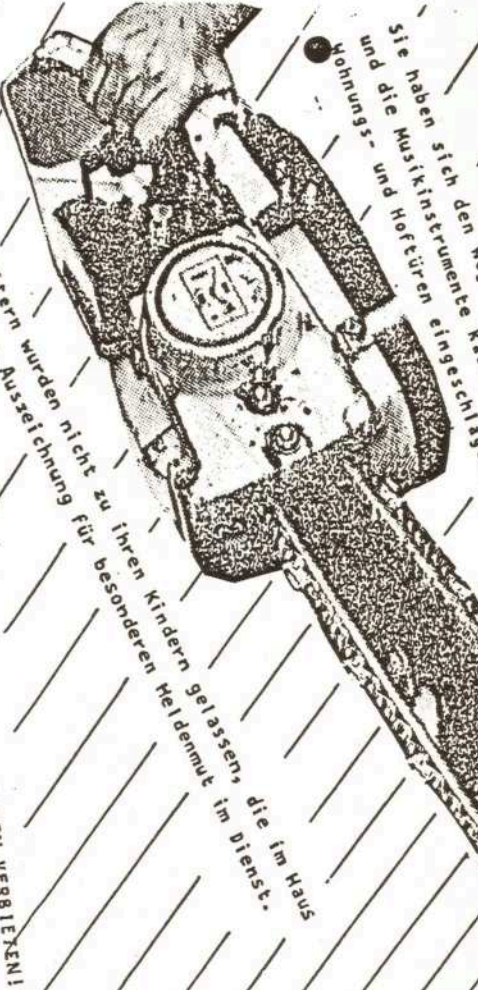
Vertreter die Stadt auf Rechtsmittel gegen das Verwaltungsgerichtsurteil gebe sie Klein bei und verlasse ihre bisherige Linie, hieß es weiter. Dies habe dann auch Ausgeguckt für künftige Fälle und könne zur Ermunterung von Spekulationen führen.

Der Arbeitskreis Alternative Kultur (AAK) erklärte, in Sachen „Willi 36“ habe die Stadt ihr „pseudosoziales Versteckspielen“ aufgegeben. Inzwischen arbeiteten Stadtverwaltung, Verwaltungsgericht, Hausbesitzer und Polizei zusammen, „ohne sich um Gewaltenteilung, soziale Verpflichtung von Eigentum, Unverletzlichkeit der Wohnung und ähnliches zu kümmern. Hintergrund sei das Ziel, die jetzigen Bewohner aus dem Stadtgebiet „Im Grün“ zu vertreiben, um „Raum für Investitionen in Millionenhöhe zu schaffen“.

Dad die Stadt sich „eselt daran beteiligt“, einen Grund zu finden, dem letzten Mieter des Hauses Wilhelmstraße 36 fristlos kündigen zu können, beantragten auch die Grünen. Dies sei nicht die Aufgabe der Stadt, meinte Peter Heller.

Im Gegensatz zu den Grünen übt der Arbeitskreis Alternative Kultur an den Umständen des Falls vom 23. Mai keine Kritik. Diese Zusammenkunft sei „ein Ausdruck selbstbestimmten Lebens und freier Kultur gewesen“, formuliert der Arbeitskreis. Die Polizei habe das Fest in einer paramilitärischen Übung abgebrochen.

WILLI 36



Sie haben sich den Weg durch den vollen Hof freigeknuppelt und die Musikinstrumente kassiert, außerdem haben sie Wohnungs- und Hoftüren eingeschlagen.

27.05.87
 9-Jahrestest

Eltern wurden nicht zu ihren Kindern gelassen, die im Haus waren - Auszeichnung für besonderen Heldentum im Dienst.

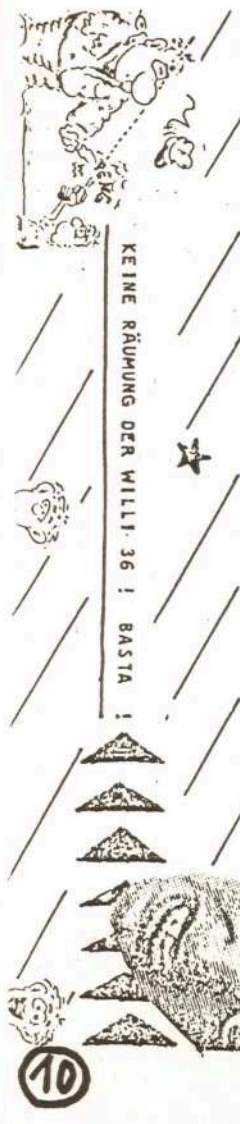
WIR LASSEN UNS DAS FEIERN NICHT VON DEN BULLEN VERBLEISEN!

Die Generalprobe ist mißlungen. Die Bullen wurden spontan von den Leuten auf dem Fest rausgeschmissen.

Das Haus ist nicht nur Wohnraum für mindestens 20 Leute, sondern als selbstbestimmter Lebensraum auch von allgemeinem Interesse.

Laßt uns die Premiere unmöglich machen!

KEINE RÄUMUNG DER WILLI 36 ! BASTA !



WOHNEN DART KEINE WARE SEIN!

DIE HÄUSER GEHÖREN DENEN, DIE DARIN WOHNEN.....

Kaum ist die Willi 8 geräumt, kaum hat der alternative Staranwalt De Witt die Paragraphen für eine Schloßbergäumung geordnet, da sind die finsternen Mächte auch schon dabei, die Räumung der Willi 36 vorzubereiten.

Wo die Volkszählung für einen gut kontrollierbaren Staat sorgen soll, bemühen sich die Stadtplaner allerorts in der BRD, die Stadtviertel sauber und glatt zu gestalten. Die Ausländer/innen haben bitteschön zu verschwinden, die Arbeitslosen möglichst wenig Ansprüche zu stellen, und die Arbeiter/innen sollen sich auch samstags und sonntags für ihre Ausbeuter bereit halten.

In ein solches Klima paßt natürlich ein Haus wie die Willi 36 nicht rein! Hier besteht "die Notwendigkeit, einen polizeilich praktisch unkontrollierten, rechtsfreien Raum zu BESEITIGEN", so ist in dem Urteil zu lesen, mit dem das Verwaltungsgericht die Räumung der Willi 36 beschlossen hat.

Wem nützt unsere Beseitigung?

Nützt sie den Mietern in Weingarten bei ihrer bevorstehenden Mieterhöhung?

Bewahrt sie die Bewohner des Sedanviertels und des Grün vor dem Rauschmiß?

Ist sie einer allgemeinen Mietpreissenkung förderlich?

Oder macht sie den Staat gar freundlicher, die Demokratie schöner, den Arbeiter endlich glücklich?

Das Gericht gibt uns darüber Auskunft. Es geht um den "SCHUTZ DES BLOSSEN SACHEIGENTUMS". Der Sach-Eigentümer ist die Wohnbau Schwarzwald AG, die es ausschließlich durch Wohnraumspekulation zum Großunternehmer gebracht hat. Das Sach-Eigentum ist, weil wir hier wohnen und leben, ein rechtsfreier Raum.

Der rechtsfreie Raum wird beseitigt, indem das Sach-Eigentum zugemauert wird. Nun ist das Sach-Eigentum geschützt.

Der Schutz des geborenen Lebens bleibt auf der Strecke. Wir haben mit dem Haus eine gemeinsame Geschichte. Seit 6 Jahren kämpft das Wohnkollektiv WILLI gegen die Würgnisse des täglichen Lebens - GEMEINSAM!

Die Rede vom "Schutz privater Interessen" (Gerichtsjargon) erweist sich als Heuchelei dort, wo der Versuch eines kollektiven Lebens um der Profitmaximierung willen vernichtet werden soll.

Die Stadt, ohnehin schon größter Spekulant in Freiburg, ist ein williger Wasserträger überregionaler Maximeure (Maximöhre?). Dabei ist die erst kürzlich amtlich festgestellte gute Bausubstanz unseres Hauses belanglos. Das ist ein weiteres Signal (nach der Moltkestr. 27, die trotz Denkmalschutz abgerissen wird), wie die Sanierung in einem Sedanviertel mit KTS aussehen wird. Im Sanierungsgebiet im Grün ist diese Wirklichkeit schon in vollem Gange:

IHK, Hotel Turenne, Mieterhöhungen in modernisierten Häusern und der neuen Pfandleihe, geplante Luxusmodernisierungen der Fauler-Arbeiterhäuser, geplante Räumung von Wagenburg und Lagerini, usw. usw. Die Stadt bleibt keine Beweise schuldig.

Die SPEKULANTEN vernichten unseren Wohnraum und versuchen, uns immer höhere Mieten abzupressen, die STADT tut das gleiche und schafft die kommunalpolitischen Voraussetzungen dafür ("das Investitionsklima"), das GERICHT sichert das alles im Namen des Volkes ab, und wer schmeißt uns raus?

"Die POLIZEI hat dem Schutz privater Interessen zu dienen", spricht das Gericht und macht damit offiziell, was wir eh schon wußten... Das Ganze nennt man Gewaltenteilung.

Der Kampf um menschenwürdiges Wohnen ist nicht auf dieses Haus beschränkt, und wenn die Stadt glaubt, mit der Räumung eines besetzten Hauses alle Probleme aus der Welt räumen zu können, so hat sie sich getäuscht: Was sie als Häuserkampf glaubt beseitigen zu können, wird in dem Kampf um ein selbstbestimmtes Leben weiterhin auf sie zurückschlagen!



SOLIDARITÄTSADRESSE AN DIE WILLI 36

abgefaßt durch die ehemaligen Besetzer der KAJO 2q2.

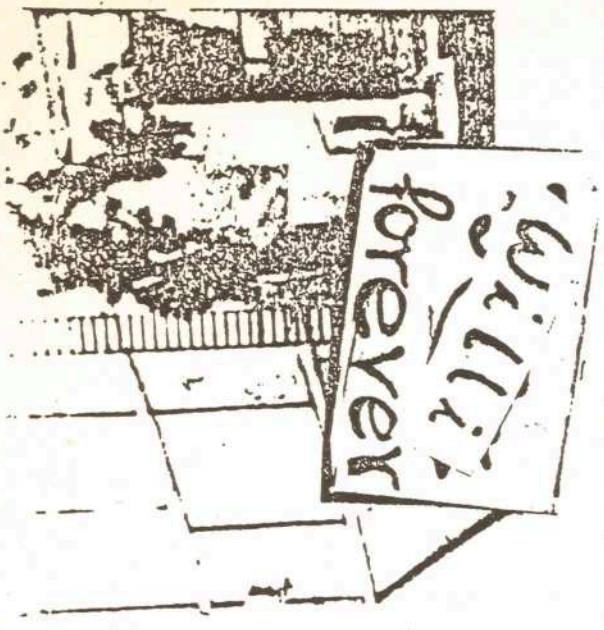
Vor genau 10 Jahren, am 6.6.77, haben wir die KAJO besetzt. Drei Jahre lang haben wir dort gelebt, gegen die SpekulantInnen, gegen die Sanierungspläne der Stadt, gegen den grauen Beton- und Konsumalltag; für uns, unsere Utopien, unsere Träume. Leben und Politik: Chaotisch, widersprüchlich, nie öde. KAJO forever!

Hausbesitzer Selz ging pleite, wir mußten den Profitinteressen der Dresdner Bank - der Hauptgläubigerin - und den Plänen der Stadt weichen: 'Freiburg am Vorabend der Expansion'.

Bei den Demos nach der Räumung waren mehr als 10 000 auf dem Straßen. Heute, 10 Jahre später, kämpfen in der Wilhelmstraße 36 Menschen um den Erhalt ihres Wohnraums, in dem sie leben können, wie sie wollen.

Wir fordern: keine Räumung der Willi 36!!!

Daß aus uns nichts geworden ist, braucht Euch nicht zu enttäuschen...



6.6.87

DER TOD UNS LIBENDIG FINDET
DAS LEBEN UNS NICHT TOT
DAS LEBEN UNS NICHT TOT

ZUM GEDENKEN

UMZUG

SAMSTAG 6.6.

11.30 UHR

KAJO-ECK

BRINGT ALLES HIT WAS SPAB HACHT...

TRANSPARENTE, TRILLERREIFEN, BLECHDOSE

TRASPARENTE, TRILLERREIFEN, BLECHDOSE

RADIO'S HITWEHREN!

LAUT soll es werden!

KEINE RÄUMUNG, SCHLOß BERGKING...

WAGENBURG, STADT SANIERUNG...

IM GRÜN + ANKERSTW...

ANSCHLIEßEND: 15.00 RADIO-FEST IN DER GIERDEHALLE



Bullenberic ht 07.06.87

Anlage 1

POLIZEIDIREKTION FREIBURG

7800 Freiburg, den 07.06.1987

Zwei Bauwagen waren in die Barrikade eingesetzt. Die Barrikade brannte.

Gleichzeitig meldete der bereits genannte Wachmann, daß versucht werde, den von ihm benutzten Bauwagen anzuzünden.

Eine weitere Meldung wenige Minuten später wies darauf hin, daß in der besseren Faulerstraße Autos auf der Fahrbahn quergestellt wurden.

Da es bereits Verletere bei den eingesetzten Beamten gab - diese waren spontan ohne entsprechende Ausrüstung (z.B. Schilde) ausgerückt -, wurde mit der Feuerwehr vereinbart, daß sich diese zurückzöge und sich die dort eingesetzten Polizeibeamten auf dem Revier einmündig ausstärkten. Dies geschah auch deshalb, weil der Brand an der Ecke Feiler-/Wilhelmstraße zwischenzeitlich gelöscht war.

Als die Polizei mit weiteren alarmierten Kräften erneut im obengenannten Gebiet einrückte, wurde sie an der Ecke Schneewitt-/Faulerstraße mehrfach von 20 - 30 Gewalttätigen mit Steinwürfen, Schläudern, mehreren Brandstücken angegriffen. Dabei haben sich die Gewalttätigen mit rd. 400 - 500 Zuschauern und Sympathisanten in nahezu militärischer Form gestaffelt und ihre Angriffe im Schutze dieses Umfeldes vorangetrieben. Bei mehreren Vorstößen der Polizei zogen sich die Gewalttätigen und die Sympathisanten in das Dreieck zurück.

Zugleich demolierten andere Störerelemente in der Stärke von 30 - 50 Mann auch unter dem Schutze von Zuschauern und Sympathisanten (ebenfalls etwa 500 Personen) die Scheibendeckelung der Firma Inverent. Außerdem wurden bei einer Tankstelle in der Wilhelmstraße sämtliche Scheiben zerstört sowie ein großer Teil der Auslage gesplündert. Bei einer weiteren Tankstelle wurde eine Scheibe zerstört, desgleichen mehrere Schrauben im Art für Statistik und Einwohnerwesen. Hier versuchte man über den Haupteingang in das Gebäude einzudringen, was durch Eingreifen von Polizeikräften verhindert

In Höhe der Shell-Tankstelle wurde ein Lkw der Firma Interent auf die Straßennitte gezerrt und angezündet. Ein Eingreifen der Feuerwehr und der Polizei wurde durch 500 - 600 Personen auf beiden Seiten des brennenden Fahrzeuges unmöglich gemacht. Der Lkw brannte total aus.

Vor dem Anwesen Wilhelmstraße 9 wurde die gesamte Baustelleneinrichtung demoliert. Zwei Bauwagen total zerstört, Gewalttätigen sind offensichtlich in das Haus eingedrungen und haben die Fensterverglasung zerstört. Am Gebäude der IHK wurde am Haupteingang ein Brandsatz gelegt, der jedoch nach kurzem Verpuffen ohne Wirkung blieb.

Nach knapp zwei Stunden waren die Aktivitäten der Gewalttätigen beendet.

Danach konnten weitere Schäden festgestellt werden. In der Faulerstraße lag ein Pkw der Marke BMW in einer Baugrube, in der Wilhelmstraße lag ein Pkw Mercedes auf dem Dach und an insgesamt 15 weiteren Fahrzeugen waren die Scheiben eingeschlagen. Der Gesamtschaden liegt nach ersten vorsichtigen Schätzungen bei 250.000,- DM.

Bei der Kravalaktion wurden zwei Personen vorläufig festgenommen. Ein 17-jähriger Schüler aus einer Freiburger Umlandgemeinde befindet sich noch im Gewahrsam der Polizei. Er ist dringend verdächtig, Brandsätze geworfen zu haben und gab hierzu Gegenüber der Polizei politische Motive an. Ein ebenfalls festgenommener 27-jähriger Student befindet sich wieder auf freiem Fuß, da derzeit eine Beteiligung an der Plünderung nicht konkret nachgewiesen werden kann.

Beim Einsatz wurden 16 Beamte - meist durch Steinwürfe und Fußtritte - verletzt. Ein Beamter ist aufgrund eines Zehenbruchs dienstunfähig. Acht Funkstreifenwagen der Polizei wurden zum Teil nicht unbeschädigt beschädigt. Der Schaden dürfte sich hier auf rd. 50.000,- DM belaufen.

Feuerwehrbericht: 07.06.87

Gesamtlagebericht zu den Einsätzen der Feuerwehr
in der Nacht vom 6. zum 7. Juni 1987

- 2 -

Eine Schwester der Hegarklink meldete am Pfingstamstag um 23.23 Uhr, daß es neben der Hegarklink brennen würde, ohne nähere Angaben zum Brand und dessen Ursache zu machen. Der Alarmung der Berufsfeuerwehr rückte um 23.24 Uhr mit 4 Fahrzeugen, gemäß der Ausrückordnung für unbekannte Brände, aus. Der Nachbeteilungsführer sah schon auf der Anfahrt in Richtung Wilhelmstraße Feuer.

Beim Eintreffen an der Einsatzstelle in der Wilhelmstraße - Höhe Abzweigung Faulerstraße - brannte eine auf der Straße errichtete Barrikade aus ausgeworfem Bauholz und ein Bauwagen. Bei der ersten Erkundung durch den Einsatzleiter wurden 2 verunmunte Personen in der Nähe der Straßenbarrikaden gesehen, weitere Personen waren nicht sichtbar. Beim Absteigen der Einsatzkräfte wurden diese sowie die eingesetzten Fahrzeuge zeitlich aus der Deckung gelöst hatten, mit Brandsätzen u. Steinen beworfen sowie mit Leuchtgeschossen angegriffen.

Vom Einsatzleiter wurde daraufhin sofort Verstärkung der Einsatzkräfte und Polizeischutz angefordert. Ein Brandsatz wurde auf das Dach des TLF 16, ein weiterer unter dieses Fahrzeug geworfen. Der auf das Dach geworfene Brandsatz wurde abgebrocht, der unter das Fahrzeug geworfene erlöschte von selbst. Durch Steinwurf wurde die Frontscheibe, Scheinwerfer, Nebelscheinwerfer, Blaulicht und mehrere Stellen der Frontseite des Tanklöschfahrzeuges beschädigt. Außerdem wurde in dieser Phase auch der EKW 1 (Fl. 1/11-3) an mehreren Stellen der Karosserie beschädigt.

Die nicht in vorderster Linie stehende DLK 23-12 sowie das LF 16 des Alarmzuges konnten zurückgezogen werden, was beim TLF 16 in der ersten Phase nicht möglich war.

- 2 -

Beim nachfolgenden Zurückziehen des TLF's wurde ein Feuerwehrmann durch weitere Angriffe mit Leuchtgeschossen verletzt.

In der Zwischenzeit wurde von der Einsatzleitung ein weiterer Brand in der Schneewlinstraße - Ecke Faulerstraße - festgestellt. Das Löschgruppenfahrzeug, die DLK und ein EKW rückten zur Schneewlinstraße ab. Schon bei der Anfahrt an die Einsatzstelle wurden diese Fahrzeuge wieder angegriffen und dabei beim Löschgruppenfahrzeug die Seitenscheibe, der Rollladenverschluss sowie mehrere Stellen an der rechten Seite, beim EKW 1 das Dach und mehrere Stellen an der rechten Seite, beschädigt.

Auch hier war Bauholz, Plakatwand und sonstiges brennbares Material zu einer Straßenbarrikade aufgestümt worden. Zusätzlich brannte ein umgestürzter Kleintransporter. Der Brand konnte in der Erstphase wegen massiven Angriffen von Störern nicht gelöscht werden. Mit Hilfe des zur Verstärkung angeforderten Löschzuges 2 der Freiwilligen Feuerwehr wurden Löscheinrichtungen aufgebaut. Nach Zurückdrängen der Störere durch die Polizei konnte die brennende Straßensperre abgebrocht werden, der Brandschutz wurde zur Seite geräumt, das umgestürzte Fahrzeug aufgerichtet und ausgelauenes Öl mit Bindemittel aufgenommen werden.

In der Schneewlinstraße konnte inzwischen die Straßensperre durch Polizeischutz ebenfalls abgelöst werden.

Um 0.28 Uhr bekam die Einsatzzentrale der Feuerwehr die Meldung, daß die Industrie- und Handelskammer in der Wilhelmstraße 26 brennen würde. Trotz massiver Störung drang die Feuerwehr mit 4 Fahrzeugen, unterstützt von 2 Löschzügen der Freiwilligen Feuerwehr bis zur Industrie- und Handelskammer vor. Dort wurde festgestellt, daß die Eingangsstüre und die Türen des Windfanges zerstört waren und ein Brandsatz in der Vohalle gestündet, jedoch inzwischen erloschen war.

- 3 -

- 3 -

Zwischenzeitlich wurde in der Wilhelmstraße, in Höhe der Firma Interenc und der Shell-Tankstelle ein LKW und ein PKW umgestürzt. Der LKW brannte in vollem Umfang. Gleichzeitig gingen Meldungen von einem Brand an einem Baukran in der Tiefgarage Faulerstraße ein. Eine Zufahrt bzw. Zugang zu diesen 3 gemeldeten Bränden war zu diesem Zeitpunkt nicht möglich, so daß keine Löschnahmen durchgeführt werden konnten.

Um 1.48 Uhr teilt die Polizei der Feuerwehr mit, daß die Anfahrt zur Wilhelmstraße nunmehr frei sei. Einheiten der Berufsfeuerwehr, unterstützt von mehreren Löschzügen der Freiwilligen Feuerwehr, löschten die Reste des brennenden LKW's ab und stellten den umgeworfenen PKW wieder auf die Räder. Die Brände am Baukran und in der Tiefgarage waren von selbst erloschen.

Um 3.13 Uhr erhielt die Feuerwehr die Mitteilung, daß im Treppenraum des Hauses Belfortstraße 17 eine starke Rauchentwicklung sei. Der Alarmung der Berufsfeuerwehr, unterstützt von einem Löschzug der Freiwilligen Feuerwehr, stellte fest, daß in 2 Kellerräumen altes Mobiliar und Abfälle unter sehr starker Rauchentwicklung brannten. Eine in Panik geraunte schwangere Frau wurde über die Drehleiter ins Freie gebracht und dem Rettungsdienst übergeben.

Im gesamten Bereich der Wilhelm-, Schneewlin- und Faulerstraße dauerten die Nachlösch-, Bergungs- und Sicherungsarbeiten bis in die Nachmittagsstunden des Pfingstsonntages an.

Im Einsatz befanden sich 113 Feuerwehrmänner der Berufs- und Freiwilligen Feuerwehr. Neben der dienstausübenden Nachabteilung der Berufsfeuerwehr wurden Beante aus der Freizeit

- 4 -

Ausbruch der Gewalt

Von Wolfgang Fiek

Der Ausbruch von Haß und Gewalttätigkeit, der die Freiburger zu Beginn der Pfingstfeiertage aufgeschreckt hat, war nicht das Werk von politischen Wirtsköpfen, war auch keine unkontrollierte Reaktion auf das Vorgehen der Staatsmacht, sondern war das Ergebnis einer Verabredung unter Kriminellen. Wer sich mit Hämmern, Äxten und Leuchtschmuckmunition ausrüstet, wer Brandsätze bastelt, sich mit Schleudern und Eisenteilen bewaffnet, wer Wurfgeschosse aus Baustahlmatten schneidet, wer Autos und bewohnte Häuser in Brand setzt, kann sich nicht mehr auf den Protest gegen bestehende Verhältnisse berufen, sondern muß dem Kreis gewalttätiger und gefährlicher Rechtsbrecher zugeordnet werden. Daß an mehreren Stellen entlang der Freiburger Wilhelmstraße errichtete Barrikaden gleichzeitig in Flammen aufgingen, deutet auf generalstabsmäßige Vorbereitung der Gewaltaktion hin. Daß die Polizei und die zum überwiegenden Teil ehrenamtlich tätigen Feuerwehrlaute durch einen Hagel von Wurfgeschossen am Eingreifen gehindert werden sollten, legte in einem in Freiburg noch nie erlebten Umfang die Menschenverachtung offen, mit der die zum großen Teil verummumt und aus dem Dunkeln heraus operierenden Täter vorgehen.

16 Polizeibeamte und ein Feuerwehrmann, die das Eigentum der Bürger in diesem Stadtbezirk ihrem Auftrag gemäß schützen wollten, wurden verletzt. Diese Folgen des nächtlichen Straßenterrors sind von den Urhebern bewußt in Kauf genommen worden. Gewiß war die Eskalation der Gewalt durch die mangelhafte personelle Ausstattung der Polizei in jener Nacht begunstigt, aber es hieß die Lehren aus diesen Vorgängen auf den Kopf zu stellen, wollte man einen Teil der Verantwortung schon wieder der Polizei zuschieben. Die notwendigen Analysen werden polizeieintern anzustellen sein. Die Ereignisse in der Nacht zum Pfingstsonntag haben indessen gezeigt, daß es nicht länger damit getan ist, die Existenz einer Gruppe von etwa 50 kriminellen Gewalttätern mit einem Anhang von nochmals 100 Sympathisanten mit einer gewissen Gleichgültigkeit und Hilflosigkeit hinzunehmen. Den Chaoten und Rechtsbrechern, denen es in der Nacht zum Sonntag unter anderem darum ging, alle Ansätze zu Verständigungsbereitschaft zu unterminieren, muß jetzt gezeigt werden, daß sie nirgends mehr auf Verständnis oder gar Solidarität treffen. Gerade jene politische Gruppierungen, die immer wieder die Begriffe „Gewaltfreiheit“ und „Friede“ im Mund führen, müssen zur Kenntnis nehmen, daß ihre Glaubwürdigkeit auf dem Spiel steht, wenn sie sich nicht deutlich und ohne Einschränkungen von den Ereignissen jener Nacht distanzieren.

Ist nun die von der Stadtverwaltung verfolgte Politik der „Befriedung“ gescheitert? Eine auf Verständigung, auf Versöhnung und auf Frieden gerichtete Politik kann - gleich auf welcher politischen Ebene - kaum falsch sein. Das Freiburger Beispiel zeigt jedoch, daß es nicht gelingen kann, alle Gruppen in einen Grundkonsens einzubinden und daß am extremen Rand Versuche unternommen werden, alle Tendenzen auf dem Weg zu einem Interessenausgleich in der pluralen Gesellschaft gewaltsam zu stören. Nur wenn es diesen Extremisten verwehrt wird, sich unbehelligt in ein zahlenmäßig stärkeres Umfeld zurückziehen, wird sich der Rechtsstaat mit seinen Mitteln gegen Ausbrüche der Gewalt durchsetzen können, wie sie Freiburg Pfingsten 1987 erlebt hat.



SZENE aus der Nacht zum Pfingstsonntag: Vermummte Gewalttäter versuchen in der Freiburger Faulerstraße ein Auto umzustürzen. Bild: Madeleine Hager

Chaoten randalierten in einem Sanierungsgebiet

Schwere Krawalle in Freiburg

Polizei: „Die Angreifer waren in nahezu militärischer Form gestaffelt“

Von unserem Redakteur Ulrich Homann

Bei den schwersten Ausschreitungen, die Freiburg bisher erlebt hat, wurden in der Nacht zum Sonntag 16 Polizeibeamte und ein Feuerwehrmann verletzt. Im Sanierungsgebiet „Im Grün“ richteten verummumte Gewalttäter durch Brandstiftung und andere Übergriffe Sachschaden von etwa 400 000 Mark an, zerstörten die Behörden. Die Polizei war personell zu schwach besetzt, um die Zerstörungen zu stoppen oder zu verhindern. Oberbürgermeister Rolf Böhme sprach am Sonntag von einer „paramilitärischen Aktion“. (Siehe auch Tagesspiegel, Seite 3 und Freiburg.)

Der Bundesvorsitzende der Polizeigewerkschaft im Beamtenbund, Benedikt Gregg, nannte die Aktionen aus dem Kreis des harten Kerns der Hausbesetzer-Szene „menschverachtend“ und verlangte Distanzwaffen zum Schutz von Polizei und Feuerwehr.

Die Randalen war nach Ansicht der Polizei „generalstabsmäßig vorbereitet“. Am vergangenen Samstag abend nach 23 Uhr begannen nach Erkenntnis der Behörde einhundert bis einhundertfünfzig überwiegend verummumte Personen mit dem Bau von Barrikaden in der Umgebung von zwei ehemals besetzten Häusern, die sich jetzt im Umbau befinden. Sie zündeten Bauwagen an, stürzten zwei Lastwagen um, die ebenfalls in Brand gesteckt wurden, warfen einen Privatwagen in eine Baugrube und beschädigten 16 weitere Fahrzeuge, die zum Teil auf Fahrbahnen quergestellt wurden. Zertrümmert wurden die Fensterfron-

ten eines Autovermietungsbüros sowie einer Tankstelle, in der es auch zu Plünderungen kam. Acht Funkstreifenwagen und ein Fahrzeug der Feuerwehr wurden zusätzlich erheblich beschädigt.

Die von den Krawallen überraschte Polizei war personell zu schwach besetzt, um die Randalen zu unterbinden. Mehrfach wurden anrückende Beamte mit Steinen beworfen sowie mit Molotow-Cocktails, mit von Schleudern katapultierten Metallgeschossen und mit Leuchtmunition angegriffen. Nicht anders erging es der anrückenden Feuerwehr. Während der mehr als zwei Stunden andauernden Gewaltaktionen war es ihr nicht möglich, zu Brandherden vorzudringen. Ein Feuerwehrmann wurde von Leuchtschmuckmunition am Auge verletzt, die 16 verletzten Beamten erlitten vorwiegend Prellungen durch Steinwürfe.

Haftbefehl erlassen wurde gegen ein-

nen 17jährigen Gymnasiasten aus einer Umlandgemeinde Freiburgs wegen Verdachts des Landfriedensbruchs. Er soll Brandsätze geworfen haben, sagte gestern ein Polizeisprecher. Der 17jährige war im Bereich der Industrie- und Handelskammer festgenommen worden. Bei dieser Institution wurde ebenfalls ein Brandsatz gelegt, der jedoch verpuffte.

Die Polizei zog im Lauf der Nacht Verstärkung in Freiburg zusammen, konnte jedoch nicht mehr nachhaltig eingreifen. Der führende Polizeigewerkschafter Benedikt Gregg hob die Brutalität der Freiburger Chaoten hervor und verlangte neben Distanzwaffen auch ein „strafrechtliches Verummumungsverbot“. Wenn Polizei und Feuerwehr ihren Auftrag nicht mehr korrekt erfüllen könnten, werde das Sicherheitsempfinden des Bürgers angeschlagen. Freiburgs Oberbürgermeister Böhme kündigte die Bildung einer Arbeitsgruppe an, die geeignete Abwehrmaßnahmen gegen Gewalttäter entwickeln soll.

In einer Wertung der Ereignisse sprach Polizeipräsident Gerhard Fröhlich von der bisher härtesten Konfrontation in Freiburg. Nach Ansicht der Polizei waren die Angreifer „in nahezu militärischer Form gestaffelt“.

BADISCHE
ZEITUNG

9.6.87

Kurz nach 23 Uhr am Samstag vor Pfingsten muß es losgegangen sein: die Militanten aus Freiburgs Hausbesetzer-Szene, seit Jahren in fortwährender politischer Abseitsstellung von einer Niederlage in die nächste geraten, machten sich auf, endlich mal wieder zu zeigen, was sie doch für Amazonen und Kerle sind.

Unter den üblen Ausschreitungen dieser Nacht unter der brutalen Selbstdarstellung des harten Kerns im Freiburger Protestlager, mußten einige Nachtstunden lang vor allem die Bewohner jenes Sanierungsgebiets mit dem Namen „Im Grün“ leiden, das schon des öfteren Ausgangspunkt oder Zielgebiet von Chaoten-Aktionismus gewesen ist. Noch nie zuvor hatten Militante in Freiburg einen solchen organisierten zerstörerischen Angriff unternommen. Mehr als zwei Stunden dauerte das Barrikadenbauen, Demolieren, Einbrechen, Plündern und Brandlegen. Dabei wurden die Feuerwehr sowie kümmerlich kleine Polizeikräfte gewalttätig zurückgeschlagen. Hinter all dem verläßt der berühmte Dauerlauf der einstigen Schwarzwaldhof-Besetzer von 1981, der den Freiburgern als „Scherbennacht“ in Erinnerung ist. Damals waren in der Kaiser-Joseph-Straße viele Fenster-scheiben eingeschlagen worden. Sachschaden 200.000 Mark.

Damals wie jetzt in der Nacht zu Pfingsten war, wenn auch nicht unmittelbar, den Ausschreitungen die Räumung eines besetzten Hauses vorausgegangen – Rache hieß das unausgesprochene Leitmotiv vor sechs Jahren wie jetzt. Eine weitere Parallele drängt sich auf: Die Polizei war in beiden Fällen personell nicht in der Lage, in angemessener Form den Randalierern Einhalt zu gebieten.

Daß sich etwas anbahnte im eigentlich ruhiger gewordenen Freiburg des Juni 1987, war zu vermuten gewesen. Auf der „Verlustseite“ der nicht mehr über großen Anhang verfügenden Hausbesetzer-Szene steht das Haus Erbprinzenstraße 20 („Erbs“, das bis zu seiner Räumung das am längsten besetzte Gebäude in der Stadt gewesen war). Der Hinauswurf aus der „Erbs“ ist zwar schon einige Zeit her, aber nicht vergessen bei den Heißspornen der Szene. Jüngst wurde auch die Besetzung des Hauses Wilhelmstraße 8 durch Polizeieinsatz beendet, zunächst ohne nachfolgende Protestaktion. Kurz darauf schickte das Verwaltungsgericht Freiburg dem Rathaus auch noch einen Schwarzen Peter ins Haus. Das besetzte Haus Wilhelmstraße 36

Schwarzer Peter kam vom Gericht

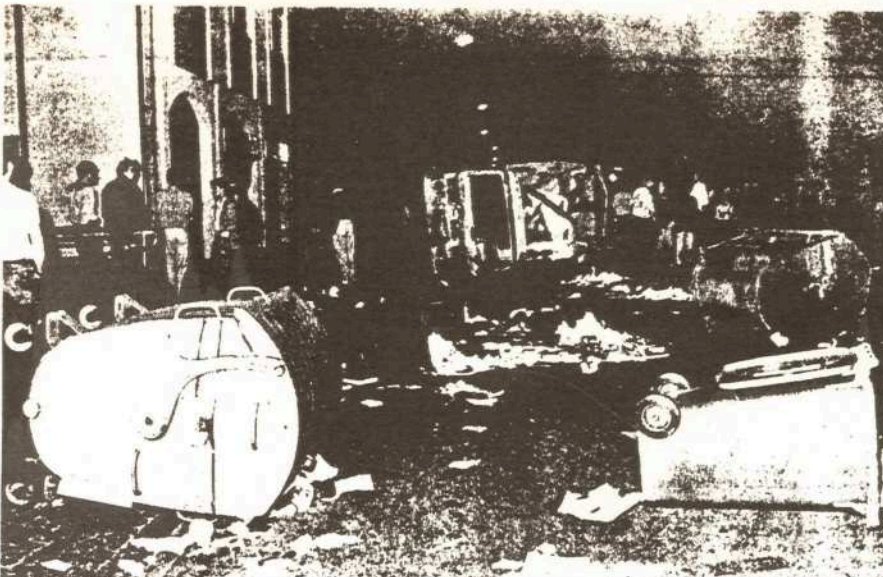
(Jargon: „Willi 36“) müsse ebenfalls geräumt und zugemauert werden, lautete die in der Chefetage des Rathauses geschnittene richterliche Order. Das Urteil nämlich formuliert, es sei zum Schutz von Eigentümerinteressen geboten, in einen zum Teil „entmieteten“ Haus eben diesen Teil unbewohnbar zu machen, auch wenn es noch berechtigte Mieter gibt.

Die Linie der Stadt besagte dagegen, halbverwahrte Spekulations-Ruinen als Reibungspunkte für die Besetzer-Szene sollten nicht zugelassen werden. Vielmehr sei es richtig, erst dann zu räumen, wenn unmittelbar Abriß und Neubau angeschlossen werden könnten. Bei „Willi 36“ war das noch nicht der Fall, doch die Szene mußte seit dem Richterspruch davon ausgehen, sie habe sich bald auch unfreiwillig von Willi 36 zu verabschieden.

Zum 6. Jahrestag dieser Besetzung Ende Mai haute sie deshalb gleich mal auf die Pauke: Ein derart ruhestörendes „Fest“ wurde „gefeiert“, daß sich sogar Grüne von dem Treiben distanzieren. Nur mit einem Polizeieinsatz konnte die Belästigung der Anwohnerschaft abgestellt werden. Dieser Einsatz markierte bei gegenseitiger Härte im Vorgehen der Kontrahenten, daß bei einer zahlenmäßig nicht sehr großen Gruppe von Besetzern und deren Begleitpersonal die Zeichen erneut auf Sturm gestellt waren.

Vor diesem Hintergrund gab es nach BZ-Informationen auf städtischem Grund (Giessereihalle im „Grün“) am vergangenen Donnerstag ein „Plenum“, eine Versammlung von Besetzern samt Anhängerschar. Thema: der Stand der Dinge um die noch besetzten Häuser. Dieser und andere Szenen-Termine hätten durchaus Anlaß zu einer gewissen Wachsamkeit der Ordnungshüter geboten, zumal drohende Äußerungen wie „wenn Ihr Kreuzberg wollt, könnt Ihr es kriegen“ angeblich gegenüber einem Offiziellen der Stadt gemacht wurden.

Für den Mittag des Samstag vor Pfingsten war auch noch eine Demonstration gegen die Räumung von „Willi 36“ angesetzt, die etwa 150 Teilnehmer fand. Eng eskortiert wurde der Protestzug von starken Polizeikräften, nichts passierte. Anschließend wurde in der Polizeidirektion Entwarnung geblasen. Polizeidirektor Schreiber: „Für weitere



Müllcontainer, grüne Tonnen und ein ausgebrannter Lastwagen: So sah nach der Randalie die Wilhelmstraße vor dem ebenfalls demolierten Büro einer Autovermietung aus. Bild: Madeleine Hager

Militante aus der Hausbesetzer-Szene schlugen zu

Die Pfingstnacht der Chaoten

„Im Grün“ brannten Barrikaden, flogen Steine und Brandsätze – Die Polizei war hilflos

Von unserem Redakteur Ulrich Homann

Aktionen lagen nicht die geringsten Anzeichen vor.“ Daß am Abend der Altratsversender „Radio Dreyeckland“ ins „Grün“ bat und dort ein Konzert mit der Frankfurter Band „Metallgemeise“ veranstaltete, ließ die verantwortlichen Polizeiführer nicht aufhorchen. Sie kamen nicht auf die nahehegliche Idee, das Konzert könne vom alternativen Publikum für Chaoten-Umtriebe in der Nachbarschaft bieten.

Also durften am Samstag mittig nach der Demonstration die auswärtigen Polizeikräfte wieder abrücken – zu anderen Einsatzorten wie einem Open-Air-Festival am Bodensee oder in die Feiertage. Mit den 20 bis 30 Beamten, die für alle polizeilichen Funktionen übrig geblieben waren, ließ sich dann kein Staat machen.

Etwa 40 bis 50 entschlossene Gewalttäter und nach offizieller Darstellung weitere 100 zum Teil verummte Personen nutzten die von ihnen wahrscheinlich ausgekundschaftete Mini-Präsenz der Polizei kaltblütig aus, offensichtlich logistisch bestens vorbereitet. Wie gesagt: Kurz nach 23 Uhr am Samstag vor Pfingsten muß es losgegangen sein.

Gestalten im Look des „autonomen Kämpfers“ (Mütze, hochgebundener Schal, langer Pullover, kurze Lederjacke, Lederhose oder Jeans, Turnschuh oder Stiefel) machten sich an die im Umbau befindlichen früher besetzten Häuser Erbprinzenstraße 20 und vor allem Wilhelmstraße 8 heran. Das erste Überfall-Ziel war leicht zu erken-

nen: Sperrung der Wilhelmstraße und der einmündenden Erbprinzenstraße mit Barrikaden, um, zweites Ziel, die verhaßten Baustellen demolieren zu können. So begannen die Chaoten, jedes erdenkliche Material im großräumigen Radius auf die Straßen im „Grün“ zu bugsieren – Bauwagen, Müllcontainer, Baustellenabschrankungen und vieles mehr. Für ausreichenden Benzinvorrat und für Molotow-Cocktails war Vorsorge getragen worden, schnell standen umgekippte Bauwagen und andere Teile der Barrikaden in Flammen.

Natürlich rückte die Feuerwehr aus,

Feuerwehr blieb ohne Schutz

um die Brände zu löschen, doch die Brandstifter vertrieben die Hilfskräfte mit Steinwürfen, mit dem Abschluß von Signalmunition und dem Schleudern von Brandsätzen. Feuerwehrleuten, die liebend gerne Steine zurückgeworfen hätten, wurde von der Polizei Einhalt geboten. Branddirektor Helmut Zeller traf vor Ort im Interesse seiner Leute die richtige Entscheidung: „Solange die Polizei uns nicht schützt, löschen wir nichts.“

Vielfach äußerten Feuerwehrleute blanke Ärgerei über die Schwäche der Polizei, denn die war, wie dargetan, tatsächlich viel zu ausgedünnt, um in die-

sen Nachtstunden dort in der Wilhelmstraße überhaupt etwas schützen zu können, solange die Chaoten regierten. Und so konnten die Vermummten in aller Ruhe ihre Barrikaden zu Ende bauen – bei der Kronenbrücke gelang ihnen ein wahres Bollwerk aus Armiierungsdrahtgeflecht für Betonbauten und dicken Balken – ein bedrohlicher Anblick im Feuerschein brennender Bauwagen. Hinter dem Verhauf an der Kronenbrücke mühten sich Randalierer sorglos und ungehindert, den Baukran am Haus Nummer 8 in Brand zu setzen. Weit und breit war keine Polizei zu sehen, nur gelegentlich tönte aus der Ferne ein Martinshorn. Und da ja keine Festnahmen zu befürchten waren, rannten Vorposten der Straßentäter in die benachbarten Seitenstraße und warfen ungeniert Nägel auf die Fahrbahn, um eventuell doch einmal anführende Polizeiwagen plattzulegen.

Der Chaotentrupp hatte die Macht übernommen, er fühlte sich stark, stark genug für immer schlimmere Übergriffe. Ein Autovermietungsunternehmen und die beschabte Tankstelle legen davon Zeugnis ab. Die gesamten Glasfronten wurden zertrümmert, die Auslage der Tankstelle geplündert. Ums Bier ging's den durstig gewordenen Randalierern vor allen Dingen. Vor dem Autovermietungsbüro wurde ein Lastwagen nach mehreren vergeblichen Anläufen schließlich umgestürzt und angezündet. Er brannte völlig aus. Kein Gedanke wurde daran verschwendet, das Anzünden des Lasters

konnte die nur wenige Meter entfernten Tankstellen gefährden.

Das alles passierte gegen 1.30 Uhr. Gleich darauf legten die Chaoten auf noch einen Mercedes aufs Dach und beschädigten zahlreiche weitere Personwagen. Und beim Amt für Statistik gegenüber der Autovermietung rammten einige Krawallmacher ein Tür ein, bis ein Sperrgitter und eine ausnahmsweise auftauchende Polizei zug sie stoppten.

Erlöschen waren zu dieser Zeit Barrikaden-Brände an der Ecke Faulstraße/Schneewindstraße, die ebenfalls einen Lastwagen kosteten. Vorbei waren auch die zwangsläufig kläglich Versuche von zwei Zügen der Polizei das Heft in die Hand zu nehmen. Kaum näherte sich eine Gruppe von Polizeibeamten, flogen die Steine wie zum Teil mit Benzin gefüllte Flaschen. Und es wurden mit Schleudermuttern auf die Polizisten abgeschossen – höchst gefährlich auch für den Helm und Schild bewehrte Hüter der Ordnung. Erst gegen zwei Uhr konnte endlich ein Polizeizug in der Wilhelmstraße bei den Tankstellen aufgestellt werden – die Chaoten hatten kurz zuvor von sich aus Ruhe gegeben. Das geschah so schlagartig, daß kein Zweifel besteht: Organisation und Kommando war Basis der Ausschreitungen.

„Der Steinhagel war so stark, wir mußten zurück“, sagte ein unversehens in die Chaotenbekämpfung drängter 35jähriger Streifenpolizist der sich bei seinem Einsatz auch Sorgen gemacht hatte, von seinen Widsachern in Überzahl eingekesselt werden. Morgens um 3.30 Uhr tat immer noch Dienst, obwohl Steine ins am Handgelenk und im Unterleib getroffen hatten und er Schmerzen empfand. Warum ging er nicht nach Hause oder ließ sich behandeln? „Ich warte jetzt die Kameraden nicht im Stich lassen“, meinte der Uniformierte. „Und das tut ich aus eigener Verantwortung.“ Nur in Hamburg hat er mal eine ähnliche Härte der Auseinandersetzungen erlebt; gleichwohl kritisierte nicht, mit so wenigen Kollegen vor sich schick werden zu sein: „Wenn keine anderen Kräfte da sind, was sollen wir denn da machen.“ Und Angst, hat Angst gehabt? „Die Angst hält sich Grenzen, im Moment des Einsatzes wird gedrückt man sie. Sie kommt eh dann, wenn die Sache überstanden ist. Dann frage ich mich auch, was soll diese Gewalt eigentlich?“

Ähnlich ratlos zeigte sich der Freiburger Grünen-Stadtrat Peter Hell-

Ende der liberalen Linie?

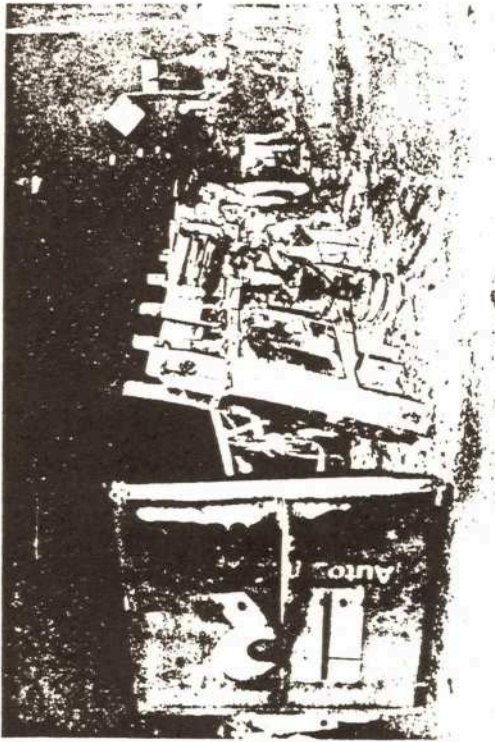
den ein Fraktionskollege herbeigefen hatte. Immer wieder schüttelte den Kopf, er war entsetzt: „Da geht drei Jahre Politik kaputt. Ein Stück weit kann ich die Stadt verstehen, wenn sie nun ihre liberale Linie aufgibt. Das hier ist aktive Nummern: groß.“

Ein gealterter Aktivist der Szene, offenbar im „Ruhestand“ und die Freuden an der Hand, war dagegen froh gestimmt. „Schau, das ist unser Nachwuchs“, sagte er, und auf die ironische Frage, ob er nun stolz sei angesichts der Randalie, kam diese Antwort: „Ich seh mir das an und armüser' mich. Die entschädigt mich für ein Jahr Knast.“

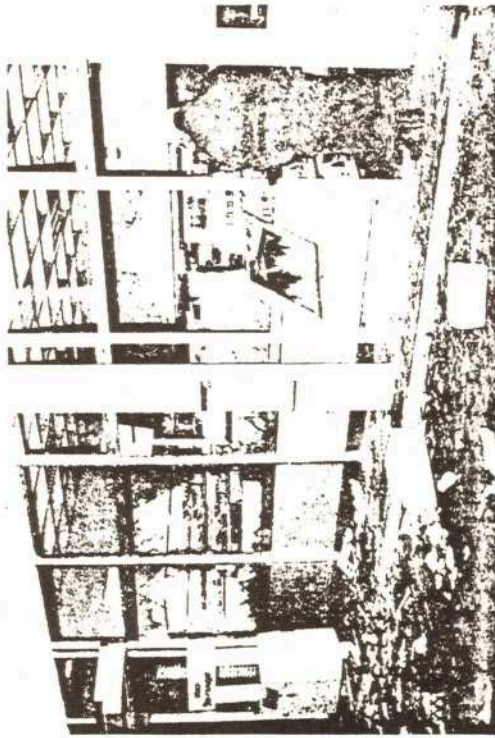
Ein seltsames Amüsement, wahrhaftig, aber nicht einmal untypisch für einen Teil der Schaulustigen, die zwischen und vor den Barrikaden flanieren. War gerade mal wieder ein Einrück der Polizei durch Stein- und Flaschenwürfe abgeblockt worden, registrierten etliche der zumeist jungen etwa 500 „Beobachter“, die aus den Kneipen des Viertels herbeigeeilt waren die Flucht der Beamten mit Schadenfreude. Gelächter allerdings auch, ab Barrikadenbauer mit schweren Balken nicht zurandekamen und Teile eines Bollwerkes wieder einstürzten. Teilnahmslosigkeit auf Seiten der sensitiionslustigen Zuschauer, die den Chaoten die gewünschte Kulisse verschafften, überzog. Auch politische Köpfe der linken Szene blickten nur hin; es wurde kein ernsthafter Versuch gestartet, gegen das irrsinnige Treiben zu argumentieren oder zu handeln.

Fassungslos und ohnmächtig während waren viele der Anwohner, die am Straßenrand standen oder aus ihren Fenstern auf die fast unwirkliche Szenerie blickten – sie verstanden die Welt nicht mehr. „Wir müssen nach fünf Minuten Falschparken gleich zahlen“, schimpfte eine Frau, „aber dieser Rabauken fällt die Polizei nicht in der Arm.“ Während diese Äußerung flüchtigen Rauchschwaden durch alle Straßen des Viertels, und schließlich gab es auch noch einen Kellerbrand in der Nachbarschaft, vermutlich verursacht von einem Molotow-Cocktail. Über eine Leiter holte die Feuerwehr eine irren Panik geratene schwangere Frau aus einem Obergeschoß – dabei von den demütigen Chaoten nicht mehr behindert.

BZ
9.6.87



KRAWALLE IN DER WILHELMSTRASSE: Ein Lastwagen wurde auf die Fahrbahn gekippt und in Brand gesteckt; er brannte völlig aus, denn die Feuerwehr wurde am Löschen gehindert. Schaulustige wurden die Auslagen geplündert.



Bilder: Hajer

Nach den Krawallen an Pfingsten

Oberbürgermeister kündigt Konsequenzen an

Erste Reaktionen auf die gewalttätigen Auseinandersetzungen an der Wilhelmstraße

Als eine „Randale“, die Züge eines paramilitärischen Einsatzes getragen habe, bezeichnete Oberbürgermeister Rolf Böhme am Pfingstmontag vor der Presse die gewalttätigen Auseinandersetzungen, bei denen in der Nacht zuvor 16 Polizeibeamte und ein Feuerwehrmann verletzt, mehrere Autos beschädigt und in Brand gesetzt sowie Schäden in Höhe von etwa 400 000 Mark angerichtet worden waren (siehe auch die Seiten 1 und 3 des politischen Teils). Nach der Einschätzung des Oberbürgermeisters, der sich am Sonntag morgen mit Experten der Polizei, der Feuerwehr, der Staatsanwaltschaft und des Amts für öffentliche Ordnung beraten hatte, steht fest, daß die Aktionen im Bereich der Wilhelm-, der Fauler- und der Schneewindstraße bis in Details vorausgeplant worden waren.

Böhme vertrat im übrigen die auf Böhmes Worten, auf dem Weg über fassung, daß die Krawalle ohne einen Gewalttaten alle in die Zukunft gerichteten besonderen Anlaß in Szene gesetzt teten Modelle der Zusammenarbeit werden seien. Es lasse sich nur darüber spekulieren, was nun Auslöser für die Gewalttätigkeiten gewesen sei. Möglicherweise seien die Ursachen in der vom Gericht verfügten Anordnung zur Räumung des Hauses Wilhelmstraße 38 oder aber in der vom Gemeinderat beschlossenen Entfernung der „Wagenburg“, einer Ansammlung von Wohnwagen, im Sanierungsgebiet „Im Grün“ zu suchen. Es sei auch denkbar, daß es in der Szene Frustrationen gegeben habe, weil es offenbar nicht gelungen sei, einen Volkszahlungsboykott in Freiburg durchzusetzen.

Unabhängig von all diesen Möglichkeiten erklärte Böhme, daß die nach den Krawalle von allen politisch Verantwortlichen im Rathaus entschieden werden und daß jetzt auch politisch gegen jene kriminelle Gruppe vorgegangen werden müsse, die den jeder Verständigung verschließende „harte Kern“ der Szene versucht nach

hingegenommen werden.

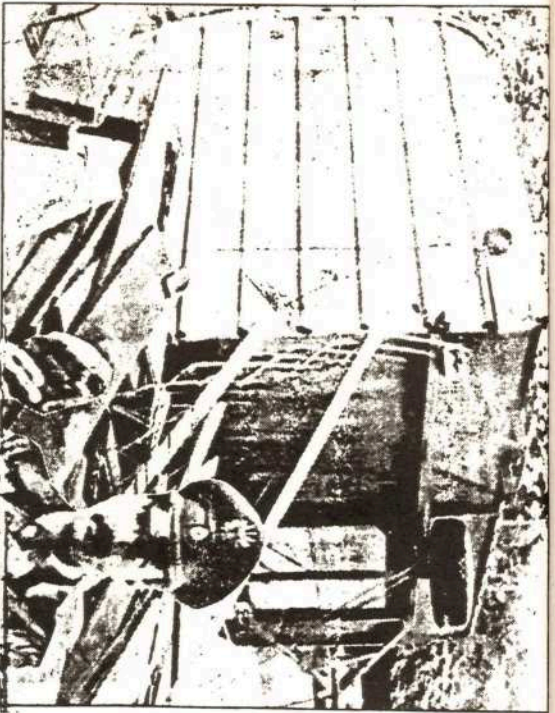
dersetzung. Diese Taten seien auch nicht mit irgendeinem höheren moralischen Anspruch zu rechtfertigen; sie spielten nur dem politischen Gegner in die Hände.

Als „Freiheit“ indes bezeichneten die Grünen es, daß Oberbürgermeister Böhme die „entstandenen Verwüstungen ohne jeden Beweis in Zusammenhang mit dem politischen Widerstand gegen die Volkszahlung“ gebracht habe. „Das ist kennzeichnend für den traurigen Stil des Oberbürgermeisters“, hieß es ihm sei offenbar kein Vorkommnis ernst genug, „um nicht noch ein parteitaktisches Suppen darauf zu kochen“. Tatsächlich gebe es weder zum Volkszahlungsboykott noch zum Jubiläumfest von Radio Dreyeckland am Samstagabend im „Grün“ irgendeine Verbindung. Vielmehr habe eine kleine militante Gruppe versucht, die Besucher dieses Festes für ihre Zwecke zu mißbrauchen.

In der Mitteilung der Polizei über die Ausschreitungen wird noch davon berichtet, daß die Storer in einem der später angezündeten Bauwagen zunächst einen Wachmann angegriffen haben sollen. Ihnen soll es auch gelungen sein, in das Haus Wilhelmstraße 8 einzudringen. An dem im Umbau befindlichen Haus hatten sie die Fensterverschattung zertrümmert. Vor dem Haus war die Baustellen-Einrichtung demoliert worden. Aufraumarbeiten leistete am Sonntag morgen die Feuerwehr.

Die Grünen bezeichneten „die offensichtlich geplanten Ausschreitungen“ als „puren Vandalismus“. Ein aktueller Anlaß habe nicht bestanden. Weiter heißt es, den Grünen fehle für diese selbstzufriedene Militanz jegliches Verständnis; sie sei „unvorbehrbar“ mit ihrem Prinzip gewaltfreier Auseinander-

BADISCHE
ZEITUNG
9.6.87



Ein Bauwagen wurde umgekippt, Latzen und Stahlbleche zu Barrikaden aufgetürmt. Am Top rechts: ein Verletzter bei Freiburg; City ein Bild der Verwüstung.

Krawalle in Freiburg 17 Verletzte, Autos brannten

„Es war wie im Krieg“, weinte ein junger Polizist nach den schlimmsten Krawallen, die Freiburg, die schöne Universitätsstadt im Breisgau (Baden), je erlebte. Die Schicht begann in der Nacht zum Pfingstsonntag noch einem nicht genehmigten Kock-Konzert 150 vollstehender Schüler errichten. Barrikaden zündeten einen Bauwagen an.

Schüler festgenommen

Sie werden mit einem Steinwurf empfangen, flüchten, holen Verstärkung. 100 Beamte versuchen die Menge zurückzuverdrängen. In unteren Schulstufen schlagen Leuchtmunition, Waffenmotorcocktails.

Bilanz: nach fünf Stunden: 16 Polizisten und ein Feuerwehrmann verletzt, 20 ausgebrannte Autos, acht demolierte Streifenwagen und ein Feuerwehrauto, eine halbe Million Mark Schäden – ein Schüler (17) und ein Student (23) wurden vorübergehend festgenommen.

Pfingstscherberben in Freiburg

Schwerste Randalie in der Stadt seit 1981 / Polizei völlig überrascht / Verletzte und brennende Autos

Aus Freiburg Thomas Schauer
Vor einem Scherbenhaufen stand am Pfingstwochende unverzwehlt eine völlig überraschte und ratlose Freiburger Stadtwartung: Ein verletzter Feuerwehrmann, 16 verletzte Polizisten so-

wie Sachschaden in Höhe von mehreren Hunderttausend Mark — so lautet die vorläufige Bilanz der Behörden nach der schwersten Randalie seit den Häuserkämpfen in den Jahren 1980/81.

Etwa 100 bis 150 Personen hatten in der Nacht auf den Pfingstsonntag in Freiburgs einzigen formlichen Sanierungsgebiet, dem Stadtteil „Im Grün“, Material von den zahlreichen Bauschutt auf der Straße geschleppt und angezündet. Schiben zertrümmert und Fahrzeuge demoliert.

Mehrere Bauwagen sowie über 20 Autos, darunter Einsatzfahrzeuge der Feuerwehr und der Polizei, wurden in Brand gesteckt oder beschädigt.

BILD 9.6.87
FAZ 9.6.87

FORTSETZUNGEN VON SEITE 1

Freiburg

Allein die Autoverleihrfirma INTERENT muß 13 Autos abschreiben, teilweise lagen am Sonntagmorgen nur noch verkohlte Gerippe auf dem Firmensparkplatz. Während den Auseinandersetzungen, in denen sich die Polizei offensichtlich völlig unvorbereitet und unterbesetzt wiederfand, sind Aktivisten festgenommen worden.

Grobes Räucherfeuer über einen konkreten Anhalt oder Auslöser der Stradenzkämpfe herrschte andernorts sowohl in eiligst zusammengetrommelten Behördenstutzungen als auch im öffentlichen Stadtgespräch. Rund 150 Personen hatten noch am Samstag mit-

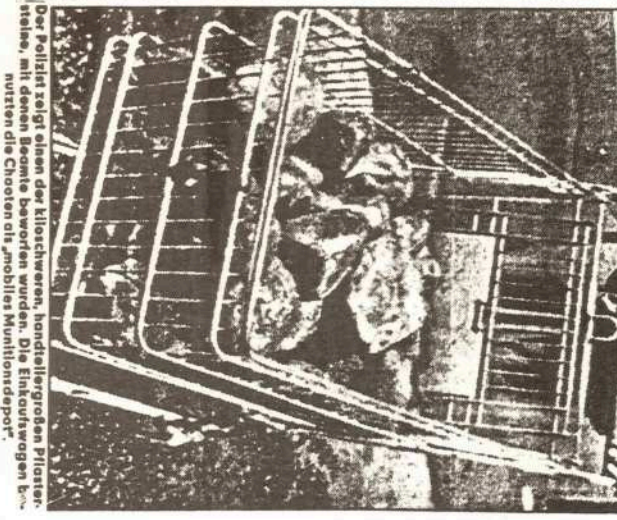
tag ohne besondere Zwischenfälle in der Freiburger Innenstadt gegen die städtische Wohnungspolitik demonstriert. Die haben wohl ihren Froststreik rausgetippt, daß sie nicht mehr Leute auf die Beine bringen. „Kommentieren ein Besucher der „Gretcher-Fabrik“ die nächtliche Randalie. (Die polizeirichtige auf dem Firmensparkplatz. Während den Auseinandersetzungen, in denen sich die Polizei offensichtlich völlig unvorbereitet und unterbesetzt wiederfand, sind Aktivisten festgenommen worden.)

In der „Gretcher“, einer zum alternativen Kommunikationszentrum umgebauten Fabrik, die im Zentrum des Sanierungsgebietes liegt, stiegen Samstag nacht zur gleichen Zeit die Festivitäten anlässlich des Zehnjahresjubiläums von „Radio Dreyeckland“. Bewohner eines in der Nähe liegenden besetzten Hauses versuchten

zeitweise, mit der Meldung von einer angeblich drohenden Räumung ihres Hauses die Festbesucher auf die Straße zu bringen. Bei der anschließenden Randalie blieben die Streifenwagen beider Seiten jedoch weitgehend unberührt. Einige Teilnehmer der Dreyeckland-Feste berichteten, sie hätten erst auf dem Heimweg durch die verwüsteten Straßen etwas von den Auseinandersetzungen mitbekommen.

Die Polizeiführung klagte am Sonntag mit auf einer Pressekonferenz, ihre Baunnen seien noch nicht zuvorig in Freiburg dermaßen massiv angegriffen worden. Zeitweise habe sie den Feuerwehrleuten nicht mehr den Zugang zu Brandstellen ermöglichen können. Baden-Württembergstaatsminister Dietmar Schlieff nutzte die Freiburger Krawalle-

nacht sogleich, um die leidige Debatte über die Nahkampfausrüstung der Polizei wieder aufzuwärmen. In Freiburg selbst darf damit gerechnet werden, daß CDU und Regierungspolitiker nun einen Aufgub ihrer letztjährigen Kampagne „Chaotenhochburg Freiburg“ aufhüben werden, mit der sie SPD-Oberbürgermeister Holzföhne wegen seiner vermeintlichen „Szene-freundlichen Politik attackierten. Böhm selbst becomte in einer ersten Stellungnahme, die Stadtverwaltung werde weiterhin sorgfältig differenzieren zwischen der Alternativzone und dem harten Kern der Randalierer.



Der Polizist zeigt einen der Klatschweber, handeltiergroßen Pfilar. Die Einkaufswagen wurden als „mobiles Munitionsdop“ genutzt die Chaoten als „mobiles Munitionsdop“.

Bilder einer Freiburger Brand-Nacht

to. FREIBURG. Als einen »paramilitärischen Einsatz eines harten Kerns von »andalieren« hat Freiburgs Oberbürgermeister Dr. Rolf Bohme die Auseinandersetzungen in der Nacht zum Pfingstsonntag rund um das Sanierungsgebiet »Im run« bezeichnet, bei denen ein Sachhaden von weit über 300 000 Mark entstanden ist. Der Oberbürgermeister kündigte an, daß die Stadt gemeinsam mit Justiz und Polizei alles unternehmen werde, um diesem »harten Kern« ein für allemal ein Ende zu bereiten. Die Aktion in der Pfingstnacht, die gegen 23.30 Uhr begann, war nach Meinung in Freiburgs Leitendem Polizeidirektor (rnhard Schreiber generalstabsmäßig rberet worden. Als Indiz für diese esse wertete er die Tatsache, daß praktisch zur gleichen Zeit an mehreren Stellen rund um das Sanierungsgebiet Barrikaden errichtet und Brande gelegt wurden. Außerdem sei es seiner Meinung ich unmöglich gewesen, eine solche useinandersetzung spontan zu organisieren.

Molotow-Cocktails, Leuchtpum-Munition, Schleudern für Stahlgewichte, mit immer und Äxten ausgestattete Demonstranten und offensichtliche Hinterhalte, all dies hatten die Gewalttäter vorbereitet und zu den jeweiligen Kampfplätzen bringen müssen. Hauptbeteiligte an »n Auseinandersetzungen seien, so Schreiber, zwischen 100 und 150 verurteilte Gewalttäter gewesen, die erhebliche kriminelle Energie gehandelt hätten.

Für die Randalierer in der Nacht zum Pfingstsonntag hat es nach Meinung von Oberbürgermeister Rolf Bohme keinen besonderen und aktuellen Anlaß gegeben. Denn man nach den Gründen forschen wolle, sei allenfalls denkbar, daß die bestehende und per Gerichtsbeschluß angeordnete Raumdung des Hauses Wilhelmstraße 36 (»Willi 36«) einen Anlaß geliefert hätte. Auch die Raumdung der sogenannten »Wagenburg« im Sanierungsgebiet »Im run« und der offensichtliche Mißerfolg des Volkszahlungsbekotts könnten die Randalierer nach Meinung Bohmes zu ihrer Aktion motiviert haben.

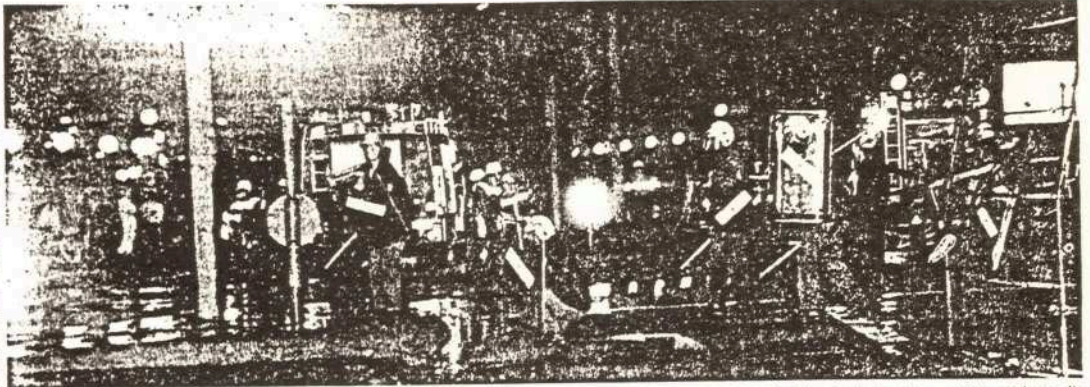
Der Oberbürgermeister stellte fest, daß mit dem »harten Kern« der Freiburger alternativen Szene schon immer kein Gespräch und keine Verständigung möglich gewesen sei. Vielmehr habe dieser »harte Kern« bisher alle Maßnahmen der Kooperation zwischen der Stadt und den alternativen Gruppen hintertrieben und sabotiert. Nach den jüngsten Ereignissen sei es nun an der Zeit auch mit politischen Maßnahmen gegen Kriminelle vorzugehen.

Bohme appellierte an alle Freiburger Bürger und gesellschaftlichen Kräfte gemeinsam auch eine harte Linie gegenüber den Gewalttätern durchzusetzen, »damit dieser Gruppe endlich das Handwerk gelegt wird«. Als erstes werde eine gemeinsame Arbeitsgruppe von Stadt, Staatsanwaltschaft und Polizei gebildet, deren Aufgabe es sei, eine Abwehr-Strategie zu erarbeiten, damit das gewalttätige Treiben auf rechtsstaatliche Weise beendet werden könne. Kriminelle Handlungen, mit denen Aufruhr geschaffen werden konnte, würden künftig unterbunden.

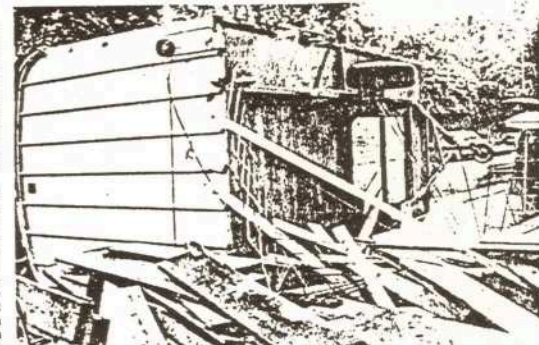
Trotz der Straßenschlacht in der Pfingstnacht will die Stadt nach den Worten des Oberbürgermeisters keine Abkehr von der bisherigen Politik der Kooperation mit den alternativen Gruppen. So werde die Stadt am Projekt des Alternativen Kulturzentrums im Sanierungsgebiet »Im Grün« in der ehemaligen Geseriehalle festhalten. Jedoch erwartet die Stadt vom Trägerverein »Arbeitskreis Alternative Kultur (AAK)« eine deutliche Distanzierung von den Gewalttätern. »Da muß es eine politische Trennung geben«, machte der Oberbürgermeister deutlich.

Zur Frage einer schnellen Raumdung der restlichen noch besetzten Häuser in Freiburg wollte sich das Stadtoberhaupt nicht äußern. Als bemerkenswert bezeichnete er die Tatsache, daß das alternative Punker-Lokal »Crash« während der nächtlichen Unruhen den Ausschank einstellte, die Räume geschlossen und somit deutliche Distanz zu den gewalttätigen Vorgängen bekennt habe.

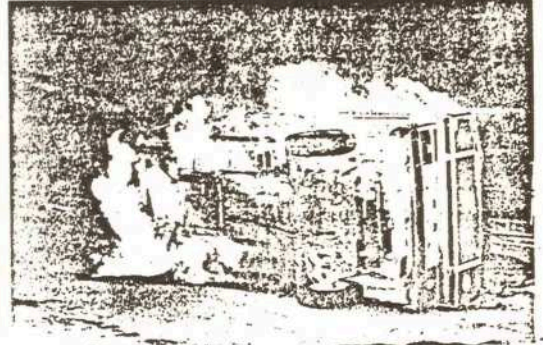
Für die Freiburger Polizei, die von den Ereignissen völlig unvorbereitet getroffen wurde, waren die Auseinandersetzungen von einer Härte und Brutalität, wie sie es nie zuvor in Freiburg gegeben hatte, auch nicht zu Zeiten der Auseinandersetzungen um die besetzten Häuser »Brennsack« und »Schwarzwalddorf«. Die kriminelle Energie, so Polizeidirektor Schreiber, sei in der Pfingstnacht weitaus größer gewesen. Schreiber lobte seine Beamten, die - zahlenmäßig den Randalierern weit unterlegen - fast mit »Heldennut« vorgegangen seien.



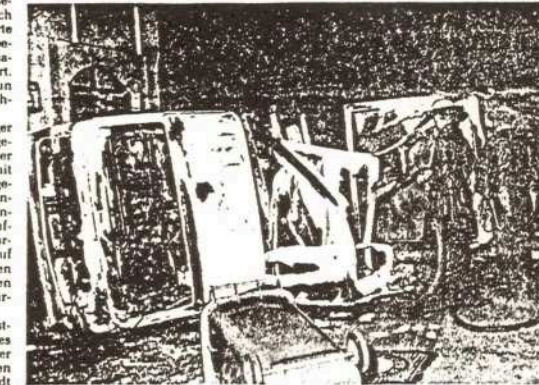
AN DIESER STELLE nahmen die Krawalle in der Nacht zum Pfingstsonntag ihren Ausgang. Hier, in unmittelbarer Nachbarschaft des Autobahnzubringers Mitte, errichteten die Randalierer ihre erste Straßensperre, die sie in Brand steckten. Als die völlig ahnungslose Freiburger Berufsfeuerwehr am Schauplatz eintraf, wurde sie mit einem Steinhagel empfangen und am Löschen gehindert. Das war der Auslöser für den anschließenden Polizeieinsatz.



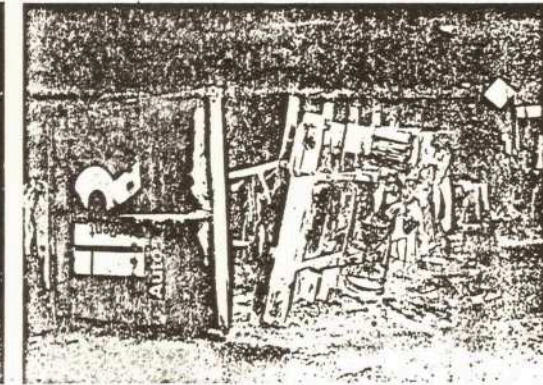
ZWEI ZERSTÖRTE BAUWAGEN blieben auf dem Kampfplatz in Freiburg zurück. Die Gewalttäter hatten die Baufahrzeuge mit in ihre Barrikaden eingebaut und sie in Flammen aufgehen lassen. In einem Wagen befand sich ein Wachmann, der ebenfalls angegriffen wurde.



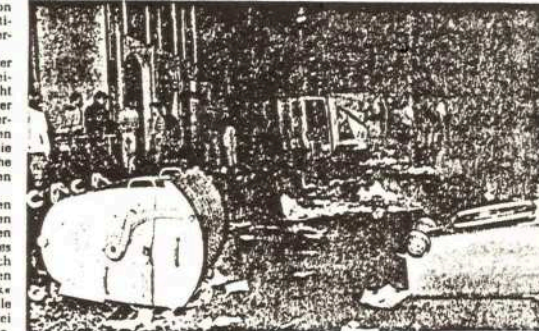
EIN SCHWERPUNKT der Auseinandersetzungen war das Gelände einer Mietwagenfirma und einer Tankstelle. Während die Scheiben der Tankstelle eingeworfen und die Verkaufsräume geplündert wurden, zogen die Gewalttäter einen Lastwagen auf die Straße und steckten ihn in Brand.



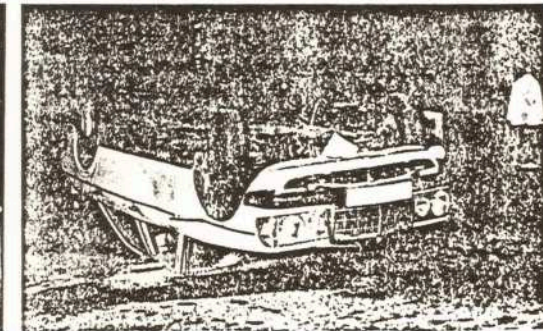
EINE BEUTE DER FLAMMEN wurde der Lastwagen, weil es der Polizei und der Feuerwehr nicht gelang, bis zum Brandort vorzudringen und die Flammen zu ersticken. Randalierer und Sympathisanten sperrten den Zugang. Nur noch die Reste konnten dann noch abgelöscht werden.



DER SACHSCHADEN, der während der zweistündigen Straßenschlacht rund um das Sanierungsgebiet »Im Grün« entstand, ist beträchtlich. Er wird von Polizei und Feuerwehr auf über 300 000 Mark geschätzt. So wurden auch zahlreiche private Pkw und Häuser beschädigt.



EIN CHAOTISCHES BILD bot sich nach der mitternächtlichen Aktion auf der Wilhelmstraße. Müllcontainer und Mülltonnen waren von den gewalttätigen Störern als Hindernisse benutzt worden, um Polizei und Feuerwehr am Vordringen zu hindern.



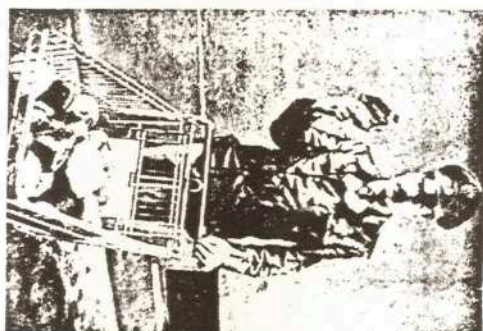
DIE KRIMINELLE ENERGIE der Chaoten machte auch nicht vor den an der Faulerstraße abgestellten privaten Personewagen halt. Da wurden reihenweise Scheiben eingeschlagen und sonstige Beschädigungen vorgenommen.

Das Letzte Gefecht?

(10.) Die Welle der Gewalt, die das mittelmächliche Freiburg zu Pfingsten zwei Stunden lang überflutete, übertraf an Härte und Konfrontation alles in dieser Stadt bisher Dagewesene. Selbst in den gewiß nicht friedlichen Zeiten zu Anfang der achtziger Jahre, als die Begriffe »Dreismecke« und »Schwarzwaldhof« vom Höhepunkt des Freiburger Häuserkampfes der sogenannten »alternativen Szene« zeugten, als taufende von Polizisten aus Freiburg die »Bullenburg« machten, selbst damals war solch Brutalität, solch Wille zur bedingungslosen Konfrontation wie in dieser Pfingstnacht nicht zu spüren. Hat damit die Politik des »inneren Friedens für diese Stadt«, mit der Oberbürgermeister Bohme damals seine Amtszeit begann, Schiffbruch erlitten? Haben all jene nun Recht bekommen, die im letzten Jahr Freiburg als Stadt der Chaoten angesehen haben? Wer noch die Sprechstühle »Feuer und Flamme für diese Stadt« im Ohr hat, mag angesichts der jüngsten Ereignisse kaum noch zweifeln.

Und dennoch ist es anders. Die Konfrontation dieser Pfingstnacht war schlichtweg nichts anderes als das »letzte Gefecht« eines »harten Kerns« der Freiburger alternativen Hausbesetzerzone, der nahezu unverändert über ein Jahrzehnt Bestand hatte, der nach »Dreismecke« und »Schwarzwaldhof« großen Zulauf erhielt; der Sammelbegriff für alle wurde, die an wirtschaftlichen und politischen Strukturen von Stadt und Staat verzweifeln, der zeitweise ein großes Sympathisanten-Umfeld um sich sammelte – und der in den letzten Jahren durch die städtische Befriedungspolitik zugunsten der Alternativen wieder auf Kern-Größe schrumpfte und sogar ins alternative Abseits geriet.

Diesem anderthalb hundert Mann starkem »harten Kern« ist nicht mehr geblieben als der bloße Wille zum Kampf, dem er schon immer nachgeben hat und in dem er schließlich auch unterliegen wird. ...

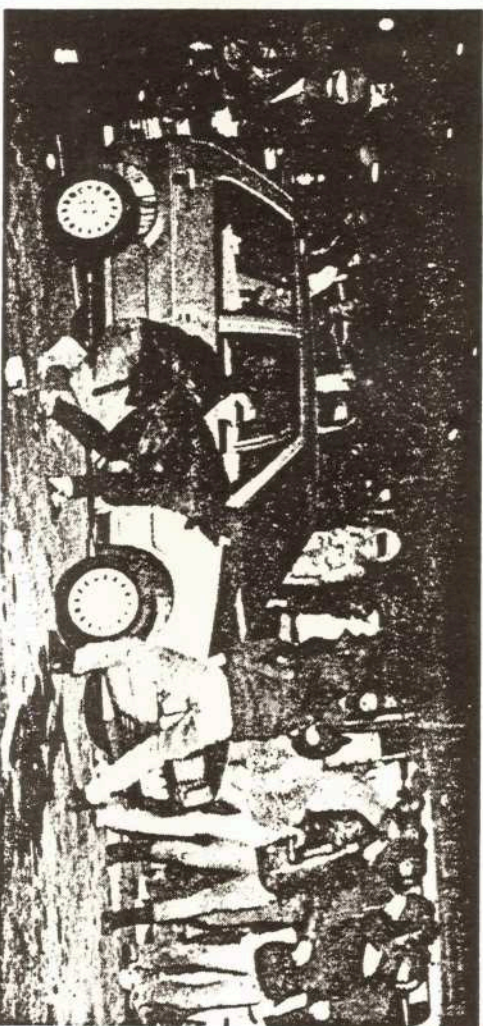


EINE SPUR DER GEWALT legten verummte Chaoten in der Nacht zum Pfingstsonntag durch das Freiburger Sanierungsgebiet »Im Grün«. Ein harter militärischer Kern der Hausbesetzerzone liierte sich mit bürgerkriegsähnlichen Schlächten mit der völlig überraschten und unterbesetzten Polizei. Brennende Barrikaden und demolierte Autos zeugten von der Brutalität der Kandalierer. Ein Einkaufswagen dienie ihnen als »mobiles Munitionstdepot«. Polizisten und Feuerwehrleute wurde mit kindskopfgroßen Steinen beworfen (links) Bilanz dieser heilstenen Nacht seit Jahren: 17 Verletzte und mindestens 300 000 Mark Sachschaden.

Vermummte Chaoten auf brennenden Barrikaden Straßenschlächten in Freiburg / Gewalttätigste Nacht seit Jahren / Polizei total überrascht

10. FREIBURG. Bürgerkriegsähnliche Auseinandersetzungen besicherten der Stadt Freiburg die »heilste Nacht« seit der berühmten Scheiternnacht im März 1981. In der Nacht zum Pfingstsonntag suchten etwa 150 maskierte und verummte Mitglieder der Freiburger Hausbesetzerzone die offene Konfrontation mit der Polizei. Zwei Stunden lang blockierten sie mit brennenden Barrikaden, umgestürzten und in Brand gesetzten Autos die Straße um das am Rande der Freiburger Innenstadt gelegene Sanierungsgebiet »Im Grün«, das als Zentrum der alternativen Bewegung gilt.

Mit bishern nicht erlebter Brutalität gingen die Straßenkämpfer gegen Feuerwehr und Polizei vor: Einem Bombardement mit kindskopfgroßen Steinen folgten Molotow-Cocktails und gezielte Schüsse mit Leichtfeuer-Munition. Außerdem verwendeten die Chaoten Schleudern, mit denen sie zentimeterdicke Schraubennutten und aus Baustahl geschnittene Dreiecke verschossen. Die Bilanz dieser – so Oberbürgermeister Dr. Rolf Bohme – »paramilitärischen und generalisierbaren vorbereiteten Aktion«: 16 verletzte Polizisten, ein verletzter Feuerwehrmann, ein ausgebrannter Lastwagen, zwei zerstörte Bauwagen, 17 teilweise erheblich demolierte private Kraftfahrzeuge, acht beschädigte



Die gewalttätige Geschehen konzentrierte sich auf zwei Stellen, wo die verummten Gewalttäter mit Steinwürfen, Schleudern und Brandsätzen angriffen. Dabei hatten sich die Störer mit jeweils etwa 500 Zuschauern und Sympathisanten in nahezu militärischer Form gestieft, um ihre Angriffe im Schutz dieses Umfeldes vorzutragen. Wenn die Polizeibeamten vorrückten, zogen sich Gewalttäter und Sympathisanten in das Zentrum des Sanierungsgebietes zurück, wo sie sich unter die Teilnehmer des Dreieckland-Festes mischten und nicht mehr auszumachen waren.

Funkstreifenwagen der Polizei, vier stark beschädigte Feuerwehr-Fahrzeuge, ein demoliertes Büro einer Mietwagenfirma, eine zerstörte und geplünderte Tankstelle. Außerdem entstand erheblicher Schaden an vielen weiteren Gebäuden. Die Schadenshöhe dürfte weit über 300 000 Mark liegen.

Die Auseinandersetzung kam für die Polizei völlig überraschend. Freiburgs leitender Polizeidirektor Bernhard Schreiber: »Uns lagen keinerlei Erkenntnisse oder Hinweise auf eine solche oder ähnliche Aktion vor.« Dies, obwohl bereits am Samstagvormittag eine Demonstration durch die Freiburger Innenstadt erfolgte, bei der etwa 150 Menschen gegen die vom Verwaltungsrat angeordnete Räumung eines besetzten Hauses an der Straße, in der es dann zur Nachtzeit die Ausschreitungen gab, protestiert hatten. Außerdem – und auch das war bekannt – fand im alternativen Zentrum des Sanierungsgebietes »Im Grün« ein Fest anlässlich des zehnjährigen Bestehens des illegalen Rundfunksenders »Dreieckland« statt. Ganze 24 Polizeibeamte waren in dieser Nacht im zuständigen Revier Nord ihren Diensten.

Die bürgerkriegsähnliche Auseinandersetzung begann gegen 23.30 Uhr, als die von einem Anwohner alarmierte Berufsfeuerwehr einen Brand an der Wilhelmstraße am Rande des Sanierungsgebietes feststellte. Erst am Einsatzort erkannten die Feuerwehrmänner, daß die Straße von einer brennenden Barrikade versperrt war, hinter der etwa 100 bis 150 verummte Täter die schutzlose Löschmannschaft mit einem Steinhaapel empfangen und so Löschmaßnahmen verhinderte.

Die wenige Minuten später eintrifften den Polizeibeamten wurden beim Versuch, die Störer vom Brandort zurückzudrängen, ebenfalls massiv mit Steinwürfen, Brandsätzen und Leichtmunition angegriffen. Gleichzeitig liefen bei Feuerwehr und Polizei weitere Meldungen über brennende Barrikaden an anderen Stellen des Sanierungsgebietes ein. Brandsätze wurden auch am Gebäude der Industrie- und Handwerkskammer gezündet.

Das gewalttätige Geschehen konzentrierte sich auf zwei Stellen, wo die verummten Gewalttäter mit Steinwürfen, Schleudern und Brandsätzen angriffen. Dabei hatten sich die Störer mit jeweils etwa 500 Zuschauern und Sympathisanten in nahezu militärischer Form gestieft, um ihre Angriffe im Schutz dieses Umfeldes vorzutragen. Wenn die Polizeibeamten vorrückten, zogen sich Gewalttäter und Sympathisanten in das Zentrum des Sanierungsgebietes zurück, wo sie sich unter die Teilnehmer des Dreieckland-Festes mischten und nicht mehr auszumachen waren.

Nach zwei Stunden endeten die Aktivitäten der Gewalttäter. Polizei und Feuerwehr konnten daran gehen, den Umfang der Schäden festzustellen und die Straßen wieder freizumachen. Bei den Kavallen wurden zwei Männer vorläufig festgenommen. Während einer wieder auf freien Fuß gesetzt wurde, weil ihm eine Beteiligung an einer Plünderung derzeit nicht konkret nachgewiesen werden konnte, wurde ein 17-jähriger zwischenzeitlich dem Häftrichter vorgeführt. Er hatte zugegeben, aus politischen Gründen Brandsätze geworfen zu haben.

Bei einer gemeinsamen Pressekonferenz am Pfingstsonntag kamen Landespolizeipräsident Gerhard Frohlich, Polizeidirektor Bernhard Schreiber, Oberstaatsanwalt Maßb und Oberbürgermeister Bohme zu einer einheitlichen Bewertung der Vorgänge. Es habe sich um eine Randale gehandelt, die ohne besonderen Anlaß in Szene gesetzt worden sei. Sie sei paramilitärisch vorbereitet und von einem harten Kern von etwa 150 Gewalttätern durchgeführt worden, mit dem keinerlei Verständigung mehr möglich ist. Stadt, Justiz und Polizei seien fest entschlossen, den kriminellen Handlungen dieses harten Kerns endlich ein Ende zu bereiten.

Chaoten nutzten die Gunst der Stunde

Niemand war auf Krawalle vorbereitet

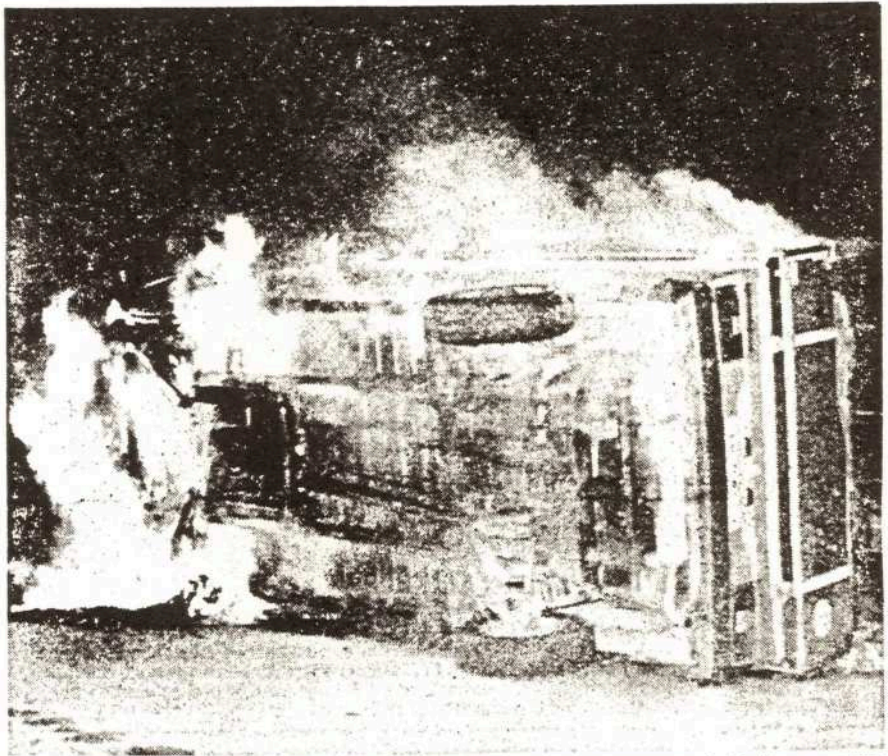
Zugeständnisse an Hausbesetzerszene trugen in Freiburg keine Früchte

Von unserem Redaktionsmitglied
Gerhard Windscheid

Freiburg. Umgestürzte Autos, brennende Straßenbarrikaden, demolierte Streifenwagen, 300 000 Mark Sachschaden und 16 verletzte Polizeibeamte. „Solch' geballte Gewalttätigkeiten haben wir in Freiburg noch nicht erlebt.“ Der Polizeibeamte wirkt fassungslos. Drei Stunden lang dauerten die Auseinandersetzungen zwischen gewalttätigen Chaoten aus der Hausbesetzerszene und der Polizei in einem Sanierungsgebiet, nicht weit entfernt von der Freiburger Innenstadt und dem Hauptbahnhof. Wie es zu der Straßenschlacht kommen konnte? Oberbürgermeister Rolf Böhme und die Polizei sind ratlos. Niemand hatte ausgerechnet an Pfingsten mit Krawallen gerechnet.

Völlig überrascht mußten Polizei und Feuerwehr mitansehen, wie Straßenbarrikaden und Privatautos in Flammen aufgingen. Zerstört oder schwer beschädigt wurden zwei Bauwagen, 17 Firmen- und Privatautos, acht Funkstreifenwagen der Polizei und ein Fahrzeug der Feuerwehr. Mit Steinwürfen und Brandsätzen verhinderten die etwa 150 mit Schals, Überziehhäupten und Motorradhelmen verummten Gewalttäter die Lösversuche der Feuerwehr, die als erste an den brennenden Straßenbarrikaden eingetroffen war. Wie ein Sprecher auf Anfrage der „Badischen Neuesten Nachrichten“ mitteilte, mußten sich die Feuerwehrleute zurückziehen und auf den Einsatz der Polizei warten. Lediglich 24 Beamte konnte die Polizei in der ersten Stunde gegen die randalierenden Horden aufbieten. Erst dann kamen 88 Mann Verstärkung, die unter anderem aus dem 35 Kilometer entfernten Lahr der Bereitschaftspolizei herbeigeschafft werden mußten. „Die Beamten aus den Revieren waren völlig überrascht“, bestätigt ein Sprecher der Freiburger Polizeidirektion. Als die Schutzleute aus den Innenstadtrevieren die Bescherung sahen, mußten sie erst einmal den Rückzug aus dem Wurfkreis der Steine und „Molotowcocktails“ antreten. „In den Streifenwagen gibt es normalerweise keine Helme und Schutzschilde.“ Aus den Revieren mußten die Utensilien erst geholt werden. Als die Verstärkung anrückte, gingen auch langsam die Gewalttätigkeiten zurück.

Die Behörden werteten die Ausschreitungen als „schwerste Konfrontation“ in der südbadischen Universitätsstadt seit den Hausbesetzerunruhen Anfang der 80er Jahre. Die Aktionen seien „offenbar generalstabsmäßig“ vorbereitet, sagten Polizei, Staatsanwaltschaft und Stadtverwaltung auf einer Pressekonferenz. Oberbürgermeister Rolf Böhme, der die „paramilitärische Aktion“ dem „harten Kern der Hausbesetzerszene“ zuordnete, kündigte als Konsequenz der Unruhen die Bildung einer Arbeitsgruppe an, die eine „Abwehrstrategie“ gegen künftige Unruhen entwerfen soll. Die Antwort auf die Frage, wie diese Strategie aussehen soll, blieb der Freiburger OB allerdings schuldig.



BRENNENDES AUTO ALS BARRIKADE: Bei den schweren Ausschreitungen in Freiburg wurden zwei Fahrzeuge einer Autovermietung angezündet, 15 beschädigt.
Foto: Haid

Unterschlupf fanden die Chaoten zwischen den etwa 1000 Zuschauern und Sympathisanten, die die Gewalttaten verfolgten. Sie hatten sich zu einem Fest in einem von der Stadt zur Verfügung gestellten alternativen Zentrum in dem Sanierungsgebiet zusammengefunden. Gefeierte werden sollte das zehnjährige Bestehen von „Radio Dreieckland“, das sich bei der Landesanstalt für Kommunikation um eine Lizenz als alternativer Lokalsender bemüht. Illegale Sendungen aus Freiburg und im Gefolge Durchsuchungen der Polizei hatten früher schon einmal zu Krawallen in dem Sanierungsgebiet geführt.

Von einem Zusammenhang der Krawalle mit dem alternativen Szenefest wollen Polizei und Stadtverwaltung nichts wissen. Nicht auszuschließen ist aber, daß die Chaoten das Fest für ihre Zwecke mißbrauchten. Auf die Beobachtung des Festverlaufs hatte die Polizei verzichtet.

Nach Meinung der Stadtverwaltung kommt die bevorstehende Räumung des vorletzten besetzten Hauses in Freiburg als mögliches auslösendes Moment für die Krawalle in Frage. Vielleicht hat auch der „Frust“ eine Rolle gespielt, daß die Anti-Volkszählungsinitiative in der Dreisammetropole entgegen den Erwartungen keinen Erfolg hatte.

Bereits vor zweieinhalb Wochen war ein Haus in dem Sanierungsgebiet geräumt worden, ohne daß es zu Ausschreitungen kam. Seit diesem Zeitpunkt war auch bekannt, daß ein weiteres besetztes Haus in der gleichen Straße in den kommenden Wochen geräumt werden soll. Dann bliebe nur noch ein besetztes Haus in Freiburg übrig. OB Böhme hatte sich schon gefreut, daß seine Politik der Zugeständnisse an die Hausbesetzerszene Früchte trägt und die Räumungen ohne Krawalle über die Bühne gehen, sieht sich jetzt aber vor einem kommunalpolitischen Scherbenhaufen.

Freiburg will jetzt harte Linie einschlagen

Oberbürgermeister Rolf Böhme: „Paramilitärische Aktionen“ mit allen rechtsstaatlichen Mitteln stoppen

FREIBURG (kaz-Eigenbericht) Die seit Jahren immer wieder durch gewalttätige Aktionen von einer Gruppe von Chaoten aufgeschreckte und geschädigte Stadt Freiburg will nach den Worten ihres Oberbürgermeisters Rolf Böhme mit allen erdenklichen rechtsstaatlichen Mitteln auf die „paramilitärischen Aktionen“ in der Nacht zum vergangenen Pfingstsonntag reagieren. Rolf Böhme kündigte an, mit entschlossenem Willen und notfalls mit harter Linie diesen kriminellen Aktionen ein Ende zu setzen. Bei den zweistündigen Krawallen wurden rund 150 Mitglieder der großen Hausbesetzerzelle in der Pfingstnacht inhaftiert, 17 Personen verletzt worden und Sachschäden in Höhe von über 300 000 Mark entstanden.

In verschiedenen Straßen des Sanierungsgebietes im „Grün“ brannete Kurz vor Mitternacht aus Baumaterial gebaute Barrikaden, zwei Kraftfahrzeuge und ein Keller. Polizei und Feuerwehr wurden mit Steinen und Brandsätzen beworfen sowie mit Leuchtmunition und Stahlschläudern beschossen.

Einige Gewalttäter waren mit Äxten, Hämmern und Messern bewaffnet. Sie versuchten, Wasserleitungen der Feuerwehr zu zerstören. Entlang der Wilhelmstraße gingen zahlreiche Fensterscheiben zu Bruch. Der Verkaufsräum einer Tankstelle wurde geplündert und verwüstet. Fahrgeschäfte sind zwei Anschläge auf das Amt für Statistik und Einwohnerwesen sowie das Gebäude der Industrie- und Handelskammer. An den Hauswänden tauchten neue Sprühparolen auf, die auf einen Zusammenhang zwischen dem Gewalttäter und der durchs Verwaltungsgeschäft verletzten Raummung eines Wilsch Jahres beschieden lassen. Weiter soll lautete die Parole der Sprüher. Nach Erkenntnissen der Polizei werden bereits neue Aktionen vorbereitet.

„Gewalttäter unter Hausbesetzern isolieren“

In einer Pressekonzferenz am Pfingstsonntag appellierte Oberbürgermeister Rolf Böhme an alle demokratischen Kräfte in Freiburg, Hausbesetzer zu isolieren. Er sagte, es sei unerträglich, daß die Situation mit ihren alternativen guten Willens“ sabotieren. Mit dem harten Kern sei keine Verständigung möglich“, so Böhme, und deswegen müßten jetzt politische Antworten auf die kriminellen Akte gefunden werden. Der OB ist entschlossen, die Gewalttäter unter den Hausbesetzern schnell und gründlich, aber mit Augenmaß von den gemäßigten alternativen Kräften zu isolieren. Diese forderte er energisch auf, sich von den Krawallmachern zu distanzieren.

Seit der Räumung des Schwarzwaldhofes vor gut sechs Jahren treibt ein sogenannter „harter Kern“ der Hausbesetzerzelle sein Unwesen in Freiburg. Auf sein Konto kommen zahlreiche Brandanschläge (darunter auf Autonomie Zentrum und Technische

bürges Polizeichef Bernhard Schreiber berichtet, zum erstenmal hatten die Störer hier auf Beamte mit Stahlmüttern geschossen und mit kindskopfgroßen Steinen geworfen. 16 Beamte wurden durch Tritte und Steine verletzt, einer ist wegen eines Zehnbruchs dienstunfähig. Den Schaden an acht Funkstreifenwagen schätzte Schreiber auf 50 000 Mark. Die Polizeidirektion wurde von den gewalttätigen Ausschreitungen völlig überrascht. Er habe von der „generalisierend geplante Gewaltaktion“ nichts gewußt, räumte der Polizeichef ein. Weil die Polizei mit 24 diensthabenden Beamten auf die Straßenschlacht nicht vorbereitet war, mußte die Einsatzleitung auf Verstärkung aus Lienzach, Villingen-Schwenningen und Offenburg warten, ehe sie die Krawalle im Sanierungsgebiet beenden und zwei Störer festnehmen konnte. Der Polizeichef dankte seinen Beamten für den „Heldennut“.

Rathaus), Sachbeschädigungen und Körperverletzungen sowie Landfriedensbruch. Die Namen der Gruppe sind der Polizei weitgehend bekannt, doch der Nachweis von Straftaten gelang bisher nicht, weil die Täter immer in Schwarz und verumtelt in Aktion treten. Innerhalb der Freiburger alternativen Zelle unternehmen die teilweise als Sympathisanten der RAF-Terrorzelle geltenden Gewalttäter wiederholt den Versuch, die Kooperationsbereitschaft von Kulturgruppen mit der Stadtverwaltung zu stören. Trotzdem gelang es Böhmes „Politik des Ausgleichs und der Befriedung“ eine Entwicklung der „friedlichen Kooperation“ in Gang zu setzen. Dieses Engagement brachte ihm viele Kritiker auf der Seite der Konservativen und letztes Jahr die landesweit von Regierungspräsident Nobert Nothelfer initiierte Debatte über die „Hauptstadt der Chaoten“ ein. Auf die Brutalität vom Wochenende will Freiburg mit Unnachgiebigkeit und mit Härte reagieren. „Wir werden“, so OB Böhme, „eine politische Trennwand ziehen!“

Schwere Krawalle in Freiburg

Zahlreiche Verletzte und 300 000 Mark Sachschaden - Polizei überrast

FREIBURG (kaz-Eigenbericht) Freiburg erlebte in der Nacht zum Pfingstsonntag unerwartet und unvorbereitet die nach Ausmaß und Brutalität bisher schwersten Auseinandersetzungen zwischen rund 150 militanten Mitgliedern der alternativen Hausbesetzerzelle und der Polizei seit den Jugendunruhen zu Beginn der 80er Jahre. Bei den rund zweistündigen Krawallen gegen Mitternacht in einem innenstadtnahen Sanierungsgebiet wurden 16 Polizisten, ein Feuerwehrmann und zahlreiche Randaliere verletzt. Den Sachschaden an 32 Kraftfahrzeugen, Bauwagen und Häusern gab die Polizeidirektion mit über 300 000 Mark an. Ein Schüler und ein Student, wurden vorläufig festgenommen, der Schüler sitzt seit Montag in Haft.

Die heftige Straßenschlacht war gegen 23.20 Uhr durch die Verwüstung einer Baustelle und den Bau von Barrikaden unweit der Kronenbrücke eingeleitet worden. Rund 100 bis 150 verummelte Gewalttäter warfen Bauwagen um und entzündeten Bauwagen. Die zum Lachen anrückende Feuerwehr wurde mit kindskopfgroßen Steinen und Brandsätzen beworfen und mit Leuchtmunition beschossen. Der Polizei, die nach eigenen Angaben von der generalisierend geplante Aktion völlig überrascht wurde, gelang es erst nach 1 Uhr in der Frühe, die Störer zu vertreiben und wieder Ruhe herzustellen. In einer Blitzaktion waren Polizeikräfte auf Lienzach, Villingen-Schwenningen und Offenburg hinzugezogen worden, um die mit 24 diensthabenden Beamten und Freiburg vor schlimmeren Folgen zu bewahren.

Landespolizeipräsident Frohlich sprach von der „bisher stärksten Konfrontation“. Erstmals, so Freiburgs Polizeichef (Schreiber), seien seine Beamten auch mit Stahlmüttern und Schraubenschlüsseln beschossen worden. Oberbürgermeister Böhme beurteilt die „Randale“ als „paramilitärische Aktion“, die er als „heuligste Angriff“ auf seine „Stadtpolitik des Ausgleichs und der friedlichen Kooperation“ mit den Alternativen bezeichnete. Er kündigte an, die militanten Hausbesetzer mit allen rechtsstaatlichen Mitteln bekämpfen und notfalls auch mit harter Linie „in der kriminellen Ecke festnageln“ zu wollen. (Siehe auch Kommentar: „Nur nackte Gewalt“ und Sudwestdeutsche Umschau)

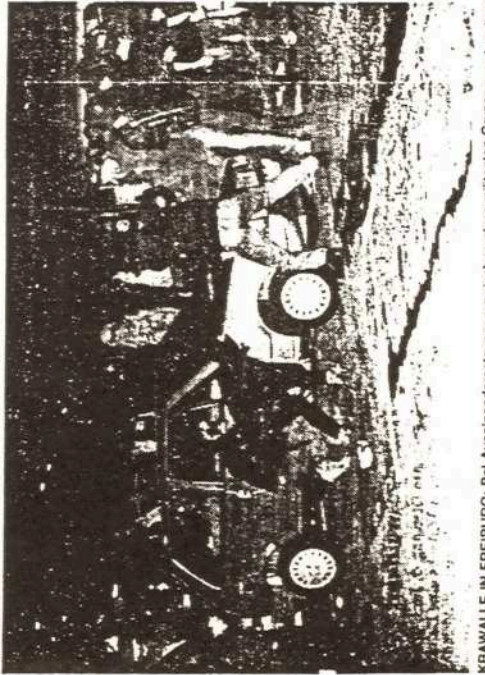
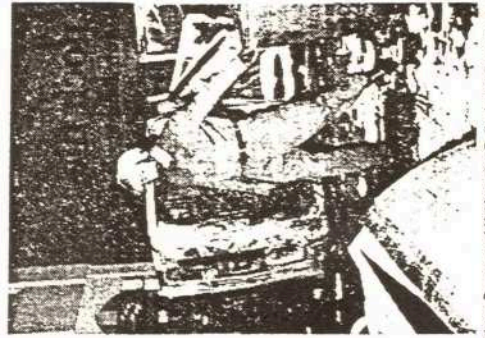
Nur nackte Gewalt

(kaz) Mit Feuer, Stahlkugeln, Steinwürfen und Plünderungen meldeten sich Freiburgs Chaoten zurück. Hinter den militanten Hausbesetzern liegt keine Atempause der Besinnung auf friedliche Mittel der Auseinandersetzung. Wer zu Pfingsten so brutal gegen Menschen und Sachen vorgeht, der will unzweifelhaft dokumentieren, daß sein Verhältnis zum demokratischen Staat im allgemeinen und zur Freiburger Stadtpolitik im besonderen niemals unterm Zeichen der Friedensstaube stehen wird.

Die Devise der Krawallfanatiker von Freiburg heißt nicht erst seit der Pfingstnacht: Konfrontation und Zerstörung um jeden Preis. Diese Gruppe sucht noch nie nach rechtsstaatlichen Mitteln der Auseinandersetzung. Das hat seinen Grund: Ihr Ziel ist es, wie der Oberbürgermeister feststellte, Randale ohne Anlaß in Szene zu setzen, es geht ihnen nicht darum, Mittel und Wege zu finden, extreme Forderungen oder Positionen in der Kommunalpolitik zu verankern. Der Aufbau von Barrikaden und das Anzettel von Straßenschlächen ist vielmehr zu verstehen als Solidaritätsaktion mit den Straftätern von Berlin und als Wutausbruch über die in Freiburg fast störungsfrei abgelaufene Volkszählung.

Die Nacht der nackten Gewalt darf den Oberbürgermeister nicht vom kommunalpolitischen Kurs des Ausgleichs mit den alternativen Gruppen guten Willens abbringen. Mit harter Hand muß er nun die Isolation der militanten Aktionisten betreiben. Dabei ist es zukunftsentscheidend für Freiburg, daß die vor allem bei SPD und Grünen beheimateten Sympathisanten der alternativen Szene sich einen Wenn und Aber von den Gewaltaktionen distanzieren.

SÜDKURIER
9.6.87
KOMMENTAR



KRAWALLE IN FREIBURG: Bei Auseinandersetzungen zwischen einer militanten Gruppe aus der alternativen Szene und Kräften der Polizei und Feuerwehr wurden 16 Polizisten und ein Feuerwehrmann verletzt sowie Sachschaden in Höhe von rund 300 000 Mark angerichtet. Die Gewalttäter errichteten Barrikaden, zündeten Kraftfahrzeuge an, warfen Molotowcocktails in Häuser, plünderten eine Tankstelle und zerrummelten zahlreiche Fensterscheiben. Gegen Feuerwehr und Polizei gingen sie mit Steinen, Leuchtmunition, Stahlschläudern, Äxten, Hämmern und Messern vor. Bilder: Hager

schwere Krawalle in Freiburg



PRESSELÜGEN

Die unzähligen Razzien gegen Punks und Barber, die Räumungen besetzter Häuser, zuletzt die Bullenüberfälle in der Willi 36, Fabrik und Wagensburg sind nur Auslöser der Junikrawalle in Freiburg. Die kramphafte Suche nach Motiven soll verdecken, daß Böhm, Rechtsanwältin de Witt, der Grüne Heiler und Konsorten längst Nothelfers "Chaoten"-Hetze zu ihrer eigenen Sache gemacht und das politische Klima in den letzten Wochen aufgeheizt haben.

Im Grün und im Sedanviertel ist Sanierung kaum merklich, aber brutal im Gange. Viele Mieter sind schon vertrieben, die Bauzünne, die Samstag-nacht zu Barrikaden wurden, schützen geplante Wohnungen für Reiche, Boutiquen, Arzt- und Anwaltspraxen. Herrliche Zeiten für die Reichen, Freiburg: ein Tummelplatz für gestresste Manager, überanstrengte Professoren und die zugehörigen Einrichtungen der ver-güngungs- und Touristiki-indu-strie des "gehobenen Bedarfs", eingepaßt in dieses Konzept auch ein wenig alternative Kul-tur, solange sie brav und artig bleibt.

Das Maß ist voll! Während die Bonzen ihre Großprojekte wie Turenne, IHK und KIS planen und Schritt für Schritt durchsetzen, werden wir immer mehr zu immer schlechter bezahlten Jobs gezwungen, um die Kohle für steigende Mieten, fürs

Die Hetze geht beim ersten Bild auf der ersten Seite los: Laut BZ "versuchen verummte Gewalt-täter ein Privatauto umzuwerfen". Schaut man genauer hin, so sieht man, daß Leute auf beiden Seiten des Autos zupacken. Offensicht-lich sollte das Auto nur (viel-) leicht vom Feuer) weggestellt werden.

Das ist nur ein Beispiel, wie den Leuten mit Lügen und Ver-fälschungen eingetrichtert werden soll, daß die Angriffe sich gegen die Bevölkerung richten.

Die BZ lügt, ein Privatwagen sei in eine Baugrube geworfen worden. Das einzige Privatauto, das in eine Baugrube fiel, war der BMW des Wachmanns einer Baustelle. Angegriffen wurden für jeden sichtbar Einrichtungen des Staates (Amt für Statistik, Bullen und ihre Autos usw) und der Wirtschaft (IHK, 'In-ter-act', Shell usw) sowie die Baustellen und Baufahrzeuge.

Wir wissen wie wichtig Feuerwehr in einer Stadt wie Freiburg ist. Wenn einzelne Feuerwehrleute aber mit den Bullen Hand in Hand arbeiten, (sie haben wie die Gul-len Steine geschmissen und min-destens vier Leute verletzt, ha-ben ihre Feuerspritzen zum Was-serwerfer umfunktioniert) werden sie wie die Bullen angegangen.

- Sie sagen, die "Kendallierer" seien "menschchenverachtend und brutal". Menschenverachtend und brutal ist dieses System:
- der Zwang, sich für Arbeit, für Kohle, für die Bonzen ka-pputzumachen
- die Schikanen auf dem Sozial- und Arbeitsamt
- die zuhnehmende Versklavung und Auspressung der Menschen in der "3. Welt"
- alltäglicher Rassismus und Sexismus
- Milliardenausgaben für Kriegs-rüstung
- Hinrichtung der natürlichen Umwelt

NICHT DIE, DIE SICH DAGEGEN WEHREN, SONDERN DAS SYSTEM IST MENSCHENVERACHTEND!

Brutal sind ihre Bullen, die in Turtlingen einen Arbeiter wegen Rheastörung "fährlässig" töten, ihre Richter, Staatsanwälte, die jeder kennt, der anfängt, sich gegen die Scheisse zu wehren.

Sie geben vor, die Bürger zu schützen - und meinen in Wirk-lichkeit ihre eigene Sicher-heit, die Sicherheit, Menschen auszuoenuten und damit ihren Profit zu machen.

Sie reden hilflos von "gene-rellstabsmäßiger Vorbereitung", weil diesmal die Bullen auf den Sack bekommen haben.

All diese Lügen dienen auch da-zu, die Zerstörung von Wohnraum für wieder 50 Leute (Willi 36, Wegenburg, Schlossberg-ring) zu rechtfertigen.

Sanierung im Grün ist Teil der an den Interessen des Kapitals orientierten Umstrukturierung Freiburgs insgesamt! Böhm und Späth wollen aus Frei-burg High-Tech-City (Freiburg 2000) machen - Cray II, Verka-belung, die Volkszählung, neuer Personalausweis sind Vorausset-zungen dazu. Mit der Einführung von Hochtech-nologien versucht das Kapital seine Krise in den Griff zu be-kommen. Die Ablösung der her-kömmlichen Produktionsweise durch computergesteuerte Ar-beitsvorgänge soll eine neue Stufe des Kapitalismus - und damit eine neue, noch un-mensch-lichere Ausbeutung einleiten.

Dazu brauchen sie auch eine neue Stufe gesellschaftlicher Unterwerfung. Computersie- rung und neue Informationssysteme sind der stärkste Aus-druck dieses technologischen Angriffs. Der Alltag der Menschen verdichtet sich dabei immer mehr zum vorprogrammierten 24-Stunden-tag. Dies drückt sich auch in der immer tieferen Zerstörung der Städte aus.

Wir wollen uns treffen können - überall - auf der Straße, in den Hinterhöfen.

Wir lassen uns nicht befriedat in die 90er-Jahre schicken!

DER KAMPF GEHT WEITER!!!

FREILASSUNG DER GEFANGENEN VOM 7. JUNI!!!!!!!



Wir wollen, daß viele mehr er-fahren als über die 92. Deshalb kopiert dieses Flugblatt und verteilt es in den Griefkästen der Nachbarn, legt es in Kneipen, Jugendzentren und andere Treff-punkte.



Die Kriminalpolizei bittet um Ihre Mithilfe

ERKLÄRUNG ZU DEN AKTIONEN VOM 6/7.6

Nachdem eine Reihe entschlossener Menschen durch Errichten von Barrikaden und deren militante Verteidigung den Raum zum Handeln gegen die alltäglich Ohnmacht schafften, entstand Samstag Nacht eine Revolte, in deren Verlauf sich immer mehr Menschen einklinkten und solidarisierten konnten. An den Barrikaden trafen verschiedene Menschen zusammen, halfen sich gegenseitig die Barrikaden zu festigen, die Bullen zu vertreiben und der Feuerwehr zu zeigen, daß sie sich durch das Löschten der Barrikaden zu Handlangern der Bullen und Bonzen machen läßt, und sich deshalb lieber verpissen sollte. Die Revolte gefährdete zu keiner Zeit die Menschen des Staates oder deren Wohnungen, wie es die Propaganda der Herrschenden weismachen will. Die Angriffe richteten sich gegen die Bullen, deren Hundebestien und deren Fahrzeuge, Transporter von großen Firmen (InterRent verdient an jeder Räumung) und Vertreter des imperialistischen kapitalistischen Schwelmesystems wie Shell oder LHM. Privatautos wurden (außer Bonzenwagen) lediglich verbrückt, um den Bullen Übergriffe zu erschweren. Trotzdem wurden einige Menschen durch Steinwürfe der Bullen und Feuerwehr verletzt.

WIR KÖNNEN DIE SCHWEINE NICHT ZWINGEN DIE WAHRHEIT ZU SAGEN, ABER WIR KÖNNEN SIE ZWINGEN IMMER UNVERSCHÄMTER ZU LÜGEN

Die unverschämten Lügen der "Politiker"schweine von SPD, CDU bis Grünen und ihre unbeholfenen Versuche die Ursachen der Revolte zu erklären, zeigen immer deutlicher, daß sie die Tatsachen verschleiern wollen, daß es viele Menschen gibt, die aus ihren beschissenen Lebenssituationen heraus einen Bruch mit dem System vollziehen, welches täglich nur Ausbeutung, Entfremdung und Entmenslichung bedeutet. Die Schweine wissen, daß sich revolutionäres Bewußtsein nicht integrieren, aufsaugen oder zerschlagen läßt. Am Samstag brach der individualisierte Haß jeder/s einzelnen auf und materialisierte sich in der Randale.

DISTANZIERT HABEN WIR UNS SCHON LANGE

Da wir "Herrsche" Politik bekämpfen, haben wir für deren Aufruf zur Distanzierung nur ein müdes Lächeln übrig. Wer das Gewaltmonopol der "Herrsche" akzeptiert, stellt sich auf die Seite von Ausbeutung und Unterdrückung. Unsere Wünsche und Hoffnungen - FÜR EIN SELBSTBESTIMMTES LEBEN - lassen sich nicht über Stellvertreterpolitik in den Parlamenten erreichen. Wir brauchen keinen Anlaß um zu kämpfen. Das Wissen über ein System, das weltweit plündert, mordet und zerstört, die alltägliche Gewalt durch Bullen, Chefs... in der Schule, bei der Maloche... die permanente Unterdrückung der Frauen im Patriarchat, all dies ist der permanente Anlaß zum Kämpfen. Die Zerstörung unserer kollektiven Lebenszusammenhänge durch die Häuserräumungen und ihre schweininische Sanierungs-, Wohn- und Spekulationspolitik, die nichts als Mieterhöhungen und Verdrängung aus den Häusern für die Menschen bedeutet, und die bevorstehende Räumungen der Häuser waren der Anlaß in die Offensive zu gehen.

KEINE RÄUMUNG DER WILLI 36, DES SCHLOSSBERGRINGS UND WAGENBURG

SOFORTIGE FREILASSUNG DER GEFANGENEN VOM 7.6.



FÜR EIN SELBSTBESTIMMTES, HERRSCHAFTSFREIES LEBEN

KOPIEREN - WEITERVERTEILEN

In der Nacht von Samstag/Sonntag, dem 6./7.6.1987, kam es im Bereich der Wilhelmstraße - Faulerstraße - Schneewlinstraße zu gewalttätigen Ausschreitungen, in deren Verlauf Polizeibeamte und Feuerwehrleute mit Steinen und Brandsätzen beworfen und dadurch zum Teil erheblich verletzt worden sind.

Außerdem wurden Sachbeschädigungen in Höhe von mehreren hunderttausend DM verursacht.

Nach bisherigen Ermittlungen der Kriminalpolizei Freiburg wurden die Krawalle auch von Privatpersonen beobachtet und fotografiert.

Die Kriminalpolizei bittet daher diese Personen, sich mit ihr in Verbindung zu setzen.

25

Hinweise an Kripo Freiburg Tel. 0761/882-2585 oder 41262 ("vertrauliches Telefon")

Zwei Arten der Spezies Fan...

Warum ist das Publikum nicht bereit selbst ins Spiel einzugreifen, wieso abgeschreckt vom kaufbetonten dynamischen Frau/Mannschaftsspiel, wo doch solldarisches Handeln ein Ventil für

aufgestauten Frust und Aggressionen, ein positiver Lustgewinn entstehen kann? Warum frönt es lieber dahim im Sessel vor der Glotze diesem Spiel, oder läßt seine sportl. Ambitionen in vorgegebene Muster à la Turnvater Jahn pressen. auf dem vom Staatg. vorgegebenen Trimmchpfad der alternativen Erthüchtigung bzw. dem Individualtrip eines Fitnesszentrums?

Nachwuchsförderung beginnt in Jedermann/frau/Alltag, trennen wir unser Leben nicht vom Spiel, Kondition und Technik in der Ballbehandlung beruhen auf beständiger Training, was ein gesundes Maß an Organisation und Verbindlichkeit voraussetzt.

Ein mitreisendes Spiel kann mehr Werbung für den Fußball sein, als alle Theorie.

Warten und kottern

Perspektive positiv

Dennoch: Fußball entwickelt sich weiter, die Theorie bewahrt uns davor, alle Fehler und Niederlagen wiederholen zu müssen. Wir müssen auch von unsren Brüder und Schwestern in der Welt lernen, wo im Vergleich zum statischen Metropolspiel das dynamische und Überwachende Moment sehr viel ausprägender ist.

Anhand der, den Spielverlauf auf den Kopf stellenden, parteiischen Spielberichterstattung in der BZ wurde hoffentlich jedem/r klar, daß Außenseiter gegenüber professionierten Mannschaften keine Chance gegeben wird. Aber auch Fußballkennner, die uns näher stehen, haben sich zu Handlangern der gleichgeschalteten Sportpresse, sowie der/die Funktönäre des Untersuchungsausschusses gemacht, was beweist, daß in unseren Reihen grundsätzlich Meinungsunterschiede herrschen, die aber in einer Art und Weise ausgetragen werden, die uns und vor allem den von der Sperre bedrohten bzw. schon vom Platz gestellten Mitspieler/innen nur schaden.

Und was das "ZK" in seiner Verblindung meint, wir wären schon aufgestiegen, so zeigt das eine vollkommenere Verknüpfung des Bundesliga Alltags.

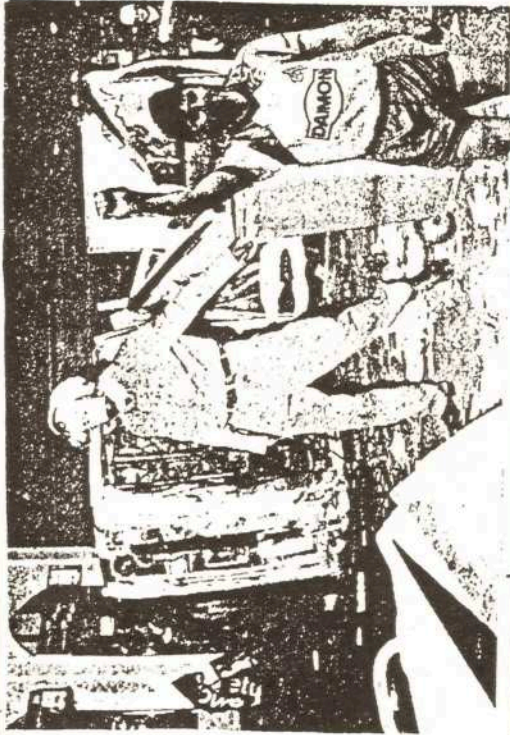
Alle Schiedsrichter sind korrupt und parteiisch, kämpfen wir gegen die Sperre unserer Mitspieler auf daß wir sie bald wieder in unseren Reihen begrüßen dürfen.

Anmerkung: BBB= Bullen, Bonzen, Böhme

„Fußball in Teufels Küche“

Belohnter Mut zum Risiko

Nur Prestige zu gewinnen?



Kurzer Traum ?

Nur

das Vorspiel

Schweigt das Thema
Doping nicht tot

Verletzungsprobleme

17 Verletzte Autos brannten

BB Spieler laufen
davon

Aber: Ruhen wir uns nicht aus auf Mythos und Lorbeeren, die ja vom Gegner konstruiert und aufgesaugt wurden.

Beim Umschalten von Abwehr auf Angriff zeigte sich, daß das Mittelfeld klar überfordert war und auch sehr konfus agierte. Die Verstärkung klapperte nicht. Der Abwehrriegel war zu statisch, zum modernen Fußball gehört nun mal die Raundeckung, weg von der faulerlinie ab in die Kajo. Unverständlich auch wie der aufklärernde Spielrausch gegen eine desolater Abwehr des Gegners nicht entschlossen genug in Zählbares umgewandelt, der zur Verfügung stehende Raum im gegnerischen Strafraum zu wenig genutzt wurde. Vollkommen daneben einige Vorfälle am Spielfeldrand, Belfortstr. 17; Solch beschweertes Gebaren schadet in 1. Linie der eigenen Frau/Mannschaft, bedeutet einen schweren Rückschlag in der Zuschauergunst und läßt sich mit dem Hinweis im Feuer des Gefechtes keinesfalls entschuldigen.

SPIELBERICHT

zum Lokalderby im „Grün“ am

6.6.-Pflingsten
Mob Frbg. - BBB Sfrbg.

Sehr erfreulich waren die Witterungs- und Platzverhältnisse, die die Partie überhaupt ermöglichten, ohne daß sie unter Ausschuß der Öffentlichkeit hätte stattfinden müssen. Vom Anpfiff an zeigte sich der Mob sehr angriffslustig, aus Spontanität wurde eine taktische Marschroute entwickelt, jeder/r wuchs in ihre/seine Rolle hinein. Erstaunlich auch, wie dieser doch recht bunt zusammen-gewürfelte Haufen eine hochkogene Frau/Mannschaft bildete, ohne daß Trainer, Manager, ja nicht einmal herausragende Spielmacherpersönlichkeiten, den Lauf der Dinge beeinflusst hätten. Wir durften erleben, wie Frauen und Männer gemeinsam ein mitreisendes Spiel liefern können, das gut doch Mut für die kommenden harten Begegnungen.

Entsetzen in der Stadt wie im Land

Zahlreiche Verurteilungen - Polizei: Ermittlungsgruppe

Politische Erklärungen und politische Aktivitäten kennzeichneten gestern das Geschehen in Freiburg und Baden-Württemberg drei Tage nach den Krawallen im Sanierungsgebiet „Im Grün“. Heute wird sich der Ältestenrat des Gemeinderats mit dem Thema beschäftigen, gestern schon setzte Oberbürgermeister Rolf Böhme zusätzliche Tagesordnungspunkte für die Gemeinderatssitzung am nächsten Dienstag fest: „Bericht über die Ausschreitungen“ und „Stand der Verhandlungen mit dem Arbeitskreis Alternative Kultur über die Nutzung der Gießereihalle im „Grün““. Das Projekt, die Halle zu einer alternativen Kulturstätte auszubauen, gerät wieder in die politische Diskussion. Die Polizei setzt eine spezielle Ermittlungsgruppe zur Aufklärung der Straftaten während der Pfingst-Randale ein.

Der Freiburger CDU-Landtagsabgeordnete Ludger Reddemann hat in einer Stellungnahme die Freiburger Krawalle auf das schärfste verurteilt. Es habe sich gezeigt, erklärte Reddemann, daß die „unrechtmäßig besetzten Gebäude“ in Freiburg „Brutstätten der Gewalt“ seien. Der Abgeordnete begrüßte die Ankündigung des Freiburger Oberbürgermeisters, daß in Zukunft harter gegen die Gewalttäter vorgegangen werden soll. Reddemann erinnerte an seine im vergangenen Jahr im Landtag eingebrachten Anträge, die das Ziel hatten, die in Freiburg bestehenden rechtsfreien Räume zu beseitigen. In Stuttgart verlangte der SPD-Landtagsabgeordnete Günter Schrempf, die Freiburger Polizei müsse dringender verstärkt werden.

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Gernot Erler sprach von planmäßigen Zerstörungsakten aus einem diffusen Rachegefühl heraus, die der Anlage nach einer reaktionären Gesinnung entsprächen und „an Kriegsführungsstrategien der verbrannten Erde, nur

sen und Zielen dokumentiert. Auf das schärfste verurteilte die Polizei die tätlichen Angriffe auf Polizeibeamte und Feuerwehrleute, die in ihrem Einsatz zum Schutz von Leben und Eigentum Freiburger Bürger behindert worden sind“. Die SPD wolle sich jedoch nicht mit einem Dank für den Einsatz von Polizei und Feuerwehr zufriedengeben, sie fordere auch eine deutliche personelle Verstärkung der Polizei in der Stadt. Andere „Aufrüstungsmaßnahmen“ dagegen würden abgelehnt. Die SPD betonte weiter, trotz der Ausschreitungen werde sie die Linie der Kooperation mit alternativen Gruppen weiter fortsetzen und unterstützen. Die Befriedigungspolitik bedürfe eines langen Atems. So stehe die SPD auch weiter zum Gießereihallen-Projekt. Neben der von OB Böhme angekündigten Arbeitsgruppe zur Abwehr von Gegenstrategien verlangt die SPD die Einsetzung einer Kommission, die „die Ursachen und Vorgänge detailliert untersucht und zugleich die sozialen und politischen Perspektiven zusammen mit dem Gemeinderat entwickelt“.

Als „erschreckend“ hat es Regierungspräsident Nothhelfer bezeichnet, wie schnell ein harter Kern nicht integrierbarer Chaoten immer wieder ein gewaltbereites Umfeld aktivieren und mobilisieren könne. Der Stadt sei es in der Vergangenheit offensichtlich nicht gelungen, „die Drahtzieher von ihrem Umfeld zu isolieren“. Deshalb halte er, so Nothhelfer, an seiner Diagnose fest, das Gebiet „Im Grün“ biete ideale Freiräume für Aktionen dieser Art. Der Ruf nach starker Polizeipräsenz allein helfe nicht mehr. Die Stadt müsse deswegen „bei ihren Entscheidungen, ob und wann sie Areale zur Nutzung überlasse, verlangen, daß die Nutzer sich von solchen Aktionen eindeutig und glaubwürdig distanzieren“. Solche Aktionen dürften generell nicht vom Gretherschen Gelände ausgehen. Die Gruppen, denen die Stadt Gelände und Gebäude zur Verfügung stelle, müßten „Gewahr dafür bieten, daß sie Chaoten keine Heimstatt geben“.

Nothhelfer stimmte Oberbürgermeister Böhme zu, daß der harte Kern nicht integrierbar sei. Gleichzeitig bot er der Stadt eine intensive Zusammenarbeit an. Nachbaltig begrüßte der Regierungspräsident „die kommunalpolitisch erkennbar gewordene Bereitschaft, auch die Überlassung der Gießereihalle an den Arbeitskreis Alternative Kultur noch einmal zu überdenken“.

Der Arbeitskreis Alternative Kultur (AAK) hat gestern kurzfristig eine vor Tages angesetzte Pressekonferenz von Fragen der Nutzung der Gießereihalle abgesagt. Auf Anfrage der BZ wurde noch keine Stellungnahme des AAK zu den Krawallen der Pfingstnacht abgegeben; eine Erklärung werde erarbeitet und in den nächsten Tagen abgegeben, hieß es.

Einer in der BZ zitierten offiziellen Information, ein Plenum der Hausbesetzer-Szene habe am vergangenen Donnerstag in der Gießereihalle getagt, trat der AAK entgegen. An diesem Abend sei ein Rock-Theater aufgeführt worden. Gegenüber der BZ wurde die falsche Information gestern korrigiert. Das Hausbesetzerplenum hatte am vergangenen Mittwoch in der Wilhelmstraße 38 getagt.

Die Freiburger Polizei hat als Reaktion auf die Ausschreitungen eine spezielle Ermittlungsgruppe unter Leitung des Leiters des Staatsschutz-Dezernats gebildet. Es soll versucht werden, Straftaten aus der Pfingstnacht aufzuklären. Nach Mitteilung der Polizei gibt es dafür einige Anhaltspunkte. Die Bevölkerung wird gebeten, mögliche Zeugenhinweise unter der Telefonnummer 882 2585 zu machen.

Innenminister Dietmar Schlee erklärte gestern in Stuttgart, auch ohne konkrete Hinweise auf weitere kriminelle Aktionen werde die Freiburger Polizei von nun an laufend durch Besatzungspolizei unterstützt. uh

Stadt nimmt besetzte Häuser nun ins Visier

Weiter politische Diskussionen über die Gewaltaktionen

Die Stadtverwaltung entfaltet seit der Pfingst-Randale verstärkte Aktivitäten die Probleme mit Gewalttätern und besetzten Häusern in den Griff zu kriegen. Gestern wurde angekündigt, in der kommenden Sitzung des Gemeinderats am Dienstag, 16. Juni, solle nun auch die Zukunft des besetzten Gebäudes Schloßberg 9/11 erörtert werden. Gleichzeitig wurde der Arbeitskreis Alternative Kultur (AAK) vom Rathaus aufgefordert, sich deutlich von den Ausschreitungen der Pfingstnacht zu distanzieren.

Wie berichtet, will sich die nächste Gemeinderatsrunde auch mit dem AAK-Projekt einer alternativen Kulturstätte in der Gießereihalle im „Grün“ befassen. Auf Landesebene und in der Stadt gab es zusätzlich weitere Stellungnahmen zu den Gewaltaktionen von Pfingsten.

Gestern hat sich zunächst eine vom Oberbürgermeister angekündigte Arbeitsgruppe zur Abwehr von Gewalttättern konstituiert. OB Böhme bekräftigte noch einmal die Forderung der Stadt, „Chaoten, Steinewerfern und Randalierern“ sei „mit allen rechtsstaatlichen und polizeilichen Mitteln das Handwerk zu legen“. Dies solle in enger Zusammenarbeit mit Polizei- und Justizbehörden geschehen.

Auch der Ältestenrat beschäftigte sich mit den Pfingst-Vorfällen (im Ältestenrat sitzen Verwaltungsspitze und Fraktionsvorsitzende des Gemeinderats). In diesem Gremium stellte Böhme im Blick auf die neuerliche Diskussion um ein alternatives Kulturhaus in der Gießereihalle im „Grün“ fest, er erwarte vom Arbeitskreis Alternative Kultur; der die Kulturstätte beansprucht, eine Distanzierung von der Randale. Böhme berichtete ferner, der beauftragte Freiburger Rechtsanwalt Siegfried de Witt habe erklärt, eine Enteignung des Grundstücks Schloßberg 9/11 zugunsten der Anlage einer öffentlichen Grünfläche sei entgegen früher geäußerten Ansichten doch nicht möglich. Gleichzeitig sagte der Oberbürgermeister, die Stadt wolle von einem „freihändigen Erwerb des Gebäudes Schloßberg 9/11 Abstand nehmen“, da die Besetzer der Stadt eine Besichtigung des Anwesens mehrfach verwehrt hätten. Die Stadtverwaltung werde ihr weiteres Vorgehen an den Ergebnissen des de Witt-Gutachtens orientieren. Das Thema werde dem Gemeinderat in der kommenden Sitzung unter dem Tagesordnungspunkt „Bebauungsplan Konkvietsstraße - Verlängerung der Veränderungssperre“ beschäftigen.

Gestern verurteilte auch der Kreisvorstand der CDU Freiburg „auf das schärfste die von den Chaoten über Pfingsten verübten Rechtsverletzungen“. Für Gewalt gegen Personen und Sachen, sagte CDU-Sprecher Heribert Pieperbeck, gebe es keine Entschuldigungen. Die Angriffe „aus blankem Haß gegen die Ordnungskräfte“ seien letztendlich gegen den demokratischen Rechtsstaat gerichtet gewesen und müßten Konsequenzen haben. Es müsse endlich das Vermummungsverbot durchgesetzt werden.

Die Politik des Oberbürgermeisters und der SPD, die darin bestehe, durch ständiges Erfüllen von alternativen Forderungen die Gewalttäter friedlich zu stimmen, ist nach Meinung des CDU-Kreisvorstands gescheitert. Jetzt müßten Entscheidungen wie der Bau eines alternativen Kulturzentrums erneut auf den Prüfstand. Schon immer, heißt es weiter, habe die CDU ein Zusammenstehen der demokratischen Parteien zur Abwehr der Gewalt in Freiburg gefordert. Nun habe es den Anschein, die SPD überdenke dieses Angebot.

Pieperbeck erklärte weiter für die CDU, „erst die lasche Behandlung der Gewalttäter und die konzeptionslose

Politik der Stadt“ habe zu den bestehenden Zuständen geführt. Eine Verstärkung der Polizei habe nur dann Sinn, wenn klare politische Verhältnisse in der Stadt herrschten. Die letzten Tage seien wieder einem „Tiefschlaf für das Ansehen Freiburgs und seiner Bürger“ gleichgekommen. Auch die Entwicklung des Fremdenverkehrs und die angestrebte Wirtschaftsförderung hätten durch die Krawalle Schaden gelitten.

Der baden-württembergische Justizminister Heinz Eyrych wandte sich Stuttgart gegen eine Verharmlosung des „barbarischen Vandalismus“, der sich in Freiburg gezeigt habe. Vorkommnisse als „Demonstration“ zu zeichnen, sei eine gefährliche Beschönigung und müsse gerade im Interesse des Demonstrationsrechts zurückgewiesen werden.

Ralf-Dietrich Krüger, Präsident des baden-württembergischen Landtagsamts für Verfassungsschutz, erklärte in Stuttgart vor Journalisten, „Freiburg gehört mit zu den Orten, in denen terroristische Umfeldeinflüsse zu beobachten sind“. Es gebe zwar keine konkreten Beweise dafür, aus welchen Gruppen die Freiburger Gewalttäter kommen. Doch seit längerem seien die Berührungspunkte zwischen den „zunehmend gewaltbereiten Militanten Autonomem“ und der Freiburger „Sicherheitskultur“ zu beobachten. Die „Militanten Autonomem“ seien ihrerseits Gegenstand von Annäherungsversuchen der terroristischen „Rote Armee Fraktion“. Polizeisprecher Gerhard Beck von der Direktion Freiburg sagte auf Anfrage zu dieser Aussage, über eine Verbindung zu terroristischen Gruppen läge der Polizei in Freiburg keine Erkenntnisse vor.

Die baden-württembergischen Grünen haben vor „hysterischen Reaktionen“ auf die gewalttätigen Ausschreitungen gewarnt. Weder mit Vermummungsverbot noch mit „noch mehr Polizei“ ließen sich derartige Krawalle vermeiden. Der Landesvorstandssprecher Rolf Bach und der Landtagsabgeordnete Klaus Dieter Käser warb für ein Regierungssprecher Mathias Kleinert und dem SPD-Landtagsabgeordneten Günter Schrempf vor, „entweder nichts verstanden zu haben oder daß die Freiburger Randale bewußt als Vorwand zu nehmen, um den Polizeiapparat auszubauen und die Demonstrationsfreiheit einschränken zu können“. Schrempf hatte mehr Polizeikleinert hatte ein Vermummungsverbot gefordert.

Die Sprecher der baden-württembergischen Grünen distanzieren sich gleich von den Randalierern. Grüne und alternative Gruppen ließen sich von ihnen „nicht zur Solidarität verpflichten“, heißt es. Nach Ansicht der Grünen fehlt allerdings eine politische Auseinandersetzung mit den Randalierern. Ihnen müsse klargemacht werden, daß „derartige willkürliche Gewaltaktionen“ ihren eigenen politischen Zielen zuwiderlaufen und unbeteiligten Bürgern schaden. Die Grünen könnten es nicht zulassen, daß Aktionen mißbraucht werden, „damit einige wenige aus der Szene ihr pseudo-militarisches Süsschen kochen“. -uh/kw/d

ANZEIGE

Juwelier Steiber
Oberindern 16 7800 FREIBURG
Unsere Edelsteinketten ab DM 14,- sind wieder eingetroffen.

angewandt in einem von Menschen bewohnten Stadtteil“ erinnerten. Die „Verwüstungsorgie“ könne nur Ekel erregen und werfe die Frage auf, ob tatsächlich kein wirksamerer Schutz der Bewohner durch die Ordnungskräfte möglich sei. Erler warnte davor, diese Szenen indes zum Anlaß zu nehmen, eine kleinliche parteipolitische Chaotendebatte zu starten. Die CDU müsse erkennen, daß das ganze angeblich erfolgreiche Gerede um die innere Sicherheit in Freiburg kein Mehr an Schutz vor planmäßigem Vandalismus gebracht habe. Und die Aufgabe der Politik des Ausgleichs sei ungeeignet, solche Vorgänge wie die der Pfingstnacht unmöglich zu machen.

Regierungssprecher Mathias Kleinert sagte, die Landesregierung nehme die Vorgänge in Freiburg außerordentlich ernst und sei entschlossen, „mit aller Konsequenz rechtsstaatliche Mittel einzusetzen“. Wörtlich sagte Kleinert: „Wir wollen Kreuzberg nicht in Baden-Württemberg haben.“ Die Brutalität, mit der in Freiburg die Chaoten vorgegangen seien, könne mit den jüngsten Krawallen im Berliner

ANZEIGE

Die ganze Stadt steht drin!
Das Örtliche
Fernsprechbuch
Poppen & Ortman 49 93 93

Stadtteil Kreuzberg verglichen werden. Nach Ansicht des Regierungssprechers kommen die Urheber der Ausschreitungen „eindeutig aus der kriminellen Ecke“.

Kreisvorstand und Gemeinderatsfraktion der Freiburger SPD haben in einer Erklärung die Ausschreitungen „auf entschiedenste verurteilt“. In den Aktionen einer Gruppe, die mit menschenverachtender Härte und Brutalität vorgegangen sei, habe sich eine „eindeutige Abkehr von den Grundsätzen einer vernünftigen und sachgerechten Verfolgung von Inter-

Der „Badischen Zeitung“ ging gestern nachmittag eine vielfältige „Erklärung zu den Aktionen vom 6./7. Juni“ zu, in der sich die anonymen Verfasser als verantwortlich für die Ausschreitungen in der Pfingstnacht bezeichneten. Am Samstag brach der individualisierte Haß jeder/s einzelnen auf und materialisierte sich in der Randalie, heißt es in der Erklärung. Die „Zerstörung unserer kollektiven Lebenszusammenhänge durch die Häuser-räumungen“ und eine Sanierungs-, Wohn- und Spekulationspolitik, „die nichts als Mieterhöhungen und Ver-

drängung aus den Häusern für die Menschen“ bedeutet sowie bevorstehende Räumungen seien der Anlaß gewesen, „in die Offensive zu gehen“. Die Erklärung wendet sich gegen die Politiker von „SPD, CDU bis Grüne“ und das politische System in der Bundesrepublik.

Die Besetzer des Hauses Wilhelmstraße 36 erklärten in einer eigenen Stellungnahme gegenüber der „BZ“, die Stadt versuche, sie mit einer „gezielten Hetzpropaganda“ als Urheber der Aktionen am Samstag hinzustellen. Dies sei „ein plumper Weg, die

Öffentlichkeit, die bis jetzt Verständnis für unsere Anliegen hatte, gegen uns aufzubringen“. Der eigentliche

Anonym ^{BZ 11.6.87}
Erklärungen zur Randalie

Punkt, um den es bei der Diskussion um die Ausschreitungen gehe, sei „die Vernichtung unserer Lebensräu-

me durch eine menschenunwürdige Sanierungs- und Mietpolitik sowie die Zerstörung der Freiräume für Kultur und Kommunikation“. Auf die Frage, ob die Besetzer der Wilhelmstraße 36 sich von der Pfingst-Randalie distanzieren, hieß es lediglich, eine Distanzierung laufe auf eine nicht gewollte „Spaltung der Gruppen hinaus, die politisch arbeiten“. Antwort einer Sprecherin auf die Nachfrage, ob die Besetzer sich demnach von den Randalierern nicht abspalten lassen wollten: „Das habe ich damit nicht gesagt.“

Verwiesen wurde gleichzeitig auf

eine Erklärung der „Volkszählungsinitiative“. Darin wird Oberbürgermeister Böhme vorgeworfen, er wolle die Initiativen kriminalisieren und spalten, da er das aus seiner Sicht bestehende Scheitern des Volkszählungsboykotts und die Frustration darüber als einen der möglichen Gründe für die Gewalttaten der Pfingstnacht genannt habe. Die Initiativen meinten dazu, vom Scheitern des Boykotts könne keine Rede sein. Angeblich seien bei ihren Sammelstellen 8000 Bögen abgegeben worden. Von der Randalie distanzieren sich die Initiativen nicht.

„Pläne für Gießereihalle sollen geändert werden“ ^{BZ 12.6.87}

CDU fordert Reaktionen auf gewalttätige Ausschreitungen

Nach den gewalttätigen Auseinandersetzungen im Bereich der Wilhelmstraße wird die CDU-Fraktion in der nächsten Gemeinderatssitzung den Antrag stellen, die Beschlüsse über die Zukunft der Gießereihalle auf dem Gelände der ehemaligen Gretherschen Fabrik wieder rückgängig zu machen. Wie die CDU-Fraktionsvorsitzende Margit Lemmer am Donnerstag dazu erklärte, will die CDU dem Gemeinderat damit die Möglichkeit eröffnen, von einer Entscheidung zurückzutreten, die sich als offensichtlich falsch erwiesen hat.

Diesen Standpunkt der CDU begründete Margit Lemmer mit der Vermutung, daß die verummten Gewalttäter, die ein ganzes Wohnquartier verwüstet und in Schrecken versetzt haben, Unterstützung nicht nur aus den besetzten Häusern, sondern auch vom Grether-Areal erhalten haben. Anders sei es nicht zu erklären, daß 100 bewaffnete Gewalttäter einen Stadtbezirk terrorisieren und danach unbebeligt wieder verschwinden könnten. Außerdem spreche es für sich, daß es der Arbeitskreis Alternative Kultur (AAK), mit dem die Stadt Vereinbarungen über die Überlassung der Gießereihalle treffen wolle, es bis heute nicht für notwendig befunden habe, sich deutlich von den Gewalttaten in der Nacht zu Pfingsten zu distanzieren.

Als besonders bedenklich bezeichnete es Margit Lemmer, daß die Bürger in diesem Stadtbezirk nach den jüngsten Ereignissen völlig verängstigt seien. Die zahlreichen Hilfsersuche aus diesem Quartier seien fast ausnahmslos mit der Bitte verbunden, in der Öffentlichkeit keine Namen zu nennen, da man Repressalien zu befürchten habe.

Die CDU-Fraktionsvorsitzende betonte, daß ihre Fraktion es nicht für ausreichend halte, wenn jetzt allenthalben Bestürzung und Bedauern über die Vorfälle geäußert werde. Es müsse jetzt endlich gehandelt werden. Dazu gehöre die schnellstmögliche Räumung der besetzten Häuser Wilhelmstraße 36 und Schloßberggring 9/11. wt

Staatsanwaltschaft beschlagnahmt Bilder ^{BZ 13.6.}

Journalisten-Protest

„Das Verhalten der Polizei und der Staatsanwaltschaft Freiburg gegenüber einer Freiburger Bildjournalistin belastet das Verhältnis zwischen Presse und Polizei schwer“. Dies hat am Freitag der baden-württembergische Landesvorsitzende des Deutschen Journalisten-Verbandes (DJV) Karl Geibel, betont, nachdem die Staatsanwaltschaft bei der Fotografieren Bilder von den Freiburger Pfingst-Krawallen beschlagnahmt ließ. Die Staatsanwaltschaft bestätigte gestern, diese Fotos würden zur Beweissicherung benötigt.

Der DJV erklärte dazu, es sei Aufgabe der Polizei, sich ihr Beweismaterial bei einem erkennbaren Einsatz selbst zu beschaffen und protestierte energisch „gegen das Verhör der Journalistin und die Beschlagnahme ihres Bildmaterials“.

Geibel sagte weiter, wenn dieses „Freiburger Modell“ Schule mache und Journalisten zu „Hilfstruppen“ der Staatsanwaltschaft würden, dann sei deren öffentlicher Auftrag, aber auch deren persönliche Sicherheit bei solchen Einsätzen bedroht. hg

Freiburger Polizei rüstet auf

Stuttgart/Freiburg (dpa/taz) — Auf die Auseinandersetzungen vom vergangenen Wochenende in Freiburg hat die baden-württembergische CDU-Regierung mit einer Verstärkung der Polizei um zwei Hundertschaften reagiert, teilte Innenminister Schlee (CDU) am Dienstag mit. Außerdem erwägt die Landesregierung einen neuen Vorstoß im Bundesrat für ein Vermummungsverbot. Gegen einen 17jährigen Schüler wurde Haftbefehl wegen Beteiligung an schwerem Landfriedensbruch erlassen, so ein Polizeispre-

cher. Mit der Untersuchung der Vorfälle, bei denen in der Nacht zum Sonntag in der Freiburger Innenstadt von Anhängern der Hausbesetzerzene 16 Polizisten und ein Feuerwehrmann verletzt sowie Sachschäden von insgesamt 400.000 DM angerichtet wurden, ist eine Ermittlungsgruppe unter Federführung des Staatsschutzdezernats der Kripo beauftragt. Meldungen zufolge erwägt der SPD-Oberbürgermeister der Stadt, Böhme, dem alternativen Kulturzentrum „Gretherfabrik“ den Mietvertrag zu kündigen.

Badische Zeitung ^{10.6.87}

Zitat des Tages

„Alles haben sie kaputtgemacht, nur ihre eigenen Wohnungen nicht.“
Joscha, sechsjähriger Freiburger, über die Pfingstkrawalle

Mit den Pfingstkrawallen in Freiburg beschäftigten sich auch Kommentatoren in anderen baden-württembergischen Zeitungen. Die Stuttgarter Zeitung schreibt:

„Das ist wie mit der Mafia: Die Rädelführer sind bekannt, aber nicht zu fassen. Die Polizei weiß genau, wer da mit Wackersteinen und Molis um sich wirft, nur — sie erwischt keinen dabei. Die Aktionen entstehen springflutartig im Schutz von Dunkelheit, Barrikaden und Vermummung. Der böse Spuk wird in geheimen Kommandozentralen laudlos vorbereitet und verschwindet nach zwei Stunden sinnloser Zerstörung im Untergrund. Auch der ist in Freiburg kein unbekanntes Gebiet. Man weiß, wer wo wohnt und wer sich wo trifft. Aber das reicht nicht. Und so sehen Stadt, Staatsanwaltschaft und Polizei seit Jahren, fast schon Jahrzehnten, hilflos zu, wie ihnen die Unruhehüter auf der Nase herumtanzen. Tatsache ist, auch die

Pfingstrandale versickerte zum Teil bei „Grethers“. Die Polizei mußte draußen bleiben, weil sie nicht unterscheiden konnte, wer von denen drinnen randaliert hatte und wer nicht. Man darf gespannt sein, wie der harte Kern des Triumvirats Oberbürgermeister, Staatsanwalt, Polizeichef aussehen wird und was mit den bekannten konspirativen Treffs geschieht. Viel Zeit

„Böser Spuk“

bleibt nicht, denn der Landtagswahlkampf beginnt bald, und danach denkt Freiburg schon an die nächste OB-Wahl. Wie es aussieht, gibt es auch nur zwei Möglichkeiten: Man läßt die Streitgespräche über rechtsfreie Räume und bringt Beweise bei — oder man kapituliert weiter.“

Mit dem Thema beschäftigte sich auch der „Südkurier“:

„Die Devise der Krawallfanatiker von Freiburg heißt nicht erst seit der Pfingstnacht: Konfrontation und Zerstörung um jeden Preis. Diese Gruppe suchte noch nie nach rechtsstaatlichen Mitteln der Auseinandersetzung. Das hat seinen Grund: Ihr Ziel ist es, wie der Oberbürgermeister feststellte, Randalie ohne Anlaß in Szene zu setzen, es geht ihnen nicht darum, Mittel und Wege zu finden, extreme Forderungen oder Positionen in der Kommunalpolitik zu verankern. Der Aufbau von Barrikaden und das Anzetteln von Straßenschlachten ist vielmehr zu verstehen als Solidaritätsaktion mit den Straftätern von Berlin und als Wutausbruch über die in Freiburg fast störungsfrei abgelaufene Volkszählung. Die Nacht der nackten Gewalt darf den Oberbürgermeister nicht vom kommunalpolitischen Kurs des Ausgleichs mit den alternativen Gruppen guten Willens abbringen. Mit harter Hand muß er nun die Isolation der militanten Aktionisten betreiben.“

Vorstoß gegen Vermummung?

Stuttgart (dpa). Nach den schweren Freiburger Krawallen vom Pfingstwochenende hat die baden-württembergische Regierung erneut die Frage nach einem Vermummungsverbot gestellt. Regierungssprecher Kleinert sagte am Dienstag, die Regierung werde möglicherweise bereits im September eine neue Initiative im Bundesrat zu diesem Thema einbringen. Die Regierung nehme die Vorgänge in Freiburg „außerordentlich ernst“ und sei entschlossen, mit aller Konsequenz rechtsstaatliche Mittel einzusetzen. „Wir wollen Kreuzberg nicht in Baden-Württemberg haben“, sagte Kleinert. Die Brutalität in Freiburg könne mit den Krawallen in Berlin-Kreuzberg verglichen werden.

Freiburg:

Scharf verurteilt

Scharf verurteilt wurden von den verschiedensten politischen Kräften die Ausschreitungen in der Pfingstnacht in Freiburg.

An die Gemeinderatsfraktion der GRÜNEN
an das Vertretungsgremium der GRÜNEN
an das Landtagsbüro der GRÜNEN
in Freiburg

z.K. an:
AAK
Grether Baukoop.
Jos Fritz
RDL

Liebe Freundinnen und Freunde,
als ich aus dem Gemeinderat ausgeschieden bin und von Freiburg wegging, nahm ich mir vor, mich dort nicht mehr einzumischen. Ich ging davon aus, daß nur in der Situation vor Ort geklärt werden kann, was politisch richtig und notwendig ist.

Dieses mir selbst auferlegte Prinzip muß ich jetzt durchbrechen, weil ich sonst ein Magengeschwür bekomme. Ich war über Pfingsten in Freiburg und habe auch noch die Badische Zeitung am Dienstag gelesen. Mich haben Eure Presseerklärungen zu den Vorfällen im Grün entsetzt.

Peter Heller wird in der Badischen Zeitung zitiert, daß die Randalen "3 Jahre Politik kaputt macht". Ich weiß nicht, warum es gerade 3 Jahre sein sollen, ich weiß nur, daß durch die Presseerklärung Jahre einer eigenständigen GRÜNEN Politik, die es sich nicht zu einfach macht, die unbequeme Fragen stellt, und für die auch ich stand, vom Tisch gefegt werden. Ich bin davon absolut überzeugt, daß Peter nicht anders reagieren konnte, aber ich bedaure es auch zutiefst, daß Frauen wie Emilie oder Anja, die etwas weniger Berührungsängste gegenüber dem Anderssein, den unausgegorenen Gedanken und Taten haben, hier nicht eingreifen konnten - aus welchen Gründen auch immer.

Wir standen in Freiburg für eine Politik, die nicht von vornherein verurteilt, sondern versucht zu erklären, nach Ursachen zu suchen und zu vermitteln. Bisher haben wir es den anderen Parteien überlassen, Menschen zu isolieren, als "Chaoten" oder Kriminelle abzustempeln.

Um keine Unklarheiten aufkommen zu lassen: Aktionen, wie sie in der Pfingstnacht geschehen sind, sind nicht Aktionsformen der GRÜNEN - es sind auch nicht meine. Aber wenn es einen solchen Ausbruch an Zerstörungswut gibt, dann gibt es dafür Gründe - und nach denen sollten wir fragen

Wenn in Eurer Presseerklärung steht: "Bei den offensichtlich geplanten Ausschreitungen in der Wilhelm-, Fauler- und Schowlinstr. (Originalton Polizeibericht) handelt es sich um puren Vandalismus"... und: "für diese selbstzufriedene Militanz fehlt uns GRÜNEN jegliches Verständnis", dann zeigt mir das, daß Ihr überhaupt nicht mehr bereit seid; nach Gründen zu fragen, daß Ihr nicht mehr bereit seid, zumindest den Versuch einer Verständigung mit denen zu wagen, die glauben, zu solchen Mitteln greifen zu müssen. Und selbst wenn eine solche Verständigung nicht mehr möglich sein sollte, so entspräche es doch grünem Selbstverständnis, trotzdem nach Lösungen zu suchen.

Was ist die logische Schlussfolgerung aus Eurer Presseerklärung die Schuldigen müssen ermittelt, isoliert und bestraft werden. Denn sie haben sich nicht so verhalten, wie es das Politikverständnis der GRÜNEN vorschreibt.

Die Berliner AL stand vor einem ähnlichen Problem nach der Nacht zum 1. Mai. Ihre Reaktion war eine besonnene: die AL wies daraufhin, daß es Ursachen gibt für die Krawalle, daß es Gruppen und Menschen gibt, die nicht nur durchs soziale Netz fallen, sondern auch durch das alternative Projekte-Netz, daß es soziale Konflikte gibt, und daß eine Politik der Ghettoisierung diese Unzufriedenheit nicht abschafft. Und sie warnt davor, diese Konflikte mit weiteren repressiven Maßnahmen lösen zu wollen.

Herr Fiek schrieb in einem Kommentar der Badischen Zeitung, daß sich nun alle, die von Gewaltfreiheit reden, schleunigst distanzieren müssen. In vorausgehendem Gehorsam hatten dies etz die GRÜNEN bereits getan. Die Distanzierungsforderungen werden nun weitergehen, mir fällt auch noch eine ein: jeden Montag wird distanziert sich alles, was schreiben kann von den am Wochenende stattgefundenen Disco- und Weinfestschlagereien (Ausdruck einer puren Freude am Zerstören von Nasen, die einem nicht passen), von allen stattgefundenen Vergewaltigungen, Mißhandlungen von Kindern, allen Verkehrstoten und Schwerverletzten.

Ich weiß, daß die Pfingst-Randalen äußerst umstritten ist, daß es (berechtigt oder unberechtigt) Sorge in der "Szene" um das gehütete eigene Projekt gibt. Und ich weiß, daß es in Kreuzberg ein paar Menschen mehr gibt, die Grund haben, Lebensmittelgeschäfte zu plündern. Aber mir mißfällt diese satte Selbstgefälligkeit, mit der ein Handeln verurteilt wird, dessen Motivation niemand kennt. Ihr habt mit Eurer Presseerklärung eine Politik eingeläutet, die die Kolleg/inn/en von der SPD besser können. Und das Schlimme ist: in dem weitläufigen Umfeld der sog. Alternativ-Szene interessiert es überhaupt nicht mehr, was Ihr sagt.. Ihr werdet entzückt sein, wer alles Euch anerkennend auf die Schulter schlägt.

Ich möchte den dringenden Appell an Euch richten, wieder Augen und Ohren aufzumachen, wieder Fragen zu stellen, auch wenn das verbale Prügel nach sich zieht, Euer Politikverständnis nicht nur von Sachzwängen und dem Schielen nach Anerkennung bestimmen zu lassen, sondern den Funken von Hoffnung auf die bessere Gesellschaft, den Hauch von Utopie, mit realistischer Einschätzung der Situation zu verbinden.

Verzeiht mir mein Einmischen-

herzliche Grüße

Fritz

Bonn, 11.6.87

 **AAK frbg. e.v.**
arbeitskreis altern. kultur

Arbeitskreis alternative Kultur (AAK) e.V. · 78 Freiburg · Basler Landstraße 28a · Tel.: 0761/499532
Örzeiten: Di. - Fr. 15 - 17 Uhr

An 12.6.1987
Dezernat 1-4
Kulturamt
Gemeinderäte der Parteien SPD, Grüne, FDP, Friedensliste, CDU und FWV
Presse

Die Mitgliederversammlung des AAK e.V. erklärt:

- 1.) Der AAK e.V. ist keine gewalttätige Organisation und verfolgt seine Ziele nicht mit Gewalt.
- 2.) Dem AAK e.V. war von den Ereignissen in der Nacht vom 6.-7.6. nichts bekannt, noch hat er organisatorisch an Vorbereitung oder Durchführung mitgewirkt.
- 3.) Die Vorkommnisse sind für den AAK e.V. kein Grund, die Vertragsverhandlungen mit der Stadt neu zu bewerten.
- 4.) Der AAK als eingetragener Verein verwahrt sich dagegen, durch eine nachträglich eingeschobene Formulierung in die Präambel des Zwischennutzungsvertrages, als potentieller Gewalttäter diskriminiert zu werden. Die Formulierung lautet:
"Die Betreiber der Gießereihalle lehnen jede Form von Rechtsbruch und Gewalt ab. Sie erklären, daß in der Gießereihalle keine gewalttätigen Aktionen vorbereitet und ausgeübt werden, da sich Kultur und Gewalt ausschließen. Unberührt ist die im Grundgesetz verankerte Freiheit von Kunst und Kultur."
- 5.) Der AAK e.V. wehrt sich massiv gegen Versuche aufgrund aktueller Ereignisse die Notwendigkeit eines Kulturhauses in Freiburg wegzureden oder auf andere Weise in Frage zu stellen

- 6.) Der AAK kritisiert weiterhin die Sanierungspolitik der Stadt Freiburg, insbesondere die heutige Räumung der Wilhelmstr. 36.
- 7.) Vom 23.5. bis 5.6. fand in der Gießereihalle eine Veranstaltungsreihe unter dem Titel "ZWISCHENTÖNE" statt. Erstmals in dieser Dichte (15 Veranstaltungen) wurde freien Theatergruppen aus Freiburg die Möglichkeit gegeben, in der Gießereihalle zu spielen. Die Werkschau umfaßte Produktionen vom Sprechtheater über Comedy, Kabarett, Pantomime bis zum Tanztheater. So konnte der Austausch der Künstler untereinander gefördert werden, und die Halle als geeigneter Ort für Theaterproduktionen dem Publikum (Durchschnittlich 100 Zuschauer pro Veranstaltung) erschlossen werden. Damit verbunden war der erfolgreiche Versuch, die Halle den jeweiligen Erfordernissen der Inszenierung entsprechend zu gestalten. Gleichzeitig zeigte sich deutlich, daß ohne Schallschutz, Heizung und sahtäre Anlagen die Nutzungsmöglichkeiten zu sehr eingeschränkt sind. Der AAK fordert daher nach wie vor den schnellstmöglichen Ausbau der Gießereihalle!

für den AAK

[Handwritten Signature]

Böhme: Die erste Antwort auf die Pfingst-Krawalle

Das Gebäude wird nun zum Teil zugemauert – Bald auch Räumung des letzten besetzten Hauses – Grüne verlangen Ursachenforschung

B2 13. 6. 87

Von unserem Redakteur Ulrich Homann



RÄUMLING IN DER WILHELMSTRASSE 36; Hausbesetzer schauen zu, wie die Polizei ein Transparent abhängt.

Bild: Wurzer

Auf Grund einer richterlichen Anordnung wurde gestern früh das besetzte Haus Wilhelmstraße 36 zunächst durchsucht und dann auf der Basis einer Anordnung der Ortpolizeibehörde geräumt. Von der Räumung ausgespart wurde lediglich die Wohnung des einzigen noch legalen Mieters, dem gestern indes auch fristlos gekündigt worden ist. Auf einer Pressekonferenz von Stadtverwaltung, Staatsanwaltschaft und Polizeidirektion wurde angekündigt, in absehbarer Zeit werde auch das letzte noch besetzte Gebäude Schloßberggring 9 bis 1 geräumt. Oberbürgermeister Rolf Böhme bezeichnete die gestrige Polizeiaktion als „erste Antwort“ auf die Pfingst-Krawalle, der weitere folgen würden.

Gegen 7 Uhr rückten Polizeikräfte, angeführt vom Spezialeinsatzkommando (SEK), in die Wilhelmstraße ein. Mit einer Leiter gelangten Beamte zu einem Fenster im ersten Obergeschoß des Hauses mit der Nummer 36, so Polizeidirektor Bernhard Schreiber, nur „notdürftig verbarrikadiert“ war. In weniger als 60 Sekunden zogen Beamte in das besetzte Haus ein, in drei Minuten hätte sich die Polizei auf das ganze Haus verteilt.

ANZEIGE

Uhren der Spitzenklasse

EBEL

Juwelier Kühn Freiburg
Kaiser-Joseph-Straße 211

Bei der Räumung, von der die zwölf im Haus anwesenden Personen im Alter zwischen 22 und 29 Jahren offensichtlich völlig überrascht worden waren, hatte die Polizei mit größeren Schwierigkeiten gerechnet. Die Besetzer zogen sich damit gerechnet zu haben, die Polizei werde über die Rückseite des Hauses kommen. Deren Fenster imlich waren mit Stahlstützen befestigt.

Widerstand leisteten die im Haus befindlichen Personen nach Polizeiangaben nicht. Sie wurden erkenntnislos behandelt und haben sich bis auf den legalen Mieter mit An-

zeigen wegen Hausfriedensbruch auseinandersetzen. Alle Angetroffenen hatten einen Wohnsitz in Freiburg oder der Umgebung. Die Durchsuchung des Hauses war angeordnet worden, da es nach Angaben von Oberstaatsanwalt Huber-Stentrup Anhaltspunkte dafür gegeben hatte, in dem Haus könnten Gegenstände gefunden werden, die auf Mittäterschaft bei den Krawallen am vergangenen Wochenende hätten schließen lassen. Bei der Durchsuchung sei dann auch einiges entdeckt worden, das mit der Randalie im Zusammenhang stehen könnte – zum Beispiel ein gefüllter großer Benzinkanister. Eine abschließende Be-

wertung des Durchsuchungsergebnisses hat die Polizei indes noch nicht vorgenommen. Der Durchsuchungsbefehl hatte sich auch auf die noch vermietete Wohnung erstreckt. Nach der Räumung wurde von Bauhandwerkern das Haus weitgehend unzugänglich gemacht. Frei bleibt der Zugang zu der letzten Mietwohnung.

Schon vor der Gemeinderatssitzung am kommenden Dienstag nahm Oberbürgermeister Böhme zur Zukunft des besetzten Hauses am Schloßberggring Stellung. Er erklärte, das Planziel, statt des Hauses eine Grünfläche anzulegen, lasse sich ebenso wenig verwirklichen wie die Erhaltung billigen

Wohnraums, da die Besetzer der Stadt den Zutritt zu dem Gebäude verwehrt und sie obendrein brüsk jegliche Verhandlungen abgelehnt hätten. Die Stadt werde nun dafür sorgen, daß das Haus abgebrochen und durch einen Neubau ersetzt werden könne. Antrag auf Räumung habe der Eigentümer vor einer Woche gestellt.

Böhme sagte weiter, er halte an der Linie fest, neue Kultur- und Lebensformen zu unterstützen, gegen jeden Rechtsbruch und gegen Gewalt jedoch mit harter Hand vorzugehen. Erneut verlangte er vom Arbeitskreis Alternative Kultur (AAK) eine Distanzierung von den Ausschreitungen. Vor einer

Antwort des AAK wollte Böhme indes in Sachen Gießereihalle keine Äußerungen machen. Die Gießereihalle soll nach geltender Beschlußlage zu einem alternativen Kulturhaus ausgebaut werden. Inzwischen fordert die CDU aber, von diesem Projekt Abstand zu nehmen.

Auf Fragen sagte Böhme, mit der Räumung der besetzten Häuser sei das Problem mit der Gewaltbereitschaft einer kleinen Gruppe noch nicht gelöst. Den Gewalttätern das Handwerk zu legen, sei Sache der Polizei. Die Politik müsse aber zur Isolierung der Gewalttäter beitragen.

Die Grünen erneuerten gestern ihre Distanzierung von der Pfingst-Randalie. Für ein solches brutales menschenverachtendes Vorgehen könne es keine Rechtfertigung und keinen Anlaß geben, sagte Stadtrat Max Achatz. Ursula Kather vom Kreisverband der Grünen meinte, die Ablehnung von Gewaltaktionen erstrecke sich auch auf die Gegengewalt, die sich jetzt in der Räumung des Hauses Wilhelmstraße

ANZEIGE

TIP DER WOCHE

Verschönern Sie auch Ihren Garten mit Holz! Zaune, Gartenhäuser, Carports u. v. m. von Ihrem Holzfachhändler!
FALLER HOLZHANDEL
78 Frbg., Merzhäuser Str. 136, Tel. 408061
Verkauf auch jeden Samstag, 9-12 Uhr

36 offenbart habe. Stadtrat Wolfgang Franz Schmidt sagte, es müsse der Hintergrund der Gewalttaten analysiert werden. Nach Ansicht von Schmidt sind gesellschaftlich bedingte Chancen- und Perspektivlosigkeit junger Leute unter anderem Ursache der Pfingst-Randalie. Personen würden Identitätskrisen unterschiedlich lösen – in destruktiver Form, wie am vergangenen Wochenende, oder durch Genuß von Alkohol oder Drogen. Durch Zurverfügungstellung von Freiräumen für ein selbstbestimmtes Leben könnten gewaltbereiten Personen „Festigungs- und Entwicklungsmöglichkeiten gegeben werden“. Der Einsatz der reinen Staatsgewalt dagegen verschärfe die Auseinandersetzungen nur.

Polizei räumte plötzlich Altbau in Freiburg

Staatsanwaltschaft verdächtigt Hausbesetzer der Beteiligung an den Pfingstkrawallen

Von unserem Mitarbeiter Karl-Otto Sattler

FREIBURG, 12. Juni. Unter lautstarken Protesten, aber ohne Zwischenfälle und ohne Widerstand der Betroffenen wurde am Freitag in Freiburg das vorletzte besetzte Haus, ein Altbau in einem Sanierungsviertel am Rande der Innenstadt, geräumt. Anlaß für die Polizeiaktion waren die schweren Pfingstkrawalle an der Dreisam, bei denen ein Sachschaden in Höhe von mehreren 100 000 Mark entstanden war. Nach Angaben der Stadt lag ein Beschluß der Staatsanwaltschaft auf Durchsuchung des Hauses vor wegen des Verdachts, die Besetzer könnten an den Ausschreitungen vom Wochenende beteiligt gewesen sein. Die Personalien von zwölf Personen wurden festgestellt.

Auf Antrag der Verwaltung wurde dabei das Anwesen bis auf eine Wohnung geräumt, in der noch ein Mieter legal lebt. Eine Wohnungsbau-Gesellschaft will

den Altbau abreißen und durch einen lukrativen Neubau ersetzen. Der Mieter erhielt am Freitag jedoch eine fristlose Kündigung, weil – so die Stadt – bei der Räumung festgestellt worden sei, daß er angeblich ungenehmigte Veränderungen am Haus vorgenommen habe. Gegen diese Kündigung sind allerdings Rechtsmittel möglich.

Das legale Mietverhältnis war bislang ein entscheidender Grund für die Verwaltung, das besetzte Haus nicht zu räumen. Ursprünglich hatte die Stadt versucht, den Abriss des Hauses zu verhindern und den Eigentümer zu veranlassen, den billigen Wohnraum in diesem Gebäude zu erhalten und Instand zu setzen. Man war mit diesem Begehren aber in mehreren Gerichtsinstanzen gegenüber der Baugesellschaft unterlegen. Einer Räumung wollte die Stadt nur stattgeben, wenn so-

fort mit Abriss und Neubau begonnen werden könne, was wegen des legalen Mietverhältnisses nicht möglich war.

Ein Sprecher der Stadt erklärte nun, nach den Ausschreitungen an Pfingsten sei eine neue Lage entstanden. Auf dem Spiel stehe jetzt auch die Errichtung eines alternativen Kulturzentrums in einer alten Fabrikhalle in diesem Sanierungsviertel. Beweise für eine direkte oder indirekte Beteiligung des Arbeitskreises Alternative Kultur (AAK), der das Areal zwischenzeitlich nutzt, gibt es nicht. SPD-Oberbürgermeister Rolf Böhme, mit dessen Stimme sich im Frühjahr der Gemeinderat noch mit knapper Mehrheit für den Ausbau dieses Kulturzentrums mit mehreren Millionen Mark ausgesprochen hatte, verlangt nun eine ausdrückliche Distanzierung des AAK von den Vorfällen an Pfingsten.

FR 13. 6. '87

Wir kommen wieder!

zur Räumung der Wilhelmstrasse 36

Die Räumung:

Am Freitag, dem 12. Juni um 7 Uhr morgens, stürmte das SEK die Willi 36 und räumte das Haus, das mit 6 Jahren und 2 Monaten das am längsten besetzte Haus Freiburgs ist. Die Besetzung war das letzte Mittel gewesen, die Zerstörung des Wohnraums zu verhindern.

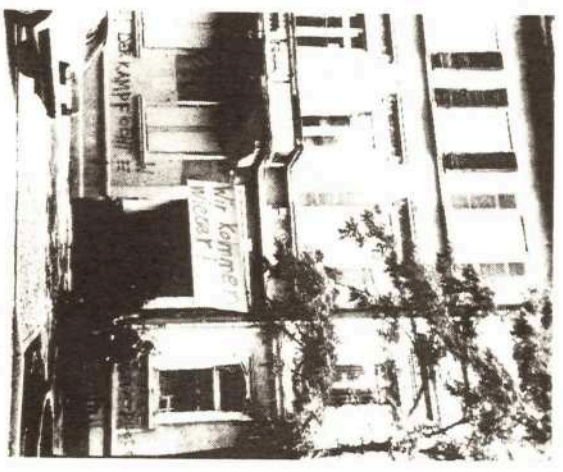
Auf die bevorstehende Räumung waren wir seit dem 20. Mai vorbereitet, den genauen Räumungstermin hatten wir etwa zehn Tage vor der Räumung herausbekommen. Daher konnten wir die Bullen in trauriger Runde zusammensitzend begrüßen. Die Behauptung in der BZ, die auch im Radio und Fernsehen verbreitet wurde, daß wir "offensichtlich völlig überrascht worden waren", ist vollkommener Unsinn (wer glaubt schon, daß wir uns alle morgens um halb 7 zum Kaffeekränzchen treffen?). Aber wie soll man dem Bürger sonst plausibel machen, daß hauptberufliche Gewalttäter und Krawallmacher nicht mit ihrem kompletten Waffenarsenal auf die Staatsmacht losgehen?

Mir hatten einfach keine Lust, uns schon im Haus die Schädel einschlagen und die Rippen brechen zu lassen - es langt, wenn die SEK-Totschläger auf der Demo auf uns eindreschen. So konnten wir nach der ED-Behandlung abziehen. Nachdem das ganze Haus - auch die vermietete Wohnung - von oben bis unten fotografiert und gefilmt worden war, wurden die Möbel abtransportiert, und dann machte sich umgehend ein eigens aus Offenburg angekehrter Bautrupp an die Zerstörung des Hauses. Die sanitären Einrichtungen wurden zerschlagen, Fenster und Türen zugemauert, das halbe Treppenhaus rausgerissen. Den ganzen Tag lang war die Wilhelmstraße von der Belfortstraße bis zur Schminliinstrasse abgesperrt, nur wer nachweisen konnte, daß er/sie in diesem Straßenschnitt wohnt, wurde durchgelassen.

Unsere aktuelle Situation

Nach der Willi 8 ist dies das zweite Wohnhaus, das innerhalb weniger Wochen zerstört wurde. In aller nächster Zeit soll noch die

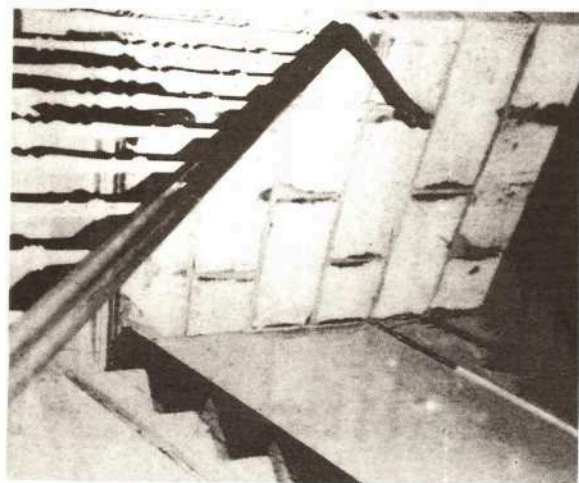
Wagenburg und der Schlobbergring 9/11 folgen, dessen Abrüggenehmigung handstreichartig in der Gemeinderatssitzung vom 16. Juni beschlossen wurde, und außerdem das Kajo-Eck mit der Kajo 251 und 253 sowie der Adelhauerstr. 4, wo der Commerzbank-Neubau hinsoll. Damit wird in der Innenstadt auf einen Schlag billiger Wohnraum für weit über 100 Menschen zerstört, und wer weiß, wieviele Häuser in aller Stille abgerissen werden.



Wir sitzen also nicht alleine auf der Straße, in nächster Zeit werden ganz schön viele Leute davon betroffen sein. Die billige Protagandamedlung: "Alle Angetroffenen hatten einen Wohnsitz in Freiburg oder Umgebung" (BZ) begleitet jede Häuserräumung so sicher wie das Amen in der Kirche, sie wird auch beim Schlobbergring nicht ausbleiben. Eine Meldadresse besagt aber noch lange nicht, daß man/frau auch eine Wohnung hat, und

unten... ist, daß Polizeichef Schreiber noch am Morgen die tröstliche BZ-Formulierung verschafft uns noch lange kein Dach über dem Kopf. Die Möglichkeiten, in irgendwelchen MS unterzukommen, sind in Freiburg inzwischen auch erschöpft, die Öffentlichkeit wird nicht mehr lange ignorieren können, daß wir etwas zum Wohnen brauchen.

Mir sind deshalb als erstes zum Wohnungsamt gegangen, um dort unsere Forderung nach Wohnraum vorzutragen. Die Wohnraumpolitik der Stadt ist für die Häuserbrisse verantwortlich, also soll das zuständige städtische Amt gefälligst auch dafür sorgen, daß wir einen Ersatzwohnraum bekommen - und das nicht erst in 2 Jahren, sondern sofort. Wir werden die zuständigen Stellen solange besuchen, bis wir ein Dach über dem Kopf haben, und wir werden immer mehr (siehe oben)! Wir lassen uns auch nicht mit einigen Kleinwohnungen abspeisen, wir wollen im Kollektiv zusammenleben, so wie es in der Willi 36 möglich war. Deshalb fordern wir unseren Wohnraum auch gemeinsam.



Chalottenetze und Kriminalisierung
Bereits die Schwarzwaldhofräumung vor über 6 Jahren war durch eine gezielte Kriminalisierungskampagne vorbereitet worden, wenn wundert es also, daß es auch diesmal so war? Damals wie heute nutzt die BADISCHE ZEITUNG ihre Monopolstellung, um die dissubzügliche Öffentlichkeitsarbeit zu leisten.

bedert: "Dieser Einsatz markierte bei gegenseitiger Härte im Vorgehen der Kontrahenten. Das

Als Nach... der Verleumdungsgerechtheit des Ende der Willi beschlossene Sache war, fand man auch bald einen Anlaß für die Herzprophaganda: das 6-Jahresfest der Besetzung der Willi 36. Dieses Fest war durch Plakate und durch Handzettel angekündigt worden, die in der Nachbarschaft verteilt worden waren, damit sich die Anwohner auf einen erhöhten Geräuschpegel einrichten konnten. Nachdem das gleiche Verfahren ein Jahr zuvor beim Fünfjahresfest zu einem höchst harmonischen Festverlauf geführt hatte, der zwar mindestens ebenso geräuschvoll gewesen war, jedoch weder Bullen noch Presse auf den Plan gerufen hatte, zitierte die BZ diesmal den Chef des Amts für öffentliche Ordnung, Brügger, mit den Worten: "Da ist einem höchst aggressiven Volk nicht gelungen, hier ein kleines Kreuzberg zu inszenieren." (25.5.) Mit dem aggressiven Volk sind die Festbesucher gemeint, die gerade friedlich einer Jazz-Session lauschten, als sturmtruppartig mehrere Mannen vorführen und die Bullen hilflos in die verblüffte Menge prügelten. Die vorerligge - wenn auch prophetische - Kreuzbergmetapher vermochte allein das Unsägliche in Worte zu kleiden und dem Bürger vor Augen zu führen, "daß d a s nicht länger hingenommen werden kann" (beimfalls Brügger, von der BZ zitiert).

Zwei Tage später nimmt die BZ die gleichen Ereignisse wieder auf, inzwischen ist jedoch aus dem Fest eine "Zusammenkunft" geworden, die einen Polizeieinsatz "nach sich zog", und unter der sich der Leser alles nur erdenklich Schreckliche vorstellen kann und soll.

Eine Pressekonferenz der Grünen, eigentlich zur Unterstützung der Willi veranstaltet, benützt die BZ, um die Schrecken des Festes nochmals Revue passieren zu lassen. Schon die Schlagzeile: "Grüne kritisieren Störung der Nachbarn durch Besetzer" (4.6.87) zeigt das einzige Interesse auf, das die BZ mit ihrer Berichterstattung verfolgt. Daß die Grünen, von denen niemand die wirklichen Ereignisse auf dem Fest mitbekommen hat, die bisherige Hezze der BZ nicht in Frage stellen und sich von Vorgängen distanzieren, die die Macht des Faktischen erst durch ihre permanente Wiederholung in der BZ angenommen haben, ist ein Thema für sich und bezeichnend für die derzeitige Entwicklung der Freiburger Grünen.

Die sogenannten Pfingstkravalle bieten der BZ einen neuerlichen Anlaß, dem Willi-Fest noch beunruhigendere Seiten abzugewinnen. Inzwischen ist das Fest "derart ruhestörend" gewesen, "daß sich s o g a r Grüne von dem Treiben distanzieren". Auch das Knuppel-

WOHNHAFT

oder: Böhme und das Mietrecht

Feinlich bei dieser Darstellung der Sachlage ist, daß Polizeier Schreiber noch am Morgen der Räumung dem Südwestfunk stolz verkündet hat, die Räumung sei von langer Hand geplant gewesen, da man gewußt habe, daß sich zu diesem Zeitpunkt viele Leute aus der Szene bei Ronnie Reagan in Berlin aufhielten.

Außer seinem angeblichen Kampf gegen Wohnraumspekulation dient die Durchsuchungs-Vereinigung Böhme dazu, den rechten Scharfmachern im Gemeinderat wie auch der Szene vorzumachen, es handle sich bei der Räumung um "Die erste



Antwort auf die Pfingst-Randale", wie die BZ auch dienstförmig als Schlagzeile ihres Berichts über die Räumung formuliert. Im übrigen hat sich die gesamte SPD-Fraktion auf die Trennung Hausbesetzer = Rechtsbrecher, Gewalttäter, Kriminelle und daher abzuräumen versus Alternative = Kultur, Selbstverwirklichung und daher gerade noch zu dulden eingelassen.

Bleibt nur hinzuzufügen, daß natürlich weder Bullen noch Staatsanwaltschaft (und nicht mal Böhme selbst) so blöd sein können zu glauben, daß das Plenum vom 3. Juni zur Vorbereitung der Pfingstrandale gedient hat, so wie der Durchsuchungsbeschluß die Räumung begründet. Das Plenum war öffentlich angekündigt und fand im Hinterhof unseres Hauses statt, so daß man auf den benachbarten Grundstücken Jedes Wort mithören konnte.

Wie geht es weiter?

Solange die eine Wohnung noch vermietet ist, steht die Willi als zugemauerte Spekulationsruine da. Wir wollen, daß die Bullen immer noch dem zugemauerten Haus stehen müssen und so jedem/jeder vor Augen führen, wie die Wohnraumpolitik der Stadt Freiburg und ihres OB Böhme aussieht. Die Steine, mit denen das Haus zugemauert ist, sind die besten Argumente gegen Böhmes Wohnraumpolitik. Jede/r soll sich phantasielose Aktionen überlegen, bei denen die Ruinenschützer ins Schwitzen geraten.

Wir treffen uns jeden Abend vor der Willi. Es gibt Volkstischen, das Café Bullenblick, Straßengeste und um 21 Uhr eine politische Abendandacht. Der Phantasie sind keine Grenzen gesetzt. Sobald die Bullen weg sind, fallen die Mauern, und früher oder später entrollen wir das Transparent: WIR SIND WIEDER DA!

kommando der Bullen wird nochmals geschilbert: "Dieser Einsatz markierte bei gegenseitiger Härte im Vorgehen der Kontrahenten, daß bei einer zahlenmäßig nicht sehr großen Gruppe von Besetzern und deren Begleitpersonal die Zeichen erneut auf Sturm gestellt waren." (9.6.87)

Indem die Festbesucher zum "Begleitpersonal" der Besetzer gemacht werden, erscheinen diese selbst als Randalierer, deren einziges Lebensziel Schlägereien mit den Bullen sind. Die Frage, wer die Pfingstkrawalle inszeniert hat, erübrigt sich damit fast schon, vor allem, da am Morgen vor diesen "Krawallen" ein Solidaritätsumzug für die Willi stattgefunden hat, der "etwa 150 Teilnehmer fand", eben die Anzahl von Leuten mithin, die wenige Zeilen weiter unten im Schutz der Dunkelheit zuschlagen.

Am folgenden Tag stellt die BZ unter dem Titel: "Entsetzen in der Stadt wie im Land" (10.6.87) das kriminelle Element der Randale in den Vordergrund. Die unvermittelt folgende Formulierung: "Das Hausbesetzlerplenum hatte am vergangenen Mittwoch in der Wilhelmstraße 36 getagt" suggeriert erneut den Zusammenhang von Randale und Willi, der dann auch der offizielle Räumungsvorwand sein wird.

Am Tag vor der Räumung ist der Zusammenhang dann zur selbstverständlichen Tatsache geworden: "Die Stadtverwaltung entfällt seit der Pfingst-Randale verstärkt Aktivitäten, die Probleme mit Gewalttätern und besetzten Häusern in den Griff zu kriegen." (11.6.87) Das Problem der Willi 36 erscheint dabei als bereits erledigt, denn nun soll es "auch" dem Schloßbergling an den Kragen gehen.

Dieser organisierten Diffamierung durften wir nicht einmal im Rahmen unserer beschiedenen Möglichkeiten die Wahrheit entgegenzusetzen. Unsere am Haus angebrachte Wandzeitung, vor der sich die Leute teilweise drängelten, wurde eines Morgens früh von den Bullen geklaut. Außerdem wurden bei der Räumung fast als erstes unsere am Haus angebrachten Informationen über die Zukunft des Hauses übermalt.

Das Allerletzte

Auf der Gemeinderatssitzung am 16. Juni hat sich Böhme nicht entblödet, die Räumung als Hausdurchsuchung nach Beweismitteln für die Pfingstrandale hinzustellen. Da die Bullen sich für diese Durchsuchung schon mal Zugang ins Haus hatten verschaffen müssen, seien sie quasi gezwungen gewesen, die unbestimmterweise Anwesenenden gleich auch zu räumen, um diesen Rechtsbruch abzustellen. Im übrigen sei die Stadt stets bemüht, Wohnraumspekulation zu verhindern, und deshalb habe sie nach der Räumung auch Berufung gegen das Verwaltungsgerichtsurteil eingelegt, das die Räumung angeordnet hatte.

Wer die Wilhelmstraße entlangkommt, dem bietet sich ein kurioser Anblick. Vor der Nummer 36 ist der Gehweg weiträumig mit grünen Metallgittern abgesperrt, dahinter lummeln gleichfarbige Männchen, und richtet man seinen Blick weiter nach oben, so erblickt man dort, wo früher Fenster waren, frische, graue Backsteinmauern. Lediglich drei Fenster im ersten Obergeschoß sind noch als solche zu bezeichnen. Hier wohnen Menschen. Sie werden von den grünen Männchen - es sind Polizisten - bewacht.

Wie kam es dazu? Die Wohnbau Schwarzwald AG (WSAG) kaufte 1980 ein Wohnhaus zu Spekulationszwecken. Sie wollte es abreißen und einen Neubau mit teuren Ein- und Zwei-Zimmer-Appartments an seine Stelle setzen. Es dauerte zwar etwas länger als geplant, aber nach einigen gerichtlichen Scheingefechten und der Aufhebung eines Bauausschußbeschlusses durch OB Böhme höchstpersönlich schien dem Neubauvorhaben im Frühjahr 1985 nichts mehr im Wege zu stehen.

Doch ein bestehendes Mietverhältnis machte einen Abriss unmöglich. Da es der WSAG nicht gelingen wollte, dieses Mietverhältnis zu kündigen, verweigerte die Stadt den Antrag der Spekulant, vorsichtshalber schon einmal die Besetzer räumen zu lassen, mit der einleuchtenden Begründung, eine Niederbesetzung könnte nicht verhindert werden. Das Verwaltungsgericht entschied nun aber im Mai, daß die Stadt auf Antrag der Spekulant räumen lassen müsse und die Polizei dann eben aufzupassen habe, daß das Haus nicht wieder besetzt werden kann.

Böhme, der jetzt endlich mit seinem erwünschten Umfeld für die KTS vorankommen will, dachte nicht daran, gegen dieses seltsame Urteil Berufung einzulegen, sondern überlegte nur, wie eine dauerhafte, polizeilich bewachte Bauruine zu verhindern wäre. Das Ergebnis war von vornherein klar: der Mieter muß raus! Zum Erreichen dieses Ziels verfolgt Böhme eine zweigleisige Taktik. Zum einen soll der Mieter kriminalisiert werden, um ihn mit ein-

er fristlosen Kündigung herauszuschmeißen zu können. Böhmes erster Vorschlag dazu, öffentlich geäußert in der BZ vom 27. Mai, war etwas plump: der Mieter sei "in die Zusammenkunft einbezogen gewesen, die ... einen Polizeieinsatz nach sich zog, um Ruhestörung der Nachbarschaft zu beenden." (Gemeint ist das Fest zur 6-jährigen Besetzung der Willi.) Die WSAG machte sich auch umgehend daran, eine ganze Reihe diesbezüglicher Schriftsätze loszuschicken.

Am Tag der Räumung kam dann die endgültige fristlose Kündigung. Der Hauptvorwurf ist nun dem berühmten Nothelfer-Maßnahmenkatalog vom letzten Jahr entnommen, in dem der Regierungspräsident ja bereits den Vorschlag gemacht hatte, den Mieter doch kurzerhand für die Besetzung des Hauses verantwortlich zu machen. Folgerichtig wurde bei der Räumung auch die vermietete Wohnung durchsucht, unter dem Vorwand, Beweismittel im Zusammenhang mit der Pfingstrandale zu suchen.

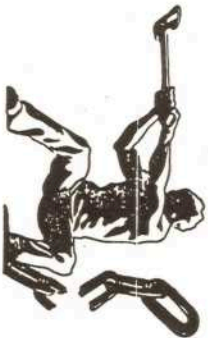
Die zweite Schiene in Böhmes Rausschmißbühnen ist ganz einfach, ein Leben in diesem Haus unerträglich zu gestalten. Die Voraussetzungen dafür hat die WSAG ja gleich nach der Räumung geschaffen, indem die übrigen Wohnungen und Zimmer zugemauert, alle Leitungen herausgerissen wurden und das Treppenhaus oberhalb des 1. OG zerstört wurde.

Hinzu kommt, daß nicht nur die Ruine bewacht wird, sondern die Wohnung selbst einer massiven Polizeikontrolle ausgesetzt ist. Personen werden kontrolliert, durchsucht und ihnen wird nach Gutdünken der Eintritt verweigert. Eine Besucherin wurde sogar mit Tränengas angegriffen. Die Wohnung selbst wird gezielt bespitzelt, observiert und abgehört. Über Funk wird permanent durchgegeben, wie viele Leute sich in der Wohnung befinden. Mehr als 10 Personen werden nicht in die Wohnung gelassen. Dieser willkürliche Terror des Polizeistaats ist für die Bewohner auf Dauer nicht auszuhalten. Die Spekulant und Böhme werden aber erleben müssen, daß ihre Rechnung nicht aufgeht. So ein Rechtsstreit kann sich ganz schön lange hinziehen...

- Gebt uns die Willi 36 freiwillig zurück!
- Schloßbergling 9-11 und Wagenburg bleiben! Basta!
- Hände weg vom Grether-Gelände!
- Die Häuser gehören denen, die darin wohnen!

DIE PERSONLICHEN BEZIEHUNGEN UNTERERLEBENDER

durch die sinkende Profitrate sind die Imperialisten gezwungen, auch in ihren metropolen politisch und ökonomisch eine umstrukturierung durchzuführen, die menschen hier "besser" auszunutzen und damit die "verluste" auszugleichen. Charakteristisch für die ökonomische umstrukturierung sind massenentlassungen, high-tech, die flexibilisierung der arbeit, massiver sozialabbau usw., menschen die nicht mehr verwertbar sind fallen aus dem produktionsbereich, oder werden in "ungeschützte" prekäre arbeitsverhältnisse gedrängt: heimarbeit, sklavenhändler, kapovaz (arbeit auf abruf), zwangsarbeit usw., die totale unterwerfung der menschen hier unter das kapitalistisch/imperialistische kommando, bis in alle lebensbereiche.



-2-

erhöhte auspressung hier bedeutet aber auch eine zuspitzung sozialer widersprüche, was nicht heißt, daß sich automatisch ein revolutionäres bewußtsein bildet. deswegen ist revolutionäre kontinuierlichkeit - aufbau legaler wie illegaler strukturen.

die erhöhte auspressung bedroht die stabilität der zumeist "befriedeten" metropolen, die sie für ihre weltweite ausbeutung und unterdrückung brauchen. um dieser zuspitzung entgegenzuwirken, verschärfen die imperialisten die polizeiliche wie justizielle repression. einige ihrer maßnahmen der präventiven aufstandsbeämpfung sind; maschinenlesbarer ausweis, volkszählung, verkabelung und die neuen sicherheitsgesetze.

den bewussten politischen, antikapitalistischen, antipatriarchalen widerstand bekämpfen die herrschenden mit allen mitteln. sie versuchen die kriminalisierung immer weiter auszuweiten, mit neuen gesetzen (§ 130, erweiterung des § 129) und massenverhaftungen und einkeiselsungen. hausdurchsuchungen mit antiterrorkommandos (klefensstrafe) und das verbot und verhindern von versammlungen, wie zuletzt in münchen, zeigen ihr interesse, jegliche auseinandersetzung und solidarität mit der guerrilla im keim zu ersticken.



(erklärung zum 1.mai, berlin)

AKTUELLE SITUATION IN FREIBURG VOR DEN ANGRIFFEN!

WICHTIGES MACHEN!

ZUSAMMEN KÄMPFEN



ERKLÄRUNG ZU DEN MILITANTEN ANGRIFFEN ZU PFINGSTEN
IN FREIBURG

revolutionäre praxis und die darstellung von ansätzen oder gedanken sind wichtige punkte, um zusammen zu kämpfen... und das nicht nur für einhalb stunden.

aus dieser intention heraus haben wir uns entschlossen, dieses papier zu schreiben. das papier hat nicht den anspruch - die erklärung zu den auseinanderetzungen zu sein - einiges ist unvollständig, einiges fehlt.

GLOBAL DENKEN - LOKAL HANDELN!

"das kapital hat einen horror vor abwesenheit von profit... mit entsprechendem profit wird kapital kühn.

10% sicher und man kann es überall anwenden!

20% es wird lehaft!

50%, positiv waghalsig!

für 100% stampft es alle menschlichen gesetze unter seinen fuß!

300%, und es existiert kein verbrechen, das es nicht riskiert, selbst auf die gefahr des galgens." (M.E.W.)

ökonomische krise und befreiungskriege haben weltweit zu einem sinken der profitrate geführt. vor allem in mittelamerika und im nahen osten, aber auch in südamerika/südkorea sind die herrschenden mit nationalen/antimperialistischen befreiungsbewegungen konfrontiert. die imperialistischen können diese entwicklung nicht durch direkte interventionen verhindern, da sie befürchten müssen, daß sie damit die vereinheitlichung der revolutionären kämpfe im trikont und in den metropolen vorantreiben.

(heidi schulz, gefangene aus der guerrilla)

AKTUELLE SITUATION IN FREIBURG VOR DEN ANGRIFFEN!

nun zur situation des letzten, besetzten hauses und der wagenburg. mit der räumung der willi 8, und der aktuellen räumung der seit sechs jahren besetzten willi 36, leit der sozialdemokratische ob böhme die endphase des freiburger häuserkampfes ein. seit den räumungen letzten sommer hält die stadt an ihrer doktrin fest, keine besetzung mehr zu dulden. (zwei besetzungen wurden nach wenigen stunden geräumt) die räumung der wagenburg wurde schon vor längerem im gemeinderat beschlossen (die grünen stimmten auch dafür), um einem parkplatz für die gießereihalle zu weichen. diese situation (wir wußten, daß die willi 36 in der woche nach pfingsten geräumt wird) bildete die voraussetzung für das offensive, militante vorgehen am pfingst-samstag. aktion statt reaktion.

DIE AKTION AN PFINGSTEN WAR UND IST RICHTIG!

"das problem in den metropolen ist, daß, obwohl das system politisch und ökonomisch reif ist, abgeschafft zu werden, die revolutionären kräfte im volk noch zu schwach sind - es mehr resignation, lethargie, depression, agonie, mehr kranke und selbstmörder, mehr leute gibt, die sich hinlegen - 3 und sterben, weil man in diesem system nicht mehr leben kann, als aufstehen und kämpfen." (zitat r.a.f.)

für uns waren die militanten angriffe selbst die politische bestimmung der aktion. wir haben mit diesen angriffen selbstbestimmt den raum geschaffen, der es vielen ermöglichte, einmal aus der all-täglichen ohnmacht von schule, maloch, ämterstress, sexismus und der ganzen entfremdungsscheiße auszubrechen. die aktion entwickelte in ihrem verlauf ihre eigene dynamik. durch das zusammenkommen von vielen bei der durchführung der aktion entstand bei uns eine ahnung, wie es sein könnte, wenn menschen zusammen kämpfen. dies vermittelte ein gefühl von stärke, nicht nur für uns, sondern auch für viele die "aktiv" oder "passiv" die aktion mitbestimmt haben. verschiedene identitäten kamen auf der straße zusammen, menschen, die für sich eh schon die trennungslinie gezogen haben, aber auch unzufriedene und menschen, die sich noch nicht entschieden haben, deren loyalität zum system zu bröckeln beginnt. gerade für diese menschen ist es wichtig mitzubekommen, daß es möglich ist, das gewaltmonopol des staates anzugreifen, widerstand zu leisten und die zukunft selbst zu bestimmen.

SPALTEN - ISOLIEREN - ELMINIEREN!

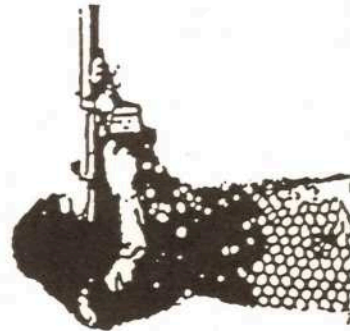
auch menschen die hier in freiburg kämpfen wollen, sind mit sozialdemokratischer krisenlösung immer auch, menschen die sich noch nicht entschieden haben, mit sog. zugeständnissen zu ködern und mit distanzierungsaufforderungen an ihre menschenfeindliche politik zu binden. deutlich wird dies an den reaktionen auf die "pfingst-auseinandersetzungen", wo es jetzt z.b. faktische heisst; ihr (aak = arbeitskreis alternative kultur) kriegt die gießereihalle nur, wenn ihr euch deutlich von den ausschreitungen distanzieret. d.h. wer versucht auf der ebene von verhandlungen mit der staatsmacht, "frei" räume zugestanden zu bekommen wird erpressbar, muss einen notwendigen und wichtigen bestandteil von widerstand - die politische gewalt - ausklammern, ja sogar verraten.

ebenso wird versucht, militanten widerstand als sinnlos darzustellen, unentschlossene menschen wieder in resignation und ohnmacht zu drängen. aktuelles beispiel dazu, ob böhmes behauptung, die räumung der willi 36 sei eine "erste antwort auf die pfingst-krawalle" (bz, 13.6.87). gerade weil wir wussten, daß die willi 36 am 12. geräumt werden soll, sind wir in die offensive gegangen.

KEINE RÄUMUNG DES SCHLOSSBERG 9/11 UND DER WAGENBURG! SOFORTIGE FREILASSUNG DES GEFANGENEN VOM 7.6.1

FÜR EINE KÄMPFERISCHE, REVOLUTIONÄRE FRAUBEWEGUNG!
DEN WIDERSTAND GEGEN PATRIARCHAT, IMPERIALISMUS UND KAPITALISMUS ORGANISIEREN!

- FLAMMENDE GRÜSSE AN DIE GENOSSINNEN AUS GUERILLA UND WIDERSTAND!
KÄMPFERISCHE GRÜSSE AN DEREN GEFANGENE UND ALLE KÄMPFENDEN GEFANGENEN!
UNTERSTÜTZUNG DER FORDERUNGEN NACH:
- SOFORTIGE FREILASSUNG VON GÜNTER SONNENBERG!
- OPERATION FÜR ANGELIKA GÖDER UNTER MENSCHENWÜRDIGEN BEDINGUNGEN!
- ZUSAMMENLEGUNG DER GEFANGENEN AUS GUERILLA UND WIDERSTAND IN GROSSE, SELBSTBESTIMMTE GRUPPEN, UND FÜR ALLE KÄMPFENDEN GEFANGENEN DIE DAS WOLLEN!



wer sich nicht mit den inhalten dieses papers auseinandersetzt, sondern über dessen herkunft spekuliert, arbeitet den schweinen in die hände!

einige autonome-antiimperialistinnen

LESEN - KOPIEREN - WEITERGEBEN!

ZUM GEFANGENEN!

leider wissen wir noch zuwenig über den gefangenen, da er an einen beschissenen anwalt geraten ist. wir dürfen aber nicht vergessen, daß er stellvertretend für uns alle den repressalien von klassenjustiz und bullen ausgesetzt ist.



ZUM VORWURF DES FUNKTIONALISIERENS!

viele besucher des konzertes zum 10-jährigen jubiläum von radio dreieckland fühlen sich funktionalisiert, von der aktion überrascht. für die durchführung der aktion war es taktisch notwendig, die planung konspirativ zu handhaben. durch den möglichen rückzug aufs grethergelände wurde die aktion erst durchführbar.

ZU DEN JOURNALISTINNEN!

laut badische zeitung vom 13.6.87 wurden auf anordnung der freiburger staatsanwaltschaft bilder einer journalistin beschlagnahmt. die photos würden zur beweissicherung benötigt. in zukunft heißt das für uns, journalistinnen werden aufgefordert den film rauszurücken. sollten sie nicht einsehen wollen, daß sie sich zu hilfstruppen der staatsanwaltschaft machen lassen, müssen wir uns den film mit gewalt holen. (für bz fotograf richter gilt dies immer.) für eigene fotografInnen/filmerInnen: für uns ist klar, daß immer die menschen, die sich durch ihre aktion gefährden, den zeitpunkt bestimmen, ab wann niemand mehr filmen/fotografieren darf.



Seit 2 1/2 Jahren ist das Haus Schloßberg 9 - 11 besetzt.
Wie bekannt, versuchte der Besitzer das Haus abzubreißen zu machen.
Die Methoden waren: - Zerstörung des Wohnraumes und der sanitären
Anlagen
- Fadscheinige Abrißputzschichten
- Rausschmiß der MieterInnen
Durch die Besetzung wurde der Abriß des Hauses verhindert. Die BesetzerInnen
beobachten die entstehenden Schäden und machten somit das Haus bis heute
für 30 Leute bewohnbar. Durch den öffentlichen Druck wurde die Stadt ge-
zwungen, eine Versäuerungssperre über das Haus zu verhängen.
Das heißt: - kein Abriß
- kein Neubau
- keine Sanierung, auf die Dauer von 2 Jahren

Heute wird im Gemeinderat über die Versäuerungssperre beraten, die jetzt
abläuft. Wir gehen davon aus, daß die Versäuerungssperre nicht verlängert
wird. Dem Abriß des Hauses, stehen somit nur noch die BewohnerInnen ent-
gegen. Aber Fritz Westerfeld, der Eigentümer, hat bereits Räumungsantrag
gestellt.

Was hat sich verändert?

2 Jahre lang verhandelte die Stadt um den Erwerb des Hauses. Geplant war an
Stelle des Hauses eine Grünfläche.
Der Kaufpreis des Westerfeld forderte (1,7 Mio.) war ihr zu hoch,
die Entzweiung (nach de Witt), juristisch nicht möglich.
Inzwischen steht die Stadt vor Kauf ab. Sie macht die BesetzerInnen für die
gescheiterten Verhandlungen verantwortlich.
Denn: Wir haben nicht zugelassen, daß die Stadt ein Gutachten über Zustand und
Bewohnbarkeit des Hauses erstellt
Weil, es ist klar das ein Gutachten auf jeden Fall den Rausschmiß bzw. den
Abriß des Hauses bedeutet hätte
es ist eine Frechheit, nachdem 30 Leute 2 Jahre lang dieses Haus bewohnen,
daß Böhmie "nach der Benutzbarkeit" des Hauses fragt.

Es wird hier klar, daß nicht das Bedürfnis nach großem Wohnraum das Kriterium
ist. Entscheidend ist die Kapital trüchttige Verwertbarkeit des Wohnraumes.
Entscheidend ist das Ziel, selbstbestimmtes Leben, wie es in diesem Haus mög-
lich ist zu zerstören.

Letztes Jahr wurden die Räumungen der Hildastr. 31 und der Kröprinzenstr. 22
durch die Choctobesetze legitimiert.
Jetzt werden die Räumungen der Jilhelmsstr. 36 und die geplanten Räumungen des
Schloßberg 9-11 und der Wagenburg als Reaktion auf die "sogenannten
"Pfingstkravalle" verkauft. Dabei sind die Vorbereitungen zu den Räumungen
seit Wochen in Gange.

- der Einsatz knüppelnder Bullen beim 6jahres Fest
- der Willi 36
- Razzia in der Wagenburg
- Observation der besetzten Häuser
- Hetzpropaganda in der BZ

Ein Instrument der Herrschenden zur Zerstörung dieser Strukturen,
heißt Städteplanung und Stadtentwicklung
heißt in Freiburg Innenstadterweiterung
heißt Vernichtung gewachsener Lebenszusammenhänge im Grün, Stuhlinger
und anderswo
heißt Verdängung ehemaliger BewohnerInnen dieser Viertel in Außen-
bereiche

HIERARCHIE - LEISTUNG - KONKURRENZ - MACHT - FUNKTIONALITÄT - ANGST
sind die Stützpfiler unserer Gesellschaft. Genau nach diesen Maßstäben richtet
sich konsequenterweise die staatl. Wohnraumpolitik.

Den Herrschenden geht es darum unsere Lebensbereiche und Strukturen zu zerstören,
Strukturen, in denen wir unsere Kräfte entwickeln und umsetzen können,
Kräfte, in denen nicht Geld und Macht regieren, sondern die Menschen ihr Leben
selbst bestimmen.

Abriß

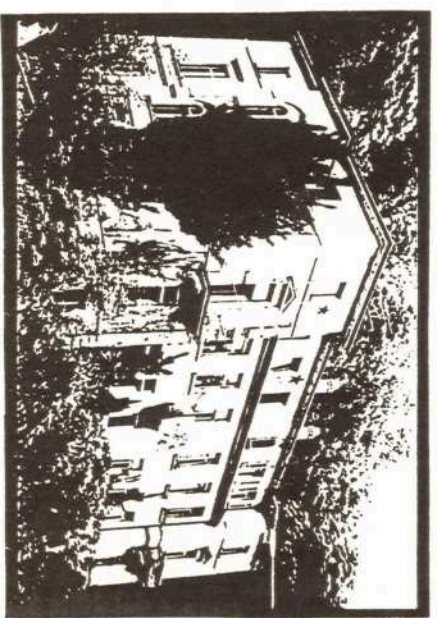
Sanierung

Was das bedeutet, wollen wir aus unserer Sicht als Frauen beschreiben.
Ein Leben in der Stadt ist für Frauen fast unmöglich. Tagüber sind wir Frauen
Objekte - Pfiffe, Blicke, Annäherung - Nachts sind wir Freiwild!
Die nächste Ausgangssperre - unangesehen - aber im Kopf jeder einzelnen
Frau. In den Wohngebieten wird die Isolation der Frauen stetig vorangetrieben.
Reduziert auf die Rolle als Hausfrau und Mutter, womöglich noch doppelt belastet
durch Teilzeitarbeit. Hier ist keine Kommunikation mehr möglich, weder im anony-
men Einkaufszentrum, noch im beklammerten Fahrstuhl.
Dieser für sie verplante Raum, bedeutet die ständige Kontrolle der Frau und
ihre ständige Verfügbarkeit. ??
Kommunpolitik als Kontrollmittel. ??
Was in Wohnungen subtil läuft, wird offensichtlich in staatlichen Heimen und
Flüchtlingslagern. Selbstbestimmtes Leben, Wohnen und Arbeiten wird unterdrückt.
Das Flüchtlings-, psychisch Kranke, sog. schwererziehbare Kinder, alte Menschen,
Behinderte in der Gesellschaft auf unterster Stufe stehen, wird dadurch deut-
lich, daß ihnen jegliches Recht auf Selbstbestimmung genommen wird, indem sie
in Anstalten kernsortiert werden.

Aus der Notwendigkeit uns dieser Kontrolle zu entziehen, um Kraft für den
Frauenkampf zu entwickeln, haben wir vor einem Jahr das Frauenhaus Schloßberg-
ring 9 besetzt. Selbstbestimmung heißt für uns, daß wir das Haus nach unseren
Bedürfnissen einrichten und organisieren. Wir können hier eine eigene Form
politischer und persönlicher Auseinandersetzungen leben.
ALS FRAUEN UND AUS DER SICHT VON FRAUEN!
Nicht länger als Anhangsel, Mitläuferinnen oder Vorzeigefrauen der männlichen
Politik.
Es genügt nicht, das Patriarchat bzw. die FRAUENFRAGE in die Gesellschaftsanalyse
reinzuklatschen.

Auch eine Analyse der Unterdrückung der Frau, durch das Patriarchat, bleibt eine
hohle Phrase solange sie nicht zu persönlichen Konsequenzen führt. Eine revolu-
tionäre Politik muß von Gefühlen und alltäglichen Realität ausgehen. Wir haben
versucht, gerade an diesem Punkt lebendiger miteinander umzugehen. Jedoch unsere
festgefahrene Lebens- und Denkweise hat es uns schwer gemacht, einen neuen Alltags-
-ritus von Hierarchie und Leistungsdenken - umzusetzen. Unsere eigenen Wider-
sprüche haben uns soviel Angst eingejagt, daß wir oft lieber den gewohnten Weg,
des Verdrängens, Rückzugs, Anhängselseins wählen mußten.

DIE MAUS ist für uns die erste und beste Möglichkeit kollektiv unsere
eigenen Schwächen und Stärken - unbeachtet der männlichen Kontrolle -
auf unserer Sicht zuzulassen. Wir werden für Frauenzusammenhänge, auch
in dieser beschissenen Stadt, kämpfen.



KEINE RÄUMUNG DES SCHLOSSBERGRING UND DER WAGENBURG

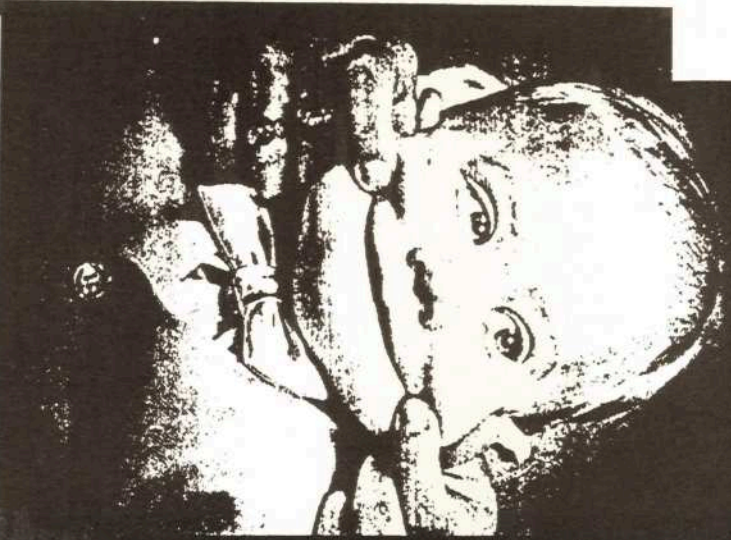
NIEDER MIT DEM SZENENMAHO

GEGEN STAATLICHE KONTROLLE - JEDE KÄMPFE WIE SIE WOLLE

KEINE DISKRIMINIERUNG DER GRETHERS

FÜR EINE POLITISCHE KULTUR

Demo



Hand auf's Herz, liebe FreiburgerInnen, wer von uns pflegt nicht die Mittagspause schlemmenderweise in Freiburg's neuer Markthalle, im Freßgasse, zu verbringen? Oder tun Sie nur so? Und wer von uns bevorzugt nicht den gehobenen Wohnbereich? Wieviel Prozent Ihres Einkommens für die Miete drauf geht — hängt lediglich von der Höhe Ihres Einkommens ab! Wenn Sie nicht gerade mit einem Teilzeitjob die Stunden zusammenzählen müssen, dann haben Sie die Chance, sich in Böhmers schönem Freiburg wohlfühlen! Oder haben Sie etwa Schulden und warten auf den Zusammenbruch des Weltwährungssystems? Sie können sich drehen und wenden, wie Sie wollen — und dies Flugblatt übrigens auch — Sie leben in einer Wohlstandsgesellschaft; alles wächst: der Wohlstand, die Armut. Während 20jährige Jungunternehmer davon träumen, mit 25 Millionen zu sein, müssen sich andere mit der Sozialhilfe vertraut machen.

Wir sind auf dem Weg in eine 2/3 Gesellschaft, deren satte Selbstzufriedenheit OB Bohme repräsentiert: seine Volksrente drückt sich dadurch aus, daß er im Wahlkampf erklart, er esse am liebsten Schokolade — und von einem Punkt auf seine statliche Figur angesprochen, gibt er ein geliches Beispiel von Toleranz:

»lieber ä ranze vum surffe, als ä buckel vum schaf-fek«.

Aber das war Wahlkampf. Und ist vorbei.

1987 stellt er seine Politik unter Polizeischutz. Die Bürgerin hat sich in die Aufsichtsratsräten verflüchtigt. Dort wird die Politik gemacht — für den gehobenen Bedarf. Für die Unternehmer, Feinschmecker, zahlungskräftige Touristen, für die Eliten und solche, die sich dafür halten.

Der Regierende Bürgermeister hat ehrgeizige Pläne: Innenstadterweiterung über den Bahnhof hinaus bis in den Stühlinger hinein, der laut Stadtplaner Dasein schöner werden soll als das Münchener Schwabing. Herzstück der Planung ist die K.T.S., das Kongresszentrum, zugeschnitten auf die Bedürfnisse einer »gewendeten« Universität, auf Technologiezentrum und Industrie, sowie auf Kulturkommerz und Tourismus.

Der große Umbau der Industriegesellschaft hat auch in Freiburg begonnen, und die Stadtplanner sehen ihre Chance für Freiburg als Oberzentrum im Dienstleistungsbereich.

Die Lebensqualität im Dreiländereck, ausgezeichnet durch geringe industrielle Belastung und hohen Freizeitwert, wird bis auf's letzte vermarktet. Wer kann sich heute noch vorstellen, daß in der Konviktsstraße Arbeiterfamilien gelebt haben? Heute hat sich dort der gehobene Bedarf eingemischt: widerliche Boutiquen, teure Appartements — jeder Quadratmeter ist durchalkuliert. Wer käme heute noch auf den Gedanken, in der ehemaligen Wollshöhle eine Pizza zu bestellen?

Eine ähnliche Entwicklung soll jetzt im Stühlinger und im Grün forciert werden. Die »Begleiterscheinungen« sind bekannt: Luxussanierung, Mietsteigerungen, und damit verbunden die Vertreibung der bisherigen Bewohner, Spekulation und steigende

DEMO !! 16.6., 16.30 Uhr, RATHAUSPLATZ !!

tempense. Wer wissen will, was auf Grün und jünger zukommt, muß sich nur in den Bahnhofszichen anderer Städte umschauen, die es schon er sich haben.

eihnenderweise wird die Sanierung im Grün einem Mann geleitet, der bereits die Konviktsstraße auf dem Gewissen hat. Herr Oehm, der Leiter FGS (Freiburger Gesellschaft für Stadterneuerung 3), ist so etwas wie ein Wegbereiter für Mietererhebung und Bodenspekulation. Der sich da herneuer nennt, ist nichts anderes als Ausführgan einer allerdings gewalttätigen Politik. en Gewalt ist nicht so direkt erfahrbar wie ein ag ins Gesicht, es ist eher das Gefühl, den Boden r den Füßen zu verlieren. Wer zieht schon gerne Landwasser? Was sich im Grün — wie auch im llinger und Adelsheimer — Ecke Kaiser-Joseph-ße — manifestiert, ist nichts anderes als strukturelle Gewalt: sie behaupten, zu sanieren, in Wahrheit machen sie das Viertel unbewohnbar: für uns vermutlich auch für Sie, da wir ja nicht dem gesamten Bedarf entsprechen, sondern zu dem einen tel gehören, das gerade das Geld für den täglichen Bedarf aufbringen kann.

viel Prozent Ihres Einkommens für die Miete ifgeht, hängt lediglich von der Höhe Ihres Einkommens ab — das ist der Grundsatz der städtischen nungspolitik.

er fällt es der Stadt auch gar nicht schwer, die ten in Landwasser bis zu 40% hochzuschrauben. Böhmne hat auch keine Probleme damit, in der einstraße 36 Wohnungen zumauern zu lassen. ist sich vermutlich keiner Schuld bewußt, da die Stadt ja auf, ein höchst richterliches Urteil fen kann, das im Namen des Volkes erklart, daß Recht der Schwarzwaltdwobnau AG, zu ihrem nium — der Wilhelmstraße 36 — zu spekulieren, r zu bewerten ist, als das Recht von 17 Men- n, billig zu wohnen.

Böhme, der sich gerne als n des Ausgleichs und der Toleranz gibt, hat vor in ein Lippenbekenntnis gegen Wohnraumverlung und Spekulation ausgesprochen. Was davon llen ist, zeigt die Bilanz der Räumungen: Hild- le 31, Erbprinzenstraße 20, Wilhelmstraße 8, einstraße 36. Die Räumungen von Wagenburg Schloßberggring 9/11 sind angekündigt.

DESHALB:

- Rückgabe der Wilhelmstraße 36 an ihre BewohnerInnen
- keine Räumung von Schloßberggring und Wagenburg
- keine Mietervertreibung durch Sanierung
- sofortige Freilassung des inhaftierten Schülers vom 6.6.

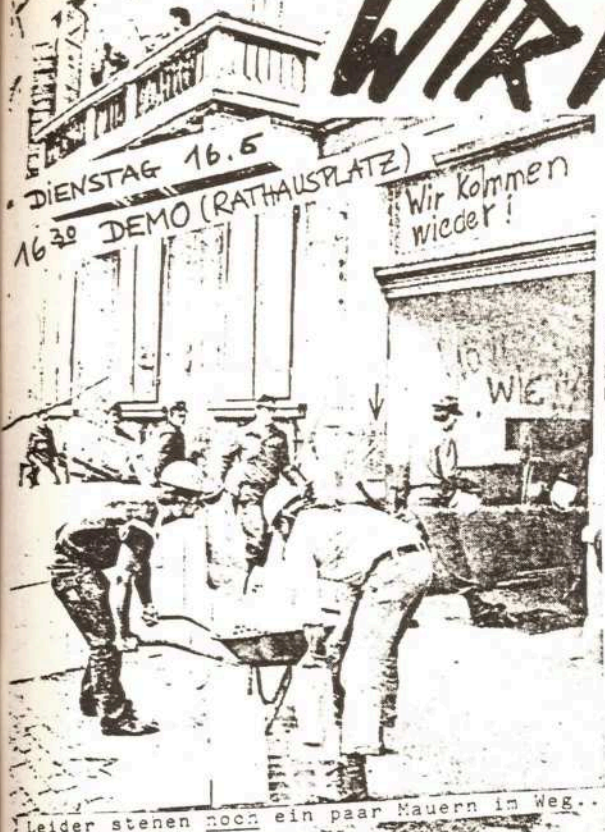
Die gleichzeitige Unterhöhung des Mietrechts wird dabei billigend in Kauf genommen: während Böhmne den Bewohnern der besetzten Häuser Rechtsbruch vorwirft, begeht er selbst den Rechtsbruch vorsteckt, indem er den letzten legalen Mieter der Wilhelmstraße 36 bei lebendigem Leib einmauern und seine Besuche kontrollieren läßt. Da dieser Zustand zeitlich nicht absehbar ist, hofft Böhmne, daß der Mieter aufgibt. Unterstützt von der Badischen Zeitung, die bereits vom »noch legalen Mieter« spricht, wird vorgeführt, wie es jedem gehen kann, der auf seinem Mietverhältnis beharrt.

Der geplante Bau der K.T.S wird die Bodenspekulation im Grün nochmal kräftig anheizen. Klar, daß man für eine solche Politik jede Menge Polizei braucht. Aber als Sozialdemokrat zeigt man die Exekutivorgane nicht so gerne. Schließlich mußte Polizeidirektor Baderschneider wegen übertriebener Polizeiaufmärsche nach Lahr weggeführt werden. Sein Nachfolger, der EX-SEK-Scharfmacher Tränkle soll jetzt die Ära der Hausbesetzungen beenden. Böhmne und Nothelfer reichen sich die Hand. Spekulanten und Großverdiener reiben sich die Hände. Die Bullen werden zeigen, was sie können. Was sie nicht können, das wissen wir.

Der Widerstand gegen diese letztlich menschenverachtende Politik geht weiter. Auch wenn sie jetzt die Häuser räumen lassen, die Widersprüche lassen sich nicht beseitigen.

Die besten Argumente gegen diese Politik sind die Steine, mit denen in der Wilhelmstraße 36 Wohnraum zugemauert wurde.

WIR KOMMEN WIEDER!



Leider stenen noch ein paar Mauern im Weg...

Wir leiden nicht an Identitätskrisen, wir sitzen auf der Straße - und wir sind nicht die Einzigen.
Paßt bloß auf
- unsere Wut wird immer größer!

Seit Freitag, den 12.6., ist die Stadt um eine Touristenattraktion reicher.
Unser Haus, in dem 15 Erwachsene, 2 Kinder und 3 Hunde lebten, haben sie in eine Spekulationsruine verwandelt. Aus Wohnraum wurde Hohlraum.
Der Rausschmiß aus der Willi 36 hat nichts mit den Auseinandersetzungen auf der Straße am Pfingst-Samstag zu tun. Der Termin war schon vorher festgelegt.
Ihre Pläne, das Haus abzureißen, um einen ekligen und profitbringend Neubau hinzuklatschen, können sie sich in den Arsch schieben. Es besteht seit 10 Jahren ein Mietverhältnis. Auch wenn sie dem Miet Bullen in den "Vorgarten" setzen, ihn kriminalisieren, wird es ihnen nichtgelingen, ihn rauszuekeln.
Auf unabsehbare Zeit wird die Spekulationsruine leerstehen. Wir werden uns nicht in Löcher verdrücken, sondern jede Gelegenheit nutzen, unser Haus wieder zu bewohnen.



Freiburg soll bald „sauber“ sein

Nach der Räumung des Hauses „Willi 36“ soll in Freiburg nun gänzlich mit der alternativen Szene aufgeräumt werden / Konzept der Befriedungspolitik des OB Böhme unter christdemokratischem Beschuß

Aus Freiburg Thomas Scheuer
Vor wenigen Tagen erst, punkthoch zum Auftakt der touristischen Saison, konnte Freiburgs Oberbürgermeister Rolf Böhme die Preise des Faxadenwetbewerbs „Schoneres Freiburg“ verteilen. Ein besonders gelungenes Beispiel für aktive Stadtbildverschönerung kam zum Wettbewerb zu spät: Nachdem das seit Jahren besetzte Haus „Willi 36“ am vergangenen Freitag morgen geräumt worden war, liehen Freiburgs Saubermannern sogleich die bunte Protzbeimaltung mit einem drückigen Braun-Grau überzuziehen. Dieser Schandfleck wird nun Tag und Nacht bewacht, da wegen eines letzten Mieters mit gültigem Mietvertrag das Haus nicht einfach zugemauert werden kann.
Die Räumung der „Willi 36“ war die „erste Antwort“, so OB Böhme, seitens der Stadtoberen auf die schweren Krawalle in der Nacht auf den Pfingstsonntag. Um die 100 bis 150 Aktivistinnen hatten gegen Mitternacht völlig unerwartet auf einigen Straßen des Sauerbergviertels, in dem sich zahlreiche Baustellenelemente, Bänke, gestapelte, diese sowie zahlreiche Fahrzeuge angezündet, eine Tankstelle geplündert und sich heftige Schlächen mit einer völlig überauschten Polizei geliefert.
Obwohl die Identität der Krawallisten völlig ungeklärt ist, nahm das rechte Spektrum im Gemeinrat und Behörden die Pfingstschereben zum willkommenen Anlaß, eine Sauberungsoperation einzuklagen. Nach der bislang geduldeten „Willi 36“-schem nun das letzte besetzte Haus am Schlobergring akut räumungsgefährdet. Es wurde kurzfristig auf die Tagesordnung der Gemeinratssitzung am heutigen Dienstag nachgeschoben.

richtet haben. Nach langem hin und her beschloß das Stadtparlament erst kürzlich, dem Arbeitskreis Alternative Kultur (AAK) dort eine große Halle zwecks Kulturzentrum zu überlassen. Das Projekt gilt als eine wichtige Säule in Böhmes Befriedungspolitik gegenüber der Freiburger Szene. Und dieses schien bisher zu tragen: In der „Pfingstnacht“ sprang der Funke der zusammenhangslosen Randalen eben nicht über auf jene rund tausend Besucher der Grether-Fabrik, die dort bei „Polizei-Gnaden besetzt. Denen, ebenso wie dem lokalen CDU-Klientel, ist besonders die „Grether-Fabrik“ ein Dorn im Auge, ein altes Fabrikareal im Zentrum des Sauerbergviertels, in dem sich zahlreiche alternative Projekte eingele-

kurz bevorstehenden Räumung der „Willi 36“ zu mobilisieren, eine Isolierung, die OB Böhme prompt als Erfolg seiner Leitlinie „Ja zur Toleranz, Nein zum Rechtsbruch“ feierte. Polizeirektor Schreiber hingegen sieht in der bevorstehenden Räumung des Schlobergrings nur einen Zwischenschritt in seinem Feldzug gegen die „Infrastruktur“. Die CDU will vom Gemeinderat den frischen Vertrag mit der Grether-Fabrik wieder aufkündigen lassen. OB Böhme fordert vom AAK ultimativ eine Distanzierung von den Krawallen. Derweil drehen die Freiburger Straßenkehrmaschinen weiterhin ums Münster ihre Kunden. Aufhören prangert überlieferte Slogan: „Süßer ischs un glatt, z Freiburg in dr Stadt.“

Käser zur Räumung „Es geht nicht um den Frieden“

Bei Beurteilung der Freiburger Ereignisse der letzten Tage drängt sich der Eindruck eines mit staatlicher Hilfe inszenierten Schmierentheaters auf. Diese Bewertung gab am Wochenende der Freiburger grüne Landtagsabgeordnete Klaus-Dieter Käser.
Der Parlamentarier, der zur Räumung des Hauses Wilhelmstraße 36 am Freitag morgen Stellung nahm, betonte, während auch den Pfingst-Krawallen wegen der Gewalttätigkeiten und der Reaktion der Politiker darauf „noch manchem besonderen Menschen der Schreck in den Gliedern sitzt“, sei an vergangenen Freitag ein seit Jahren besetztes Haus geräumt worden, ohne daß die hierzu angesetzte Gemeinderatssitzung abgewartet worden sei.
„Besser“, so Käser wörtlich, „hätte niemand den Widerstand gegen die Kaputtsanierung des Stadtviertels diskreditieren können.“ Die Räumung von „Willi 36“ zeigt nach Auffassung des grünen Abgeordneten, daß es hier nicht um den Frieden in Freiburg gehe, sondern um die Durchsetzung der Interessen von Hausbespekulanten, um die Schaffung „einer Friedhofsrunde“ im Gebiet des geplanten Kongresszentrums.
Angesichts der Pfingst-Krawalle in Freiburg hat der boden-württembergische Landesverband der Senioren-Union ein Vermummungsverbot für Demonstrationen und die Bestrafung geaktiver und passiver Bewaffnung gefordert. In einem Brief an Ministerpräsident Lothar Spöth schreibt der Vorsitzende der CDU/CSU-nahen Organisation Alfred Löffler, die Freiburger Ausschreitungen würden bei der älteren Generation Erinnerungen an ähnliche Vorgänge vor dem Scheitern der Weimarer Republik wachrufen. Bj

TAZ
16.6.87

B2 15.06.87

AAK lehnt für sich Gewaltanwendung ab

Heute Gemeinderatssitzung zu den Pfingst-Krawallen

Der Arbeitskreis Alternative Kultur (AAK) hat in einer Stellungnahme gegenüber der Stadtverwaltung sowie den Fraktionen des Gemeinderats erklärt, er sei keine gewalttätige Organisation und verfolge seine Ziele nicht mit Gewalt. Weiter heißt es, dem AAK sei von den Ausschreitungen in der Nacht zu Pfingsten weder etwas bekannt gewesen, noch habe er „organisatorisch an Vorbereitung oder Durchführung mitgewirkt“.

Die Verwaltungsspitze hatte, den AAK aufgefordert, sich von den Pfingst-Krawallen zu distanzieren, und erhielt daraufhin diese Antwort. Bewertungen sind für heute zu erwarten, wenn sich der Gemeinderat mit dem Stand der Verhandlungen zwischen der Stadt und dem AAK in Sachen Ausbau der Gießereihalle zu einem alternativen Kulturhaus beschäftigt.

Der Arbeitskreis ließ die Stadt schriftlich wissen, die Vorkommnisse von Pfingsten seien für ihn kein

wehre sich gegen Versuche, auf Grund aktueller Ereignisse die Notwendigkeit eines Kulturhauses in Freiburg wegzureden oder auf andere Weise in Frage zu stellen. In diesem Zusammenhang verweist der Arbeitskreis darauf, im Mai und Juni in der Gießereihalle 15 Veranstaltungen organisiert zu haben, die von durchschnittlich 100 Personen besucht gewesen seien und freien Theatergruppen aus Freiburg Möglichkeiten einer Werk-schau gegeben hätten. Die Halle sei dem Publikum als geeigneter Ort für Theaterproduktionen erschlossen worden, auch wenn sich gezeigt habe, daß ohne Heizung, Schallschutz und sanitäre Anlagen die Nutzungsmöglichkeiten doch sehr eingeschränkt seien. Der AAK, heißt es, fordere daher nach wie vor „den schnellstmöglichen Ausbau der Gießereihalle“. Kritisiert hat der Arbeitskreis schließlich die Sanierungspolitik der Stadt und besonders die Räumung des Hauses Wilhelmstraße 36. Abgegeben wurde die gesamte Erklärung von der Mitgliederversammlung des Arbeitskreises Alternative Kultur.

Zu den Pfingst-Krawallen Stellung genommen hat auch die Mitgliederversammlung der Friedensliste Freiburg. Sie verurteilte entschieden die Ausschreitungen und machte deutlich, Gewalt als politisches Mittel grundsätzlich abzulehnen. Meinungsverschiedenheiten müßten nach demokratischen Spielregeln ausgetragen werden. Verurteilt wird auch „der Versuch politisch Verantwortlicher, in dieser Stunde der alternativen Szene und sonstigen Andersdenkenden eins auszuwischen“. Spekulation, Räumung und Mietwucher seien der Nährboden der Gewalt, die dieser Tage soviel Bestürzung hervorgerufen habe.

Heute um 17 Uhr beginnt im Rathaus eine Sitzung des Gemeinderats, bei der ein Bericht über die Pfingst-Krawalle gegeben wird, die Gießereihalle und die Zukunft des besetzten Hauses am Schloßberggring sowie auch ein Konzept für den Mundenhof zur Sprache kommen. Die Hausbesetzer-Szene hat eine Demonstration vom Rathausplatz aus angekündigt.

Grund, die Vertragsverhandlungen mit der Stadt neu zu bewerten. Als eingetragener Verein verwehre er sich dagegen, heißt es weiter, als potentieller Gewalttäter diskriminiert zu werden. Diesen Eindruck hat der AAK, weil die Stadt von ihm verlangt, als Präambel zu einem Vertrag über eine Zwischennutzung der Gießereihalle folgende Sätze zu unterschreiben: „Die Betreiber der Gießereihalle lehnen jede Form von Rechtsbruch und Gewalt ab. Sie erklären, daß in der Gießereihalle keine gewalttätigen Aktionen vorbere-

reitet und ausgeübt werden, da sich Kultur und Gewalt ausschließen. Unberührt ist die im Grundgesetz verankerte Freiheit von Kunst und Kultur.“ Die Unterschrift unter diese Präambel verweigert der Arbeitskreis.

In der Stellungnahme des AAK wird weiter zum Ausdruck gebracht, man

Der Kommentar

Nun hat er sich also zu den Pfingst-Krawallen erklärt, der Arbeitskreis Alternative Kultur (AAK) dessen Bestreben es ist, von der Stadt ein Kulturhaus eingerichtet zu bekommen. Er verfolge seine Ziele nicht mit Gewalt und sei keine gewalttätige Organisation und er habe nichts mit der Randalie in der Wilhelmstraße zu tun - der AAK steht demnach auf Distanz zu dem Chaotentrupp, der zu Pfingsten außer Rand und Band geriet. Daß der AAK, nachdem er der eigenen Erklärung zufolge mit Gewalt als politischem Mittel nichts im Sinn hat, die ihm abverlangte Gewalt-Ablehnung in Form einer Präambel nicht unterschreiben will, ist aber widersprüchlich. Es kann ja eigentlich nicht schwer fallen, sich von Gewaltausübung zu distanzieren, wenn man sie nicht verfolgt. Doch der AAK zielt sich, um des eigenen Selbstverständnisses willen, sich von der Stadt et-

was diktieren zu lassen. Da bangen seine Funktionäre wohl darum, den Anspruch größtmöglicher Eigenständigkeit und Unabhängigkeit wahren zu können. Daß die Stadt aber Gewißheit haben will, daß sie Gewißheit haben muß, bei der Überlassung von Räumlichkeiten nicht neuen Ausbrüchen von Gewalt Vorschub zu leisten, steht außer Frage. Der AAK würde sich nichts vergeben, wenn er zusagte, auf keinen Fall die Plattform bie-

Auf Distanz

ten zu wollen, die Chaoten zu neuen Gewaltausbrüchen mißbrauchen könnten. Natürlich sind da die Möglichkeiten alternativer Kulturgruppen auch begrenzt, niemand kann aus ihnen so etwas wie eine „Szenenpolizei“ machen. Doch damit denjenigen, die weiter auf Kooperation setzen in der Kommunalpolitik, nicht alle Argumente aus der Hand geschlagen werden, hätte ein deutlicheres Wort gut getan. Ulrich Homann

Die Freien Wähler fordern „klare Zeichen“

Zuschüsse für Alternative sollen gestrichen werden - „Das Maß ist jetzt voll“

Die Gemeinderatsfraktion der Freien Wähler erwartet nach den Pfingst-Krawallen, daß Gemeinderat und Stadtverwaltung klare Zeichen setzen und von einer „Politik der Streicheleinheiten“ gegenüber den alternativen Gruppierungen ablassen. Nach den Worten des Fraktionsvorsitzenden Alfred Kalchthaler und dessen Fraktionskollegen Ingrid Baas und Heinz Schäfer ist „das Maß jetzt voll“. Es seien in der Vergangenheit genügend Versuche unternommen worden, die Gewalttäter zu isolieren und mit Unterstützung der Stadt Räume für die alternativen Gruppen bereitzustellen. Diese Politik sei nicht honoriert worden, und deshalb müsse damit jetzt Schluß sein, wolle man gegenüber den Bürgern dieser Stadt die Glaubwürdigkeit bewahren.

In der heutigen Gemeinderatssitzung werden die Freien Wähler den Antrag stellen, sämtliche Zuschüsse für den alternativen Kulturbereich einzustellen und die vorgesehenen Finanzmittel zur Schadensregulierung zugunsten der von den Krawallen be-

troffenen Bürger zu verwenden. Außerdem wollen die Freien Wähler die Verwaltung beauftragen, ein neues Konzept für die Grethersche Fabrik einschließlich der Werkstätten zu erstellen. Nach den Vorstellungen der Freien Wähler sollte eine Sonderkommission des Gemeinderats gebildet werden, die sich mit der Sicherstellung von Recht und Ordnung in Freiburg zu befassen hätte. Eine Genehmigung von Demonstrationen solle nur noch erteilt werden, wenn die Teilnehmer an einer Demonstration auf jegliche Vermummung verzichten.

In einem zweiten Antrag will sich die Fraktion der Freien Wähler an die übrigen Fraktionen mit dem Ziel wenden, einer Resolution zuzustimmen, mit der sich der Gemeinderat gegen die Erteilung einer Sendelizenz für den illegalen Sender „Radio Dreieckland“ ausspricht. Die Freien Wähler sehen es als erwiesen an, daß „Radio Dreieckland“ bei verschiedenen Anlässen durch entsprechende Aufrufe über den Funk zur Mobilisierung von

Demonstranten und damit zu den sich daraus ergebenden gewalttätigen Auseinandersetzungen beigetragen habe.

Die Freien Wähler sind nach den Ereignissen in der Nacht zu Pfingsten zu keinerlei Kompromissen oder Zugeständnissen gegenüber dem alternativen Lager mehr bereit, erklärte Kalchthaler. Die Fraktion werde auch beantragen, daß für den Schloßberggring die Veränderungssperre aufgehoben werde, um dem Eigentümer des Hauses Schloßberggring 9/11 die Möglichkeit zu geben, das besetzte Haus nach seinen Wünschen umzubauen.

Stadträtin Ingrid Baas wies darauf hin, daß den amerikanischen Soldaten im pfälzischen Ramstein aus Sicherheitsgründen untersagt worden sei, mit ihren Privatwagen nach Freiburg zu fahren. An solchen Punkten zeige sich, welche verheerenden Auswirkungen die Krawalle für den Fremdenverkehr haben.

Kritik übte der Fraktionschef der Freien schließlich auch an dem der CDU angehörenden Kulturdezernenten Bürgermeister Hans Evers, der nach Ansicht der Freien „den ganzen Gemeinderat links überholt“ und eine „Liebeserklärung gegenüber dem Arbeitskreis Alternative Kultur“ (AAK) abgegeben habe. Die Erklärung eben dieses AAK zu den Pfingst-Krawallen zeige indessen, daß diese Gruppe nicht bereit sei, sich ohne Wenn und Aber von den Gewalttätigen zu distanzieren.

Heute tagt der Gemeinderat

Der Freiburger Gemeinderat wird heute, Dienstag, 17 Uhr, in seiner öffentlichen Sitzung im Ratssaal des Rathauses einen Bericht über die Ausschreitungen in der Nacht zum Pfingstsonntag entgegennehmen. Zudem soll über den Stand der Vertragsverhandlungen mit dem Arbeitskreis Alternative Kultur über die Nutzung

der Gießereihalle berichtet werden.

Auf der Tagesordnung stehen im übrigen die neue Konzeption einer Betriebsstruktur für das Stadttut Mundenhof, der Bebauungsplan Südliche Kaiserstraße, die Bebauungspläne Fischerau/Gerberau, Konvikstraße und „Erwerbsgärtnerien Weingarten“.

BZ
16.06.

Schroberg



Wir finden

es richtig, uns täglich an der Willi zu treffen, den Ort für unsere Auseinandersetzungen zu nutzen. Wir wollen, daß dieser Ort nicht zur Selbstbewehrtrückerung verkommt. **Besatz ein Betrag von uns:**

Wir haben in unserem Flugblatt formuliert: "Eine revolutionäre Politik muß von Gefühlen und alltäglicher Realität ausgehen." Wir wollen hier diesen Punkt konkretisieren.

Wir sind nicht eingebunden in die hiesigen Parteien und Institutionssysteme (ob alternativ oder tsaditionell), um uns entscheiden zu müssen für oder wider. Wir werden weder ~~in~~ die Chaotenhetze landesweit, noch die Spaltungsabsichten der Stadt, noch die Solidaritätsbekundungen der Autonomen befriedigen müssen.

Überhaupt

be friedigen

Wir werden nicht befriedigen, die Bewehrtrückerungen eines Macho-comback genauso wenig wie die Stadt von uns befriedigt wird, indem wir sagen, daß es unmenschlich sei, daß Autoreifen brennen und menschlich - nämlich hier rechtsstaatlich genannt - daß Leute aus ihren Wohnungen herausgejagt werden. Es liegt uns nichts daran, über eine Randalie im Viertel jegliche Stimmung und politische Situation bestimmen zu wollen, wie es die HERRschenden gerne hätten. Sie sind es, die genau darin den Grundfehler und Ansatz für all ihre Reaktionen auf uns suchen. Wir finden es falsch, daß all jene, die - ob geplant oder spontan oder unwissend mitgerannt - die Situation am Pfingstamstag mitbestimmt haben, sie im Nachhinein als - Offensive - Ausdruck proletarische Aktion - ja sogar als Vorbereitung zur Revolution - formulieren. Es dient nur den Rechten, über jede Angestimmung der Bevölkerung und täglichen politischen Arbeit unserer Freundinnen und GenossInnen hinwegzugehen und die Probleme mit der Aktion abzuurteilen. Basta.

Was ist das für ein Politikverständnis, fernab von jeder inhaltlichen Diskussion, wenn man seine Scheuklappen aufsetzt und im Grün interveniert. Nach ratlosen und inhaltsleeren Aktionsvorschlägen in den letzten Wochen, bricht aus der Situation der Schwäche eine militante Aktion aus, die im Nachhinein als Ausdruck unserer gemeinsamen Stärke und unsererer Bewußtseins verkauft wird. Wir finden es arrogant und elitär, wann über Leute, die im Viertel jahrelang politische Kleinarbeit machen, hinweggetrappelt wird mit Begriffen wie Revisionisten, Reformisten und sie nur als Statisten in einer w a h r h a f t revolutionären Auseinandersetzung benutzt werden. Wem nützt es, das Grether-Gelände als Rückzug vor den Bullen benutzen zu wollen, wo doch der weitausgrößte Teil aller Parteien, die die Stadtpolitik bestimmen, nichts lieber sähen, als die Bullen im Grether-Gelände. Entweder eine Aktion ist konspirativ und bleibt konspi, oder es ist eine Aktion aller, dann muß sie anderes vorbereitet und ausgetragen werden.

Wem nützt es, wenn eine Kundgebung und Demo, die auf Häuserräumen und Wohnraumpolitik aufmerksam machen soll, nur noch mit SS-SA-SEK-Parolen anfängt und endet. Glaubt ihr wirklich, daß unsere eigenen Schwächen mit lautstarken Parolen und immer größeren oder dickeren Barrikaden zuzukleistern sind.

Wir wehren uns gegen eine vereinnahmende, dumme, profitorientierte Politik der Rechten.

Wir wehren uns gegen eine vereinnahmende, dumme, dem abstrakten revolutionären Subjekt dienenden Politik der Linken.

Es gibt wenig Möglichkeiten, unsere Sicht- und Lebensweise darzulegen, noch viel weniger offene Ohren und Gedanken, die sich damit auseinandersetzen wollen. Weil es einfach einer Anstrengung bedarf differenziert mit dem Alltag, mit denen die diesen Alltag leben, und das ist nicht nur Szene, sich auseinanderzusetzen.

Weil es einfach keine Anstrengung braucht, palatte Parolen und Weisheiten meterweise zu produzieren, hinter denen sich mann als Produkt dieser Gesellschaft, so gut verstecken kann.

Selbstverständlich ist es nur mein individuelles Gefühl,

wenn ich das braune Pferd

mit seinem stattlichen Reiter

von der S z e n e johlend empfangen

als Symbol sehe: - Vorreiter sein

- drüber sitzen

- Macht haben, nämlich Pferdestärke

- manchmal auch PS genannt

als Statussymbol unserer armseligen, von Hierarchie, Leistung und Konkurrenz geprägten Gesellschaft interpretiere.

Vielleicht erscheint es auch mühselig, daß frau sich über solche Kleinigkeiten aufregt, aber wir sehen nicht ein, daß wir eure zur show getragene sprachlosen Aktionen "Politik" genannt, mittragen sollen.

Entweder es gibt ein Bemühen auch eure eigene Scheiße unter der ganzen Scheiße unterzuordnen oder ihr fühlt euch weiterhin als

die Götter

die Aufrechten

die Kämpfer

dann können wir euch nur empfehlen, bewaffnet euch wie die grünen Herren und drauflos, aber nicht hier.

Oder

ihr nutzt die Scheiße hier, um endlich mal was zu lernen und wenn es nur sein sollte:

Eure eigene Schwäche mal zuzugestehen

Eure eigenen Nicht-Durchblick im Viertel

Eure eigene Angst vor der kontinuierlichen Auseinandersetzung mit uns

Frauen und den BewohnerInnen z.B. im Grün

Eure eigene Angst vor euch SELBSTS.

P.S.: Wer jetzt noch spekuliert wo das herkommt, noch mal von vorne lesen!!!!

Schlagstöcke und Tränengas

Rängeleien um die „Demo“ des „schwarzen Blocks“

Zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Polizeibeamten und Demonstranten aus der Hausbesetzerzene kam es am Dienstagnachmittag in der Innenstadt. Während der Gemeinderat im Rathaus über die zurückliegenden Krawalle militanter „Autonomer“ debattierte, ging die Polizei auf der Kaiser-Joseph-Straße mit Schlagstöcken gegen etwa 150, zum Teil verummte Demonstranten vor, die ihrerseits Tränengas und hölzerne Spruchband-Latten eingesetzt hatten.

Etwas 300 Sympathisanten der Hausbesetzer hatten sich vor der Gemeinderatssitzung auf dem Rathausplatz versammelt. „Billigen Wohnraum her, sonst gibt's keine Ruhe mehr!“, lautete die schlichte Alternative auf dem großen Spruchband. Per Megaphon protestierten Hausbesetzer „gegen Räumung“ und „gegen Polizeiterror“. Als Polizeidirektor Karl Tränkle die Anweisung gab, das Megaphon zu beschlagnahmen, kam es zu ersten tätlichen Auseinandersetzungen.

Der Demonstrationzug, der sich um einen entschlossenen „schwarzen Block“ geschart hatte, suchte daraufhin im Bereich des Kartoffelmarktes

zum Regierungspräsidium vorzudringen. Die Polizisten, die den Pulk abzuordnen suchten, setzten hier erneut die Schlagstöcke ein.

Von einem starken Polizei-Aufgebot begleitet, zog der „harte Kern“ durch die Kaiser-Joseph-Straße, wobei er seinem Zorn über die Bundesrepublik Luft machte: „BRD-Bullenstaat“, rief man in Sprechchören. Vor dem Martinstor forderte der Einsatzleiter der Polizei den Block der 150 verbliebenen Demonstranten mehrfach dazu auf, den Innenstadtbereich zu räumen. Es kam zu Rängeleien, zu Fußtritten und zum Tränengaseinsatz von Demonstranten und zu einem harten Schlagstockeinsatz der Polizei, der schließlich zur Auflösung des Getümmels führte.

Über die Zahl der Verletzten liegen widersprüchliche Angaben vor. Nach Erklärung der Polizei wurden eine Demonstrantin und vier Beamte verletzt, von denen drei aus nächster Nähe mit Tränengas besprüht worden waren. Dagegen behauptet ein „Koordinationsausschuß für die Demo“, daß dreizehn Demonstranten „zum Teil erheblich“ verletzt worden seien.

Krawalle in Freiburg

Mehr Phantasie in der „Szene“

Noch immer erreichen uns viele Briefe zu den Pfingstunruhen in Freiburg, bei denen 16 Polizeibeamte und ein Feuerwehrmann zum Teil schwer verletzt wurden:

Die Unruhen in der Nacht zum Pfingstsonntag haben gezeigt, daß die Lage von den politisch Verantwortlichen bisher falsch eingeschätzt wurde. Sie haben aber auch gezeigt, daß die Duldung der Gewalt falsch ist. In diesem Zusammenhang meine ich besonders Mitdemonstranten und „Gesinnungsgenossen“, die selbst keine Gewalt anwenden. Den Fehler, den ich ihnen vorwerfe ist, daß sie Ursache der Gewaltausbrüche und die Antwort auf Gewaltanwendung nicht scharf genug trennen. Man kann menschlich sehr viel Verständnis für gewaltanwendende Menschen haben, man darf die Gewalt aber nicht dulden. Wer Gewalt duldet, macht sich mitschuldig.

Dabei wäre es doch so einfach, diesem „harten Kern“ beizukommen. So könnten friedliche Demonstrationsteil-

nehmer doch spielend – ohne Gewaltanwendung – die wenigen Chaoten isolieren und sie so der Justiz zuführen oder durch Umzingeln mittels einer größeren Personenzahl einkesseln. Vor Gewaltanwendung scheut sich der so Umzingelte dann sicher, und man könnte auf ihn einwirken (mit Worten). Dies hätte zur Folge, daß die Chaoten sich isoliert fühlten. Den Mitdemonstranten vom Pfingstsonntag kann man das nur haben, wenn Sympathisanten der „Szene“ hämisch grinsend neben ihm stehen.

Für diejenigen, die ehrlich etwas von der Szene erreichen wollen, bedeutet dies also: mehr Fantasie. Für die Stadt Freiburg bedeutet dies, daß für weitestgehende Zugeständnisse zur Bedingung gemacht wird, daß die Szene sich aktiv von der Gewalt distanzieren und mit Gewaltlosigkeit eine ganze Künalmacht vertrieben, aber er hätte Gewaltanwendung bei seinen Anhängern im Keime erstickt.

Wolfgang Lützn er, Ehrenkirch

Polizei, der Prügelknabe?

Einen neuen Höhepunkt brutaler Ausschreitungen erlebte unsere Stadt in der Nacht vom 6./7. Juni 1987. Hier wurde nicht das Grundrecht der Demonstrationenfreiheit in Anspruch genommen. Durch Haß Verblendete haben die Demokratie herausgefordert. Die Polizei hat die Sicherheit und Ordnung in unserem demokratischen Staat zu gewährleisten. Sie steht zu dieser Aufgabe.

Bei dem Einsatz in der Nacht der Randalen wurden 15 Polizeibeamte verletzt (schon einer wäre zuviel gewesen). Es war ein Schlag gegen die Polizei als Träger der Staatsgewalt. Es war auch ein Schlag gegen alle friedlichen Demonstranten in unserer Stadt. Wer für den freiheitlichen demokrati-

schen Staat eintritt, kann weder rechtsfreie Räume bejahren, noch Gewalttäter unterstützen. Es war ein Schlag gegen die friedlichen Bürger unserer schönen und mit Kultur und Gütern gesegneten Stadt.

Wir fordern die Politik und die Bürger auf, die Polizei bei ihrer schwierigen Aufgabe, für Recht und Ordnung zu sorgen, rückhaltlos zu unterstützen, damit Freiburg wieder zu der Stadt wird, als die sie früher galt. Die Polizei kann und darf kein Mittel der Politik sein und kann durch keine Politik ersetzt werden. Sie ist aber auch kein Freiwild für Chaoten. Steinhardt, Erster Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei, Kreisgruppe Freiburg

Ein Jahr Demonstrationspause

Es ist für die alternative Opposition an der Zeit, ihre Protest- und Agitationskonzepte kritisch zu sichten und dabei folgendes zu bedenken: Die großen Bürgerrechtskämpfer und -politiker Mahatma Gandhi und Martin Luther King hatten jedesmal (!), wenn die strikt an Gewaltfreiheit ausgerichteten – Kampagnen in Gewalt gegen Menschen umgeschlagen sind, diese Kampagnen abgebrochen – unter Umständen jahrelang – und Demonstrationspausen gemacht.

Krawalle und ein aufgeheiztes Klima waren für jede Bürgerbewegung irgendwann mal ein Problem. Leider haben wir Deutsche noch keine so lange Tradition des gewaltfreien Politikverständnisses, und daher ist ein solcher

Lernprozeß für eine deutsche Opposition besonders schmerzlich.

Was ich konkret vorschlage, ob dies wohl zur Zeit sehr utopisch sein mag: eine allgemeine, bundesweite Demonstrationspause mit intensiven Meinungen über die Gewaltfrage (vielleicht ein Moratorium für ein Jahr). Auf jeden Fall ist es meiner Meinung nach konstruktiver, als eine Tankstelle und eine Autovermietung – die ja auch von Grünen/Alternativen gerne genutzt wird! – plattzumachen und ein Feuerwehrmann mit einem „Molli“ zu setzen! Georg Pfeifer, Vorstandssprecher der Ökosophischen Gesellschaft und der Grünen Breisgau-Hochschwarzwald; Freiburg



HANDGREIFLICHKEITEN vor dem Rathaus. Während der Gemeinderatssitzung am Dienstagabend kam es zu Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und Polizeibeamten. Bild: Haid (dpa)

BZ 19.6.87

Was sagte der Gemeinderat zum Pfingstkrawall?

Im Angebot: Besonnenheit, harte und knallharte Linie

Nur noch Grüne und Friedensliste gegen die Räumung des letzten besetzten Hauses - Gießereihallen-Projekt hat noch Chancen

Von unserem Redakteur Ulrich Homann

Am Dienstag hatte in Feiburg das Parlament das Wort zu den Pfingstkrawallen, den schon erledigten beziehungsweise noch bevorstehenden Häuser-Räumungen sowie zur Gestaltung der künftigen Politik gegenüber dem alternativen Lager. Bemerkenswert an der Debatte waren zwei Punkte: Die Beiträge der für die CDU redenden Margit Lemmer und Heinz Mörder offenbarten unterschiedliche Gewichtungen, wie man es nun mit der alternativen Szene halten soll, und die SPD bekannte sich in Umkehrung früher gehogter Überlegungen eindeutig dazu, bald die Häuser Schloßberg ring 9/11 zu räumen. Der Streit der Parteien über die richtige Linie überschritt am Dienstag nachmittag nicht die Grenzen vernünftiger Auseinandersetzung - die Debatte hatte Gewicht.

"Ungeahnter Schaden" für das Ansehen der Stadt Feiburg ist nach Auffassung von Margit Lemmer, Chefin der CDU-Fraktion, durch die Krawalle entstanden. Und, so die Rednerin, "die Bürger fürchten um ihre Sicherheit, die Bürger haben Angst", Angst angesichts der "rigorosen Rücksichtslosigkeit" mit der die Gewalttäter vorgehen. Die Stadt habe einen Rückschlag erlitten, der nicht hingenommen werden dürfe. Margit Lemmer: "Die Politik der Befriedung ist gescheitert."

Die CDU-Fraktionsvorsitzende setzte sich nachdrücklich für einen "Kurswechsel" ein, um die Sicherheit der Bürger zu gewährleisten. Im "Grün" dürfe es keine "alternative Zusammenballung" geben, SPD und Grüne müßten einsehen, daß sie, obwohl sie den Alternativen "alles gegeben haben", nur "Zerstörung und Auflehnung" gemerbt hätten. Das alternative Lager habe gefordert, gefordert, gefordert, aber es sei nie die Bereitschaft gewesen, auch Pflichten zu übernehmen. Dies werde auch wieder deutlich bei der Stellungnahme des Arbeitskreises "Bedauern" über die Pfingstkrawalle geäußert noch eine eindeutige Haltung gegen Gewalt eingenommen habe. So wende sich die CDU auch strikt dagegen, dem AAK die Gießereihalle zu überlassen. Überprüft werden solle

auch noch abgeschlachtet werden." Emilie Meyer nahm für die Grünen das Wort, verwies auf die Distanzierungs-Erklärung ihrer Partei und ihrer Fraktion und kritisierte zunächst die Räumung des Hauses Wilhelmstraße 36. Die Lage des einzig verbliebenen Mieters sei mit der Würde des Menschen nicht vereinbar, sagte sie und sprach "von den vielen zugemauerten Eingängen und Fenstern in unserer Stadt". Sie gehörten zu intakten Wohnungen, die geräumt oder entmietet worden seien, und für die betroffenen Menschen habe dies den Verlust von sozialer Einbindung und von Identität bedeutet. Emilie Meyer meinte auch, als Randalierer werde niemand geboren. Statt zu verurteilen, solle gefragt werden, was in den vergangenen Jahren versäumt worden sei. Sie appellierte an den Gemeinderat, "nachdem sich der erste Rauch verzogen hat, wieder zu einer nüchternen Betrachtungsweise zurückzukehren und das, was an positiver Entwicklung auf den Weg gebracht wurde, nicht wieder zu zerstören".

Weitere Sprecher der Grünen wandten sich gegen die Räumung am Schloßberg, forderten die Reaktivierung der Jugendkommission, die nach den Schwarzwaldhof-Unruhen gegründet worden war, und verteidigten den AAK-Anspruch auf die Gießereihalle. Stadtrat Peter Heller: "Wenn die Prämabel der Knackpunkt der Diskussion werden soll, dann soll das Projekt in Gottes Namen sterben." Der SPD-Sprecher der Grünen wandte sich gegen die Räumung am Schloßberg, forderten die Reaktivierung der Jugendkommission, die nach den Schwarzwaldhof-Unruhen gegründet worden war, und verteidigten den AAK-Anspruch auf die Gießereihalle. Stadtrat Peter Heller: "Wenn die Prämabel der Knackpunkt der Diskussion werden soll, dann soll das Projekt in Gottes Namen sterben."

Die SPD-Fraktion halte deshalb daran fest, aus der Gießereihalle eine alternative Spielstätte zu machen. Die Vertragsgestaltung mit dem AAK müsse deshalb auch "für beide Seiten aus haltbar sein". Und so sei es "unsinnig", zwischen den Gewalttaten von Pfingsten und dem AAK einen Zusammenhang zu konstruieren. Landsberg: "Wir müssen differenzieren zwischen denen, die nur noch auf Gewalt reduziert sind, und dem großen Bereich der Alternativen." Alles in einen Eintopf zu rühren, dies würde die städtische Politik "kaputtmachen".

Landesberg rief gleichzeitig zu Besonnenheit auf. Wut und Haß seien verständliche Reaktionen nach der Krawallnacht zu Pfingsten, Wut und Haß dürften aber nicht der Ratgeber für die Politik sein. "Wir dürfen nicht Gleiches mit Gleichem vergelten", warnte er. So dürfe die Krawallnacht nicht als "willkommener Anlaß genommen werden, jetzt draufzuschlagen". Die Stadt Feiburg "steht noch", und es sei eine Überreaktion, nun Zusagen an das alternative Lager wieder einzusammeln. Nach den Massendemonstrationen zu Zeiten von "Dreisameck" und "Schwarzwaldhof" sei es der städtischen Politik gelungen, in einem toleranten Klima Kooperationen mit dem alternativen Lager aufzubauen. Sie müsse jetzt an der besonnenen Politik festhalten, um die Gewalttäter weiter isolieren zu können.

Die SPD-Fraktion halte deshalb daran fest, aus der Gießereihalle eine alternative Spielstätte zu machen. Die Vertragsgestaltung mit dem AAK müsse deshalb auch "für beide Seiten aus haltbar sein". Und so sei es "unsinnig", zwischen den Gewalttaten von Pfingsten und dem AAK einen Zusammenhang zu konstruieren. Landsberg: "Wir müssen differenzieren zwischen denen, die nur noch auf Gewalt reduziert sind, und dem großen Bereich der Alternativen." Alles in einen Eintopf zu rühren, dies würde die städtische Politik "kaputtmachen".

"Der Teufel" sei "losgelesen" in Feiburg, so empfand Alfred Kalchthaler, Fraktionsvorsitzender der Freien Wähler, die Pfingststrände. Sein Fraktionskollege Heinz Schäfer sagte, die Stadt dürfe "nicht alles verschlafen" und sich nicht alles gefallen lassen". In der augenblicklichen Situation gebe es nichts anderes als eine "knallharte Linie", und die markiert nach Ansicht der Freien Wähler einen Verzicht auf

die alternative Spielstätte. Dem AAK sollte die Hand nicht gereicht werden, denn niemand, so Kalchthaler, könne ganz einfach sagen, der Alternativen-Arbeitskreis habe mit dem Krawall nichts zu tun. Kalchthaler bezog gleich alles ein, was ihm gerade in den Sinn kam, den "Ursachenherd" Spechtspasage beispielsweise und das Kommunale Kino. Keine Zusätze an alles, was in irgendeiner Art alternativ ist oder sein könnte - mit dieser Forderung blieben die Freien Wähler allein auf weiter Flur.

An der FDP hängt's

Tiefe Betroffenheit äußerte Rita Czech-Blasel (FDP) über die "planmäßigen Angriffe auf unsere Mitbürger". Als "teilweise gescheitert" betrachtete sie die Politik der Befriedung. Und vom AAK verlangte sie eine Gewaltverzichtserklärung als Voraussetzung für die Gießereihallen-Vertrag - ohne diese Erklärung werde die FDP dem alternativen Kulturhaus nicht zustimmen. An deren Verhalten hängt die Sache, neu wenn es zur Entscheidung kommt.

Stadträtin Ute Guzzoni (Friedensliste) sprach "nicht von Wut oder Haß, sondern von dem Grauen über das, was in denen vorgeht", die gewalttätig handeln in "ohnmächtiger Verzweiflung, Hoffnungslosigkeit und Perspektivlosigkeit". Ob die sogenannte normale Welt nicht schuld sei an den Gefühlen der Ohnmacht, müsse gefragt werden. Ute Guzzoni: "Wir dürfen nicht so tun, als gibt es die Angst nur auf einer Seite." Wenn nun von Vertrauen die Rede sei, das die Stadt gegenüber dem AAK haben müsse, dann sei das Verlangen nach der Prämabel mit dem Gewaltverzicht "ein Schlag ins Gesicht". Für eine Verknüpfung des AAK mit dem Gewaltausbruch existiere schließlich keinerlei Beleg.



So sah es gestern früh auf dem Freiburger Bauhof aus: ein Lastwagen und zwei Lieferwagen wurden bei dem Brandanschlag zerstört. Foto: dpa

Donnerstag, 4.30 Uhr

Brandanschlag auf städtischen Bauhof

Der Sachschaden wird auf 150 000 Mark geschätzt

Bei einem Brandanschlag auf dem städtischen Bauhof an der Leo-Wohleb-Straße ist in den frühen Morgenstunden des Donnerstag ein Sachschaden entstanden, der von der Polizei auf 150 000 Mark geschätzt wird. Gegen 4.30 Uhr hatten Unbekannte mehrere Brandsätze gezündet und dadurch einen VW Kombi, einen Kleinlastwagen, einen Maschinenanhänger und den Führerhausbereich eines Lastwagens total zerstört.

Erst als die alarmierten Feuerwehrleute die Flammen gelöscht hatten, stellten sie fest, welche Gefahr ihnen gedroht hatte. Auf dem hinteren Teil des Lastwagens war eine 40-Liter-Propangasflasche mit einem weiteren Brandsatz verbunden worden; und zwischen den beiden Zapfsäulen der dort angelegten Betriebs-tankstelle war ebenfalls ein Brandsatz angebracht worden. Wenn diese beiden Brandsätze ebenfalls gezündet hätten, hätte es nach Ansicht der Experten zu verheerenden Folgen kommen können, zumal in unmittelbarer Nachbarschaft eine öffentliche Tankstelle ist.

Am Tatort wurde ein sogenanntes Bekennerschreiben gefunden, in dem es wörtlich heißt: „An Böhme und Konsorten: Wir geben keine Ruhe - Abzug der Bullen - Rückgabe der Häuser - Keine Räumungen.“ Dieses Bekennerschreiben deutet nach Ansicht der Polizei darauf hin, daß es sich bei den Tätern um die gleiche Gruppe von Kriminellen handelt, die schon für die Pfingstkrawalle im Bereich der Wilhelmstraße verantwortlich gemacht werden.

In einer ersten Bewertung des Brandanschlags durch die Stadtwaltung hieß es, daß die Art der Ausführung und Vorbereitung des Brandanschlags bewiesen habe, daß diese kleine Gruppe mit einer hohen kriminellen Energie nicht vor größerer Gefährdung für Leib und Leben Unbeteiligter zurückschrecke. Die Stadt werde, wie schon mehrfach erklärt, Gewalt und Rechtsbruch mit aller Härte und mit allen rechtstaatlichen Mitteln bekämpfen.

Nach Mitteilung der Polizei wurden im Bereich des Tatorts drei Männer im Alter zwischen 19 und 29 Jahren festgenommen. Nach den polizeilichen Ermittlungen wurden die drei Männer je doch im Verlauf des Donnerstages wieder auf freien Fuß gesetzt, da sich es dringender Tatverdacht nicht ergeben hatte.

Zur Verhinderung weiterer gemeingefährlicher Aktionen hat die Polizei die Bevölkerung aufgerufen, Hinweise, die auf die Vorbereitung von Straftaten schließen lassen, sofort über die Telefonnummern 882470 und 882471 an die Polizei weiterzugeben. In besonderen eiligen Fällen sollte der Notruf 110 benutzt werden.

Gefährlicher Anschlag im Freiburger Bauhof

Brandsatz neben einer Tanksäule - Gemeinderat über Behandlung der Alternativen zerstritten

Freiburg. In den frühen Morgenstunden des Fronleichnamstages gab es in Freiburg wieder einen Brandanschlag. Um 4.30 Uhr gingen auf einem städtischen Bauhof am Rande der Innenstadt mehrere Fahrzeuge und Geräte in Flammen auf. Es entstand Totalschaden. Ein Brandsatz zwischen den beiden Zapfsäulen der betriebseigenen Tankstelle zündete nicht. Nach ersten Schätzungen der Polizei beläuft sich der entstandene Schaden auf etwa 150 000 Mark. Auf dem Gelände wurde ein Bekennerschreiben an den Freiburger Oberbürgermeister Böhme gefunden mit Wortlaut: „An Böhme und Konsorten. Wir geben keine Ruhe. Abzug der Bullen. Rückgabe der Häuser, keine Räumungen.“ Bei der sofort eingeleiteten Fahndung nahm die Polizei drei Männer im Alter zwischen 19 und 29 Jahren fest, die sich in der Nähe des Tatortes aufhielten, deren Vernehmung gestern noch andauerte. Ob sie mit der Tat in Verbindung stehen, stand noch nicht fest.

Bei den Brandstiftern handele es sich eindeutig um Personen, die der Pfingstrandale in Freiburg zuzurechnen seien, hieß es in einer Stellungnahme der Stadt zu dem erneuten Anschlag. Inzwischen werde von den Tätern auch Gefahr von Leib und Leben in Kauf genommen. Der Brandsatz an der Tankstelle mache die „übelste kriminelle Energie“ deutlich, gegen die die Stadt mit aller Härte und allen rechtsstaatlichen Mitteln vorgehen werde, ließ Oberbürgermeister Böhme erklären. Die Polizei schließt nicht aus, daß es in der kommenden Zeit zu weiteren kriminellen Aktionen kommen werde, „deren Auswirkungen von den Straftätern nicht überblickt werden können“.

Polizeidirektor Bernhard Schreiber versicherte der Freiburger Bevölkerung, daß die Polizei alles tun werde, um die Stadt und ihre Bürger vor „diesen unverantwortlichen, die gesamte Gesellschaft gefährdenden und schädigenden Handlungen zu schützen“. Die Polizei bat um Verständnis für die starke Präsenz von Beamten im Stadtgebiet und um Mithilfe der Bevölkerung bei der Verhinderung und Aufklärung von Straftaten.

Auch am Dienstag war es parallel zur Gemeinderatssitzung, die sich mit den Themen Pfingstrandale und Häuserräumung beschäftigte, zu Zusammenstößen zwischen Demonstranten und Polizei gekommen, in deren Verlauf ein Beamter vom Tränegas eines Jugendlichen verletzt wurde. Im Rathaus kam es währenddessen

zum Schlagabtausch der Fraktionen, die sich nur in dem Punkt einig waren, daß sich die Pfingstkrawalle in Freiburg nicht wiederholen dürften. Doch während CDU und die Freien Wähler die Ausschreitungen als Beweis für das Scheitern der Böhmischen Befriedungspolitik werten, sehen SPD und Grüne in den Gewalttaten keinen Grund für einen „allgemeinen Rundumschlag gegen alles Alternative“.

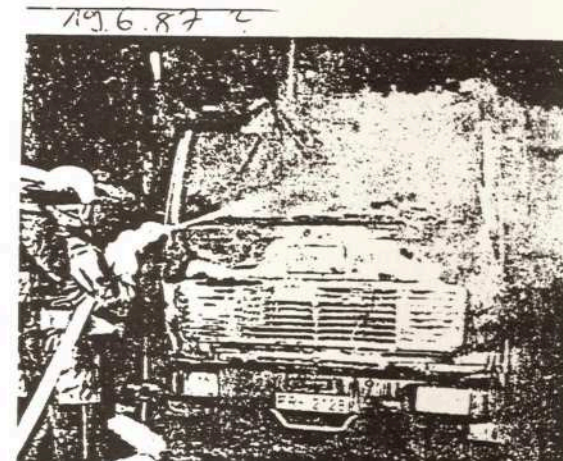
SPD-Fraktionsführer Thomas Landsberg warf den Konservativen vor, sie nähmen die Krawalle zum „willkommenen Anlaß, den Knüppel aus dem Sack zu ziehen und draufzuschlagen“. Es sei nicht einzusehen, daß alternative Projekte wie die Grether-Baukooperative und der Arbeitskreis für alternative Kultur (AAK) jetzt - wie von CDU und Freien Wählern gefordert - stürzen sollten, obwohl kein sichtbarer Zusammenhang dieser Gruppen mit den Gewalttaten bestehe.

Die Sozialdemokraten im Freiburger Parlament erteilten jeglicher Gewalt eine klare Absage, sagte Landsberg, aber sie setzten sich ein für eine behutsame Politik gegenüber schwierigen Jugendlichen. Die SPD sprach sich erstmals öffentlich unumwunden für die Räumung der letzten beiden besetzten Häuser in Freiburg aus (das noch besetzte Haus Schloßberg 9-11 wird voraussichtlich in den ersten Julitagen geräumt), es gehe aber nicht an, Wut und Haß mit Gleichem zu vergelten. „Wir sind jetzt auf eine sehr harte Bewährungsprobe gestellt.“

Für die CDU-Sprecherin Margit Lemmer indessen ist die Bewährungsfrist endgültig abgelaufen: „Ich hätte nie gedacht, daß so etwas noch einmal in Freiburg oder der Bundesrepublik Deutschland möglich wäre. Das ist Krieg gegen die Bürgerschaft, und den wollen wir nicht.“ Die Stadt habe sich in den letzten Jahren von der Szene „ziemlich viel“ bieten lassen. „Die Politik der Befriedung ist insgesamt gescheitert. Wir fordern einen Kurswechsel für die Sicherheit der Bürger“, sagte Frau Lemmer. Der OB habe einen „Sympathieraum für diese Leute“ geschaffen, der mit den Interessen der Bürger unvereinbar sei.

„Wir wundern uns, daß auch von der SPD die Schraube der Gewalt angezogen wird“, kommentierten die Grünen die SPD-Unterstützung für die Häuserräumungen. Spekulant werden Freiräume gewährt, und der Oberbürgermeister betreibt eine Politik der Ausgrenzung gegenüber unbequemen Jugendlichen, eine Poli-

tik, die von den Grünen klar abgelehnt werde. Grünen-Sprecher Peter Heller sprach von einer „Distanzierungshysterie“ gegenüber dem AAK, der verschiedentlich aufgefordert worden war, sich eindeutig von den Pfingstkrawallen abzusetzen, und in dessen Presseerklärung die CDU-Sprecherin nicht mal „ein Bedauern“ sieht. „Wir können uns bedingungslos hinter die Erklärung des AAK stellen“, sagte Heller. Oberbürgermeister Böhme ließ keinen Zweifel daran, daß die Räumung des letzten besetzten Hauses in Freiburg bevorstehe: „Schloßberg wird so schnell wie möglich geräumt.“ Der OB zeigte sich verärgert über den provokativen Text eines Flugblattes „Der gute Wille zur Verständigung kann uns gestohlen bleiben“. Böhme: „Dann laßt ihr's halt!“



BEI EINEM BRANDANSCHLAG auf einen städtischen Bauhof in Freiburg ist in der Nacht zum gestrigen Donnerstag ein Schaden von etwa 150 000 Mark entstanden. Es wurden vier Brandsätze gelegt, von denen zwei zündeten und einen Lastwagen (Bild) sowie zwei Lieferwagen zerstörten. Als Täter werden militante Hausbesetzer vermutet.

Brandanschlag auf Bauhof verübt

Rund 150 000 Mark Schaden / Freiburg will weiteres Haus räumen

ap/lsw. Freiburg. Angehörige der Freiburger Hausbesetzerzene haben in der Nacht zum gestrigen Donnerstag einen Brandanschlag auf einen städtischen Bauhof verübt. Dabei entstand nach Polizeiangaben ein Sachschaden von rund 150 000 Mark. In einem Bekennerschreiben forderten die Täter den Freiburger Oberbürgermeister Rolf Böhme dazu auf, ein vor kurzem von der Polizei geräumtes besetztes Haus zurückzugeben und auf die angekündigte Räumung eines weiteren Hauses zu verzichten. In der Nähe des Tatorts wurden drei Personen im Alter zwischen 19 und 29 Jahren vorläufig festgenommen.

Die für den Anschlag auf den Bauhof Verantwortlichen fordern in ihrem Bekennerschreiben auch einen Abzug der Polizei und drohen: „Wir werden keine Ruhe geben.“ Für Samstag haben die Hausbesetzer zu einer Demonstration in der Freiburger Innenstadt aufgerufen.

Dem Anschlag vorausgegangen war am Dienstagabend eine Gemeinderatssitzung, in welcher Böhme bekräftigt hatte, daß besetzte Häuser in Freiburg bald der Vergangenheit angehören sollen. Die Stadtverwaltung werde das letzte besetzte Wohngebäude umgehend räumen lassen, sobald die rechtlichen Voraussetzungen gegeben seien.

Der Gemeinderat war sich in der Verurteilung der von den Randalierern am Pfingsten verübten Gewalt zwar einig, jedoch unterschiedlicher Auffassung darüber, wie den Alternativen künftig zu begegnen sei. Die CDU bezeichnete die Befriedungspolitik der Stadtwaltung als gescheitert und ebenso wie die Freien Wähler erreichen, daß eine Kulturstätte für alternative Gruppen mit städtischen Geldern nicht errichtet wird. Die SPD empfahl weitere Kooperationsbereitschaft gegenüber denen, die Gewalt ablehnen. In einer Gemeinderatssondersitzung am 1. Juli soll über eine Reihe von Anträgen zu alternativen Projekten entschieden werden.

Anlaßlich der Gemeinderatsdebatte kam es vor dem Rathaus zu neuen zeitweilig heftigen Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und Demonstranten. Wie ein Polizeisprecher berichtete, wurden dabei vier Beamte und eine Demonstrantin verletzt.

DEMOAUFRUF !

HERZPROPAGANDA - WILLI 36 GERÄUMT - KNÜPPELUNDE BULLEN : 13 VERLETZTE

Samstag, 20.6. 11.00

KAJO - Kaufhaus Schneider

GEGEN RÄUMUNG - GEGEN SPALTUNGSVERSUCH - GEGEN POLIZEITERROR

Am Dienstag trafen sich ca. 400 Leute vor dem Rathaus, um anlässlich der Diskussion im Gemeinderat zur Räumung der Willi 36, Schloßberggring 9-11 und dem Nutzungskonzept Giebereihalle eine Demonstration durchzuführen.

Ein großes Polizeiaufgebot provozierte von Anfang an, so wurden z.B. schon vor der Demo zwei FlugblattverteilerInnen festgenommen. Gleich zu Beginn der Kundgebung wurde unter wiederholtem brutalem Schlagstockeinsatz versucht, den Lautsprecher aus der Menge zu holen. Das äußerst gewalttätige Vorgehen der Polizei hatte von vorne herein zum Ziel, die Demonstration aufzulösen. Die Kundgebungsteilnehmer konnten sich trotzdem formieren und gelangten nach mehrfachen Einkesselungsversuchen und Knüppelstößen auf die Kajo, wo sie anschließend ohne ersichtlichen Grund endgültig eingeschlossen wurden. Nach ständigen Provokationen seitens der Polizei erfolgte der Befehl zum brutalsten Schlagstockeinsatz seit Schwarzwaldhof-Zeiten. Folge: 13 erheblich Verletzte, die sich in ärztliche Behandlung begeben mußten, mit Kopfplatzwunden, einem Rippenbruch und einem Verdacht auf Schädelbasisbruch.

Es ist anzunehmen, daß dieser Einsatz von vorneherein als Rache für Pfingsten geplant war, um der Freiburger Polizei das dringend benötigte Erfolgserlebnis zu verschaffen. Während im Gemeinderat die law-and-order-Fraktion noch nach Blut rief, gab draußen die neue Einsatzleitung den Befehl 'Knüppel frei'.

In diesem Vorgehen drückt sich die neuerdings von Böhme versucht endgültige Lösung der Hausbesetzungen aus. Die Scharfmacherlinie im Gemeinderat und in Stuttgart hat sich durchgesetzt. Die Alternativ-Szene (Giebereihalle) wird unter Druck gesetzt, um damit auf der anderen Seite den sogenannten militanten Kern auszugrenzen.

Das alte Lied : spalten, integrieren, zerschlagen. Diese Taktik müssen wir verhindern.

Die Medien sind in diesem Vorgehen gleichgeschaltet. Sie versuchen die Ursachen und Inhalte der besetzten Häuser zu diffamieren. Der Versuch, die Gegenöffentlichkeit auch auf der Straße zu unterbinden, richtet sich damit nicht mehr nur gegen die besetzten Häuser, sondern gegen alle Formen des Protestes und Widerstandes. Abgeräumt werden sollen nicht nur die Häuser, sondern das nicht-integrierbare Widerstandspotential. Die einzige Öffentlichkeit, die wir haben, ist die Straße. Und diese dürfen und werden wir uns nicht nehmen lassen!

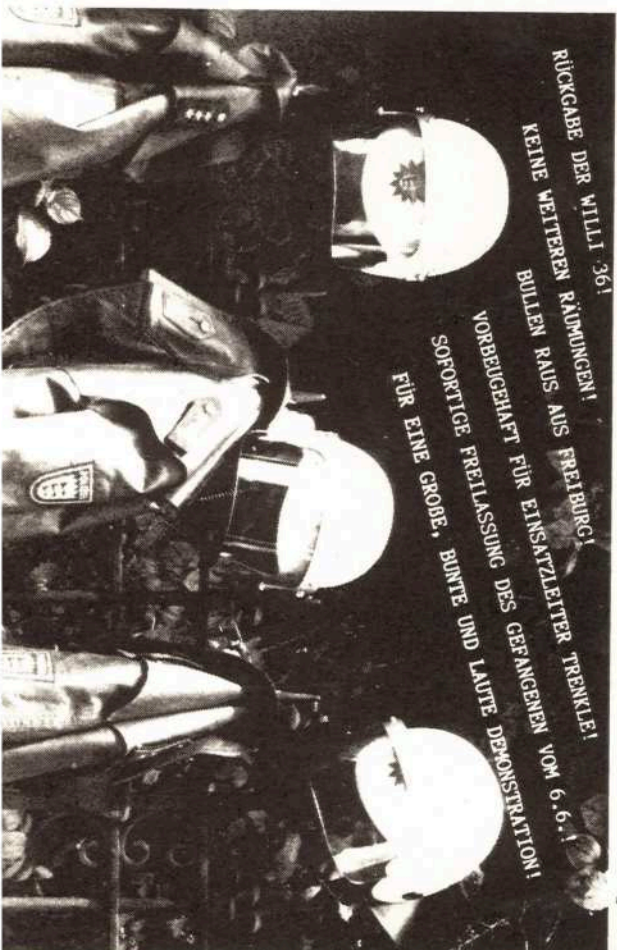
Die besetzten Häuser sind Überbleibsel der ehemaligen riesigen Hausbesetzerbewegung und stehen nach wie vor für die selben Inhalte, als Symbol gegen verfehlte Stadtpolitik und Kaputtsanierung. So ist eine breite Öffentlichkeit zwar nicht mehr vorhanden, doch die Probleme - zu hohe Mieten, Luxussanierung, Verdrängung der Nicht-Privilegierten aus der Innenstadt - sind nach wie vor die selben.

Besonders drastisch läßt sich dies im Grün aufzeigen, das zu einem repräsentativen Umfeld für die Kultur- und Tagesstätte umfunktioniert werden soll, wobei die KTS nur das sichtbarste Objekt der geplanten tiefgreifenden Veränderungen darstellt.

Das Gesicht des Grüns hat sich jetzt schon stark verändert, mit der Räumung der Willi 8 und 36, der anstehenden Räumung der Wagenburg im Grethergelände und den Angriffen gegen die Giebereihalle soll nun die letzte Phase eingeleitet werden, nach der ein voll kommerzialisierter Stadtteil mit einigen exotischen Tupfern wie Grether und Spechtpassage übrigbleibt. Besetzte Häuser passen der Stadt nicht ins Konzept, das den gesamten Innenstadtbereich als Konsum- und Wohnbereich für den gehobenen Mittelstand reservieren will. Deshalb muß die Willi 8 und 36 weg, Schloßberggring und Wagenburg sollen folgen.

Die Hausbesetzungen waren nie das Privatvergnügen von einigen wenigen Menschen. Das weiß jeder, der jetzt noch innenstadtnah wohnt bzw. eine Wohnung sucht. Auch wenn jetzt nicht mehr, wie vor einigen Jahren, zig-tausend Menschen dafür auf die Straße gehen, ist die politische Dimension des Kampfes dieselbe geblieben.

Die Innenstadt soll endgültig aufgeräumt werden. Dagegen und gegen das faktische Demonstrationsverbot am Dienstag werden wir am Samstag wieder auf die Straße gehen!



Aufruf

Zu einer bewaffneten Demonstration

Die Losung der Bourgeoisie

Ohne Fleiß kein Preis

Unsere Lösung

Ohne Revolution kein Lohn

KEINE ZEIT VERSCHWENDEN — KNARRE-ENTWENDEN !

21.6.0

Landespolizeischule Müllheimerstr.

Der Staat rüstet zum Bürgerkrieg — Gendarmen müssen nachrücken

Marx' es ist ein Revolutionsjahr — die Situation hinterher zu hinken

HONKELN STATT HINKEN !

Übrigens

Hausräumung

Falsche Adresse

Mit der Räumung des besetzten Doppelhauses Schloßberggring 9/11 wurde am Samstag nachmittag ein rechtswidriger Zustand beendet und die Rechtmäßigkeit wiederhergestellt. Lange Zeit waren Lösungsmöglichkeiten für die Zukunft dieses Hauses diskutiert worden, zuletzt war die Räumung jedoch beschlossene Sache. Auch im Gemeinderat regte sich kein Widerspruch mehr gegen die Aufhebung der Veränderungsperre, mit der die Voraussetzung für eine Verwertung dieses Grundstücks durch den privaten Eigentümer geschaffen wurde. Die Wutausbrüche und die rüden Beschimpfungen, mit denen die Hausbesetzerszene am Samstag nachmittag die Räumung des Hauses begleitete, richteten sich gegen den Staat, gegen die Stadtverwaltung und gegen die Polizei und damit jeweils an die falsche Adresse. Der Staat, in dem wir leben, ist ein Rechtsstaat und garantiert den Schutz des Eigentums seiner Bürger vor den Übergriffen anderer. Keine Rechtsordnung in dieser Welt läßt es zu, daß einzelne sich auf Kosten anderer Besitzrechte nach eigenem Gutdünken verschaffen. Die Stadtverwaltung indessen hat lange Zeit versucht, mit den Besetzern ins Gespräch zu kommen und Vereinbarungen über die Zwischennutzung des Hauses zu treffen. Wörtlich hieß die Antwort: „Ihr Wille zu verhandeln, um damit den Konflikt zu entschärfen, kann uns gestohlen bleiben!“ Die Feindseligkeit hat also einen anderen Ursprung, als die Parolen am Samstag nachmittag auf dem Schloßberggring glauben machen wollten. Und schließlich wurden die Aggressionen in der direkten Begegnung mit der Polizei abgeladen, die nicht angetreten war, um die Demonstranten zu ärgern, sondern um ihrem Auftrag gemäß die Einhaltung einer von der großen Mehrheit der Bürger anerkannten Rechtsordnung durchzusetzen. Dieses Ziel zu sichern ist in einem Rechtsstaat mit einem vielleicht als überzogen erscheinenden personellen und sächlichen Aufwand verbunden. Die kriminelle Energie, mit der in jüngster Zeit in Freiburg zu Werke gegangen wurde, läßt der Polizei jedoch in Erfüllung ihrer Aufgabe keine andere Wahl mehr.

Wolfgang Fieck

Polizei kam mit Leier und Hubschrauber

Letztes besetztes Haus in Freiburg geräumt

Danach Ausschreitungen - Schlee lobt Polizisten

Freiburg (ert/dpa/AP). Mit einem spektakulären Polizeieinsatz wurde am Samstag das letzte besetzte Haus in Freiburg auf Anordnung der Stadt geräumt. Ein Sonderkommando, das mit einer Leier in das Gebäude am Schloßberggring eingedrungen war, wurde durch Polizeikräfte unterstützt, die sich von einem Hubschrauber auf das Dach des verbarrikadierten Doppelhauses abseilten. (Tagesspiegel)

Oberbürgermeister Böhme (SPD) betonte nach der Räumung die Entschlossenheit der Stadt, gegen die Gewalttaten eines kriminellen Kerns der Hausbesetzerszene Kompromisslos vorzugehen.

In der Nacht zum Sonntag warf eine auf 200 Personen geschätzte Kerngruppe von Randläufern in der Stadt Schaufensterscheiben ein; an fünf Gebäuden entstand ein Schaden von etwa 25 000 Mark.

Der Räumung des seit Dezember 1984 besetzten Hauses am Schloßberggring waren am Pfingsten Krawalle mitläufiger Hausbesetzer vorausgegangen, die 17 Verletzte auf seiten der Ordnungskräfte und einen Sachschaden von 400 000 Mark forderten. Nachdem die Stadt daraufhin die illegalen Bewohner eines Hauses an der Wilhelmstraße durch Polizeikräfte vor die

Tür gesetzt hatte, war ein Brandantritt auf den städtischen Bauhof verhindert worden.

Die 21 Hausbesetzer am Schloßberggring leisteten bei der Räumung keinen Widerstand. Alle sind inzwischen auf freien Fuß gesetzt. Nach Angaben der Polizeiführung sind starke Polizeikräfte des Landes in Freiburg zusammengezogen worden.

„Von ganzem Herzen“ hat Baden-Württemberg Innenminister Schlee (CDU) den in Freiburg eingesetzten Polizeibeamten für ihren „deftigen und entschlossenen, jedoch auch überaus besonnenen“ Einsatz bei der Hausräumung gedankt. Die Landesversammlung der baden-württembergischen Grünen hat hingegen scharf protestiert: Mit der Räumung fördere die Stadt die gesellschaftliche Polarisierung und die Eskalation der Gewalt, heißt es in einer Resolution.



MIT DEM HUBSCHRAUBER kam die Polizei zur Räumung des besetzten Hauses am Freiburger Schloßberggring. Bild: Decker

Tagesspiegel

Geräumt

Wf. In Freiburg wurde am Samstag das letzte noch besetzte Haus geräumt. Für die militante Hausbesetzerszene bedeutet das zugleich den Verlust des letzten für jedermann sichtbaren Symbols ihres Widerstands gegen eine auf Befriedung und auf die Isolierung von gewalttätigen Gruppierungen angelegte Politik der Stadtverwaltung. Entsprechend heftig war die Reaktion der Betroffenen. Nur durch eine erhöhte Polizeipräsenz konnten Ausschreitungen und Sachschäden in der auf die Räumung folgenden Nacht in Grenzen gehalten werden. Nach den Pfingstkrawallen in einem Sanierungsgebiet und nach den Brandanschlägen am Fronleichnamstag sah die Stadtverwaltung nun aber keine andere Wahl mehr, als die sofortige Räumung aller Häuser anzuordnen, die von polizeibekanntem Unruhestiteln immer wieder als Stützpunkte benutzt wurden. Mit dieser Entscheidung sollte dem harten Kern der Chaoten klar gemacht werden, daß er die Grenze von einer Protestbewegung in Richtung Terror und Gewaltkriminalität überschritten hat und daß die Stadt und ihre Bürger dieser Entwicklung entschieden entgegenzutreten. Oberbürgermeister Rolf Böhme sieht in dieser Situation keine Möglichkeit einer politischen Antwort mehr. Sie führe aber auch nicht weiter, da die „Szene“ schon seit langem jegliche Gesprächsbereitschaft verweigert. Die Stadtverwaltung verweist in dieser Situation auf Polizei und Justiz, denen es obliegt, dem massiven Rechtsbruch zu begegnen. Diese Haltung mag in dieser heißen Phase der Auseinandersetzung verständlich sein, doch auf Dauer wird sich die kommunalpolitisch nicht von diesem schwierigen Problem absetzen können.

Die Polizei seilte sich vom Hubschrauber ab

21 Besetzer leisteten keinen Widerstand – Aufruf zu einer „bewaffneten Demonstration“ – Nachts klirrten die Scheiben

Von unserem Redakteur Reinhard Leßner

Auf Anordnung der Stadt ist nun auch das letzte in Freiburg besetzte Haus geräumt. Am Samstag nachmittag, 16 Uhr, drangen Polizeibeamte in das Gebäude Schloßberggring 9/11 ein, um die illegalen Bewohner abzuführen. Nach der spektakulären Aktion, zu der die Polizei auch Hubschrauber einsetzte, wurden 15 Besetzer über Nacht in Polizeigewahrsam genommen, die dem harten Kern der Szene zugerechnet werden. Oberbürgermeister Rolf Böhme bekräftigte unterdessen „die Entschlossenheit der Stadt, in guter Kooperation mit Polizei und Justiz die Sicherheit in Freiburg zu gewährleisten.“ Die starken Polizeikräfte vermochten freilich nicht zu verhindern, daß Unbekannte in der Nacht zum Sonntag im Stadtgebiet zehn Scheiben zertrümmerten, wobei sie einen Schaden von fast 25 000 Mark anrichteten.

Bekanntlich hatte die Stadt bereits am Freitag, 12. Juni, das besetzte Haus Wilhelmstraße 36 räumen lassen. Nach der berechtigten „Pfingst-Randale“ und dem Brandanschlag in der Nacht zum Fronleichnamstag hatte der Oberbürgermeister mehrfach deutlich gemacht, daß die Stadt keine besetzten Häuser als „Symbole des Widerstandes“ und „Fluchtburgen für Gewalttäter“ mehr dulden werde.

Das Anwesen am Schloßberggring war schon in der Vorweihnachtszeit des Jahres 1984 besetzt worden. Doch erst jetzt, am 27. Mai, hatte der Eigentümer einen schriftlichen Räumungsantrag gestellt. Bis dahin hatte sich die Stadt bemüht, das Gebäude zu erwerben, um im Rahmen einer Zwischenvermietung preiswerten Wohnraum zu erhalten. Die Hausbesetzer jedoch hatten sich nach Angaben der Verwaltung „brüsk geweigert, Vertretern der Stadt zu erlauben, das Haus zur Aufnahme des baulichen Zustandes zu betreten.“ Eine Wandzeitung der Besetzer bestätigt diese Darstellung: „Uns wurden im Herbst 1986 seitens OB Böhme Verhandlungen angeboten. Dies beruhte wohl auf einer Fehleinschätzung, denn wir haben uns das Haus nicht besetzt, um es nach einiger Zeit wieder in die Verfügungsgewalt des Eigentümers zurückzugeben. So haben wir auch beide Male die städtischen Gutachter nicht ins Haus gelassen.“ Auch dies gaben die Besetzer den geschäftsbereiten Repräsentanten der Stadt schriftlich: „Ihr Wille zu verhandeln, um damit den Konflikt zu entschärfen, kann uns gestohlen bleiben!“

Nach dem Räumungsantrag des Eigentümers hatte sich die Stadt entschlossen, die vor zwei Jahren erlassene Veränderungssperre für das Haus am Schloßberggring nicht über den 5. Juli hinaus zu verlängern. Der Eigen-

tümer hat zugesichert, nach diesem Stichtag unverzüglich mit dem Abbruch und dem Neubau zu beginnen. Damit waren alle rechtlichen Voraussetzungen für die Räumung gegeben.

Bei der Festlegung des Räumungstermins auf den Samstag nachmittag wurde nach Böhmes Angaben (auch in Gesprächen mit dem Stuttgarter Innenministerium) die exponierte Verkehrslage am Schloßberggring berücksichtigt. Indes scheint der Termin kurzfristig auch zur „Szene“ durchgesickert zu sein. Als die Polizeikräfte vor dem verbarrikadierten Gebäude eintrafen, hatten am Ring bereits hundert Sympathisanten ihre Beobachterposition eingenommen.

Über eine Leiter erklommen Beamte des Sondereinsatzkommandos (SEK) ein Fenster im zweiten Obergeschoß des linken Gebäudeteiles. Per Megaphon kündigten die Besetzer an, sie würden nur passiven Widerstand leisten. Minutenlang bemühte sich die Polizeigruppe innerhalb des Doppelhauses, durch die massiv gesicherten Türen in die einzelnen Räume vorzudringen, wobei sie eine Wand durchbrachen. Unterdessen seilten sich sechs Beamte von den Kufen eines über dem Gebäude ratternden Hubschraubers ab, um durch die Dachluken einzudringen.

Etwa 300 zum Teil verummte Demonstranten verfolgten vom Schloßberggring aus das Geschehen mit Wutgeheul und Sprechchören: „Steine gegen die Schweine!“ Am Absperrgitter kam es zu einer Rangelei, zu einem



KONFRONTATION AM GITTER. Vor den Beamten, die die Räumung des Hauses am Schloßberggring absicherten, machten Sympathisanten der Hausbesetzer ihrem Zorn Luft. Bild: dpa

kurzen Schlagstockeinsatz, bei dem nach Polizeiangaben zwei Demonstranten verletzt wurden. Als die zu den Balkonen vorgedrungenen Polizisten das Spruchband mit der Aufschrift „Soziale Revolution“ entfernten, gellte ihnen von der Straße her das Stakkato eines hundertköpfigen Sprechchores entgegen: „BRD-Bullenstaat! Wir haben dich zum Kotzen satt.“

Gegen 16.30 Uhr betrat eine Gruppe des Erkennungsdienstes der Kripo das Gebäude, und wenig später fuhren Lastwagen vor, um die Habseligkeiten der Besetzer abzutransportieren. Zehn Frauen und elf Männer im Alter zwischen 21 und 31 Jahren, die sich im Haus ohne aktiven Widerstand hatten festnehmen lassen, wurden zur Feststellung der Personalien zur Dienststelle gekarrt. Zurück blieb eine papierübersäte Fahrbahn, auf der Flugblätter mit der Schlagzeile lagen: „Weder Dialog noch Verhandlungen mit der Stadt!“

Sechs der 21 Besetzer, die ausnahmslos einen anderen Wohnsitz als den Schloßberggring vorweisen konnten, wurden nach Polizeiangaben schon gegen 21.45 Uhr wieder auf freien Fuß gesetzt. Doch acht Frauen und sieben Männer, die bereits nach Hausbesetzungen und ähnlichen Aktionen festgenommen, angezeigt und zum Teil verurteilt worden waren, wurden auf Anordnung der Stadt bis fünf Uhr morgens in Polizeigewahrsam gehalten. Für eine längere Festsetzung aufgrund eines Haftbefehles gab es keinerlei rechtliche Grundlage.

Drei Stunden nach der Räumung dankte OB Böhme in einer Pressekonferenz der Polizei für ihre bisherigen Einsätze. Nach den Pfingst-Krawallen, bei denen 16 Polizeibeamte und ein Feuerwehrmann verletzt wurden, und nach dem Brandanschlag an Fronleichnam, bei dem um Haaresbreite eine Katastrophe verhindert wurde, sei es nun „mit den politischen Bemühungen gegenüber den Steineschmeißern vorbei.“ Jetzt gelte es, „das Umfeld, das als Terror umschrieben werden muß“, einzugrenzen und zu isolieren. Die Stadt sei nicht mehr willens, Rechtsbruch und Gewalt hinzunehmen. Polizei und Justiz seien nun aufgefordert, gegen den harten Kern krimineller Chaoten vorzugehen. „Denn wir, die Stadt, sind ja keine Ermittlungsbehörde.“

Lage nicht bereinigt

Ihm sei klar, „daß mit der notwendigen Räumung am Schloßberggring die bedrohliche Situation nicht bereinigt ist“, erklärte der OB. Und Freiburgs Leitender Polizeidirektor Bernhard Schreiber stimmte zu. Dank des „festungsmäßigen Ausbaus durch die Besetzer“ könne zwar das Doppelhaus am Schloßberggring bis zum Abbruch problemlos gesichert werden. Indes könne der kleine, harte Kern entschlossener Gewalttäter auch andernorts zuschlagen.

Wie groß die Bereitschaft zur Gewalt ist, hatte sich schon am Samstag mittag vor der Räumung offenbart. Etwa 600 Demonstranten (einer von ihnen soll durch einen Polizeiknüppel eine

Unterarmfraktur erlitten haben) waren durch die Innenstadt gezogen, um „gegen Banken, Böhme, Bullen“ Front zu machen. Auf Flugblättern hieß es, „die besten Argumente gegen Böhmes Wohnraumpolitik“ seien die Steine, mit denen das zuvor besetzte Haus „Willi 36“ zugemauert wurde. Mehr noch: ein martialisch illustriertes Flugblatt betitelte sich als „Aufruf zu einer bewaffneten Demonstration“. Darin wurde die „Szene“ zur Armierung aufgefordert: „Genossen, wir müssen nachrücken!“

Freiburgs Leitender Polizeidirektor Schreiber versprach: „Wir werden uns kräftemäßig in die Lage versetzen, den bestmöglichen Schutz für die Sicherheit dieser Stadt zu gewährleisten.“ Neben den Revierbeamten sind nun Kräfte des SEK, der Alarmhundertschaft, der Freiburger Einsatzhundertschaft und der Bereitschaftspolizei in der Stadt zusammengezogen, um weitere Ausschreitungen des kaum 200 Mann/Frau starken Blocks entschlossener Chaoten zu verhindern.

Die Beamten können nicht überall sein. In der Nacht zum Sonntag zerborsten die Scheiben zweier Geschäfte in der Herrenstraße, der Sparkasse und der Deutschen Bank in Littenweiler, der Dresdner Bank an der Fabrikstraße. „Es ist unglaublich, was hier läuft“, hatte Oberbürgermeister Böhme schon am Vorabend erkannt. „Aufrufe zur bewaffneten Demonstration sind die letzte Stufe.“ Alle Bürger der Stadt seien nun dazu aufgerufen, den Block der Gewalttäter zu isolieren und dadurch zur öffentlichen Sicherheit beizutragen.



VOR DER RÄUMUNG. Am Samstag mittag schon zog ein Demonstrationzug durch die Innenstadt und über den Schloßberggring. Gegen „Banken, Böhme, Bullen“ und für den „Generalstreik ein Leben lang“. Bild: Decker

Letztes besetztes Haus in Freiburg geräumt

Kein Widerstand - Militantes Flugblatt aufgetaucht

Freiburg. Die Bewohner des Altersheims am Schloßberg trauten sich kaum, aus den geschlossenen Fenstern zu schauen. Vor ihren erschrockenen Augen spielte sich am Samstagnachmittag kurz nach 16 Uhr auf der anderen Straßenseite die spektakuläre Räumung von Freiburgs letztem besetzten Haus ab. Mit großem Polizeiaufgebot wurde die letzte Fluchtborg der Chaoten genommen. Spezialisten des Göppinger Sonderreinsatzkommandos (SEK) stürmten das Haus Schloßberg Nummer 9-11 über Leitern und - von einem Hubschrauber abgeseilt - über das Dach des stark verbarrkadierten Gebäudes, das seit zwei Jahren von etwa 30 Leuten besetzt war. Zum Zeitpunkt der Räumung hatten sich 21 Personen - 11 Frauen und 10 Männer - in zwei Räumen eingeschlossen.

Nach Angabe von Polizeidirektor Bernhard Schreiber handelte es sich bei den Männern im Alter von 23 bis 28 Jahren um Angehörige des sogenannten harten Kerns von Randalierern, die man „von Gesicht zu Gesicht“ aus früheren Aktionen kannte. Alle 21 wurden unter dem wütenden Protest von etwa 150 Sympathisanten auf der Straße abgeführt und in Polizeigewahrsam genommen, aus dem sie allerdings am frühen Sonntagmorgen wieder entlassen wurden, da ihnen außer Hausfriedensbruch - wie gehabt - nichts anzulasten war. Experten der Kriminalpolizei fanden auch in dem gesamten Haus keinen Hinweis auf Zusammenhänge mit den Pfingstkrawallen und dem Brandanschlag an Fronleichnam. Die Räumung, erklärte Oberbürgermeister Rolf Bohme, sei politisch und rechtlich von langer Hand vorbereitet worden.

Die Verantwortlichen hatten von der Aktion mitten am geschäftsfreien Samstagnachmittag einen Überraschungseffekt für die Szene der Sympathisanten erwartet, die zahlenmäßig denn auch relativ klein blieb, zumal der Schloßberging weitläufig abgeriegelt wurde. Schreiber: „Früher haben wir immer morgens um sechs geräumt, jetzt haben wir die Zeit mal geän-

dert.“ Zu Widerstandshandlungen der Besetzer gegenüber Polizeibeamten sei es nicht gekommen. Nach Augenzeugenberichten wurden auf der Straße zwei Demonstrationen durch Polizeiknüttel verletz. Die Jugendlichen begleiteten den Einsatz mit haßerfüllten Protesten und unverhohlener Drohung: „Heute ist nicht alle Tage, wir kommen wieder, keine Frage.“ Vereinzelt wurden auch Vertreter der Medien beschimpft und angerepelt. Am Samstagmorgen war es in der Innenstadt zu einer Demonstration mit 600 Teilnehmern (Schätzung der Polizei) gekommen, bei der ein Flugblatt mit dem „Aufruf zu einer bewaffneten Demonstration“ verteilt wurde. „Der Staat rüstet zum Bürgerkrieg; Genossen, wir müssen nachrücken“, hieß es unter anderem im Untertext des kommunistisch gestylten Flugblattes, das in seiner Radikalität schockierte. „Es ist unglaublich, was hier läuft“, entsetzte sich Bohme. Und der Polizeidirektor bekannte, er habe „so was noch nie gesehen“. Rechtlich wäre das Verteilen des „Aufrufs“ Landfriedensbruch, aber es wurde niemand beim Verteilen beobachtet.

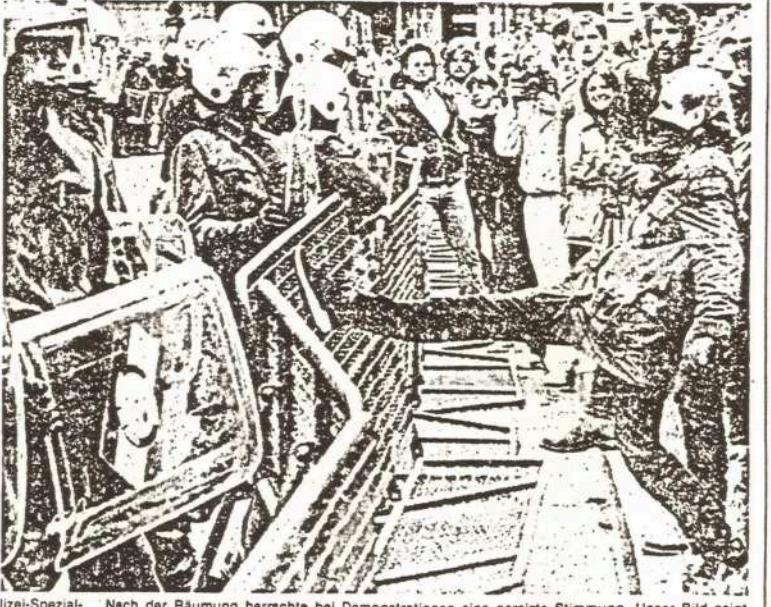
Der Oberbürgermeister betonte noch einmal, daß politische Maßnahmen gegen das, was an Pfingsten und Fronleichnam in Freiburg passiert ist, nicht mehr vorstellbar seien. Jetzt seien Polizei und Justiz am Zug. „Wenn da immer vom harten Kern die Rede war, ist die Staatsanwaltschaft gefordert, mit Mitteln der Justiz dagegen anzugehen. Was die Stadt tun konnte, haben wir getan.“ Die Polizei schließt Gewaltaktionen in der nächsten Zeit in Freiburg nicht aus. „Wir werden uns kraftmäßig in die Lage versetzen, die Sicherheit der Stadt in den kommenden Wochen zu garantieren“, sagte Schreiber und appellierte erneut an die Bevölkerung, „die Polizeikräfte mit den Bürgern von Freiburg zu verstärken.“ Die erste Nacht nach der Räumung blieb relativ ruhig, abgesehen von einer kleinen Kundgebung von etwa hundert Leuten und eingeschlagenen Fensterscheiben im Wert von 25 000 Mark.



Mit dem Einsatz eines Hubschraubers, von dem sich eine Spezialeinheit der Polizei abseilt, ist das letzte besetzte Haus in Freiburg geräumt worden.



IN „JAMES-BOND-MANIER“ stürmte eine Gruppe der baden-württembergischen Polizei-Spezialeinheit Sek von einem Hubschrauber aus das Dach des letzten besetzten Hauses in Freiburg.



Nach der Räumung herrschte bei Demonstrationen eine gereizte Stimmung. Unser Bild zeigt eine Szene vor dem abgeriegelten Gebäude.

Funkfotos: Haid/Welßbrod

Fensterscheiben nach Festnahme von 21 Personen eingeworfen

Wieder Ausschreitungen nach Hausräumung in Freiburg

Polizei drang bei Hubschrauberaktion über das Dach in das letzte besetzte Gebäude ein / 400 Beamte im Einsatz

Freiburg (sw). Nach der Räumung des letzten besetzten Hauses in Freiburg ist es in der Nacht zum Sonntag erneut zu kleineren Ausschreitungen von „Chaoten“ gekommen. Die Polizei bezifferte den Sachschaden durch eingeworfene Fensterscheiben mit etwa 20 000 Mark. Festnahmen erfolgten nicht.

Am Samstag hatte die Polizei, ohne auf direkten Widerstand zu stoßen, das besetzte Haus geräumt und 21 Personen, die sich in dem „festungsartig verbarrkadierten“ Gebäude aufhielten, vorläufig in Gewahrsam genommen. Die Festgenommenen müssen damit rechnen, wegen Hausfriedensbruches bestraft zu werden. Etwa 350 Anhänger der Hausbesetzerzene begleiteten vor dem Haus die Polizeiaktion mit Johlen und Schimpfkampagnen.

Wenige Stunden vor der Räumung kursierten in einer wesentlich friedlicher verlaufenden Demonstration mit 500 Teilnehmern Flugblätter, die zu einer „bewaffneten Demonstration“ in der Nacht zum Sonntag aufforderten. Oberbürgermeister Rolf Bohme (SPD) sprach auf einer Pressekonferenz von einem unglaublichen Vorgang. Ein Polizeiführer versicherte, daß die Ordnungskräfte darauf vorbereitet seien, Ausschreitungen zu begegnen. „Es blieb jedoch relativ ruhig“, erklärte ein Polizeisprecher.

Nach ersten polizeilichen Erkenntnissen gehen elf in dem Haus angegriffene Männer dem „harten Kern“ der Hausbesetzerzene an, dem die Freiburger Krawalle an Pfingsten mit 16 verletzten Polizisten und einem verletzten Feuerwehrmann sowie 400 000 Mark Sach-

schaden und ein Brandanschlag auf einen städtischen Bauhof mit 150 000 Mark Schaden an Fronleichnam angelastet werden. Mit Hinweis auf den Brandanschlag sprach Bohme von einem Umfeld, „das als Terror umschrieben werden muß“. Er betonte erneut die Entschlossenheit der Stadtverwaltung, Rechtsbruch und Gewalt nicht hinzunehmen.

Die Polizei war mit 400 Mann präsent, als unter anderem Angehörige eines Sonderreinsatzkommandos (Sek) über Leitern und aus der Luft von einem Hubschrauber aus in die „Fluchtborg“ eindrang. Ein Teil der Besetzer hatte sich im Innern in einem Raum verbarrkadiert, so daß die Ordnungskräfte längere Zeit benötigten, um zu ihnen vorzudringen. Rund 90 Minuten nach Einsatzbeginn befanden sich alle Besetzer - darunter zehn Frauen - im Gewahrsam der Polizei.

Die Landesversammlung der baden-württembergischen Grünen hat scharf gegen die Hausräumung protestiert. Damit fordere die Stadtregierung die gesellschaftliche Polarisierung und die Eskalation der Gewalt, heißt es in einer Resolution, die in Leinfelden-Echterdingen bei einer Gegenstimme verabschiedet wurde. Die Pfingstkrawalle seien offenbar willkommenes Anlaß für die Stadtregierung, ihre Politik der Zerstörung billigen Wohnraums zugunsten der Spekulanten durchzusetzen.

„Von ganzem Herzen“ hat dagegen Innenminister Dietmar Schlie den in Freiburg eingesetzten Polizeibeamten für ihren „beherzten und entschlossenen, jedoch auch überaus besonnenen“ Einsatz bei der Räumung des letzten besetzten Hauses in der Universitätsstadt gedankt.

Silvesters 22.6.87



Montag, 22. Juni 1987

Sedukriev



GEREIZTE STIMMUNG herrschte am Samstag nach der polizeilichen Räumung des letzten von der Freiburger Hausbesetzerzene mit Beschlag belegten Wohngebäudes. Vermummte protestierenden vor dem abgeriegelten Gebäude.

600 Polizisten im Einsatz:

Letzte Hausräumung in Freiburg

Nachts wieder Ausschreitungen - OB Böhme spricht von Terror

FREIBURG (kaz-Eigenbericht) Mit dem Einsatz von fast 600 Polizeibeamten ist am Wochenende die in Freiburg bis in die frühen 70er Jahre zurückreichende Phase der Hausbesetzungen vorläufig zu Ende gegangen. Das Sonderinsatzkommando (SEK) der Polizei räumte innerhalb von 70 Minuten das letzte besetzte Haus am Schloßberg 9/11, das 21 Hausbesetzer (11 Männer und zehn Frauen) „wie eine Festung verbarrikadiert“ (Polizei) hatten. Die befürchteten gewalttätigen Reaktionen des militanten Kerns der Hausbesetzer auf die Hausräumung am Samstag blieben aus, was ein Polizeisprecher am Sonntagmorgen auf die „unüberschaubare Polizeipräsenz rund um die Uhr“ zurückführte. Erst in der Nacht zum Sonntag kam es zu Ausschreitungen.

In dem seit Weihnachten 1984 besetzten Mehrfamilienhaus wurden laut Polizei sieben Männer aus dem harten Kern der Hausbesetzerzene angetroffen, der verantwortlich gemacht wird für die jüngsten Gewalttaten und Krawalle mit der Polizei in Freiburg. Doch die insgesamt 15 vorläufig festgenommenen jungen Leute zwischen 21 und 31 Jahren mühten am Sonntagmorgen wieder auf freien Fuß gesetzt werden, da „jede Grundlage für einen Haftbefehl fehlte“, wie ein Polizeisprecher bestätigte. Die Hausbesetzer werden wegen Hausfriedensbruch angezeigt. Hinweise auf eine Beteiligung an der

„Pflingsstrandale“ und am Brandanschlag an dem Mehrfamilienhaus wurden laut Polizei gegeben. Oberbürgermeister Rolf Böhme hatte unmittelbar nach der Hausräumung an die Justiz appelliert, die Mitglieder des harten Kerns nicht sofort wieder laufenzulassen. Seit den Pflingskrawallen betont der OB seinen Kampf gegen Rechtsbruch und Gewalt in jeder Form, gegen Rechtsbrüche und Gewalt in der Freiburger Stadt. Die Ausschreitungen in Freiburg müsse „mit Terror beschreiben“ werden, erklärte Böhme. Die Hausräumung am Samstagnachmittag um 16 Uhr verlief ohne nennenswerte Zwischenfälle. Obwohl sich die Besetzer im Inneren verbarrikadiert hatten, stießen die am Nachmittag mit Leitern und aus der Luft mit Hubschraubern anrückenden 400 Beamten auf keinen direkten Widerstand. Rund 300 junge Leute demonstrieren vor dem Haus. Sie pfiffen, johlten und beschimpften die Polizei, sie traten vor Abspergitter und protestierten gegen die „Zerstörung billigen Wohnraums“. Das geräumte Gebäude wird abgebrochen und als Appartementhaus wieder aufgebaut.

In der Nacht nach der Räumung wurden zehn Fenstersteine (Schaden: 25 000 Mark) bei Geschäfts- und Bankhäusern eingeworfen. Einen Aufruf zu einer „bewaff-

Von Oliver Tolmein

Berlin(taz)— Am Samstag wurde in Freiburg das letzte besetzte Haus geräumt. In der Nacht zum Sonntag kam es darauf zu Protesten und Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und mehreren hundert Leuten in der Freiburger Innenstadt. Dabei seien nach Polizeiangaben über 20.000 Mark Sachschaden entstanden. Auch in Bonn gingen in dieser Nacht eifrige Schaufenstersteine zu

rinnen zu einem Umfeld gezählt, „das als Terror umschrieben werden muß“.

In der linken Freiburger Szene wird jetzt diskutiert, wie der politische Widerstand weiter gehen kann. Einig ist man sich darüber, daß die militanten Aktionen zu Pfingsten nicht der Auslöser für die Räumung der letzten besetzten Häuser war, weil diese bereits vorher begonnen hatten und angekündigt worden waren. Trotzdem existieren unterschiedliche Einschätzungen auch in der linksradikalen Szene, ob die Sachbeschädigungen sinnvoll waren. Zwar zeige sich an der Tatsache, daß nach den Räumungen regelmäßig mehrere hundert Leute auf die Straße gingen, daß man nicht isoliert sei, andererseits könne aber von einer Solidaritätswelle wie nach den Räumungen des Dreisackmecks und später des Schwarzwaldfhofes auch nicht gesprochen werden könne.

Der Polizeieinsatz am Samstag am Freiburger Schloßbergtrug war ungewöhnlich massiv gewesen. Während sich in dem einen Hang gelegenen, seit zwei Jahren besetzten Haus 21 Leute gut verbarrikadiert hatten, rückte die Polizei mit über 400 Beamten an. Zusätzlich wurden noch Sonderkommandos eingesetzt, die über Leitern und aus zwei Hubschraubern das Haus erstürmten. Alle 21 BesetzerInnen, die keinen Widerstand leisteten, wurden vorläufig festgenommen. Der nach Augenzeugenberichten „martialische Polizeieinsatz“ dauerte 90 Minuten.

Die baden-württembergischen Grünen protestierten während ihrer Landesversammlung scharf gegen die Räumungsaktion. Die „Pflingskrawalle“ seien offenbar ein willkommener Anlaß für die Stadtregierung, ihre Politik der Zerstörung billigen Wohnraums zugunsten der Spekulation durchzusetzen, heißt es in einer Resolution. Der Freiburger Oberbürgermeister Rolf Böhme (SPD) hat unterdessen seinen Versuch, die radikale Szene Freiburgs zu isolieren, fortgesetzt und die Besetzer

Sedukriev
Montag, 22. Juni 1987

AUS DEN LÄNDERN

Krawalle nach der letzten Hausräumung in Freiburg

Freiburg (taz)

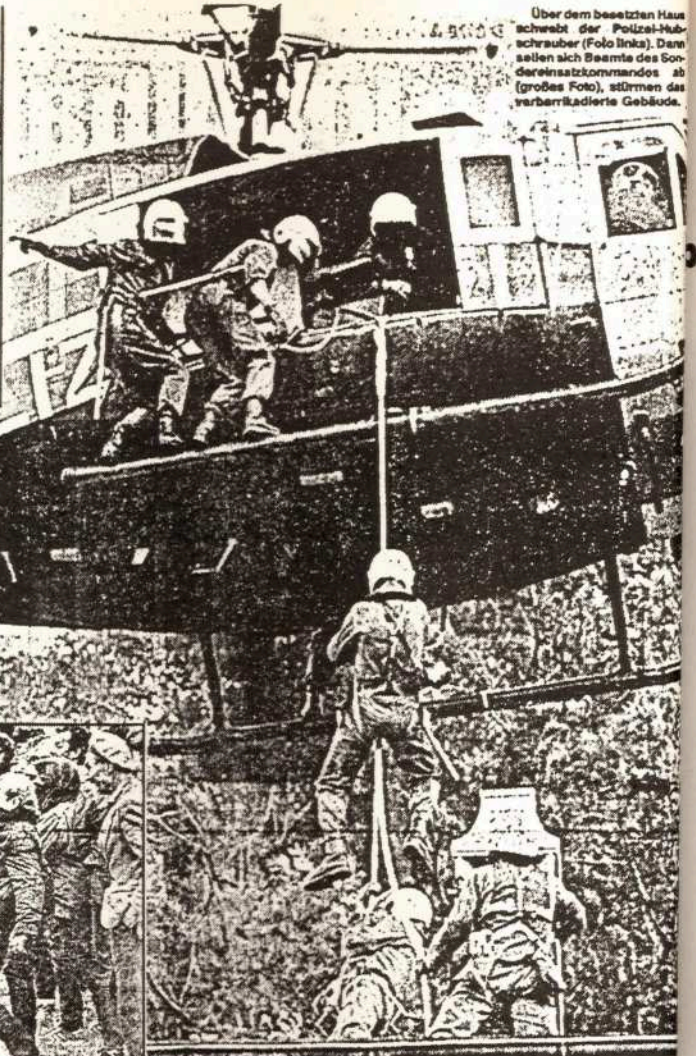
Die Polizei hat in Freiburg das letzte besetzte Haus geräumt. Obwohl sich die Besetzer im Inneren verbarrikadiert hatten, stießen die mit Leitern und Hubschraubern anrückenden 400 Beamten auf keinen direkten Widerstand. Erst in der Nacht darauf kam es zu Ausschreitungen. Die Polizei schätzte den Sachschaden durch eingeworfene Fenstersteine auf etwa 20 000 Mark. Festnahmen gab es dabei nicht. Aus dem besetzten Haus wurden 21 Personen vorläufig in Gewahrsam genommen. Sie müssen damit rechnen, wegen Hausfriedensbruchs bestraft zu werden. Etwa 350 Anhänger der Hausbesetzerzene hatten die Polizeiaktion vor dem Haus mit Johlern und Schimpfkanonaden begleitet. Bei einer im wesentlichen friedlich verlaufenden Demonstration mit 500 Teilnehmern wurde in Flugblättern zu einer „bewaffneten Demonstration“ aufgefordert.

Die Phase der Hausbesetzung in Freiburg begann Mitte der siebziger Jahre und erreichte ihren Höhepunkt um die Wende zu den achtziger Jahren mit der spektakulären Besetzung und Räumung der Altbaukomplexe Dreisackmeck und Schwarzwaldfhof. Den Antrag zur letzten Räumung hatte der Eigentümer erst vor wenigen Wochen gestellt. Die baden-württembergischen Grünen protestierten während ihrer Landesversammlung scharf gegen die Räumung. Damit fördere die Stadtregierung die gesellschaftliche Polarisierung und die Eskalation der Gewalt.

Unter der Parole „Rache für Freiburg“ randallierten in Bonn etwa 50 junge Leute. Von den vorwiegend aus der Punkerszene stammenden Jugendlichen wurden 14 nach Angaben der Polizei vorübergehend festgenommen.



Abendpost
Nachtausgabe



Über dem besetzten Haus schwebt der Polizei-Hubschrauber (Foto links). Dann stellen sich Beamte des Sondereinsatzkommandos ab (großes Foto), stürmen das verbarriadierte Gebäude.

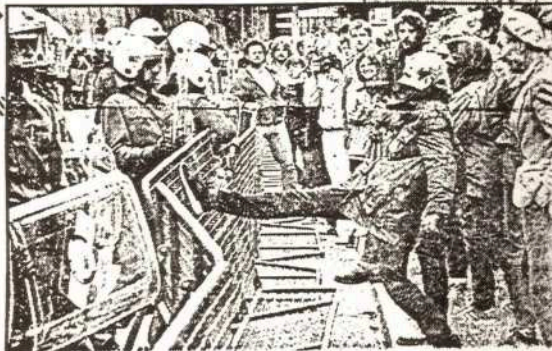
Haus-Räumung: Polizei kam mit Hubschrauber

an Freiburg. - Szenen wie in einem Action-Film: Ein Hubschrauber schwebt über dem Haus, Polizisten mit Helmen und Schlagstöcken stellen sich ab. Sie räumen das letzte in Freiburg besetzte Haus.

Freiburg am Wochenende. Die Besetzer hatten sich verbarriadiert. 400 Polizisten des Sondereinsatzkommandos stellten sich mit Hubschraubern ab oder kletterten über Leitern in das Haus. Die Bewohner leisteten keinen Widerstand. 21 Personen wurden festgenommen. Elf davon sollen mitverantwortlich für die Ausschreitungen an Pfingsten (16 verletzte Polizisten, 400 000 Mark

Sachschaden) sein. In der Nacht Krawalle: Ein Flugblatt hatte zur „bewaffneten Demonstration“ aufgerufen. Schau-fenster-scheiben wurden eingeworfen, 20 000 Mark Schaden. Am Sonntag zogen etwa 50 junge Leute randalierend durch die Bonner Altstadt. Sie nahmen „Rache für Freiburg“ so Parolen. 14 Personen wurden festgenommen.

Vor dem besetzten Haus: Ein Ver-murmerer tritt nach der Absperrung, De-monstranten beschimpfen die Polizei.



„Das ist nicht das Ende, das ist erst der Anfang“

In Freiburg, einer der Hochburgen der revolutionären Linken, wurde am Wochenende das letzte besetzte Haus geräumt. Während die Szene an den Rändern bröckelt, scheint der kleine, harte Kern noch härter zu werden.

Von DETLEV AHLERS

Kurz vor 16 Uhr haben die Besetzer gemerkt, was sich anbahnt. Einige lehnen sich aus den Fenstern. Punkt 16 Uhr hat die Polizei die Straße abgeriegelt und einen Bereich vor dem besetzten Haus Schloßberggring 9/11 geräumt, wobei vereinzelt der Schlagstock eingesetzt wurde. Zwei Minuten später bricht das Sondereinsatzkommando (SEK) eine Seitentür auf, während Kollegen über eine Leiter in den ersten Stock eindringen.

„Wir leisten keinen Widerstand“ verkünden kurz nach Einsatzbeginn der rund 400 Polizisten die 21 Leute im Haus per Megaphon, nachdem zwei von ihnen zuvor die heranströmenden ersten Polizisten noch aus einem Schlauch mit Benzin bespritzt haben. Von der anderen Straßenseite aus beobachtet eine per Sirene ange-lockte Sympathisantenschar das Vordringen der Polizei von Fenster zu Fenster, von Raum zu Raum. Dann

sind Besetzer nur noch am Fenster links oben im dritten Stock zu sehen, während um 16 25 Uhr ein Hubschrauber noch einen Polizistentrupp auf das Dach abschleut. Szenen am Samstag nachmittag in Freiburg, die das Ende der letzten Hausbesetzung in dieser Stadt beschreiben.

Eine Viertelstunde später trafen Erkennungs- und Spurensicherungs-dienst ein, kurz darauf zwei Möbelwagen mit überklebten Firmenzeichen. Dann wurden 19 der 21 Angetroffenen abtransportiert, gegen die eine Anzeige wegen Hausfriedensbruchs vorliegt.

Die Stimmung unterdessen vor dem Haus war gereizt, explodierte aber nicht in Gewalttätigkeit. Aus den Reihen der 300 enttäuschten Sympathisanten kamen Sprechchöre wie „Bullenschweine - Nazischweine!“, „SA - SS - SEK“ und „BRD, Bullenstaat - wir haben dich zum Kotzen satt“ und „Eins, zwei, drei, laßt die Leute frei, sechs, sieben, acht, sonst gibt's ne heiße Nacht!“

Der Zuruf „Bullenyuppie“ klang schon beinahe humorvoll, verglichen mit dem, was eine Gruppe Frauen den Polizisten zurief: „Bullenterror muß nicht sein, Kastration auf Krankenschein!“ Zwischenzeitlich hatten die Demonstranten erkannt, welches Möbelunternehmen bei der Räumung half. An die Pfingst-Ausschreitungen erinnernd, bei denen auch ein Kleinlaster in Flammen aufgegangen war, wurde dem Unternehmen ein Sprechchören ähnliche Rache angedroht.

Zwei junge Frauen, die im Haus angetroffen worden waren, wurden nach der Feststellung der Personalien („Das ist unser Aultrag“, erläuterte ein Hundertschaft-Führer) sofort auf freien Fuß gesetzt. Als sie von der Polizeiseite her an die Sperrgitter herantraten, wollten einige Demonstranten diese Gitter demontieren, um die Frauen herüberkommen zu lassen. „Laßt sofort die zwei Frauen frei!“ riefen sie den Polizisten zu, die genau das gerade getan hatten.

Nach drei Stunden war alles vorbei, die Eingänge des Hauses zugemauert, um es bis zum Abriß, wahrscheinlich im nächsten Monat, gegen eine erneute Besetzung zu sichern.

Die Revolution hat eine Burg verloren, aber trotz hieß es in der letzten Botschaft, die die Hausbesetzer per Megaphon verkündeten: „Das ist nicht das Ende, das ist erst der Anfang!“

Stunden später, am anderen Ende der Innenstadt: Die Freiburger Wilhelmstraße wird von der alternativen Stadtkultur wie von der mit ihr befaßten Polizei nur Willstraße genannt. Sie beherbergt den Szene-Buchladen mit allerlei Broschüren und Büchern zwischen Revolutions- und Widerstands-Thematik. Die Willstraße grenzt an ein Sanierungsgebiet, „Im Grün“ genannt, in dem nun eine „Wagenburg“ aus Wohn- und Bauwagen der letzte sichtbare Hort der revolutionären Kräfte der Stadt ist.

Samstag nacht, nach der Räumung, standen in der Willstraße Mitglieder der alternativen Szene in kleinen Gruppen und berieten die Lage, manche ein Bier trinkend, die meisten zornig mit aufgestauter Aggressivität, viele in ihrer dunklen Kleidung als Angehörige des „Schwarzen Blocks“ erkennbar, auch einige Punks.

An der Willstraße liegt auch die von der Stadt geforderte, weitgehend selbstbestimmte Grether Baukooperative, die von der CDU als Zufluchtsort der in Freiburg häufig gewaltam zuschlagenden Trupps ausgemacht ist. Gemeinderats-Mehrheit, Oberbürgermeister Bohme (SPD) und die Szene selbst aber sehen die Baukooperative als den Ort, an dem ein großer Teil der Bevölkerung (die Grünen erreichen 17 Prozent bei Wahlen) ein ihm zustehendes Stück des kommunalen Finanzkuchens nach eigenen Kultur-Vorstellungen

Freiburg war Anfang der achtziger Jahre ein Zentrum des sogenannten „Häuserkampfes“ in der Republik; für Demonstrationen in diesem Zusammenhang kamen „aus dem Stand“ viele Tausende zusammen, lange waren diese Kundgebungen durch die sie begleitenden Ausschreitungen und Schlägereien berichtigt. Vorgestern - und das erklärt wohl auch einen Teil der Wut, die in der Willstraße herrscht - kamen am Vormittag bei einem friedlichen - wenn man eine eingeworfene Scheibe mal außer acht läßt - Sympathiemarsch für Hausbesetzer nur 500 Teilnehmer zusammen.

Kein Zweifel - in Freiburg, einem der revolutionären Zentren der Republik, ist das Widerstandspotential ausgefranst und abgebröckelt, was den harten Kern allerdings noch mehr zusammenschweißt hat. Die Gewalt, die von diesen 80 bis 120 Mitgliedern des „Schwarzen Blocks“ ausgeht, wird eher gefährlicher. In der Pfingstnacht stürmten sie den Bauhof der Stadt, wobei 200 000 Mark Sachschaden an städtischen Fahrzeugen entstand. Doch beunruhigender

noch war für viele Freiburger, daß dieser Trupp versuchte, eine Tankstelle in die Luft zu jagen, wobei die Folgen kaum absehbar gewesen wären.

Auf Flugblättern lassen diese Kräfte, die am frühen Sonntag morgen noch für etwa 20 000 Mark Scheiben von Banken und Sparkassen klirren ließen, über ihre Absicht keine Unklarheiten aufkommen. Da wurde zum Beispiel ein „Aufruf zur bewaffneten Demonstration“ verteilt: „Kollektiver Waffenklau am 21. 6. um 0 20 Uhr an der Landespolizeischule Mühlheimerstr. Genossen, wir müssen nachrücken. Hönkeln statt Hinterhinken!“ (Hönkeln ist jünger in Kreuzberg geprägt worden und heißt so viel wie „zur Tat schreiten“.)

Die Wut

22.6.87

In Publikationen dieser Seite stößt man auf Gedankengänge wie diese: „Das Wissen über ein System das weltweit plündert, mordet und zerstört, die alltägliche Geduld durch Bullen, Chefs... in der Seele, bei der Maloche... die permanente Unterdrückung der Frauen Patriarchat, all dies ist der permanente Anlaß zu Kämpfen.“ Soweit harte, kämpfende Kern von etwa 200 Personen, die nach Polizeiangaben namentlich bekannt sind, deren Straftaten individuell so wenig nachweisbar sind wie die Behauptung der Polizei es ist, daß von den ehemals besetzten Häusern die Gewalt ausgeht.

Aber neben diesen Leuten stehen viele andere, die allmählich gehen haben, daß es auch Vorteile haben kann, den Staat und seine Kasse nützlich zu verwerfen. Doch auch die meisten von ihnen scheint es wie vor undenkbar, der Polizei ihren Ermittlungen zu helfen, so die fast in die Luft geflogene Tankstelle zu Pfingsten einigen zu dem gelab.

Das „Befriedungskonzept“ Oberbürgermeisters - Einbindung und Beteiligung - hat offenbar keine Wirkung. Aber der zurückgebliebene harte Kern ist umso härter geworden. Vielleicht ist er dabei, eine Frage zu stellen, die Initiative Sozialistisches Forum Freiburg formuliert: „Auf weiche Summen muß der Staat belaufen, damit die gesellschaftliche Gesellschaft nicht mehr tabella betrieben werden kann?“

Stadt bietet eine hohe Belohnung

25 000 Mark ausgesetzt - Polizei: Schloßbergring 9/11 war total verbarrikiert

Die Stadt Freiburg hat gestern 25 000 Mark Belohnung für die- oder denjenigen ausgesetzt, von denen entscheidende Hinweise für die Aufklärung des Brandanschlags auf den städtischen Bauhof kommen. Wie berichtet, hatten unbekannte Täter bei dem Brandanschlag hohen Schaden angerichtet. Die Polizei berichtete gestern im Nachgang zur Räumung des Gebäudes Schloßbergring 9/11, das Haus sei von den Besetzern in einem bisher in Freiburg nicht erlebten Maß verbarrikiert worden.

Der Brandanschlag in der Nacht zu Fronleichnam hat nach den Worten von Oberbürgermeister Böhme „höchste kriminelle Energie“ offenbart. Wäre der Anschlag in der geplanten Weise voll gelungen, es hätte einen „ganz großen Schaden auch für völlig unbeteiligte Personen bedeutet“. Die Stadt hoffe jetzt, mit der Aussetzung einer hohen Belohnung dazu beizutragen, daß die Polizei die Täter ermittelt.

Polizeipressesprecher Gerhard Beck erklärte, die von den Besetzern vorgenommene Sicherung des Gebäudes Schloßbergring 9/11 erleichtere der Polizei den Schutz gegen eine Wiederbesetzung, bis das Haus wahrscheinlich Anfang Juli abgerissen wird. Beck teilte mit, normale Türen seien von innen mit „zentnerschweren Balkentüren“ und Abstützungen durch weitere Balken gesichert gewesen. Mit Metallzaunelementen, die möglicherweise vom Landesgartenschau-Zaun stammten, hätte ein Durchsagen der Türen verhindert werden sollen. Zwei Räume in dem Haus waren nach Angaben des Polizeisprechers ganz besonders gesichert. Die Polizei habe deshalb eine Wand einschlagen müssen, um Besetzer aus einem dieser Räume herauszuholen zu können. Offenbar zur Abwehr von anrückenden Polizeikräften gedacht seien Vorrichtungen gewesen, die es ermöglicht hätten, aus Kan-

stern Flüssigkeit auszuschütten und aus umfunktionierten gestohlenen Einkaufswagen Steine oder anderes Material auf am Haus stehende Personen zu kippen.

Oberbürgermeister Rolf Böhme zeigte sich verwundert, daß den 21 in dem Haus bei der Räumung angetroffenen Personen nur Hausfriedensbruch und nicht etwa Sachbeschädigung oder Diebstahl zur Last gelegt

werde. Die Staatsanwaltschaft hätte indes erklärt, zur Erwirkung von Haftbefehlen sei keine Grundlage gegeben gewesen.

Jedem Versuch, in Freiburg ein Haus zu besetzen, wird nach den Worten des Oberbürgermeisters entgegengetreten. Von Seiten der Polizei verlautete, sie erhalte die Kräfte, die sie anfordere und sie sei personell in der Lage, bei aktuellen Anlässen schnell einzugreifen. Im Auge hätten die Polizeikräfte auch die Außenbezirke der Stadt.

Derzeit hat die Präsenz der Polizei Auswirkungen auf andere Bereiche der Kriminalität - Einbrecher scheinen es in diesen Tagen schwerer zu haben als sonst. Zwei Männer, 31 und 19 Jahre alt, die in der vorvergangenen Nacht in der Fußgängerunterführung Rotteckring/Eisenbahnstraße eine Schaufenscheibe hätten eintreten wollen, seien dingfest gemacht worden. Bereitschaftspolizisten nahmen auch zwei junge Männer fest, die im Uni-Bereich einen Automaten und mehrere Fahrräder beschädigt hatten. Schließlich wurde auch ein Einbruchversuch in eine Gaststätte unterbunden. Jene Täter, die in der Nacht zum Montag an der Ecke Tal-/Günterstalstraße eine Scheibe einwarfen, entgingen indes dem polizeilichen Zugriff.

Oberbürgermeister Böhme sagte gestern vor Polizisten, neben der Antwort der Polizei und Justiz, von denen er in diesen Tagen eine „erhöhte Effizienz“ erwarte, müsse es auch politische Antworten geben. Die Stadtverwaltung werde entsprechende Vorschläge erarbeiten und vorlegen. -uh

Obdachlos nach Hausräumung

Freiburg (taz) — Durch die Räumungen der besetzten Häuser in Freiburg sind knapp 50 Menschen obdachlos geworden. Ehemalige Bewohner des Hauses in der Wilhelmstraße berichteten gegenüber der taz, ihnen sei vom Sozialamt im Obdachlosenheim „Klara 100“ ein Saal versprochen worden. Im Obdachlosenheim aber habe man von einer derartigen Zusage nichts wissen wollen. Rundweg abgelehnt habe man die Forderungen, daß Männer und Frauen gemeinsam in einem Raum untergebracht werden und daß die restriktiven Heimregelungen für die Gruppe nicht gelten, nach denen z. B. um 22 Uhr obligatorische Bettruhe verordnet und um sechs Uhr morgens aufgestanden wird. Ein Sprecher der Freiburger Stadtverwaltung erklärte gegenüber der taz, daß man gewillt sei, für alle jetzt obdachlos gewordenen vorübergehend Plätze zur Verfügung zu stellen, daß man aber nicht von der Hausordnung der „Klara 100“ abgehen werde, weil „wir sonst Prä-

zidenzfälle schaffen würden“. Die ehemaligen Bewohner der besetzten Häuser planen jetzt, auf der Wiese neben dem Obdachlosenheim Zelte aufzuschlagen.

taz 23.06.

„Sorgentelefon“ in Zeugnis-Zeiten

Gerade in der Zeit vor und während der Ausgabe der Zeugnisse bietet sich das Kinder- und Jugendtelefon verstärkt als Gesprächspartner an. Für alle, die niemanden haben, mit dem sie über ihre Nöte und Ängste sprechen können, steht das „Sorgentelefon“ des Freiburger Kinderschutzbundes montags bis freitags von 18 bis 18 Uhr unter der Nummer 75517 zur Verfügung. In diesem Zusammenhang weist der Kinderschutzbund darauf hin, daß er dringend einen Anrufbeantworter sucht, um Anrufer auf die Sprechzeiten hinweisen zu können.

BZ. 23.06.87



AAK frbg. e.v.
arbeitskreis altern. kultur

Arbeitskreis alternative Kultur (AAK) e. V. · 78 Freiburg · Basler Landstraße 28a · Tel.: 07 61/499532
Bürozeiten: Di. - Fr. 15 - 17 Uhr

Freiburg 24.6.87

BZ 24.06.87

Polizei fordert mehr Personal

Heilbronn (lsw). Mehr Personal hat die Gewerkschaft der Polizei (GdP) Baden-Württembergs am Dienstag in Heilbronn gefordert. Der seit vielen Tagen mit hohem Personalaufwand betriebene Einsatz in Freiburg zeige, daß die Polizei des Landes personell kurz vor dem Zusammenbruch stehe, erklärte der Landesvorsitzende Heinrich Meyer vor den Mitgliedern des Landesvorstands der GdP und des Landesausschusses. Seit 1978 hätten die polizeilichen Großeinsätze um 28,8 Prozent zugenommen. Die Kriminalität in Baden-Württemberg sei in diesem Zeitraum um 25,5 Prozent angestiegen, der Kraftfahrzeugbestand um 25,1 Prozent. Dagegen hätten sich in den vergangenen Jahren die Neueinstellungen mit den Abgängen fast die Waage gehalten. Nach dem von der Landesregierung selbst festgelegten Personalschlüssel errechnete die GdP einen Bedarf von 15 000 Beamten, Angestellten und Arbeitern.

Sehr geehrter Herr Dr. Evers,

leider ist es uns aus organisatorischen Gründen unmöglich, den von Ihnen vorgeschlagenen Termin wahrzunehmen, da wir momentan nicht auf unseren Hubschrauber zurückgreifen können.

Was die umstrittene Präambel betrifft, erklären wir nochmals unseren festen Willen, uns nötigenfalls abzuseilen. An einem vertraglich geregelten Verhältnis sind wir weiterhin interessiert, auch wenn uns Art und Weise der Räumungspolitik dazu zwingen die Verhandlungen neu zu bewerten.

Wir sind fest davon überzeugt, daß der Sommer doch noch kommt.

Mit freundlichen Grüßen
- weiterhin im Regen -

i. A. Hans-Jürgen ...

H. A. Keller J. ...

Arbeitskreis
Alternative
Kultur

Handwritten signature and a circular stamp with the number 53.

die herrschenden diskutieren nicht über gewalt, sie üben sie aus und gießen sie in gesetz

am 21.12.1984 wurden die häuser schlossberggring 9-11 von uns besetzt, der eigentümer Fritz Westfeld wollte ursprünglich das haus abreißen und einen neubau mit ein-zimmer-apartements errichten, die stadt zeigte von anfang an interesse, die häuser zu kaufen, um langfristig daraus eine grünfläche zu machen, aus diesem grunde verhandelte die stadt über das anwesen eine zweijährige veränderungssperre, die am 4. juli 1987 ausläuft.

im herbst 1986 wurde uns, den besetzern, von seiten der stadt ein verhandlungsangebot gemacht, angesichts der kurz vorher stattgefundenen räumungen der häuser erpfrinzenstraße und hildastrasse erschieben uns der versuch der stadt, uns mit den häusern zu kaufen, als frechheit und provokation, die erfahrung der hausbesetzerbewegung hatten gezeigt, daß es bei verhandlungen mit der stadt für uns nichts zu gewinnen gibt. auf den schlossberggring bezogen war ihr einziges interesse uns mittelfristig zu be-frieden und ruhigzustellen, um langfristig ihre pläne von einer grünfläche durchzuführen. unsere vorstellungen von einem selbstbestimmten, herrschaftsfreien leben und unsere politische ziele lassen sich nicht in den rahmen einer profitorientierten gesellschaftsordnung zwingen. angesichts der von der stadt betriebenen menschenverachtenden wohnraumpolitik - vernichtung von billigem wohnraum, kommer-zialisierung und ausweitung der innenstadt - konnte es mit den kriminellen verantwortlichen, allen voran der oberterrorist böhme, keine verständigung geben.

unser wille, nicht zu verhandeln, war dann auch der ausschlaggebende grund für unsere räumung. kritik an den herrschenden mißständen darf zwar geäußert werden, die praktische umsetzung aber wird mit allen mitteln verfolgt und als unpolitisch diffamiert.

so wurde auch die demonstration am letzten samstag gegen die städtische wohnraumpolitik und den statsterror kallfächelnd geduldet, um nachmittags den schlossberggring mit paramilitärischem aufwand zu räumen. getroffen werden sollte damit nicht nur das letzte besetzte haus in freiburg, sondern jeder sichtbare, sich dementsprechend wurden wir besetzer behandelt, nach der erstürmung des hauses durch das sek wurden wir in handschellen in das polizeirevier abtransportiert, nach fünf stunden wurden sieben von uns mit einem gefängentransporter in den knast in der hermann-herder-strasse verschleppt, zwei personen kamen in untersuchungshaft, drei genossen wurde ein haftrichtertermiin genannt.

im knast wurden wir getrennt untergebracht, bei verständigung und zurufen über den hof wurde einigen die b-zelle (beruhigungs-zelle) angedroht, teilweise ließ man uns die nachrichten hören, wo von "harter kern" und "terroristischem umfeld" die rede war. was anfänglich von uns als pure einschüchterung ge-deutet wurde, stellte sich später als versuch heraus, uns mit einem konstrukt hinter gitter zu bringen. ihr ziel war es, das problem des widerstandes, den sie politisch nicht integrieren können, endgültig zu lösen.

eine dreißig bis vierzig-köpfige spurensicherungstruppe wurde extra mit einem reisebus angekarrt, um für ihr konstrukt einer terroristischen vereinigung beweis zu finden, die halbe nacht versuchten der polizeipräsident, der oberstaatsanwalt und der chef des ordnungsamtes mit den ergebnissen der spurensicherungsexperten haftbefehle zu erreichen, gefun-den wurde nichts, so daß böhme in der badischen zeitung vom 23.6. bedauern mußte, daß nicht mehr anklagepunkte gegen uns durchge-setzt werden konnten.

nachdem klar war, daß ihr konstrukt gescheitert ist, begannen sie mit immer unverschämter werdenden lügen zu hetzen: die welt berichtete von benzindbergessenen bullen, die bz von gestohlenem, umgebauten einkaufswagen (um mit steinen zu bombardieren), von am haus angebrachten behältern mit benzin und barrikaden der landes-stolienen bauzäunen der landes-gartenschau.

die aktionen an pfingsten waren anlaß für böhme, die endgültig und schon vorher beschlossene räumung der besetzten häuser durchzuführen, die gleichgeschaltete presse, allen voran das monopolblatt badische zeitung, war wichtiger bestandteil, um die eigentlich ursache von besetzungen zu leugnen, es geht nicht mehr um die inhalte, sondern um die juristische und militärische beseitigung des als "chaoten" diffamierten widerstandes und der verhinderung jeder aktiven solidarität. menschen, die beginnen, sich zu wehren, sollen durch das hatte durchgreifen der stadt, polizei und justiz wieder in resignation und ohnmacht zurückgedrängt werden.

wir fordern:
- MENSCHENWÜRDIGEN, KOLLEKTIVEN WOHNRAUM IN SELBSTBESTIMMUNG
- FÜR DIE ERMALIGTEN BEWOHNER DER HÄUSER
WILLI 8
MILLI 867
SCHLOSSBERGRING 9
SCHLOSSBERGRING 11
- FREILASSUNG DES GEFANGENEN VOM 7.6.

auch die tatsache, daß vierzig leute auf der straße sitzen, wird vollständig ignoriert. böhme hat samstagabend auf anfrage des chefs der klara 100 (obdachlosenheim) ausdrücklich erklärt, daß es für die schloßberggringbewohnerInnen keinen schlaf- und wohnraum gibt. als am diensttag abend vierzig menschen vor der klara 100 schlafplätze forderten, wurde dies zuerst zwölf, dann allen für eine nacht zugestanden, am nächsten morgen um 7uhr sollte dann entschieden werden, wer - nach ihren kriterien - aufnahmebe-rechtigt ist. ihr argument, daß die besetzerInnen nicht obdachlos seien, weil sie eine andere meldeadresse haben, ist absurd, wir lassen uns von ihnen nicht aufspilttern, sondern wollen weiterhin kollektiv zusammenleben.

**demo sa.27.6 11 uhr
kaufhaus schneider**



SCHLOSSBERGRING 11

DEMOAUFRUF

Sie wissen es schon!

Sie sind durch die Stadt gegangen, haben die vielen bewaffneten Männer in Uniform gesehen, sich über die Unzahl der Streifen — und Mannschaftswagen, über die plötzlich auftauchenden Fußstreifen und den über der Stadt kreisenden Polizeihubschrauber gewundert:

»Ausnahmezustand in Freiburg«

Schon seit Freitag, den 12.6., ist die Stadt von bewaffneten Uniformierten besetzt. An diesem Tag wurde die Wilhelmstr. 36 geräumt — ihre 17 BewohnerInnen stehen seither auf der Straße.

Die Demonstration am darauffolgenden Dienstag wird brutal zusammengeknüppelt — 13 verletzte DemonstrantInnen!

Wegen dieses Knüppelinsatzes findet am Samstag eine Demonstration statt — die Polizei hält sich bewußt zurück. Erst nach Geschäftsschluß erklärt die Stadt ihren BewohnerInnen den Bürgerkrieg:

- Hundestaffeln auf den Spazierwegen am Schloßberg
- Hundertschaften der Polizei aus ganz Baden-Württemberg
- die Terrorinheit SEK (Sondereinsatzkommando) greift vom Kampfhubschrauber aus an
- 40-50 Kripobeamte sind im Einsatz

Der Schloßberg ring 9/11 wird nach 2 1/2 jähriger Besetzung geräumt, die über 20 BewohnerInnen werden in Handschellen abgeführt.

SAMSTAG 27. JUNI 1987

DEMONSTRATION

Wie schnell man in dieses Umfeld gerückt wird, haben in den letzten Jahren viele bemerkt, die konsequent für ihre Interessen eintreten: StudentInnen, unzufriedene SchülerInnen und Auszubildende, AKW — GegnerInnen, Frauen, Friedensbewegung, Asylanter, Volkszählungsboykotteure und HausbesetzerInnen. Der Versuch der Einschüchterung und Unterdrückung ist beständig spürbar, und wird immer offensichtlicher: bspw. im Sommer/Herbst 1986, als Regierungspräsident Nothelfer im Rahmen einer bundesweiten CDU -- Chaotenhetze (vor der Wahl und nach Tschernobyl!) den Angriff auf Grundrechte wie Versammlungs- und Demonstrationenfreiheit ankündigte, und bspw. in den vergangenen Wochen.

Der laute Ruf nach Ausgrenzung der Andersdenkenden hat die Funktion, alle unter EINEN Konsens zu zwingen — ein Vorgang, der notwendigerweise mit Gewalt verbunden ist. Dem Oberbürgermeister genügt nicht die »rechtsstaatliche Festigkeit«, denn »gefragt ist auch hier immer wieder der stete Wille zum bürgerschaftlichen Konsens«. Damit meint ist nichts anderes als die bedingungslose Zustimmung zu Böhmens ehrgeizigen Plänen: Innenstadtausweitung über den Bahnhof hinaus in den Stühlinger hinein. Das Herzstück der Planung ist das Kongresszentrum (KTS), das zugeschnitten wird auf die Bedürfnisse einer »gewendeten« Universität, auf Technologiezentrum und Industrie, auf Kulturkommerz und Tourismus.

Die Umgestaltung der Industriegesellschaft, die in Freiburg unter dem Decknamen »Regio« läuft, hat längst begonnen: Auf Kosten der BewohnerInnen der Stadt. Der geplante Bau der KTS wird die Bodenspekulation im Grün und im Stühlinger nochmal kräftig anheizen. Die südliche Altstadt soll genauso wie die Konviktsstraße rücksichtslos luxussaniert werden. Was sich hier manifestiert, ist nichts anderes als strukturelle Gewalt. Sie behaupten zu sanieren, in Wahrheit machen sie die Viertel unwohnbar für all die, die gerade noch das Geld für den täglichen Bedarf aufbringen können.

Protest und Widerstand gegen solche Politik gehen weiter. Auch nach der Räumung der besetzten Häuser, trotz Diffamierung und Kriminalisierung, werden wir uns unsere eigene Öffentlichkeit schaffen. Angesichts der Hetzkampagne der Medien müssen wir die Straße als Ort der Gegenöffentlichkeit nutzen. Daß uns die Stadt auch diese Möglichkeit des Ausdrucks mit polizeilicher Einschüchterung, Videoüberwachung und Schlagstöcken nehmen will, wird uns nicht hindern. Wir lassen uns das Recht auf Widerstand gegen eine menschenverachtende Politik nicht nehmen.

Rückgabe der Häuser an ihre BewohnerInnen

Abzug der Polizeiar mee

Freiheit für den inhaftierten Schüler

Keine KTS

Schluß mit der Kaputtsanierung

SAMSTAG 27. JUNI 1987
11.00 UHR
KAUFHAUS SCHNEIDER

DEMONSTRATION

11.00 UHR
KAUFHAUS SCHNEIDER

Die Medien, allen voran die Badischen Zeitung, unterstützen dieses Vorgehen mit allen Mitteln: für »Ruhe und Ordnung« lassen sie sich bereitwillig gleichschalten.

Sie gehen sogar soweit, die schon lange geplanten Räumungen als »Antwort auf die Pfingstereignisse darzustellen.

Gezielte Falschmeldungen über den Verlauf von Protestkundgebungen, Distanzierungsforderungen und Kriminalisierung derer, die sich keinen Maulkorb verpassen lassen wollen, reichen nicht aus: Unverhüllt wird der Ruf nach Denunziation laut. Als reiche die tausend Mann starke Bullenpräsenz in der Stadt nicht aus, wird an den Jagdinstinkt »aller Bürger der Stadt« appelliert. Wieder ist die Rede vom »Umfeld, das als Terror umschrieben werden muß«.



Diesen Aufruf unterstützen:
Wilhelmstr. 8, Willi 36, Schloßberg ring (Frauen- und Männerhaus), Wappburg, Fabrik, Halbsburger Str., Volkszählungsboykottplenum, Archiv für Soziale Bewegungen, AAK, Medienwerkstatt, Juchlauden Juch Fritz, Regio-Gruppe, Stadtzeitung, BWK, Druckwerkstatt im Grün, afrika Gruppe, Radio Dreiviertel, Stadtreisegruppe Stühlinger u. v. a. m.

Die „Wagenburg“ ist aufgelöst B2 26.6.87

Der Gerichtsvollzieher kam bei Sonnenaufgang

OB Böhme: Aktion zur Sicherung des Sanierungsgebietes

Die illegale „Wagenburg“ des Freiburger Sanierungsgebietes „Im Grün“ besteht nicht mehr. Aufgrund einer einstweiligen Verfügung des Amtsgerichts wurden die sechs Wohnwagen gestern gegen 5.30 Uhr morgens im Schutz starker Polizeikräfte geräumt und auf einen städtischen Abstellplatz gekarrt. Weder die Bewohner, noch die Sympathisanten aus der Nachbarschaft, die der Hausbesetzerzene zugeordnet werden, leisteten Widerstand. Oberbürgermeister Rolf Böhme äußerte am Vormittag die Hoffnung, „daß diese notwendige Räumung nun zur Beruhigung der Umgebung beiträgt“.

Wie Polizeidirektor Karl Tränkle vermutet auch der Oberbürgermeister „Zusammenhänge“ zwischen der illegalen „Wagenburg“ und der „Pflingstrandale“ in der benachbarten Wilhelmstraße, die schon vor dem Brandanschlag an Fronleichnam „hohe kriminelle Energie“ erkennbar gemacht habe. „Ich habe den Eindruck, daß gewisse Leute in der Szene die Toleranz der Stadt als Schwäche ausgelegt haben“, sagte Böhme. „Wir sind durch die Gewalttaten erschüttert worden.“ Jetzt müsse verdeutlicht werden, „daß die Stadt Rechtsbruch und Gewalt nicht hinnimmt“.

Indes hatte die Stadt lange vor den Krawallen der Szene klargestellt, daß die Wohnwagen aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung auf dem Grether-Gelände nicht mehr zu dulden seien. Schon am 7. April hatte der Gemeinderat bei der Debatte über die Nutzung der sogenannten Gießereihalle mit den Stimmen aller Fraktionen beschlossen, daß die illegale „Wagenburg“ entfernt werden sollte. Auf der Grundlage dieser Entscheidung hatte die „Freiburger Gesellschaft für Stadterneuerung“ eine einstweilige Verfügung gegen die Bewohner der sechs Wagen beim Amtsgericht erwirkt.

Nach Angaben der Stadt hatten die Bewohner der „Wagenburg“ die Bauarbeiten zur Sanierung des Gewerkekanaals in Höhe der Gretherschen Fabrik erheblich behindert. Ein Mitarbeiter der privaten Wach- und Schließgesellschaft, die mit dem Schutz der Baustelle beauftragt worden war, hatte sich in der Pfingstnacht nur durch rasche Flucht massiver Bedrohungen entziehen können. Sein Auto war in eine Baugrube gestürzt worden. Die Beseitigung der Wohnwagen war nun nach Auffassung der Stadtverwaltung „unabdingbare Voraussetzung“ für die Weiterführung der Sanierungsarbeiten des Gebietes „Im Grün“.

Als nach Sonnenaufgang der Gerichtsvollzieher in Begleitung von Dut-

zenden von Polizeibeamten anrückte, um die Insassen der zu Wohnwagen umfunktionierten Baukarren per Megaphon zur Räumung ihrer Behausung aufzufordern, war die „Szene“ sichtlich überrascht. Etwa 30 Sympathisanten aus den benachbarten Gebäuden beobachteten während der folgenden Minuten, wie die vier in der „Wagenburg“ angetroffenen Bewohner ihre Habseligkeiten sicherten. Es handelte sich um zwei Männer, 24 und 28 Jahre alt, und zwei Frauen, 19 und 22 Jahre alt, die der Polizei als Hausbesetzer bekannt sind und ausnahmslos eine andere Wohnadresse im Stadtgebiet angeben konnten.

Inmitten der Sperrmüll-Idylle wurde nicht nur ein entwendeter Palmenkübel aus den Beständen des Gartenamtes gefunden. Vielmehr wurden nach Angaben von Polizeidirektor Tränkle auch eiserner „Krähenfüße“ entdeckt, 20 verklammerte Metallstücke, wie sie schon zur Lahmlegung von Polizeifahrzeugen verwendet wurden. Aufschriften an den Wohnwagen verkündeten: „Wir werden uns nicht befriedigt in die Planungen der achtziger Jahre einfügen lassen... Wir lassen uns nicht auf die Spaltungsstrategien der Stadt ein... Generalstreik ein Leben lang!“

Indes hofft Oberbürgermeister Rolf Böhme, „daß die Mehrzahl in der Szene nach dieser Räumung auf diejenigen einzuwirken versucht, die einen gewalttätigen Kurs eingeschlagen haben, den wir in Freiburg nicht dulden können“. Polizeidirektor Tränkle erklärte, daß die Sicherheitskräfte die Lage in der Stadt noch immer als „angespannt“ einschätzen müßten. „Wir hoffen, daß die starke polizeiliche Präsenz auf potentielle Gewalttäter dämpfend wirkt.“ Zugleich äußerte er den Wunsch, „daß das Bild dieser Stadt bald wieder normalisiert werden kann“. Denn, so bekennt er, die vergerichteten Mannschaftswagen der Polizei an allen Ecken Freiburgs gefallen mir selber nicht.“ erl

„CDU und FWV arbeiten Gewalttätern in die Hände“

SPD: Rundumschlag vergrößert Basis der Enttäuschten

Die CDU und die Freien Wähler „arbeiten den Gewalttätern in die Hände“. Diesen Vorwurf hat jetzt die SPD-Gemeinderatsfraktion erhoben, nachdem sich sowohl Christdemokraten als auch FWV zu den jüngsten Ausschreitungen in Freiburg geäußert hatten (die „BZ“ berichtete). Der von CDU und Freien Wählern beabsichtigte Rundumschlag gegen alle Gruppen in der Stadt, die sich alternativ nennen, sei geeignet, die Basis der Enttäuschten und Gewaltbereiten zu vergrößern, heißt es in einer Erklärung der SPD.

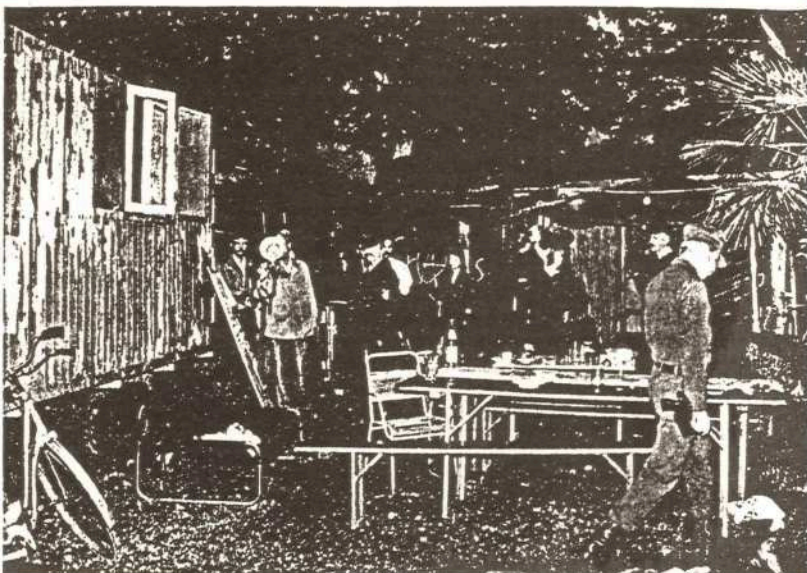
Die Fraktion ist der Meinung, daß die CDU „nicht erst seit den Gewaltausbrüchen in der Pfingstnacht“ zu einer ständigen Aufheizung des Klimas der Konfrontation beitrage, von dem sie sich offenbar Wahlvorteile verspreche. Im Ergebnis, so das Fazit der Sozialdemokraten, „bekämpfen so Gewalttäter und die CDU/FWV gleichermaßen den Teil kritischer Alternativer, der versucht, durch alternative Lebensformen Lebensperspektiven zu verwirklichen“. Als Beispiele für diese Gruppe nennt die SPD-Fraktion die Grether Baukooperative, die Betreiber der Specht-Passage, Radio Dreyeckland und den Arbeitskreis Alternative Kultur (AAK).

In diesem Zusammenhang weist die SPD den Versuch konservativer Politiker, „den Arbeitskreis Alternative Kultur in die Nähe von Gewalttätern zu rücken“, zurück. Die vom AAK gegebene

Distanzierungserklärung zur Gewalt sei eindeutig gewesen. Deshalb fordern die Sozialdemokraten die Stadtverwaltung auch auf, zur Erfüllung eines Gemeinderatsbeschlusses den unterschrittreifen Zwischennutzungsvertrag für die Gießereihalle mit dem AAK abzuschließen.

Grundsätzlich meint die SPD zur Einstellung gegenüber alternativen Gruppen, es sei demokratischer Politik unwürdig, Andersdenkende als Feinde auszugrenzen. Vielmehr hätten auch gegenüber offizieller Politik kritisch eingestellte Bürger Anspruch auf öffentliche Förderung. Die Behauptung, in Freiburg würden alternative Gruppen privilegiert, ist nach Auffassung der SPD-Fraktion „eine böswillige Lüge“. So würden zum Beispiel nach der Errichtung der Spielstätten in der Gießereihalle für freie Gruppen jährliche Folgekosten von rund 500 000 Mark erwartet, während die Stadt für ihr Theater jährlich 20 Millionen Mark ausbebe.

Abschließend wird in der SPD-Erklärung noch einmal skizziert, wie die künftige Marschroute von Gemeinderat und Verwaltung in diesem Punkt aussehen sollte: Einerseits solle der Gewalt eine klare Absage erteilt werden, müsse Gewalttätern mit entschlossenem Widerstand begegnet werden, andererseits aber sollten konstruktive alternative Lebensformen weiter unterstützt werden. hg



AUFBRUCH IM MORGENGRAUEN: Ein Gerichtsvollzieher gibt die Anweisung, die zu Wohnwagen umfunktionierten Baukarren binnen zehn Minuten zu räumen. Bild: Wui

Taz
26.6.

Wohnwagen-Räumung in Freiburgs Innenstadt

Stadt ließ „Wagenburg“ vom Areal der Grether-Fabrik räumen/ Am Samstag Demonstration gegen städtische Wohnungspolitik

Freiburg (taz) — Nachdem es in Freiburg seit letzter Woche keine besetzten Häuser mehr zu „entsetzen“ (OB Böhme) gibt, stürzten sich die Saubermänner am gestrigen Donnerstag auf mobile Domicile: Frühmorgens um halb sechs vollstreckte der Gerichtsvollzieher unter starkem Polizeischutz auf dem Areal der Grether-Fabrik im Sanierungsviertel „Im Grün“ die Räumung der aus sechs Wohnwagen bestehenden „Wagenburg“. Vier angetroffene Bewohner wurden erkenntnisdienlich behandelt, die Fahrzeuge abgeschleppt und der bisherige Stellplatz mit großen Steinblöcken für Fahrzeuge unzugänglich gemacht.

Eigentümerin des Geländes ist die städtische Sanierungsträgerin „Freiburger Gesellschaft für Stadterneuerung“, die eine einstweilige Verfügung beim Amtsgericht erwirkt hatte. Oberbürgermeister Rolf Böhme (SPD) berief sich in seiner Begründung der Räumung auf einen Beschluß des Gemeinderats vom 7. April dieses

Jahres, in dem alle Fraktionen grundsätzlich die Überlassung einer Halle der Grether-Fabrik an den Arbeitskreis Alternative Kultur (AAK) zur Einrichtung eines Kulturzentrums, gleichzeitig aber auch „die Entfernung der ungenehmigt abgestellten Wohnwagen“ gebilligt hatten.

Den Grünen hatte ihre Zustimmung zum Gesamtbeschluß (in der Einzelabstimmung hatten sie gegen die Entfernung der „Wagenburg“ gestimmt) damals heftige Kritik von der Zuschauertribüne eingetragen. Aus Protest gegen die gestrige Räumung der „Wagenburg“ will der AAK nur den nächsten Gesprächstermin mit der Stadt vorerst platzen lassen.

Gegen die städtische Sanierungs- und Wohnungspolitik in Freiburg ist für den morgigen Samstag zu einer Demonstration aufgerufen (11 Uhr, Kaufhaus Schneider). Währenddessen zeigt sich die Polizei den Freiburgern weiterhin mit „dämpfend wirkender Präsenz“. Th. Scheue

Suche nach Hintermännern

Zur Aufklärung der in der vergangenen Zeit in Freiburg begangenen „schweren Straftaten“ hat die Landespolizeidirektion in Zusammenarbeit mit dem Landeskriminalamt eine Sonderkommission gebildet. Diese Kommission will versuchen, an die Agitatoren und Hintermänner der jüngsten Ausschreitungen heranzukommen, erklärte am Donnerstag Regierungspräsident Norbert Nothhelfer.

Mit Genugtuung habe er, so der CDU-Politiker, die Räumung „der rechtswidrig besetzten Areale in Freiburg“ aufgenommen. Damit seien nicht nur „Nester für Chaoten“ geräumt worden, es sei vielmehr auch ein Signal gesetzt worden, daß es keine Räume im Gemeinwesen geben dürfe, für die die geltenden Gesetze keine Anwendung fänden.

An die Adresse der Stadt gerichtet, meinte der Regierungspräsident, sie müsse bei den anstehenden Entscheidungen über die Nutzung des Grether-Areals berücksichtigen, daß hier „keine Operationsbasis für Hausbesetzungen oder andere rechtswidrige Aktionen geschaffen werden kann“.

B2
26.06.
87
↔

potential. Die einzige Öffentlichkeit, die wir haben, ist die Straße. Und diese dürfen und werden wir nicht integrierbare Widerstands-

Der Fahrplan für 1987

DIE LETZTEN HÄUSER SIND GERÄUMT - WILLI 8, WILLI 36, SCHLOSSBERGRING 9 + 11
EBENSO DIE WAGENBURG AUF DEM GRETHER-GELÄNDE.

BÖHME behauptet zwar, daß die räumungen die antwort der stadt auf die sogenannten "pfingstkrawalle" seien. ein härteres vorgehen der stadt gegen alle, die sich konsequent weigern, mit stadt und staat zu klüngeln und zu mauschein, ist aber bereits letztes jahr mit der "NOTHELPER-NOVELLE" - genannt chaotenhetze - eingeleitet worden.

und die zwei hundertschaften knüppler waren schon vorher längst beschlossene sache. IHRE hetze in BZ, radio und fernsehen soll zum einen von ihren eigenen kriminellen machenschaften ablenken, zum anderen soll verhindert werden, daß eine gröbere öffentlichkeit über die ziele unserer autonomen, antiimperialistischen politik nachdenkt.

SIE wissen genau, daß wir sie abschaffen wollen

daß wir gegen herrschaft, macht, unterdrückung und ausbeutung kämpfen

daß unsere aktionen nicht gegen das volk gerichtet sind,

sondern gegen die kapitalisten und bonzen, gegen ihre knechte und einrichtungen.

SIE sagen, die pfingstkrawalle seien ein werk einer kriminellen bande gewesen. jede/r, die dabei gewesen ist, weiß, wie wenig wir die möglichkeiten, die wir uns dabei geschaffen haben, wirklich genutzt haben. daß das material der IHK und des amtes für statistik nicht ausgeräumt und angezündet worden ist, daß der fernsehkoch heil blieb, ist eher ausdruck unserer unsicherheit und schwäche, ausdruck unserer unorganisiertheit als unserer stärke. aber es war trotzdem eine deutliche warnung an all die sanierer, beutelschneider, schreibtschätzer und spezialdemokraten. der weg in die 2/3-gesellschaft ist heiß und steinig.

SIE sagen der harte kern der hausbesetzerszene sei terroristisch. damit wollen sie angst verbreiten, damit sich niemand solidarisiert und beteiligt. das wird aber nicht ganz hinhalten, denn die klangheilmiche freude ist spürbar. zum anderen wird damit öffentlich vorbereitet, daß wir - wie die genossinnen aus der RAF - für lange zeit in isolationshaft gefoltert werden, wenn sie uns kriegen. es stimmt, daß wir den bewaffneten kampffür notwendig und richtig halten. wir haben kritik an den einschätzungen der RAF, die teilweise zu falschen konsequenzen führen, nicht aber an den aktionsformen. wir kämpfen an einer anderen stelle mit anderen formen, aber uns verbindet, daß wir gegen den gleichen feind - gegen kapitalismus, imperialismus uns patriarchat, und für das gleiche ziel - eine klassenlose gesellschaft, kämpfen und somit begreifen wir uns im zusammenhang mit ihnen.

SIE sagen, es wären flugblätter verteilt worden, die zum bewaffneten überfall auf die bullenkaserne aufrufen. daß sie das ernst nehmen und damit propaganda machen, zeigt nur, mit welcher härte sie uns bekämpfen wollen. schön wärs, wenn wir so gut organisiert wären, sowas durchzusetzen. uns fehlen aber sowohl die waffen als auch die entschlossenheit.

wir werden weiter machen, auch wenn sie versuchen, mit ihren generalstabsmäßig geplanten räumungen mit hubschrauber- und SEK-einsatz, mit ihrer übermacht an knüppelschwingenden kapitalistenknechten, uns ohnmacht und hilflosigkeit einzuflöschen.

DA, wo wir wohnen und leben, werden wir weiter gegen die zubetonierung derstädte, gegen soziale kontrollie, gegen spekulatation und rausschmiß kämpfen, auch! wenn wir verstreuter leben als bisher. (vielleicht liegt ja auch darin eine chance, neue leute kennenzulernen und sich mit ihnen zusammen zu schließen.) wir schlucken nicht, daß wohn- und lebensraum eine kapitalistische ware ist, an der sich die kapitalisten bereichern.

WIR werden weiter gegen die ausbeutung durch lohn- und reproduktionsarbeit angehen. wir lassen uns nicht in mies bezahlte jobs durchs arbeits- und sozialamt zwingen. im bereich der lohnarbeit versucht das kapital durch automatisierung und rationalisierung der 'krise' herr zu werden. die umstrukturierung greift ganz offen die in jahrzehntelangen kämpfen der arbeiterbewegung errungenen erfolge an. die ausbeutung soll auch hier wieder mal effektiviert werden.

WIR werden weiter gegen die knäste kämpfen, gegen die kasernierung von menschen, die sie als psychisch krank bezeichnen.

WIR werden nicht zulassen, daß die flüchtlinge, die hierher kommen, eingesperrt, abgeschrieben und/oder abgeschoben werden. dort - wie hier auch - ist das deutsche großkapital (wie daimler, vw, bayer, deutsche bank, ...) mitverantwortlich für den entzug und die zerstörung der lebensgrundlage dieser menschen, für die blutige unterdrückung mittels marionettenregierungen.

WIR werden versuchen, ihre pläne, freiburg

zur high-tech-stadt

zur konsum- und tagungsstadt für die bonzen

zur niedriglohnstadt für die ausbeuter in den fabriken und betrieben zu verhindern - mit vielen mitteln.

die straße ist weiterhin unser terrain. wir werden die bullen auch mal wieder kalt erwischen.

FÜR EINEN LANGEN ATEM !

FÜR MEHR MUT UND ENTSCHLOSSENHEIT !

FÜR EINE GENAUERE BESTIMMUNG UNSERER AKTIONEN !

FÜR DIE ORGANISIERUNG ALLER RADIKALEN KRÄFTE !

FREIHEIT FÜR DEN GEFANGENEN VON PFINGSTEN !



BaWittre Zentfur



Selt den sogenannten "Pflingstkreuzen" ist viel passiert in Freiburg.

Die Althelmstrasse 36 wurde geräumt, der Schloßberg und zuletzt die Wagnburg oberhalb. Es gab zwei Demonstrationen und einen Brandanschlag auf einen städtischen Gauhof.

Doch es gab noch mehr: Allabendliche Treffen von 50-200 Menschen vor der geräumten Althelmstrasse dort u.a. von Fatimas Deutschmann, dem drei Tornados, Fußballturniere wurden durchgeführt...

Doch vor allem gab es Berichte und "Analysen" in der Badischen Zeitung, dem Wochenblatt und im Südsüdwest. In all diesen Medien werden zum Teil gezielte Falschmeldungen verbreitet, andere sind vollkommen unbeschlagen, Presseberichten werden nicht abgedruckt... Kurz: Es wird ein einseitiges, tendenziöses Bild vermittelt.

Die Badische Zeitung, die bekanntlich das Pressemonopol in Freiburg hat, erweist sich als willfährige Werkzeugmacherin, als Sprachrohr der Stadtverwaltung.

Die Berichterstattung ist besetzt mit falschen Argumenten und Aussagen der Gegenseite, der "Szene" werden nicht beachtet oder aber völlig falsch dargestellt. In diesen Informationsmangel aufzubrechen haben in folgenden zum einen BZ-Artikel (von 19.5.-21.5. 87) analysiert, und geben zum anderen eine Richtige Bilanz der falschen Darstellungen.

Der Demonstrationstag am 16.6., zu dem sich ca. 350 Leute vor dem Rathaus getroffen hatten wurde von Anfang an mit aggressiven Aktionen von Seiten der Polizei konfrontiert. Die Demonstranten wurden von der Polizei eingekreist, Einzeltrupps drangen immer wieder in den Zug um das "Regen" zu beschlagen.

Es wird jedoch behauptet, daß die Proportionen von den Demonstranten ausgehen seien: Sie hätten Tefengas und Holzlaten gegen die Polizei eingesetzt, seien verurteilt gewesen... was schlichtweg eine Lüge ist.

Schlagstöcke und Tränengas

Rangieren um die "Demo" der schwarzen Blocks

Zu häufigen Auseinandersetzungen zwischen den schwarzen Blockdemonstranten und der Polizei... Die Stadt hat sich nicht mehr wehren. Rechtsbruch und Gewalt anzunehmen... Polizei und Justiz seien nun aufgerufen, gegen den harten Kern krimineller Chauvinisten vorzugehen... Denn wir, die Stadt, sind ja keine Ermittlungsbehörde.

Es ist zu vermuten, daß durch diese falsche Berichterstattung der martialische Schlagstockeinsatz gegen die Demonstranten auf der Ka-20 gerechtfertigt werden soll. Die Polizisten hatten auf die eingekesselten und somit schutz- und bewegungslos demonstrierenden händlos eingeschlagen. Hierbei wurden 13 Demonstranten verletzt, eine davon schwer.

Aus diesen Flugblättern wird das einzige satzliche gemalte herausgegriffen und den Lesern als ersatznehmend präsentiert. Es wird gezielt dazu benutzt, die BürgerInnen als von einer Horde militanter Chaoten bedroht darzustellen, Angst zu schüren und somit jede rationale Auseinandersetzung von vornherein zu unterbinden.

Nach ein mehrmaliges übertragenes Flugblatt wurde sich am 1. Juni auf einer Demonstration der Stadt Freiburg mitgeteilt: "Gemeinsam wir müssen rechnen!"

Jach von Tausenden der Althelmstr. 3 und der Althelmstr. 35 wurde am Samstag, dem 20.6.87 auch der Schloßberg 9-11 geräumt. Im Fall der Althelmstr. 35 erging das Gerichtsurteil zur Räumung des Hauses vor Pflingsten. Resultat: die Räumung! Im Fall des Schloßbergs 9-11 hatte Hausbesitzer Jasterfeld schon vor der Gemeinderatsitzung einen Räumungsantrag gestellt und daher konnte davon ausgegangen werden, daß die Veränderungsgesetze nicht länger aufrecht erhalten werden würden. Resultat: die Räumung!

Die 32 versucht, wie die Stadt, den Leser die Räumung des Schloßbergs 9-11 als Antwort auf die Pflingstkreuzalle zu verkaufen. An keiner Stelle wird darauf geachtet, daß die Räumungen schon vor Pflingsten beschlossen wurden.

22.6.87
Lila Kied
(ul/4p/4p)

22.6.87
Schloßberg
(Richard Lefter)

22.6.87
"Gerücht"
(Kommun v. Wolf/Jung Fick)

22.6.87
"Spottkaktus Räumung"
(Richard Lefter)

22.6.87
"Stadt nicht..."
(Ulrich Homann)

19.6.87
"Alle Fraktion..."
(Ulrich Homann)

23.6.87
"Stadt nicht..."
(Ulrich Homann)

23.6.87
"Gerücht"
(Kommun v. Wolf/Jung Fick)

23.6.87
"Stadt nicht..."
(Ulrich Homann)

23.6.87
"Gerücht"
(Kommun v. Wolf/Jung Fick)

23.6.87
"Stadt nicht..."
(Ulrich Homann)

23.6.87
"Gerücht"
(Kommun v. Wolf/Jung Fick)

23.6.87
"Stadt nicht..."
(Ulrich Homann)

unmöglich. Die Stadt will sich offensichtlich hart zeigen, aber nicht direkt mit Polizeigewalt in Verbindung gebracht werden.

Jetzt gelte es, das Umfeld, das als Terror umschrieben werden muß, einzugrenzen und zu isolieren. Die Stadt hat sich nicht mehr wehren. Rechtsbruch und Gewalt anzunehmen. Polizei und Justiz seien nun aufgerufen, gegen den harten Kern krimineller Chauvinisten vorzugehen. Denn wir, die Stadt, sind ja keine Ermittlungsbehörde.

In einem, auf den ersten Blick sehr zusammenhangslosen Bericht Homanns wird im Anschluß an die Räumung über Festnahmen von Einbrechern berichtet. Wieder soll den Bürgern die dauernden Streifen als sinnvoll, auch in ihren Nachbarschaften dargestellt werden.

Dort hat die Präsenz der Polizei Auswirkungen auf andere Bereiche der Kriminalität - Einbrecher haben es in diesen Tagen schwerer zu haben als sonst. Zwei Männer, 31 und 19 Jahre alt, die in der vorhergehenden Nacht in der Fußgängerunterführung Rotteckring/Eisenbahnstraße eine Scheudienstschleife hatten montieren wollen, waren dingfest gemacht worden. Verursachungspolizisten nahmen auch zwei junge Männer fest, die im U-Bereich einen Autokasten und mehrere Fahrräder beschädigt hatten. Schließlich wurde auch ein Einbruchversuch in eine Gaststätte unterbunden. Jene Täter, die in der Nacht zum Montag an der Ecke Tal/Gunterstraße eine Scheibe einwarfen, entgingen indes dem polizeilichen Zugriff.

Die 32 legitimiert im Nachhinein durch die Zusammenstellung ansich zusammenhangsloser Berichte das Vorgehen der Stadt, ohne es auch nur ein einziges Mal infrage zu stellen.

Ganz schlimm ist der folgende Artikel von Homann. Eine Unterstellung folgt auf die andere. Keine der hier mit "möglicherweise", "offenbar", "ermöglicht hätten" etc. angebotenen Spekulationen ist eingetretten. Dennoch gewinnen flüchtige Leser den Eindruck von kriminellen Gesetznern, deren Gewalt die Polizei nur knapp entgegen sei.

Dabei wird sich auf einen "verständlichen Ruf nach Härte" berufen (von wem bleibt offen). Daß diese Härte Polizeigewalt bedeutet wird anschließend erklärt.

Auch kundig, sagte der Oberbürgermeister, müsse die Stadtpolitik bei allem verständlichen Ruf nach Härte vermeiden, daß weitere Gruppen der Szene mit den gewalttätigen Aktionen gemeinsam aufziehen. So gesehen sei die Entscheidung über die Güterhalle für die Stadt äußerst bedeutsam. Bohme bekannte sich dazu, mit Härte gegen Gewalt und Rechtsbruch vorzugehen. Dazu seien alle rechtlichen und polizeilichen Mittel einzusetzen. Politisch müsse das Problem gelöst werden, da sich der harte Kern nicht in einem positiv bestimmten Umfeld bewegen könne.

Um den Bürgern die erhöhte Polizeipräsenz auch schmackhaft zu machen wird zuerst auf die lobenswerte permanente Einsatzbereitschaft der Polizei hingewiesen, die die erhöhten Erwartungen an "Effizienz" zufriedenstellend erfüllt.

Oberbürgermeister Bohme sagte gegen vor Polizisten, neben der Antwort der Polizei und Justiz, was denn er in diesen Tagen eine "erhöhte Effizienz" erwarte, müsse es auch politische Antworten geben. Die Stadtverwaltung werde entsprechende Vorschläge erarbeiten und vorlegen.

Dann wird den Lesern klargemacht, wie notwendig eine erhöhte Polizeipräsenz (durch die Stadt fahrende Mannschaftswagen, SÖKs, Streifen, Überwachungen) sei. Jeden Versuch, in Freiburg ein Haus zu besetzen, wird nach den Worten des Oberbürgermeisters entgegengegriffen. Von Seiten der Polizei verurteilt, sie verurteilt die Kräfte, die sie anfordere und sie sei personell in der Lage. Bei aktuellen Anlässen schnell eingreifen. Im Auge hätten die Polizeikräfte auch die Außenbezirke der Stadt.

Da sie die Stadt sich nicht als Ermittlungsbehörde begreift, muß diese Aufgabe von der Polizei übernommen werden. Eigentlich logisch. Logisch ist aber auch, daß die Stadt der Polizei vorsteht und die Verantwortlichen

In der Wohnung der seit Dezember 1986 im letzten Haus am Schloßberg wohnen an, Pflingstkreuz alle mitteilbar Hausbesitzer vorangehen die 17 Verurteile auf wien der Ordnung, walle und einen Sachschaden von 100 und 1000 Franken. Nach dem die Stadt daraufhin die illegalen Bewohner eines Hauses an der Wilhelmstraße durch Polizeikräfte vor der Tür gestellt habe, mit ein Brief an die Stadt, die die städtischen Haushalt vor sich wurde.

Ufer wurde auf den Nachweis eines anderen Wohnsitzes der Besetzer hingewiesen, was den Eindruck erwecken soll, daß die Leute es garnicht nötig haben, Wohnraum zu besetzen, ja vielleicht sogar 2 Wohnungen haben. Daß eine reine Meldeadresse etwas anderes als ein Wohnsitz ist, sollte jedem klar sein.

Sechs vor 21 Bewohner, die aus mehrheitlich einen anderen Wohnsitz als dem Schloßberggering vorsehen konnten, wurden nach Polizeiergeben schon gegen 21:45 Uhr wieder auf freien Fuß gesetzt.

Die Stadt betont ihren Willen zur Isolierung und Befriedung der "Loyalitätler". Einerseits wird damit die Trennung in "brave Mitbürger" und "Gewalttäter" vorangetrieben, andererseits ermöglicht es, die ausgegrenzten mit "Terroristen" und ähnlichen Begriffen zu brandmarken.

W. In Freiburg wurde am Samstag das letzte noch besetzte Haus geräumt. Für die militante Hausbesetzerzone bedeutet das zugleich den Verlust des letzten für jedermann sichtbaren Symbols ihres Widerstands gegen eine auf Befriedung und auf die Isolierung von gewalttätigen Gruppierungen angelegte Politik der Stadtverwaltung. Entsprechend heftig war die Reaktion der Betroffenen. Nur durch eine erhöhte Polizeipräsenz konnten Ausschreitungen und Beschädigungen in der auf die Räumung folgenden Nacht in Grenzen gehalten werden.

hier versucht ihnen die Hausbesetzer mit allen Mitteln zu kriminalisieren. Das Scheitern dieser Kriminalisierung lastet er der Staatsanwaltschaft an. Die Stadt dagegen wäre entschlossen, mit aller Härte vorzugehen.

Polizeipressereferent Gerhard Buch
erzählt die von den Besatzern vorge-
nommene Sicherung des Gebäudes
behälterring Will erleichtere der
Polizei die Suche gegen eine Wieder-
besetzung des Haus wachsterrich-
lich Anfang Juli abgerufen wird. Die
Welle mit normale Türen waren von
innen mit zementierten Balken-
ten und Abstützungen durch weitere
Balken gesichert gewesen. Mit Metall-
zweimanteln die möglichermesse
nach Landgerichtliche Zustimmung
hatten ein Durchgehen der Türen
verhindert werden sollen. Zwei Räume
in dem Haus waren nach Angaben des
Polizeipressereferents bereits gesichert
worden. Die Polizei habe deshalb eine
Wand einschlagen müssen, um Besetzer
aus einem dieser Räume herauszu-
locken zu können. Offenbar zur Abwehr
von anstreichenden Polizeikräften ge-
dacht waren Vorratungen gewesen,
die es ermöglicht hätten, aus Keller
stern Flüssigkeit auszuschießen und
aus umkullierten gestohlenen
Einbauleuchten Steine oder andere
Material auf ein Haus stehende Perso-
nen zu kippen.

23.6.87
"Was nicht Loh-
zahlung"
(Ulrich Homann)

Weiterhin wird bei den Lesern der Eindruck
erweckt, daß die Besetzerinnen des Schloß-
bergrings die Räumung durch die Verweiger-
ung einer Begehung des Hauses im Grunde
selbst verursacht hätten. Daß aber ein
Gutachten ein sofortiges Aus für das Haus
bedeutet hätte, obwohl 2 Jahre Bewohnen
die Nutzbarkeit erwiesen hat, ist klar.
Die Stadt wollte eine Grünfläche errichten,
Jesterfeld plante einen Neubau. Der Abriss
war in beiden Fällen angesagt.

Das Anwesen am Schloßberg
schon in der Vorweihnachtszeit
des Jahres 1986 zu selbst wurden. Doch
erst jetzt am 27. Mai hatte der Gegen-
stand einer schriftlichen Klageumge-
wollt es geschickt bis dahin hatte sich die
Stadt bemüht das Gebäude zu erwer-
ben um im Rahmen einer zwischen-
zeitlichen "erweiterten Wohnraum zu er-
halten. Im Haus selbst jedoch hat-
ten sich nach Angaben der Verwaltung
Jahre gewandelt. Vertreterin der Stadt
erlaubt das Haus auf Aufnahmestru-
ktur des baulichen Zustandes zu betreten."

22.6.87
"Spekulative Räumung
am Schloßberg"
(Reinhard Lepper)

Mit einem Stil, der eines Action-Thrill-
lers eher angemessen wäre, denn einer
Zeitung, beschreibt die BZ in schillern-
den Farben, welch gefährvollen Einsatz
die Ordnungskräfte der Stadt - sprich:
die Feuerwehr beim Brandanschlag auf
den städtischen Bauhof - zum Schutz der
Bürger und des städtischen Eigentums
aufzunehmen.

Erst als die alarmierten Feuerwehr-
leute die Flammen gelöscht hatten,
sollten sie fest, welche Gefahr ihnen
droht hatte.

Zur Verhinderung weiterer gewalt-
tätiger Aktionen hat die Polizei
die Bewachung ergriffen. Hinweise,
die auf die Vorbereitung von Strafen
schließen lassen, wofür über die
Telefonnummern 822410 und 822471
an die Polizei weiterzugeben. In beson-
dere einigen Fällen sollte der Notruf
110 benutzt werden.

13.6.87
Brandanschlag
(Fick)

Durch die Gleichsetzung von Stadtpolitik
und Bürgerwille sind automatisch alle
diejenigen auf die andere Seite gestellt,
die die Politik der Stadt für verfehlt
halten. Dennoch versucht die BZ sogar
noch einen Teil dieser anderen Seite
gegen die auszuspielen, die sie als har-
ten Kern bezeichnet. Zu diesem Zweck
spricht sie das alternative Spektrum
ebenfalls als Mit-Bürger an, versucht
es unter dem Wir-Gefühl zu vereinen und
hatschelt väterlich-gutmündend die Su-
che nach alternativen Lebensformen.

13.6.87
Gewalttäter
(Fick)

Obfragt ist vornehmlich ein aktives
Leben für eine Gemeinschaft, in
der man unabhängig von der jewei-
ligen Lebensphilosophie in Frieden
miteinander leben und sich auch
sueinanderersetzen will. Niemand
sollte die Gewalttäter einer Min-
derheit jenen anlassen die auf der
Suche nach neuen Lebensformen
sind. Es ist jedoch naheliegend daß
die Verbundgruppen, innerhalb
der alternativen Szene so dicht
sind, daß zumindest die führenden
Vertreter aus diesem Kreis wissen,
wie sich der harte Kern der Gewalt
zusammensetzt.

13.6.87
Alle Fraktion
(Homann)

Zum Abschluß der Debatte betonte
Oberbürgermeister Rolf Böhm, die
Stadt würde mit keiner Gruppe kom-
promittieren. Die "nicht die Mündel und die
dort ausgeübte Gewalt abhebt".
Gleichzeitig verteilte Böhm die Auf-
sicht großen Teile des alternativen Be-
reichs standen manchen Institutionen
und politischen Entscheidungen des
Staates und der Stadt kritisch gegen-
über, dennoch hatten sich fast alle
diese Mitglieder bei ihrem politischen
Handeln zu den Grundwerten des Ge-
waltverzichtes und der Rechtsstaatlich-
keit bekannt.

Alternative Kultur und Lebensformen sind
für die Stadt so lange akzeptabel, als
sie benutzbar sind: Alternativläden,
Kulturveranstaltungen und hübsche Gä-
rten sind allemal eine Bereicherung für
das touristische Angebot. An den ver-
meintlichen Freizeitschein der Stadt, nach
neuen Wegen des Zusammenlebens und des
-arbeitens zu suchen, ist allerdings ei-

In einer ersten Bewertung des
Brandanschlags durch die Stadtver-
waltung wird es, daß die Art der Aus-
führung und Vorbereitung des Brand-
anschlags bewirkt habe, daß diese
kleine Gruppe mit einer hohen krea-
tiven Energie nicht vor großer Ge-
fährdung für Leib und Leben Unberu-
flichter zurückbleibe. Die Stadt wer-
de wie schon mehrfach erklärt, Gewalt
und Rechtsbruch mit aller Härte und
mit allen rechtsstaatlichen Mitteln be-
kämpfen.

13.6.87
Brandanschlag
(Fick)

Nach Ursachen für Unruhen und Anschlä-
ge wird längst nicht mehr gesucht - wann
wurde das ja? -, sondern es wird eine
menschenzentrierte Gruppe konstruiert,
durch die der gänzlich unbeteiligte Bür-
ger zum ständig möglichen Opfer wird.

Es geht jetzt nicht dar-
um, die unbestritten klugen und
ausgewogenen Analysen über die
Ursachen von Jugendunruhen her-
vorzuheben, sondern darum, mit
einer Gruppe von Rechtsbrechern
fertig zu werden, die diese Stadt
mit nacktem Terror überziehen will
und sich auch nicht davon scheut,
das Leben von Menschen in Gefahr
zu bringen.

13.6.87
Gewalttäter
(Fick)

Hier die Guten, dort die Bösen. Schwarz
und weiß.

Der Brandanschlag in den ersten
Stunden des Frühjahrs hat die Erkenntnis
nur bestätigt, daß in Freiburg eine neue Stufe der
Ausentwicklung mit einer ständig
gewaltbereiteren und kriminellen
Gruppierung erreicht ist. Die
Pingsitzwelle hatten das schon
mit einer erschreckenden Deutlich-
keit gezeigt.

13.6.87
Gewalttäter
(Fick)

Nach den Pingsitz-
wällen in einem Sanierungsgebiet und
nach den Brandanschlägen am Früh-
jahrsanfang sah die Stadtverwaltung
nun aber keine andere Wahl mehr, als
die sofortige Räumung aller Häuser
anzuwenden, die von polizeibekanntem
Unruhestiftern immer wieder als
Stützpunkte benutzt wurden.

22.6.87
Serikum
(Fick)

Den Bürgerinnen und Bürgern, solcherart
in Angst versetzt, weist die BZ gleich-
zeitig den Weg, wie mit dieser Angst -
ständig und überall Opfer von Anschlügen
werden zu können - fertigzuwerden ist:
die Bürger der Stadt sind viele im Ver-
gleich mit dem "harten Kern der Chaoten",
und die Bürger im Verein mit der Stadt
erhalten zusammengeschweißt durch ein
neues Wir-Gefühl die dringend benötigte
Stärke.

Man muß sich
den jüngsten Ereignissen von den
Vertretern der alternativen Kul-
turszene verlangen, daß sie in den
eigenen Reihen für klare Verhält-
nisse sorgen und den Gemeinwesen
auch intern entschieden entgegen-
treten.

13.6.87
Gewalttäter
(Fick)

Abgrenzung, Ausgrenzung, Denunziation:
letztlich die gleiche Abfolge, wie bei
den nicht-alternativen Bürger das Unver-
ständnis zu untermauern. Politische Be-
tätigung ist allerhöchstens so lange ge-
duldet, als sie mündlich geäußert wird
und daher nichts bewirkt gegen eine
Stadtpolitik, die ein Programm hat, das
sie sich durchsetzt. Um dies in den Hin-
tergrund treten zu lassen werden die
Mitglieder verschiedener alternativer
Gruppen als geseppete Mit-Bürger darge-
stellt, die sich von den sogenannten Ak-
tivistInnen für deren Ziele ausnutzen las-
sen.

13.6.87
Alle Fraktionen
(Homann)

Diese Gruppe und deren Anhänger
sind im Gegensatz zu einer kleinen
Gruppe von etwa 50 bis 100 gewalttätigen
AktivistInnen, auf welche Weise in
das politische, wirtschaftlich-moralische
und geistig-kulturelle Leben der Stadt
einzuwirken. Der "harte Kern", den
Böhm auch als "Autonomie" bezeich-
nete, versucht seit Jahren, politische
Interessen anderer Gruppen für eigene
Zwecke auszunutzen und durch Ge-
walt-Aktionen eine Solidarisierung mit
dem übrigen Bereich der "Szene" zu
erreichen.

Durch diese Strategie ist man endlich
dort, wo man immer hinwollte: hier die
Stadt mit ihren Bürgern und denen, die
dazugehört werden wollen - sprich:
diejenigen, die sich distanzieren - und
dort eine kleine Gruppe von GewalttäterInnen
- deren Gründe man sich weigert wahrzu-
nehmen - die es auszuscheiden gilt um
jeden Preis. Man könnte meinen, die
Stadt habe sich einen ganz bestimmten
Personenkreis zwischen 100 und 200
Personen herausgesucht, der sie, egal
wie, dingfest machen will.

Oberbürgermeister Böhm (SPD)
juchte nach der Räumung die Ent-
schiedenheit der Stadt, gegen die Ge-
walttäter einen kriminellen Kern der
HausbesetzerInnen "kompromittieren"
vorzugeben.

22.6.87
Leitartikel
(er/dyn/AP)

Der Brandanschlag in der Nacht zu
Frühjahrsbeginn hat nach den Worten
von Oberbürgermeister Böhm "hoch
sensible Energie" offenbart. Was
er der Anschlag in der gegebenen Wei-
se voll gelungen es habe einen "ganz
großen Schaden auch für völlig unberu-
flichtige Personen bedeutet". Die Stadt
hoffe jetzt, mit der Ausweisung einer
höheren Bewachung dazu beizutragen,
daß die Polizei die Täter erwischt.

23.6.87
Rechnung
(Homann)

Der ständig herausgestellte Gegensatz
zwischen den religiösen Festen Pfingsten
und Fronleichnam einerseits und Barrikaden-
bau und Brandanschlag andererseits
schürt unterschwellig das Unverständ-
nis und die Weigerung nach Ursachen zu
fragen der meisten BZ-Leser. Hier die
friedlich-religiöse Betätigung - dort
gewalttätiger terroristischer Widerstand.

Im übrigen muß mit allen
rechtsstaatlichen Mitteln vorgehen
werden, die Gewalttäter zu finden
und zu überführen. "Wir geben kei-
ne Ruhe", haben sie am Donnerstag
auf ein Blatt Papier geschrieben.
Die Bürger dieser Stadt erwarten
jetzt, daß diese Krawallen nicht
zur Ruhe kommen. Wolfgang Fick

13.6.87
Gewalttäter
(Fick)

Mit der
Entscheidung sollte dem harten
Kern der Chaoten klar gemacht wer-
den, daß er die Grenze von einer Pro-
testbewegung in Richtung Terror und
Gewalttätigkeit überschritten hat
und daß die Stadt und ihre Bürger des-
wegen Entscheidung entscheiden entge-
genetzen.

21.6.87
Serikum
(Fick)

Was die Gründe sind für Barrikadenbau
und Anschläge fragt die BZ nie, im Gegen-
teil, sie weigert sich, wie oben gesehen
(Fick-Kommentar "Gewalttäter" vom 19.6.),
Ursachen wahrzunehmen und verbietet dies
auch indirekt ihren Lesern. Was aber die
Bürger dieser Stadt wollen und fordern,
weiß die BZ dagegen immer, d.h. sie ver-
mittelt geschickt diesen Eindruck und
die Rechnung geht tatsächlich auf. Die

BZ kann sich sogar erlauben ihre Leser
wie zu Zeiten der großen Terroristen-
hetz zur Jagd aufzufordern. Denn: wer
denunziert hat Macht, und wer Macht hat
wöhnt sich selber groß und stark. Was
ist besser, als eine Stadt mit lauter
kleinen Richtern, die darüber die eigen-
nen Alltagsprobleme beiseite schieben.

In der Nacht zum Sonntag warf eine
auf 200 Personen gewachsene Kern-
gruppe von Hausbesetzern in der Stadt
Schuttensteinen ein, an fünf Ge-
bäuden entstand ein Schaden von etwa
25 000 Mark.

Es scheint kaum möglich, daß eine Grup-
pe von 200 Personen ungefaßt randalie-
rend durch die Stadt rennt, wenn bei dem
derzeitigen Polizeiaufgebot eine Gruppe
von 10 Leuten schon negativ auffällt
(es sei denn, es sind Bundeswehrsoldaten,
die lautstark wie sonst niemand ihren
Wehrabschied feiern dürfen). Man kann
also annehmen, daß durch solch verflächt
Berichterstattung eine schon vorher be-
rechnete Anzahl von Leuten kriminalisiert
werden soll, um es dann mit der Aburteil-
ung leichter zu haben. Abgesehen davon,
daß auch ein harter Kern kein solch ge-
walttätiger militärischer Haufen ist, wie
es die BZ ständig vermittelt, wird er
sorgsam eingeführte Begriff auf eine An-
zahl von Leuten ausgezehrt, die schlicht-
weg anders denkt, ohne daß dieses Anders-
denken inhaltlich ein einziges Mal in
einem Bericht dargestellt worden wäre.
Es ist ja auch nicht das Ziel von Stadt
und BZ Verständnis zu wecken, sondern
Unverständnis unter Lesern/Bürgern zu
schüren, um politisch Andersdenkende
ungestört ausschalten zu können.
Gezeigt hat diese Auseinandersetzung mit
der einzigen Zeitung Freiburgs, daß die
BZ keine Zeitung ist, die Wert legt auf
einigermaßen objektive Berichterstattung.
Wie BZ ist Sprechrohr Böhms und Legiti-

mationsblatt für die Vorgehensweise der
Stadt, deren sämtlichen Maßnahmen be-
kletscht werden ohne ein einziges Wort
der Kritik. Was die BZ unterläßt müssen
wir schon selbst tun: Kritisch lesen,
Augen offen halten und immer fragen,
"Warum, warum!"
Es dauert nicht lange und man hat ein
"Darum!!!"

RÄUMUNG DER STADT FREIBURG

DEMONSTRANTEN INFORMIEREN PASSANTEN

FREIBURG 2000

Wir bleiben dabei: Badische Zeitung lügt.

Keine Frage. Freiburg will sauber bleiben.

Die Krawallgemachten endgültig unter den Teppich kehren, um so ein investitionsfreundliches Klima zu schaffen, in dem Spekulanten sich wieder wohl fühlen dürfen.

Die flammenden Pfingst-Krawalle brennen erstaunlich lange, sollen nach eindeutigem Bekunden von Stadt und Badischer Zeitung wohl erst erlöschen, wenn die HausbesetzerInnenbewegung zerschlagen ist und ihre Inhalte auf einen integrierbaren Rest zusammengeschrumpt sind.

Die Badische Zeitung bemüht sich, durch fortwährende Falschmeldungen das Handeln der Stadt als pure Abwehr von Gewalt erscheinen zu lassen:

– Da wird (wie Polizeichef Schreiber dem SWF berichtet) die von langer Hand geplante Räumung der Willistraße 36 plötzlich zur »ersten Antwort auf die Pfingstkrawalle«.

– Die Demonstration während der letzten Gemeinderatssitzung war gerichtet gegen die Willi 36 Räumung, gegen die Freigabe des Schloßberggrings 9/11 für die Spekulationszwecke des Eigentümers und gegen die Rücknahme der Gießereihallennutzung für den AAK. Eine laut SWF versuchte Rathaussturmung war nicht angesagt. In der Badischen Zeitung verkommt die »Demo des Schwarzen Blocks« völlig inhaltsleer zur Gewaltorgie, die in Verkehrung der Tatsachen von den DemonstrantInnen provoziert worden sei. Die farbenfrohe Phantasierung von Krawallen ist angesichts 13 verletzter DemonstrantInnen übler Sarkasmus.

– Der Schloßberggring 9/11, aus dessen Areal die Stadt gern eine Grünfläche gemacht hätte, ein Symbol gegen dubiose Spekulationspraktiken ist in der Badischen Zeitung eine »Fluchtburg für Gewalttäter«. Der Räumung am Schloßberggring war eine Demonstration von über 800 Leuten vorausgegangen, die sich gegen diese Räumung richtete und sich gegen das quasi-Demonstrationsverbot kraft knüppelnder Argumente und Einkesselungsmanöver verwehrte. Leider gingen dabei die Scheiben der Commerzbank, die als einziges »gefährdetes Gebäude« keinerlei Objektschutz erhalten hatte, nicht zu Bruch, sodaß eine hervorragende Möglichkeit, die Räumung als Vergeltungsmaßnahme darstellen zu können, vertan war. Da wurde halt dann ein satirisches Flugblatt von Böhme und BZ zum ernstgemeinten Aufruf zu einer »bewaffneten Demonstration« zurechtgebogen.

Die auf Gewalt reduzierte tendenziöse Berichterstattung der BZ als Sprachrohr der Stadt hat Tradition. Schon die Schwarzwaldhofbewohner mußten sich als »Sympathisantenkreis des Terrorismus« einordnen lassen, als ihre Räumung vorbereitet wurde, die Darstellung dieser Räumung als Vergeltung wurde durch eine herbeigeKnüppelte Scherbennacht bewerkstelligt.

Die von der Stadt verordnete BZ-Propaganda hat ein offensichtliches Ziel: Das Ablenken von mißliebigen politischen Themen und die Diffamierung ihres erwählten Gegners als gewalttätiges Monster.

Warum, so bleibt zu fragen, wird diese Stadt-Politik betrieben? Welche Interessen werden mit der Grün-Sanierung der Innenstadtausweitung, dem Bau der KTS (Kultur- u Tagungsstätte) verfolgt? Oder ist Böhme nur ein bö Mensch und Profineurotiker?

Die langfristige Umgestaltung der Stadt gehorcht dem all Prinzip des Profits, das immer neue Formen seiner Realisierung zu suchen gezwungen ist. Nach den Jahrzehnten c Wiederaufbaus, der Vollbeschäftigung und des relativ l hen Lebensstandards geriet auch die BRD in eine tiefgreifende, strukturelle Krise. Das angehäufte Kapital ließ sich ni mehr gewinnbringend investieren. Die seitdem laufen Umstrukturierung gesellschaftlicher, ökonomischer und f litischer Zusammenhänge soll die Verwertung des Kapit wieder ermöglichen. Die zentralen Strategien dieser Ver derung sind allgemein bekannt: Neue Technologien u neue Formen der Arbeit/Ausbeutung (Flexibilisierung c Arbeitszeit, Teilzeitarbeit etc.), Arbeitslosigkeit und ne Armut. Unter anderem soll die Volkszählung die dazu ber tigten Daten herbeischaffen.

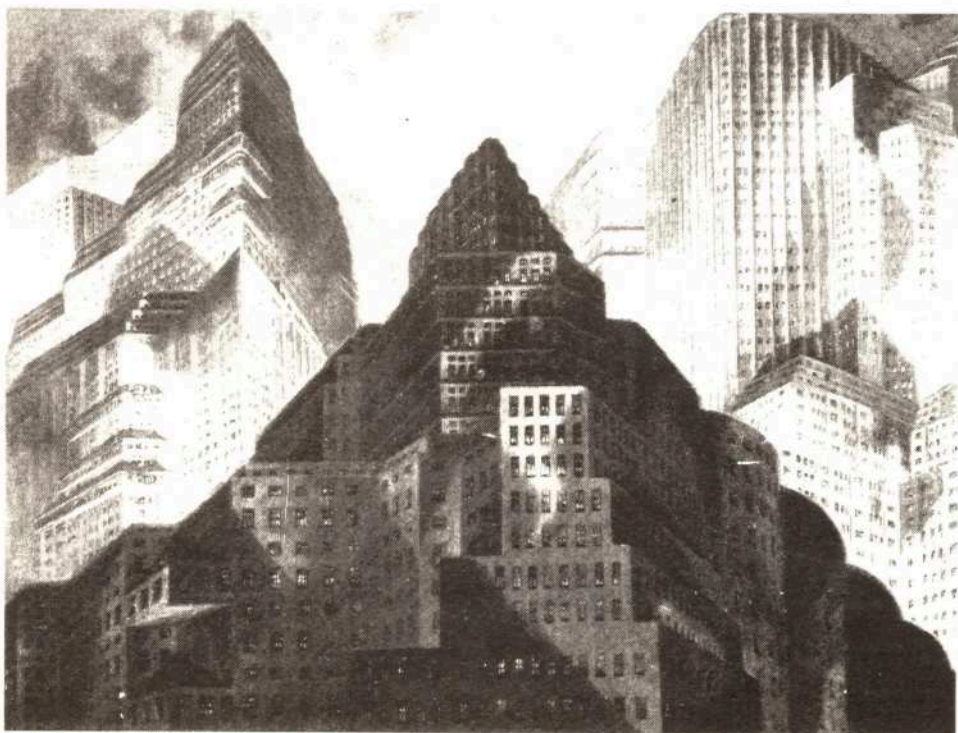
Konkret für Freiburg bedeutet dieser Prozeß den Ausb zu Oberzentrum der Regio, wie ihn der Stadtplaner Arr in seiner technokratischen, aber keineswegs wirklicher fremden Utopie »Freiburg 2000« prognostiziert. Die eine nie dieser Planung bedarf direkt der Sanierungsmaßne men, gegen die die Häuser besetzt wurden. KTS, Verkeh planung, Landesgartenschau, Neubau der Commerzba in der Kaiser-Josef-Straße usw. sollen Freiburg weiter z Einkaufs- und Touristenstadt entwickeln. Die zweite Lir wird mehr im Stillen durchgezogen, obwohl ihr in der G samtplanung mindestens die gleiche Bedeutung zukomr High-Tech-Firmen wie Litel, Intermetall (ITT), Nixdorf u IBM, die wesentliche Zulieferer der Rüstungsindustrie sir dominieren die Freiburger Industrie. Diese zukunftssträc ge hochtechnologisierte Produktionsweise wird durch d Umbau der ursprünglich geisteswissenschaftlichen Univ sität weiter vorangetrieben. Die Modelle einer direkten Z sammenarbeit von Forschung/Ausbildung in der Univer tät und Anwendung in der Industrie werden systematis realisiert. – Siehe z.B. Technologiezentrum.

Die Menschen in Freiburg werden von dieser Entwicklu als Mieter und als ökonomisch Abhängige getroffen.

– Die geplante Umstrukturierung von Arbeit in immer bes qualifizierte Arbeitsplätze (Ingenieure, Verwaltungsfachle te, Computerspezialisten etc.) bei gleichzeitiger Ration sierung produziert ein immer größeres Heer von billigen / beitskräften, Jobbern und Arbeitslosen. Betroffen sind v allem Menschen ohne Ausbildung, Frauen, ältere Arbeit Innen, Jugendliche, denen gar keine Ausbildungschan gegeben wird.

– Die eingeleitete Entwicklung verschärft die soziale La durch Kürzungen bei Sozialhilfe, Sozialleistungen, da c Stadt ein Großteil ihrer finanziellen Ressourcen für den Bi der Kultur- und Tagungsstätte (KTS) und die Ausführung i rer Verkehrsplanungskonzepte wie der B 31- Ost, der Ne bebauung der Bahnhofsplatte benötigt.

– Sanierungen und Stadtteilveränderungen werden an pifitorientierte Privatfirmen verdeal (Commerzbank am Me tinstor, Schwarzwaldhof, Teilprivatisierung von Häuse und Wohnungen der Stadt, Siedlungsgesellschaft) – d Mieten steigen, die Bewohner wechseln, Freiburg wird te rer: so wird z.B. im Stadtteil Stühlinger die bestehende Infstruktur von kleinen Läden, Handwerksbetrieben, billige Wohnungen für Familien, alte Leute und WGs, über die S nierung und sogenannte »Wohnfeldverbesserung« zerstö Die geplante Veränderung des Stühlingers für den gehob nen Wohn- und Freizeitbedarf (Klein-Schwabing) zwin Menschen, ihre jetzigen Wohnungen und Betriebe aufzugi ben.





Die SozialdemokratInnen versuchen die Stadtanierung durchzusetzen, indem sie möglichst vielen gesellschaftlichen Gruppierungen die Veränderungen schmackhaft zu machen versuchen. Die auftretenden sozialen Widersprüche verdecken sie mit einer Gemeinschaftsideologie, die jedem das Beste verspricht: den Geschäftsleuten die KTS (Kultur- und Tagungsstätte), der Industrie die High-Tech-Firmen, den Alternativen eine Kulturhalle. So entsteht die Vision einer geeinten ökonomisch prosperierenden und ökologisch gesunden Stadtgemeinschaft- eine Perspektive bis weit über das Jahr 2000 hinaus. D.h. es soll gerade nicht bewußt werden, was die Frauen und die HausbesetzerInnen, die Arbeitenden und die SozialhilfeempfängerInnen, die StudentInnen und die arbeitslosen Jugendlichen an gemeinsamen Interessen verbindet.

Wer ist die Schönste im ganzen Land?

Die Tübinger – die Karlsruher – die Göppinger – oder die Freiburger Einsatzhundertschaft?

Alle sind sie wieder da, sehen Sie sie sich genau an!

Aber nun im Ernst. Warum sind sie wirklich da?

Die Entwicklung Freiburgs, wie sie geplant ist, wird neue Minderheiten, neue alte Problemgruppen, neue Armut erzeugen. Diese Gruppen sollen verschwinden, denn die Unzufriedenheit der Benachteiligten ist Nährboden sozialer Unruhe und stört die unsoziale Ruhe. Aber da das Problem nicht verschwindet, das diese Gruppen hervorbringt, bleibt die Frage: Wohin mit ihnen? Bei der „Lösung“ dieser Frage spielt – nicht nur in Freiburg, sondern in der ganzen BRD – die Polizei eine wichtige Rolle.

WARUM ZUM TEUFEL GEHEN WIR ALLE, OHNE ZU WISSEN WOHIN, ALS OB WIR SCHAFE WÄREN?



AUFRÜSTUNG

Polizeipräsident Fröhlich glaubte »Angreifer in militärischer Form gestaffelt« entdeckt zu haben und Kollege Gregg von der Polizeigewerkschaft hatte das passende Gegenmittel parat: Er forderte die rechtliche Freigabe von Distanzwaffen für die Polizei. (BZ v. 9.6.)

Aus Stuttgart wurde ein erneuter Vorstoß für ein Vermummungsverbot signalisiert und für Freiburg wurde eine weitere Polizeieinsatzhundertschaft gefordert.

Wohin sie ihn jagen, dorthin geht der Aufruhr, und wo er verpagt ist bleibt die Unruhe hoch. (Berolt Brecht)

RÜCKGABE DER GERÄUMTEN HÄUSER: WILLI 8, WILLI 36, SCHLOSSBERGRING 9/11

RÜCKGABE DES GERÄUMTEN GELÄNDES AN DIE WAGENBURG

FREILASSUNG DES GEFÄNGENEN SCHÜLERS VOM 6. JUNI

ABZUG DER BULLEN

KEINE KULTUR- UND TAGUNGSSTÄTTE

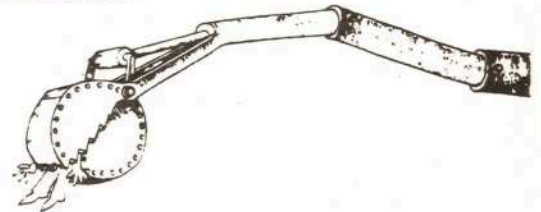
KRIMINALISIERUNG

Ein seit der Pfingstnacht inhaftierter 17-jähriger Schüler stellvertretend für all diejenigen, derer die Exekutivorgane nicht habhaft werden konnten abgeurteilt werden: Anzeige wegen Landfriedensbruch (...)

DISTANZIEREN UND DENUNZIEREN

Zu der von Stadtverwaltung und Landesregierung anvisierten »harten Linie« gehören auch der verschärfte Distanzierungsdruck und der Aufruf zur Denunziation. Böhme forderte in Anlehnung an alte Volksgemeinschaftsideale den »bürgerlichen Konsens« ein und rief »alle Bürger der Stadt« auf, »den Block der Gewalttäter zu isolieren und dadurch zur öffentlichen Sicherheit beizutragen.« (BZ v. 22.06.) Gefordert wird der polizeistaatliche Aktiv-Bürger und Denunziant. Wer nicht mitmacht hat sich schon ausgegrenzt aus der Gemeinschaft des »friedliebenden« Bürgertums. Da wo sich der Denunziant nicht aus reiner Staatsloyalität findet, werden wie aus Anlaß des Anschlages gegen den städtischen Bauhof DM 25 000 Kopfgeld geboten – 5 000 für den Mörder einer Türkin.

Das Ziel, die vorhandenen, solidarischen Gruppierungen aufzusplitten, faßte Regierungspräsident Nothelfer prägnant zusammen – es gelte »die Drahtzieher von ihrem Umfeld zu isolieren«.



RÄUMEN UND AUFRÄUMEN

Lange vor den Pfingstereignissen waren die besetzten Häuser Ziel staatlicher Repressions- und Überwachungsmaßnahmen. Die Wagenburg, die Donnerstag den 25.06. geräumt wurde, wurde zuvor schon mehrfach mit Durchsuchungen schikaniert. Im Mai mischten die Bullen das 6-Jahres-Fest der Willi 36-Besetzung auf. So stand die Räumung des Schloßbergrings schon mit dem Räumungsantrag vom 27.05.87 fest.

Indem radikalere Formen linker Politik kriminalisiert und erstickt werden, soll jeder Widerstand, jeder Protest in bürgerlich-demokratische Schranken verwiesen werden.

Wem die Existenz des Polizeistaates ein Fremdwort war, dem exerzierte die Staatsmacht bei der Räumung des Schloßbergrings am 20. Juni eine Bürgerkriegsübung par excellence vor. SEK-Sturmtruppen und Hubschraubereinsatz unterstützt von der paramilitärischen Besetzung der Stadt sollten einerseits die »Gefährlichkeit« der BesetzerInnen demonstrieren und andererseits darstellen wie aussichtslos jeder Widerstand gegen den hochgerüsteten Staatsapparat sei.

Auf diesem Hintergrund wird der aktuell vorangetriebene Angriff auf HausbesetzerInnen und »Chaoten« als einer der klar ausgrenzbaren Randgruppen deutlicher. Er zielt auf zwei Ebenen:

– Kriminalisierung und Ausgrenzung, Zerstörung plitischer Strukturen. Die Politische Legitimation wird bestehendem Widerstandspotential, soweit nicht reintegrierbar, abgesprochen (»Chaoten«, »Krawallmacher«, »Privilegierte Minderheit«).

– Eigentliches Ziel jedoch ist die Warnung und Absage an Menschen, die vom »Freiburg der Zukunft« direkt betroffen sind. Ausgegrenzt werden über kurz oder lang mehr Gruppen als nur die sog. Chaoten, an denen ein Exempel statuiert wird: diese Hetze hat präventiven Charakter: Sie macht bezüglich allen möglichen sozialen Problemherden (Arbeitslosigkeit, Mieten, Renten, Sozialleistungen etc.) deutlich, was die erwartet, die nicht auf das Freiburg 2000 einsteigen können oder wollen. Die Lösung sozialer Konflikte wird zur Frage des breiten Dialogs der bevormundenden Sozialpartnerschaft (im Betrieb und Gesamtgesellschaft).

Erklärung politischer und alternativer Gruppen zur Politik der Stadt Freiburg in den letzten Wochen.

Als Gruppen, die eine kritische Position gegenüber der Politik von Stadt und Staat vertreten, haben wir erfahren:

Die zitierte liberale Politik der Stadt gibt es nicht!

Die Liberalität hier in Freiburg beschränkt sich auf Fahrradwege, grüne Mülltonnen und das Akzeptieren alternativer Kultur - aber nur verbunden mit der Hoffnung, daß der alte Grundsatz "wes Brot ich eß, des Lied ich sing" seine Gültigkeit behält. So wird einerseits vom AAK die Trennung von Kultur und Politik gefordert, während andererseits das Zeitmusikfestival mit großem Aufwand unterstützt wird.

Ansonsten tut sich die Stadt hervor:

- mit dem Konzept der Regioentwicklung, das rein an Kapital und Kapitalverwertung interessiert ist,
- mit einer Stadtentwicklung, die Freiburg zum Oberzentrum ausbauen will, das heißt mit der Durchsetzung der KTS, mit der Aufwertung der Innenstadt für gehobene Einkommenschichten (obere Altstadt, Markthalle/Freigäße, Commerzbankneubau.
- mit Straßenebauprojekten wie B 31 Ost/Neu und Bahnhofsfachse von Wohnraumspekulation (Talstr. 2, Pfandleihe, Erbsprinzenstr. 20 etc.), Veränderung der Sozialstruktur von Stadtvierteln.
- Vernichtung billigen Wohn- und Gewerberaums, Beschneidung selbstbestimmter und autonomer Lebensformen,
- Vertreibung von allen, die in das Bild des gehobenen Konsums nicht passen, vor allem Punks und Penner.

Zur Politik der Stadt gehört auch:

- Die Räumung besetzter Häuser und die Verhinderung von Neubesetzungen als Verhinderung von geliebtem Protest gegen Spekulation,
- Behinderung öffentlicher Meinungsäußerung (auf Demonstrationen und Kundgebungen durch Auflagen oder polizeiliche Magnahmen),
- einseitige Propaganda durch eine konzentrierte Veröffentlichungspolitik von Presse, Verwaltung und Polizeibericht,
- keine Unterstützung von Medien, die eine kritische Meinung vertreten, z.B. Radio Dreyeckland,
- Denunziation des Volkszählungsboykotts als "gemeinschaftsschädigend"

Die Stadt ist liberal nur gegenüber dem Kapital.

Die Liberalität der Stadt zeigt sich deutlich an den Reaktionen auf den Pfingstkrachall. Aus dem Kalkül, die nächsten Wahlen gewinnen zu wollen, war dies für OB Böhme Anlag genug, nun endlich auf eine harte CDU Linie einzuschwenken. Begleitet wird dies von einer bewußt gesteuerten Hetzkampagne, der die Badische Zeitung, wie seit Jahren gewohnt, ein breites Feld einräumt, und die mit Bildern und Begriffen der Kriegsberichterstattung und der faschistischen Vernichtungsstrategien des Zweiten Weltkriegs ("verbrannte Erde") angerichert wird. Der politische Wille, der in dieser Hetze zum Ausdruck kommt, und der bis zum Aufruf zur Denunziation geht, heißt: Isolierung, Zerschlagung und Ausmerzung von Protest.

Und die Hetze hat ihren Nutzen:

"Alle Bürger der Stadt sind nun dazu aufgerufen, den Block der Gewalttäter zu isolieren und dadurch zur öffentlichen Sicherheit beizutragen." (Bz 22.6.87) Jetzt ist der "bürgerschaftliche Konsens" (Böhme) und das "Zusammenrücken aller Demokraten" (Schrempf) gefordert. Jetzt reicht es nicht mehr, einfach nur Bürger zu sein, sondern aktives Eintreten für die Gemeinschaft wird verlangt.

So bleibt nur die Alternative: Mitmachen oder ausgegrenzt werden.

Die Berufung auf einen fiktiven (ideologisch herzustellenden, aber von den realen Interessen her nie existierenden) Konsens ist der Persilschein, alle städtischen Planungsvorhaben widerspruchlos durchzusetzen. Alle auftretenden sozialen Konflikte werden mit dieser Gemeinschaftsideologie zugedeckt. Dies ist um so wichtiger, als die politischen Zielsetzungen der Stadt sich gegen die Interessen vieler richtet: Zerstörung von billigem Wohnraum, soziale Veränderung von Stadtvierteln, Ansiedlung von High Tech Betrieben mit nur wenigen hochqualifizierten Arbeitsplätzen, 130 Millionen in die KTS, die nur wenige schlecht bezahlte Arbeitsplätze schafft, Abbau sozialer Leistungen, Verschlechterung von Lebensbedingungen und Verlust von Zukunft.

Komplementär zu diesem fiktiven Konsens wird für alle die, die sich nicht integrieren lassen wollen oder nicht integriert werden sollen ("2/3 Gesellschaft"), der Repressionsapparat ausgebaut. Dazu gehören die neuen Sicherheitsgesetze, die alle in das terroristische Umfeld stecken, die außerparlamentarischen Protest gegen AKW's, Großbauprojekte und Stadtplanung leisten, oder die heute und hier die Frage von Legitimität statt Legalität von Widerstand stellen.

Dazu gehört aber auch die kontinuierliche Auf- und Ausrüstung der Polizei mit immer "menschenverachtenderen" Systemen: Distanzwaffen, martialische Bewaffnung, Überwachungs- und Bespitzelungsapparat und Mißbrauch von Daten. Die Polizei und der Bundesgrenzschutz tritt zunehmend als paramilitärische Organisation zur "Beilegung" sozialer Konflikte auf. Deutlich wird das am Hubschrauberinsatz bei der Räumung des Schloßberggrüns. Der martialische Aufmarsch soll nicht nur eigene Stärke demonstrieren und die Gefährlichkeit des Gegners vorspielen, sondern auch allen die Vergeblichkeit politischen Widerstands vor Augen führen.

Wir widersetzen uns auf verschiedenen Ebenen der Politik der Stadt. Deshalb kann der von der Stadt geforderte Konsens nicht unser Konsens sein. Deswegen sind wir auch alle betroffen von der Ausgrenzungspolitik und der Repression.

Projektplenumm Spechtpassage, Jos Fritz Pol. Buchhandlung, Druckwerkstatt im Grün, Freundeskreis Radio Dreyeckland, Rosa Hilfe, Autonome Studenten, Archiv für soziale Bewegungen, Kreisverband der Grünen, Gemeinderatsfraktion der Grünen, Medienwerkstatt Freiburg, Türkeikomitee, Stadtzeitung für Freiburg, Network Electronic, Bürgerinnen- und Bürgerverein im Sedanviertel, Galama Film e.V., KB, Südafrikagruppe, Fabrik, MSB Spartakus, Freiburger Kinderhausinitiative e.V., Kita e.V., BKK, Volksfront, Ermittlungsausschuß Knast, AAK, Landtagsgruppe der Grünen, AK "Wir machen die Schranke auf".

RÜCKGABE DER GERÄUMTEN HÄUSER: WILLI 8, WILLI 36, SCHLOSSBERGRING 9/11
 RÜCKGABE DES GERÄUMTEN GELÄNDES AN DIE WAGENBURG
 FREILASSUNG DER GEFANGENEN
 ABZUG DER BULLEN
 KEINE KULTUR- UND TAGUNGSSTÄTTE



WEITERHIN JEDEN ABEND!



"CAFÉ BULLENBLICK"

★ WILLI 36 ★

OHNE SPERRSTUNDE! EINHALIG! NEU!



27. 6.

18.30h

WILLI 36

HÖRT! HÖRT!
 VOLXKÜCHE
 FILM CAFÉ
 FLASCHBIER
 DIV. SÄFTE

WEITERSAGEN!!

63

Neun Festnahmen nach Krawallen

16 Polizisten wurden verletzt – Demonstration gegen Hausräumungen in der Innenstadt

Nach schweren Auseinandersetzungen zwischen zum Teil verummumten Mitgliedern der Szene und der Polizei wurden in der Nacht zum Sonntag neun Personen festgenommen. In sechs Fällen will der Haftrichter heute entscheiden, ob Haftbefehl erlassen wird, bei einem 16jährigen Freiburger, der bei seinen Eltern wohnt, hat die Staatsanwaltschaft auf den Antrag auf Haftbefehl verzichtet. In einem weiteren Fall hat der Haftrichter den Erlaß eines Haftbefehls abgelehnt. Wie der Leitende Oberstaatsanwalt Huber-Stentrup gestern mitteilte, werde er gegen diese Entscheidung Beschwerde beim Landgericht einlegen. Ein 37jähriger Freiburger, der einen Beamten beleidigt haben soll, wurde am Sonntag morgen wieder auf freien Fuß gesetzt.

Bei den Krawallen, die sich auf den Bereich Wilhelmstraße konzentrierten, blockierten nach Polizeiangaben mehr als 200 Personen diese Straße und mußten mehrmals, unter Schlagstockeinsatz, auseinandergetrieben werden. Dabei habe die Szene, so die Polizei, die Beamten mit Flaschen, Knallkörpern und Steinen beworfen. 16 Polizisten seien verletzt worden, ein Beamter sei nicht mehr dienstfähig.

Zu dem Verlauf der Ausschreitungen nahm die Polizeiführung am Sonntag auf einer Pressekonferenz Stellung. Danach hatten sich bereits am frühen Samstagabend rund 100 Personen in der Wilhelmstraße versammelt und die Fahrbahn blockiert. Gegen 22 Uhr drang dann eine etwa gleich starke Gruppe in die Gießereihalle „Im Grün“ ein, um ein Plenum abzuhalten. Obwohl die Stadtverwaltung zuvor das Betreten dieser Halle verboten hatte und die entsprechende Anordnung in diesem Bereich auch hatte anbringen lassen, schritt die Polizei nicht ein, weil – so Polizeichef Bernhard Schreiber – die Halle mit den vorhandenen Kräften nicht kurzfristig hätte geräumt werden können und die Polizei auch „einen möglichst großen Schutz in der übrigen Stadt gewährleisten wollte“.

Ein Sprecher des Arbeitskreises Alternative Kultur (AAK) widersprach gestern dieser Darstellung der Polizei: Nachdem die Polizei das Verbot aufgehängt habe, seien diejenigen, die sich vor der Halle aufgehalten hätten, wieder gegangen. In der Halle habe nichts mehr stattgefunden. Alle anders lautenden Berichte, so der Sprecher des AAK, der selbst Zeuge gewesen war, würden den Tatsachen nicht entsprechen.

Das Protestpotential in der Wilhelmstraße wuchs auf über 250 Personen an.

Nach Polizeiangaben wurden die beim geräumten Haus Wilhelmstraße 36 postierten Beamten mit Flaschen, Knallkörpern und Steinen beworfen. Um 22.40 Uhr wurde die Wilhelmstraße unter Einsatz des Schlagstockes dann erstmals geräumt. Anschließend mußte die Polizei in die angrenzenden Straßen einrücken, wo sie weitere „gewalttätige Ansammlungen“ der Szene auflöste.

Acht der im Verlauf dieser Ausschreitungen festgenommenen Personen sind zwischen 18 und 28 Jahren alt; vier kommen aus Freiburg, die anderen aus Breisach, Teningen, Weil am Rhein und Möhlin (Schweiz). Nach Polizeierkenntnissen gehören sie alle nicht zum Freiburger „harten Kern“, sind auch nicht den Hausbesetzern zuzuordnen und haben auch keine Verbindungen zu Terroristen.

Bereits am Freitagabend war es in der Wilhelmstraße zu Ausschreitungen gekommen, als Mitglieder der Szene die Straße blockierten und die Polizei die Fahrbahn räumte. 150 Personen rannten anschließend über die Bertoldstraße zum Münsterplatz, wo sie sich unter die Besucher des Weinfestes mischten. Zu diesem Zeitpunkt wurden an der am Münsterplatz gelegenen Baden-Württembergischen Bank drei Fensterscheiben beschädigt. Wenig später kehrte ein Demonstrationszug ins „Grün“ zurück, wo er von der Polizei teilweise eingeschlossen wurde. Gegen 1.30 Uhr löste sich die Menschenmenge auf.

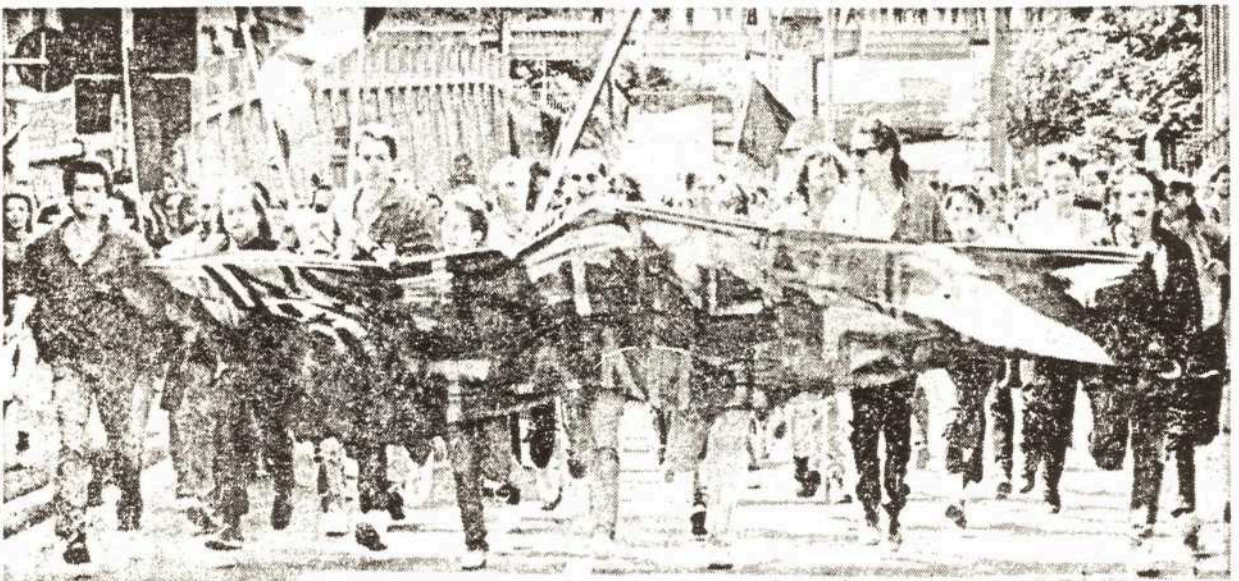
Als Reaktion auf die Hausräumungen der vergangenen zwei Wochen

kam es am Samstag in der Innenstadt zu einer nicht angemeldeten Demonstration, an der sich zwischen 1500 bis 2000 Personen beteiligten. Der Protest-

ANZEIGE

zug, der an dem vor einer Woche geräumten Anwesen Schloßberggring 9/11 vorbeiführte, endete vor dem Haus Wilhelmstraße 36. Bei Kundgebungen vor dem Kaufhaus Schneider und in der Wilhelmstraße wurden die Hausräumungen und die städtische Politik kritisiert. Im Eingangsbereich von „Willi 36“ zerstörten Teilnehmer eine Wand, die den Innenhof abschirmt.

Die Krawalle und die Festnahmen kommentierte gestern Polizeichef Schreiber mit den Worten: „Wo Steine fliegen und Beamte verletzt werden, ist für uns die Grenze. Dann gehen wir auch hart vor.“ Oberbürgermeister Böhme betonte, es komme jetzt darauf an, daß die Stadt mit der Situation polizeilich und politisch fertig wird. Er dankte der Polizei für ihren Einsatz hg/uh



PROTEST GEGEN HAUSRÄUMUNGEN: Die meisten Gruppen des alternativen Spektrums demonstrierten am Samstag in der Innenstadt (hier am Schloßberggring) gegen „städtische Politik und Staatsgewalt“.

Bild: Wurzer

64

29.06.87

SÜDWESTECHO

Kreuzberg im Breisgau

VON HORST KOPPELSTÄTTER

Es klingt noch im Ohr - das umstrittene Wort von der "Chaotenhochburg" Freiburg, das genau vor einem Jahr die politischen Gemüter erhitzte. Spätestens seit Pfingsten 1987 sind die Theoretiker von knallharten kriminellen Tatsachen eingeholt worden. Freiburg ist wieder Wochenende für Wochenende Schauplatz schwerer Krawalle im Umfeld der Hausbesetzerzone. Kreuzberger Verhältnisse im Breisgau sind nicht mehr fern, und das Image von der sonnigen Urlaubsidylle vor den Toren des Hochschwarzwaldes bröckelt auch ab. Die Biscionisstadt ist von Farbschmierereien, von Piratensendern von der Randalie linksextremistischer Chaoten geprägt. Uplötzlich wie aus heilem Himmel brach das schlimmste Gewaltpotential über Nacht an Pfingsten aus, die Polizei war überrascht, und überfordert-bilflos mußten die Beamten mit ansehen, wie Brände gelegt, Autos angesteckt, Häuser geplündert wurden, die Randalierer waren in erdrückender Übermacht.

Am Wochenende ein ähnliches Bild: Wieder schwere Straßenschlachten, wieder 16 verletzte Polizisten, die von Knallkörpern, Steinen oder Flaschen getroffen wurden. Das deutlich verstärkte Polizeiaufgebot präsentierte sich trotz schwerster Provokationen besonnen und nicht als blindwütig knüppelnde Macht. Vielmehr gelang es den Beamten, eine ganze Reihe der wirklichen Kriminellen, die sich bislang immer wieder in den Pulk der Schaustügigen zurückgezogen hatten, zu greifen. Sie werden dem Richter vor-

Montag, 29. Juni 1987

16 Polizisten verletzt

Freiburg: Wieder schwere Krawalle

Freiburg (dpa). Bei Zusammenstößen zwischen Randalierern und der Polizei sind in Freiburg 16 Beamte verletzt worden. Gegen acht festgenommene wurde Haftbefehl wegen Landesfriedensbruch beantragt, teilte ein Polizeisprecher mit.

Nach seinen Angaben hatten sich in einem Sauerbrunnengebiet bis zu 250 Leute, darunter Angehörige der Hausbesetzerzone, zusammengedrängt. Die Ordnungskräfte gingen mit Schlagstöcken gegen die Menge vor, als sie mit Flaschen, Knallkörpern und Steinen beworfen wurden, berichtete der Sprecher. Die Lage habe sich erst gegen Morgen beruhigt.

Freiburg ist seit Pfingsten Schauplatz wiederholter Unruhen, die der Hausbesetzerzone zugeschrieben werden. Die Stadtverwaltung reagiert darauf mit der Räumung der letzten zwei besetzten Häuser. Den jüngsten Krawallen vorausgegangen war eine von der Polizei als friedlich bezeichnete Demonstration mit zeitweilig bis zu 1.500 Teilnehmern gegen die in den vergangenen 14 Tagen in Freiburg vollzogene Räumung der letzten zwei besetzten Häuser sowie gegen die Volkskrawalle und die Asylpolitik der Bundesregierung. (Siehe Südwestecho.)

Freiburg: Hausbesetzer-Demo-16 Polizisten verletzt

Von BERND STREHLAU. In einer sechsstündigen Straßendemonstration hatten die Teilnehmer in Freiburg, in der Stadtmitte, die mit Flaschen, Steinwürfen und Knallkörpern gegen die Polizei vorging, wurden festgenommen. Bericht Seite 3

In einem Sanierungsgebiet wüteten 250 Chaoten, schrien: "Sie nehmen uns die Häuser, wir nehmen ihnen die Straße." 400 Polizisten aus ganz Baden-Württemberg wurden beschimpft, beleidigt: "Bullenstichweine", "Faschistenpack..."

Flaschen, Blechbüchsen, faustgroße Steine, Knallkörper flogen. Mit Schutzhelmen und Schutzschild schützten sich die Beamten, gingen mit dem Schlagstock gegen die Chaoten vor.

Bilanz: 16 Verletzte Polizisten, acht Chaoten (18 bis 28) wurden festgenommen, Haftbefehl wegen Landesfriedensbruchs.

Die Polizei: Unter ihnen befinden sich auch ein Schweizer. Die Festgenommenen sind als Kriminelle bekannt.

CDU-Arbeitskreis: Für Distanzwaffen

Tübingen (sw). Die sofortige Ausstattung der Polizei mit Distanzwaffen fordert der CDU-Arbeitskreis Polizei Baden-Württemberg. Der Landesvorsitzende Horst Kunz bezeichnete es mit Blick auf die Freiburger Ausschreitungen als "unerträglich, daß man uns ohne wirksame Distanzmittel einsetzt, daß Polizeibeamte Gesundheit und Leben riskieren und keine Möglichkeit haben, sich unterhalb der Schwelme gegen Angriffe zu "wehren". Es sei höchste Zeit, endlich eine Entscheidung darüber zu treffen und die Polizei sofort "mit ein paar solcher Mehrzweckwaffen auszustatten", damit deren Einsatz im Notfall angeordnet werden könne, sagte Kunz in Tübingen. Die Entscheidung "müßte mindestens wie in Bayern" lauten, wo Mehrzweckwaffen beschafft, aber in Wackersdorf nicht bedient worden seien. Ferner forderte Kunz für den Arbeitskreis, Vermummung und passive Bewaffnung wieder zu Straftatbeständen zu machen. Es sei "ein Hohn und völlig wirkungslos", daß sie nur als Ordnungsgewidrigkeiten geahndet würden.

Drei Personen weiter in Haft

Gegen sechs in der Nacht zum Sonntag festgenommene Personen, die des schweren Landesfriedensbruchs verdächtigt wurden, erließ ein Richter gestern auf Antrag der Staatsanwaltschaft Haftbefehl. Bei drei Personen wurde der Haftbefehl außer Acht gelassen, zwei 19-jährige und ein 25-jähriger sind weiterhin in Haft. In allen Fällen beantragte die Anwälte Haftprüfung. Neun Personen waren nach Auseinandersetzungen mit der Polizei festgenommen worden, gegen drei wurde kein Haftbefehl erlassen. Fluchtgefahr nannte der Richter als Haftgründe bei denen, die nicht wieder auf freien Fuß gesetzt wurden. Die von der Staatsanwaltschaft ebenfalls angeordnete Wiederholungsgefahr behauptete Richter aber nicht.

AAK und Grether: Es gab kein Plenum

Erklärungen im Blick auf die heutige Gemeinderatssitzung

Der Arbeitskreis Alternative Kultur hat gestern in einer Erklärung verweigert, die Stadtverwaltung solle ihre langgeplante Zwischenmutterung der Gießereihalle über den Sommer zu verziehen. Gleichzeitig erklärten der AAK und der Grether-Verein, am vergangenen Samstag habe kein "Plenum" in der Gießereihalle stattgefunden. Die Darstellung der Polizei gegen 22 Uhr sei eine Gruppe von 100 Personen widerrechtlich in die Gießereihalle eingedrungen, sei "objektiv falsch".

Böhme hatte, wie berichtet, den Aufruf zu einem Plenum in der Gießereihalle zum Anlaß genommen, das Beteiligte in der Halle zu untersagen. Heute im Gemeinderat will er dafür plädieren, eine Zwischennutzung zunächst nicht zuzulassen. Nach Ansicht des Grether-Vereins hat die Stadt das Plenum nur erfunden, um die Gießereihalle für den AAK, "Voraussetzungen zu po-

litischen und kulturellen Diskussionen und zum gegenseitigen Austausch". Nicht der AAK habe die entstandene Situation verursacht, sondern sie sei durch die Stadt zu verantworten. Der Grether-Verein meinte, "die Gießereihalle sei eine Gruppe aus dem kritischen Spektrum als Fund für die Unruhen der letzten Wochen, die mit Nichts zu der Kontrolle gerieten, ist mit Stadt zu rechtfertigen". Der AAK besteht weiter die Bereitschaft, einen Vertrag über die Zwischenmutterung zu vereinbaren, so, wie vor dem 4. Juni (die Nacht der Pfingst-Krawalle, Ann. d. Red.) auf dem Tisch lag. Voraussetzungen seien allerdings die Notwendigkeit der Bearbeitung. Durch das Verbot, die Halle zu betreten, sowie ein Auftragsvergebot für die Bauarbeiten verringern sich die Gesprächsgrundlage und das bisher bestehende Vertrauensverhältnis erheblich.

BZ 30.06.87



Die besten Argumente gegen diese Politik sind die Steine, mit denen in der Wilhelmstraße 36 Wohnraum zugemauert wurde.

KUNDGEBUNG

GEGEN die Politik der SPD/SEK-Koalition!

FÜR

- ▶ Rückgabe von Willi 8, Willi 36, Schloßbergring 9/11 und Wagenburg an die BewohnerInnen!
- ▶ Schluß mit Wohnraumvernichtung und Mietervertreibung durch die Sanierung der Bonzen! Nix KTS!
- ▶ Sofortiger Abzug der Besatzungstruppen!
- ▶ Freilassung aller Gefangenen vom 6.6. und 27.6.! Einstellung der Strafverfahren!
- ▶ Die Gießereihalle dem AAK-subito!

Dienstag 30.6., 17.00h

Rathausplatz und jeden Abend, 21.00 vor der Willi.

EINLADUNG

BÜRGER!

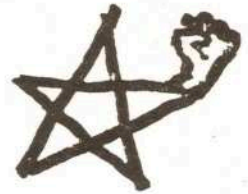
NACH DEM DURCHSCHLAGENDEN ERFOLG UNSERER ERSTEN BEWAFFNETEN DEMONSTRATION HABEN WIR WEITER AUFGERÜSTET: JETZT KOMMEN WIR MIT

PANZERN.



GEMEINDERATSSITZUNG
DIENSTAG RATHAUSPLATZ

KOPIEREN - WEITGEBEN



AUFSTANDSBEKÄMPFUNG --- BERLIN/ FREIBURG / KÖLN

am 23.6. gegen 6 uhr stürmten sek-bullen in begleitung eines video-trupps die villa, körnerstr.98, die seit drei monaten zum 2.mal besetzt war. sie trieben dää dort anwesenden aus den betten und aus dem hau: dann schnüffelte ein spurensicherungstrupp mit k14-bullen und staatsanwalt-schaft durch die villa.

weder in freiburg noch in köln wollen die herrschenden sogenannte "kreuz-berger zustände".dort haben am 1.mai die unterschiedlichsten leute aus dem viertel zusammen mit dem widerstand gegen die bullen gekämpft. beim reagen-besuch am 12.6. mußten sie dann ihren bullenstaat offenmachen und den ausnahmestand über kreuzberg verhängen.sie kesselten das ganze viertel ein, knüppelten alles nieder was sich bewegte,sperren alle ein, die sie kriegen konnten.sie scheißen auf die "demokratische öffentlich-keit" und ihre liberale deckmäntelchen wo sie die unzufriedenheit der menschen, ihre auflehnung und widerstand nicht mehr im griff haben. in FREIBURG haben sie die letzten besetzten häuser geräumt.es geht den schweinen darum,dem widerstand die freiräume zu nehmen, in denen wir unsere vorstellung von zusammenleben und kämpfen entwickeln.



die alternative scene wollen sie vom widerstand spalten: sie bieten ihnen einen platz in ihrem system und fordern dafür distanzierung, das ganze nennen sie die "entkernung der alternativen scene".

hier in köln fahren sie zweigleisig: einerseits bieten sie mietverträge an, mit dem ziel darüber die leute einzukaufen und so zu integrieren - und andererseits ziehen sie da, wo besetzte häuser ihnen im weg stehen, die harte linie durch:räumung. sie wollen hier überall bedingungen durchsetze wie sie es zum beispiel in münchen schon gibt, wo es praktisch unmöglich ist eine autonome demo zu machen, veranstaltungen zu palästina, zur zusammenlegung der revolutionären gefangenen von hundertschaften von bullen unter leitung von bka und baw gestürmt werden,

wir werden es nicht zulassen, daß sie mit ihren aufstandsbekämpfungsstrategien durchkommen.

KEINE RÄUMUNG DER BESETZTEN HÄUSER !!!

SOLIDARITÄT IST EINE WAFFE !!!

GEMEINSAM GEGEN BULLENTERROR !!!

FEUER UND FLAMME FÜR DIESEN STAAT !!!

ZUSAMMENLEGUNG DER GEFANGENEN AUS RAF UND WIDERSTAND - FREILASSUNG VON GÜNTHER SONNENBERG - SOFORTIGE OPERATION VON ANGELIKA GODER

BIS JETZT -

ist gestern ne militante demo auf dem ring gewesen, wo die stadtparkasse am rudolfplatz bei platt gemacht wurde, und abends liefen militante aktionen gegen phillips in ehrenfeld, gotharer-versicherung,eine stadtparkasse, rolls royce&alfa romeo.

Flugblatt aus Köln ende Juni

Polizei korrigiert Plenums-Meldung

Stadt bleibt bei der Absicht, AAK-Zwischennutzung in der Gießereihalle zu genehmigen

Einen überraschenden Verlauf nahm gestern die Tagesordnung des Gemeinderats gesetzte Behandlung der zukünftigen Nutzung der Gießereihalle. Nachdem bis gestern vormittag Oberbürgermeister und eine Mehrheit des Gemeinderats entschlossen gewesen waren, die im April für den Fall entsprechender Vereinbarungen zugesagte Zwischennutzung der Gießereihalle durch den Arbeitskreis Alternative Kultur (AAK) aufzukündigen, wendete sich das Blatt am Nachmittag zugunsten des AAK. Der Grund: Die Polizei nahm ihre Darstellung vom Sonntag zurück, in der vorausgegangenen Nacht hätte widerrechtlich ein Plenum in der Gießereihalle stattgefunden.

Freiburgs Polizeichef Schreiber erklärte vor dem Gemeinderat, die Polizei sei von einem falschen Sachverhalt ausgegangen und bedaure dies sehr. Nach Darstellung Schreibers lautete ein Funkspruch am Samstagabend, etwa 100 Leute befänden sich in der Grether-Fabrik. Dies sei in Fernschreiben an die vorgesezte Dienststelle, an die Stadt Freiburg und in Presseerklärungen dahingehend ausgeführt worden, 100 Leute hätten sich trotz eines vom Oberbürgermeister verhängten Betretungsverbots (die BZ berichtete) Einlaß in die Gießereihalle verschafft. Nach gestrigem Stand, den Schreiber schilderte, hat die Polizei dafür aber keinen Beweis und auch keine entsprechende Beobachtung gemacht. Der AAK hatte seit Sonntag mehrfach erklärt, die Gießereihalle sei nicht zu einem Plenum genutzt worden.

Die in der Nacht zum Sonntag verübten Ausschreitungen und die ver-

meintliche unerlaubte Nutzung der Gießereihalle hatten den Oberbürgermeister bewegen, von der Bereitschaft einer Zwischennutzung der Gießereihalle für alternative Kulturzwecke zunächst abzurücken. Diesen Kurs wollte er gestern im Gemeinderat durchsetzen. Nachdem ihn die Polizei jedoch davon informiert hatte, sie habe die Sachlage unzutreffend geschildert, warf Böhme das Ruder herum. Es gab gestern noch ein Gespräch mit dem AAK, eine Aalesenratssitzung folgte. Dazu wurde die Gemeinderatssitzung unterbrochen.

CDU und Freie Wähler erneuerten ihre Gegnerschaft zur Zwischennutzung der Gießereihalle, über die endgültig im Oktober betunden werden soll. Es dürfe keine einseitige Bevorzugung einer Gruppe geben, sagte die CDU-Fraktionsvorsitzende Margit Lemmer. SPD, Grüne, FDP und Friedensliste stellten sich indes hinter die Linie des Oberbürgermeisters. Thomas Landsberg (SPD) rief zu einer Politik der Besonnenheit auf, Edith Goldschagg gab der Hoffnung Ausdruck, die aufgeheizte Atmosphäre werde sich nun beruhigen. Zuvor hatte Grünen-Fraktionssprecher Heller für Wirbel gesorgt, als er im Zusammenhang mit der Falschmeldung der Polizei von „politischer Polizei“ sprach. Der Oberbürgermeister rügte diesen Ausdruck.

Siehe auch: Übriges

Böhmte erklärte anschließend, die neuerliche Beratung der Zwischennutzung habe mit der Polizei-Korrektur ihre Grundlage verloren. Bis zum Vorliegen eines Vertrages könne die Halle im Rahmen der baurechtlichen Gegebenheiten punktuell kulturell genutzt werden, der provisorische Ausbau solle weitergehen, und Bürgermeister Evers

soll die Vertragsverhandlungen mit dem AAK fortsetzen. Böhmte sagte gleichzeitig, Gewalttättern werde auf rechtsstaatlichem Wege mit allen Mitteln der Polizei und Justiz zum Schutz der Bürger entgegengetreten. Die Fehlleistung der Polizei dürfe sich nicht wiederholen, sie halte ihn aber nicht davon ab, sich vor die verantwortlichen Beamten zu stellen und der Polizei für ihre Einsätze in den letzten Wochen zu danken. Es sei gut, daß die Polizei ihren Irrtum rechtzeitig korrigiert habe.

Übrigens

Polizei

Reife

Am vergangenen Wochenende hat die in hektischer Situation eingesetzte Polizei eine Fehlleistung begangen, daran ist nicht herumzudeuteln. Ihr Informationsgebaren, so es nicht korrigiert worden wäre, hätte schwerwiegende politische Folgen haben können. Hätte nämlich der Gemeinderat auf Grund falscher oder unbewiesener Behauptungen eine politische Absicht korrigiert, die Glaubwürdigkeit des Parlaments und vor allem auch der Verwaltungsspitze hätte in schwierigen Zeiten stark gelitten. Daß es nicht dazu kam, daß nichts veruscht wurde, daß die Polizei in aller Offenheit und vor aller Öffentlichkeit ihren Irrtum korrigierte, verdient indes Respekt und Anerkennung. Ein gutes Beispiel rechtsstaatlicher und demokratischer Kultur wurde gegeben, in einer Situation, in der wieder Zweifel an der Korrektheit staatlichen Handelns aufgekommen ist. Da lag gestern im Gemeinderat der Grünen-Stadtrat Peter Heller mit seinem aufheizenden Wort von der „politischen Polizei“, daß die geistige Nähe zu Ordnungsorganen in diktatorischen Regimen herstellen sollte, völlig daneben. Nicht eine „politische Polizei“, die Macht mißbraucht, war zu erleben, sondern eine demokratisch reife Polizei. Heller hat nicht den Eindruck vermittelt, wirkliches Interesse an einer Befriedung zu haben. Bemühen um Verständigung indes kennzeichnet das risiko-beladene politische Verhalten von Verwaltungsspitze sowie von SPD und FDP aus. Im Interesse des städtischen Friedens ist nur zu wünschen, daß ihre an den Tag gelegte Standfestigkeit in Sachen Gießereihalle nicht mit noch gröberem Tritten gegen das Schienbein beantwortet wird, sondern Konfrontationen vermindert. Einen bequemen Stand hat sich die Stadt aber sicher nicht verschafft.

Ulrich Homann

Zitat des Tages

„Mit einer Einheit kann man nicht so schnell operieren wie Sie als Einzelperson.“

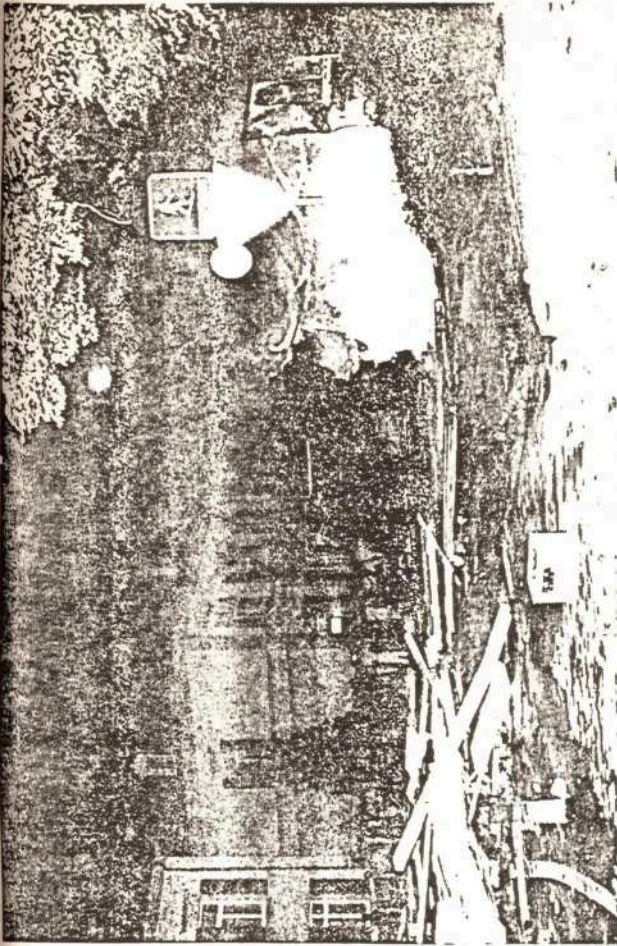
Polizeichef Schreiber gestern zu SPD-Stadtrat Wellbrock im Gemeinderat

dürfen und werden wir nicht nehmen. Und diese

STADTZEITUNG

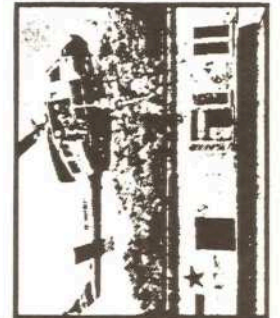
FREIBURGS

MONATLICHE



PINGSTERE ZEITEN

Meinungen, Hintergründe, Perspektiven



Tauziehen:

Kein Sport für Dicke

Mundenhof:

Tiere in Not

Veranstaltungen:

altungsk

alender

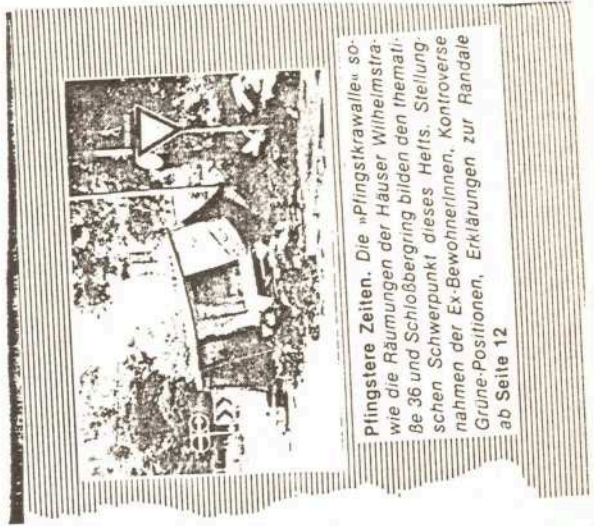
Juli

DISTANZIERUNG

Der aufmerksame Stadtzeitung-Leser wird den Hauptdarsteller auf diesem Foto un schwer erkennen und die Verwunderung der gesamten Redaktion teilen. Da hatten wir doch in der letzten Ausgabe eine Kiste herrlichen Maibocks unter den Neugabenden/innen verlost — als kleine Aufmerksamkeit und unterschwelligen Anreiz sozusagen. Gedacht war an ein gemütliches

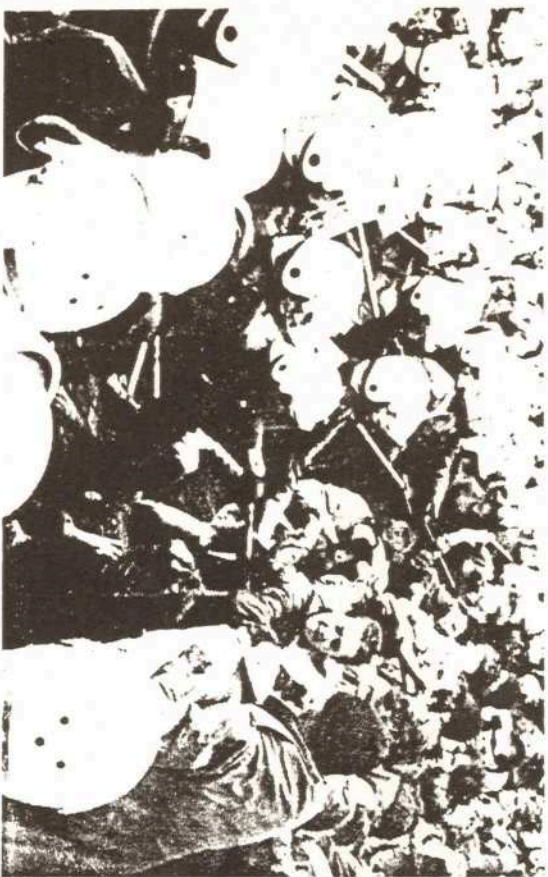
Austrinken in heimeliger Runde mit anschließender Rückgabe des Kastens bei einer der dafür zuständigen Stellen. Gerissene Menschen bemerkten sogleich: Da winkte außer Maibock auch noch ein saftiges Pfand-Geld. Und jetzt das! Da steht diese undankbare Kiste an Pfingstbarrikaden herum, drängt sich naseweis in den Vordergrund und — es fehlen Flaschen!!! Wir distanzieren uns auf das Glaubwürdigste.

Die Redaktion



Pingstere Zeiten. Die »Pfingstkrawalle« sowie die Räumungen der Häuser Wilhelmstraße 36 und Schloßberg bilden den thematischen Schwerpunkt dieses Hefts. Stellungnahmen der Ex-BewohnerInnen, Kontroverse Grüne-Positionen, Erklärungen zur Randale ab Seite 12

THEMA



»30 Kilometer von Ungarn entfernt« hatte Alfred Kalchauer, der Vorsitzende der Freien Wähler, die verheerenden Bilder vom von Vandalen heimgesuchten Freiburg im Fernsehen gesehen. Von wo Gernot Erier (SPD) beobachtet hatte, was er dann als »Kriegsführungsstrategien der verbrannten Erde, nur angewandt in einem von Menschen bewohnten Stadtteil« bezeichnet hatte, blieb sein Geheimnis. Die Paranoia schaute auch nicht die gebrochene Geschichtsklitterung. Landtags (SPD) Einwand im Gemeinderat – »Die Stadt sieht noch!« – blieb ungehört. Wir haben unter verschiedenen Blickwinkeln versucht, die Hintergründe des aufheizten Klimas zu beleuchten. Wie war die Stimmung in der Szene nach den Pfingstkrawallen? – Wie reagierte die Stadt und die Parteien auf die Ereignisse? – Welche Strategie verfolgte die Polizei nach Pfingsten? – Was trug die Badische Zeitung zum Klima in der Stadt bei, wie reagierte die Szene-Öffentlichkeit?

Verkrüstungen: Die Szene
Die Reaktionen der Szene auf die Pfingstnacht zu dokumentieren, läuft doppelt Gefahr. Diejenigen, die auf den Gewaltausbruch nicht anders zu reagieren wußten, als mit einer verschärfen Politik der Repression, werden jeden Versuch einer notwendigen kritischen Diskussion als Erfolg ihrer Ausgrenzungsstrategie zu verbuchen suchen. Aktivisten dagegen werden es als verätherische Initiative verdammen. Die Notwendigkeit, Kritik an dieser Stelle trotzdem

geschrieben, das als erste Stellungnahme der Initiatoren der Pfingstkrawalle im Schaufenster des Jos-Fritz-Buchhandels ausgehängt war. (Nicht nur) dieses Bekennerscheitens, in dem es von Formulierungen hagelte wie weine Aktion, in deren Verlauf sich immer mehr Menschen einlinkierten, war nämlich nichts als Beschönigung, in der die Nacht als Teilung gefeiert wurde. Tatsächlich war die Stimmung bei den Beobachtern des nächtlichen Auftritts eher be- trübten. Zumal so richtig eigentlich niemand verstand, worum es hier eigentlich ging. Daß das Konzert auf dem Greiter-Gelände abgebrochen wurde, ist ein übriges. Der Vorwurf der rücksichtslosen Funktionalisierung hielt sich auch die nächsten Tage. In dieser Mißachtung von einigen tausend Leuten offenbarte sich für viele ein Verhältnis zur Masse, daß dem des Soldaten zur Zivilbevölkerung gleichkommt. Das versuchte Kreuzberg hat erreicht einen großen Teil der Szene als dünne Phrase, der die Flugblätter be- stimmende Ton des Sieges als blanke Hoffen. Daß schon in der Nacht und mit dem einsetzenden Rollback (neben den Hausdramen gegen eine neuerliche Infragestellung des Gerichtsalltagsprojekts) dann erst recht das Ge-

PENGSTERE ZEITEN

ruht ging, mit der Aktion hatte auch den Projekten ein ausgewischt werden sollen, die im Moment dabei seien, sich in die Bürgerlichkeit zu verabschieden (Speicherassage, Greiter, AAK, um nur einige zu nennen), zeigte noch mehr: was über diese Nacht an Konflikten aufbrach, hat seine Geschichte.

Wurde vor zwei Jahren innerhalb der Freiburger Szene noch über die Problematik einer Orientierung diskutiert, ist das Problem der Abschottung von und nach außen inzwischen durch interne Spaltprozesse abgelöst und damit noch verschärft worden. Im Greiter-Szene führen viele der einzelnen Gruppierungen längst ein Inselleben. Und das, obwohl gerade durch die Projekte Strukturen entstanden sind, die Ansätze bieten, den Isolationsprozess zu durchbrechen. Strukturen, die de facto tatsächlich oft deshalb ungenutzt bleiben, weil die Handlungsmuster der Projekte und einzelner Gruppen festgefahren und auf sich zentriert sind. Die Pfingstkrawalle waren und sind Anläß, diesen Zustand zu diskutieren, in dem notwen- digerweise qualitativer Militanz zur selbstge- fälligen Aktion verkommen muß.

Kriegserklärung: Stadt und Parteien

Die Stadtverwaltung reagierte auf die Ereignisse der Pfingstnacht, wie es anders wohl nicht zu erwarten gewesen war: mit ihrer Funktionalisierung zu den Zwecken eigener Politik. Es so auch denkbar, erkläre Oberbürgermeister Bohme in einer ersten Stellungnahme, daß es in der Szene Frustrationen gegeben habe, weil es offenbar nicht gelungen sei, einen Volkszählungskvott in Freiburg durchzusetzen. Nach Strickmüssen, die wir sonst eher von Innenminister Zimmermann kennen, hatte der Ob so gleich zwei Fliegen mit einer Klappe geschla- gen. Wäre beseres Wissen sollte der Öffentlichkeit suggeriert werden, daß der Volkszählungskvott gescheitert sei. (Ge- nau 14 Tage später meldete dann die Badische Zeitung, daß es nach Meinung des Leiters der Erhebungsstelle noch Wochen dauern werde, bis offizielle Aussagen darüber gemacht werden können, wieweil Bürger in Freiburg die Volkszählung boykottiert ha-

ben. Und zweitens verpackte der Ob in sei- ner Mitteilung auch gleich noch die Bot- schaft an möglicherweise Unentschiedene, wer die Volkszählung boykottiere mache ge- meinsame Sache mit Kriminellen. Die so eingeschlagene Strategie, die aufge- heizte Stimmung als Gurus der Stunde zu nutzen, um untertänige Gruppen zu krimi- nalisieren und unter diesem Deckmantel die eigene Politik der Kritik der Öffentlichkeit zu entziehen, wurde in den folgenden Tagen konsequent weiter verfolgt.

Die schon vor Pfingsten beschlossene Rau- mung der besetzten Wilhelmstraße 36 und dann des Schloßbezirks wurde der Öffent- lichkeit als Ausübung krimineller Nestor verkauft. Staatliche Wohnampolitik stan- den in diesem Zusammenhang mit einem Mal nicht mehr zur Diskussion (vgl. auch unsere Artikel zur Diskussion, und zum Schloßbezirk) und der Ob schneute sich auch nicht, seine Taktik fast unverhohlen öffentlich preiszugeben. So zeigte er sich nach der Räumung des Schloßbezirks ganz in der Manier der letztjährigen Cha- lotterze seines Erzrivalen Nothelfer ver- wundert, »daß den 21 bei der Räumung in dem Haus angegriffenen Personen nur Hausfriedensbruch und nicht etwa Sachbe- schädigung oder Diebstahl zur Last gelegt wurde. (Badische Zeitung)

Genau in gleichem Kontext steht die Ausde- ckung des Ob, daß er in diesen Tagen von Po- lizei und Justiz eine »vehemente Effizienz« er- warfe. Man darf in diesen Zeiten – so Klingt es aus diesen Forderungen des Ob – in be- streiten Hausern nicht einfach nur Hausbe- setzer vorfinden, es müssen schon Kriminel- le sein. Und nicht nur das: wer sich nicht schon als Krimineller disqualifiziert hat, weil er zum Zeitpunkt der Räumung in einem besetzten Haus angegriffen wurde, trotzdem und in- mehr aber in Verbindung zu sogenannten Alternativszenen steht, der habe, so schien

die neue Parole der Stadt, in Zukunft erst öffentlich zu proklamieren, daß er kein Ge- walttäter sei, um die normalen Bürgerrechte in Anspruch nehmen zu können. Oder wie anders soll es interpretiert werden, wenn der Ob in der ersten Pressekonferenz nach der Pfingstnacht ohne erkennbaren Anlaß zu Protokoll gibt, auch die Vertragsverhand- lungen mit dem Arbeitskreis Alternative Kultur (AAK) zur Nutzung der Gießereihalle müßten nun »neu bewertet werden.« Und wie anders soll es gedeutet werden, wenn, dann die Prämie des quasi- unterschrittfreien Vertrags um folgende Passage erweitert wird: »Die Betreiber der Gießereihalle lehnen jede Form von Rechts- bruch und Gewalt ab. Sie erklären, daß in der Gießereihalle keine gewalttätigen Aktio- nen vorbereitet und ausgeübt werden, daß sich Kultur und Gewalt ausschließen.« Was hier vom AAK mit der Unterschrift gefor- dert wurde, hieß doch im Klartext: Weil wir einsehen, daß, wenn Gewalt ausgeübt wird, wir immer die potentiellen Täter sind, erklä- ren wir öffentlich, daß wir keine Kriminellen sind. Die Antwort des AAK war angesichts solcher Forderungen noch erstaunlich ge- nügig gehalten, wenn auch in ihrem Kern zu- mindest konsequent: »Der AAK als enga- gierter Verein versucht sich dagegen, durch eine nachträglich eingeschobene For- mulierung in die Prämie des Zwischenmü- lungsvertrages, als potentieller Gewalttäter diskriminiert zu werden.« Die Folger: zum zweiten Mal innerhalb von zwei Jahren durch die Rücknahme der vom Gemeinderat bereits gegebenen Zusim- mung zu einem vom AAK betriebenen Kul- turhaus in der Gießereihalle. Und dabei darf nicht übersehen werden, daß es, auch wenn letztlich die Stimmen der FDP fehlen soll- ten, wiederum die Verwaltungsspitze war, die durch den Einbau dieser unakzeptablen Erweiterung der Prämie das drohende Scheitern initiiert hat. Das dies auch nicht als vorzügliches Über-das-Ziel-Hinaus-schieben gedeutet werden

kann, bewies der OB noch einmal in ganz anderem Zusammenhang. Dort nämlich, wo er das Verhalten der »Cräsh-«-Betreiber lobte, die bei Beginn der Krawalle die Tür geschlossen und um polizeiliche Überwachung gebeten hatten, »damit nachgewiesen sei, daß keine Unterstürzung aus dem Keller für die Krawallmacher erfolge.« Spätestens hier mußten doch eigentlich auch dort die alarmierenden Glocken läuten, wo zumindest noch Spuren



(sozial)liberalen Bewußtseins zu finden sind. Welches erdrückende Klima muß herrschen, wo potentielle Sündenböcke ihre Diskriminierung derartig internalisiert haben, daß sie sich genötigt fühlen im Wissen um die zwar falsche aber trotzdem zu erwartende Anschuldigung quasi präventiv für den Nachweis der Unschuld zu sorgen.

Notstandsmaßnahmen: Strategien der Polizei

Daß ein solch offener Ausdruck von akzentrierter Repression bei der ersten Gemeinderatsitzung nach Pfingsten auch die begeisterte Zustimmung des Freie-Wähler-Chefs Kalthaler fand, wunderte niemand. Auch nicht, daß hinter den Anträgen der Freien Wähler (Einschließung aller Zuschüsse für den alternativen Kulturbereich usw. usw.) das faschistoide ausmerzen, ausmerzen, ausmerzen sichtbar wurde. Und wahrscheinlich durfte man sich auch darüber nicht wundern, daß die Rede der CDU-Vorsitzenden Lemmer im Ductus einer Kriegserklärung gehalten war (»Man müsse in Zukunft 'im Grün' die Zusammenballung alternativer Kräfte verhindern.«) Kein Zweifel: was sich aus der konservativen Ecke des Gemeinderats äußerte war eine fast unverhohlene Lust am Geschehenen, die sich aus der Erwartung des jetzt endlich möglichen, radikalen Gegenschlags gegen alles Andersdenkende näherte. Daß es angesichts dessen sogar der SPD-Fraktionsvorsitzende Landsberg seinen Unmut darüber äußerte, konnte trotzdem nicht verbergen, daß auch er und seine Partei, der von Verwaltung und Presse Öffentlichkeit ausgerufenen Forderung nach rollenden Köpfen Tribut gezollt hatten. Zustimmung zur schon erfolgten Räumung der Wilhelmstraße, Zustimmung zur geplanten Räumung des Schloßbergings, Ausgrenzung des sogenannten harten Kerns – so die von Landsberg formulierten Positionen der SPD-Fraktion.

Der nur in ihrer graduellen Ausformulierung unterschiedlichen Forderung von Verwaltung und der breiten Mehrheit des Gemeinderats, dem Ausbruch der Gewalt mit einer Demonstration der Macht zu begegnen, hatten GRÜNE und Friedensliste dann kaum mehr als den Appell an die »Besonnenheit« entgegenzusetzen. Draußen auf der Straße signalisierten derweil die Knüppelrevolver während der friedlich verlaufenden Krawalle, was immer schon die Grenzlinie zwischen der friedlich verlaufenden Krawalle vor dem Rathaus, verfehlt der Einsatzleiter, Polizeidirektor Tränkle, Anführer auf das Megaphon der Demonstrationen, die mit gezogenem Schlagstock durch-

auch schuldig waren. Leute, die Flugblätter verteilen, wurden ohne Angabe von Gründen verhaftet. Nachdem sich der Demonstration zuzug über den Kartoffelmarkt in Richtung Kaiser-Joseph-Straße in Bewegung gesetzt hatte, wurde er von der Polizei eingeschlossen und immer wieder bedrängt. Bereits an der Einmündung zur Kaiser-Joseph-Straße gab es die erste verletzte Demonstration, für die ein Krankenwagen gerufen werden mußte.

Wenig später werden die Demonstrationen zwischen Bernoldbrunnen und Martinstor von der Polizei endgültig eingekesselt. Über Megaphon fordert Polizeidirektor Tränkle die Garantie »daß von dieser Demonstration keine Gewalt ausgeht«. Ansonsten werde er die Demonstration auflösen lassen. Diese Auflösung wird mit, offensichtlich vorab angeordneter, Brutalität vollzogen. Die Polizei treibt die verbliebenen Demonstrationen von drei Seiten her zusammen, und strängt auf sie ein, um sie schließlich in Richtung Martinstor auseinanderzuknuppeln. 13 verletzte Demonstrationen zählen die Sanitäter, davon die meisten mit zum Teil schweren Kopfverletzungen. Dies geschieht zur normalen Geschäftszeit am späten Nachmittag in der Innenstadt. Zwar melden die GRÜNEN wenig später im gleichzeitigen stattfindenden Gemeinderat ihren Protest gegen diesen Polizeieinsatz an, doch anscheinend schweigt die vielzitierte liberale Öffentlichkeit Freiburgs. Stattdessen wird in der »Badischen Zeitung« und im »Sudwestfunk« die kleine Demonstration, die selbst neunkarale Beobachter als offenkundig gewaltfrei erkannten, zum marschierenden »Schwarzen Block«, ist von Angriffen auf Rathaus die Rede. Der offensichtlichste Versuch, jede Demonstration, die die Hauserräumungen zum Thema hat, schon im Ansatz zu zerschlagen, verkehrt sich in die Öffentlichkeit in eine begrüßenswerte Maßnahme, die ihre Berechtigung hat. Im Windschatten dieser Öffentlichkeit vollzog sich in den vergangenen zwei Wochen eine Polierstrategie, die an bisherigen Frei-

burger Verhältnissen gemessen, eine neue Qualität erreicht hat. Seit der Pfingstnacht haben sich die Bewohner des Stadtviertels 'Im Grün' mit einer massiven Polizeipräsenz auseinandergesetzt. Sofortige Aufmärsche, sobald sich z.B. vor der Wilhelmstraße 36 kleinere Versammlungen bilden, dokumentieren die Einschüchterung, mit der jeder Protest, der sich auf der Straße zeigt, unterbunden werden soll. Offenkundige Vergleichsaktionen für die Pfingstnacht, wie sie an der Demonstration Dienstag exzertiert wurden, sind der Beitrag, eine die Polizei in die augenblickliche Hetzkampagne einbringen.

Ihren vorläufigen Höhepunkt erreicht diese Strategie bei der Räumung des Schloßbergings, für die mit dem Hubschrauberinsatz des SEK, der Abriegelung des Rings, den Hundesplafeln im Park, den in Handschellen abgeführten Bewohnern und der parallel stattfindenden Heerschau der Polizei in der Innenstadt eine gigantische Notstandsmaßnahme inszeniert wurde. Dieses Aufgebot sollte suggerieren, es ginge bei der Räumung eines besetzten Hauses tatsächlich um einen Fall von Schwerekriminalität, dem hier der Garaus gemacht werde.

Hermetische Öffentlichkeiten

»Rauchschwaden zogen durch alle Straßen des Viertels, und schließlich gab es auch noch einen Kellerbrand, vermutlich verursacht durch einen Molotow-Cocktail. Über eine Leiter holt die Feuerwehr eine in Panik geratene schwangere Frau aus einem Obergeschoss – dabei von den erdumtosten Chaosleuten nicht behindert.« So beendet Ulrich Homann seinen Sensationsreport über die Pfingstnacht der Chaoten« in der Badischen Zeitung vom 9. Juni. Wären sie noch nicht ermdet, so der zwischen den Zeilen eingebaute Umkehrschluß, hätten die Chaoten auch noch eine schwangere Frau von der Leiter geschossen. Die ganze Seite dreht sich um ein liberales Aushängeschild der BZ, hatte Homann zur Verfügung, um den an der Pfingstrandale Beteiligten grausame, menschenverachtende Züge anzudichten. Fazit des aus Halbwahrheiten, entstehenden Zitaten und frei erfundenem zusammengesuchten Märchwerks ist: die »Gestalten im Look des autonomen Kampfers« (BZ) sind monströse Kriminelle, nur an Brandschadung und Plünderung (wenn nicht an noch schlimmeren) interessiert.

Die konsequente Fortsetzung findet Homanns Herztartikel in einer, am 13. Juni veröffentlichten Karikatur: Vor der Kulisse einer brennenden Stadt, so sieht es Zeichner Christoph Harringer, kauert ein »Autonome« und lächelt über die sich streitenden Gemeinderatsfraktionen. So dürfte es in Freiburg zuletzt nach dem Flächenbombardement im zweiten Weltkrieg gebrannt haben. Immerhin bewies die »BZ« damit, daß es sich bei der von ihr entworfenen Hetze

Binsenweisheit, daß man und Frau es tunlichst unterläßt, sich in einem besetzten Haus politisch zu melden. Dumm dreier geht's kaum noch.

Daß die BZ in ihrer Funktion sogar die eigenen Interessen überfährt, verdeutlicht der Fall der Fotografin Madeleine Hager. Der Bildjournalistin, deren Photos von der Pfingstnacht auch die BZ abgedruckt hatte, wurde die Wohnung durchsucht, um durch die Beschuldigung ihrer Filme Ermittlungsmaterial sicherzustellen. Der Protest des Deutschen Journalistenverbandes gegen dieses Vorgehen war der BZ gerade eine kleine Randnotiz wert.

Den vom angeheizten politischen Klima in der Stadt dirket negativ betroffenen Teilen der Szene hätte klar sein müssen, daß sie zur Zielscheibe einer Öffentlichkeit werden würden, die in Freiburg in vorerster Reihe durch die BZ konstituiert wird.

Um diese Öffentlichkeit nicht dem Monopol der BZ zu überlassen, wäre es notwendig gewesen, unmittelbar nach der Pfingstnacht eine Gegenöffentlichkeit herzustellen. Stattdessen erschienen Flugblätter zum einen zu spät und dazu in kleinster Auflage. Ihre Informationen und Sprache waren so gehalten, daß sie nur die Erreichen konnten, die sowieso schon informiert waren. Plänen, die auf denen die Pfingstnacht und die bevorstehenden Räumungen diskutiert werden sollten, wurden quasi konspirativ angekündigt und fanden im kleinsten Kreis statt.

Und die Kritik an der Pfingstrandale, im privaten Rahmen zwar immer wieder geäußert, fand erst gar nicht den Weg an die Öffentlichkeit. Große Teile einer kritischen Öffentlichkeit, die sonst offen gegenüber der Szene ist, wurden über zwei Wochen im Dunkeln gelassen, oder genauer: Ulrich Homann und Wolfgang Fick überlassen.

Überfällige Diskussionen

Im Augenblick hat es den Anschein, daß die politische Struktur der Szene nicht in der Lage ist, dieser massiven Hetz- und Abräumpolitik ein tragfähiges Widerstandspotential entgegenzusetzen.

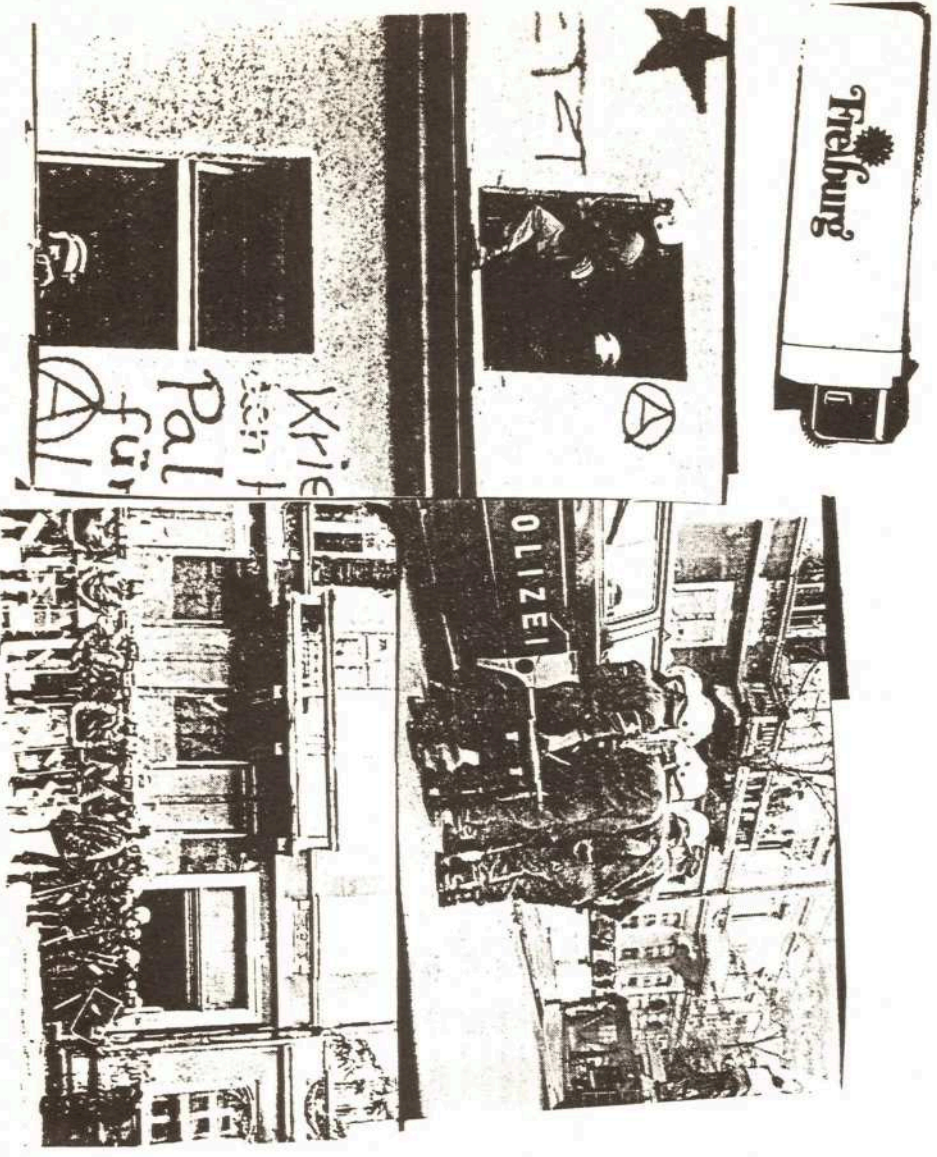
Doch gleichzeitig hat dieser Zustand bewirkt, daß überfällige Diskussionen endlich losgetreten wurden. Diskussionen, die zumindest erreicht haben, daß man sich in der Lage sieht, die Kritik an der Pfingstnacht zu trennen vom notwendigen Protest gegen die Politik der Reaktion. Doch wenn innerhalb dieses Prozesses die Kritik nicht nur zurückgestellt, sondern verdrängt wird, wenn den Auseinandersetzungen, die über die politische Struktur und die inhaltlichen Perspektiven der Szene erst noch geführt werden müssen, ihre Transparenz nach außen genommen wird, wird eine Mobilisierung des solidarischen Umfelds innerhalb kurzer Zeit wieder versieken müssen.

Biber Grimm König Blumenteig
Hehrbach

Wir beginnen diesen Teil unseres Themas mit einer Dokumentation von Flugblättern, die in den ersten Tagen nach der Pfingstnacht herausgegeben wurden. Ihre ungenutzte Dokumentation halten wir für notwendig, da die Flugblätter in einer sehr kleinen Auflage erschienen und so nur für wenig Leute zugänglich waren. Es liegt in der Natur der Sache, daß Stellungnahmen, die sich zusammen auf Samstagnacht beziehen, nur vorsichtig verteilt werden können, da die ermittelnde Polizei an jedem, der solche Flugblätter austrägt, sicherlich brennend interessiert ist. Wir sehen es daher als eine Funktion der SZ, die Diskussion über die folgenden Erklärungen zu öffnen und auch für die zu ermöglichen, die sie bisher nicht erreicht haben.

Die Erklärungen sind bereits im vorderen Teil der Doku

Den beiden Flugblättern folgt eine Stellungnahme der GRÜNEN, ein offener Brief von Grit Mohmann, Presseferentin des Bundesvorstandes der GRÜNEN an die Freiburger GRÜNEN und eine Erklärung politischer, autonomer und alternativer Gruppen zu den Ereignissen der letzten Wochen.



Die Position der Grünen

Die Lage ist kontrovers, und wir möchten unsere Position zur Auseinandersetzung stellen

1. Die Erfahrung der Ausgrenzung ist nicht.

Für diesen Fakt gibt es viele unterschiedliche Wahrnehmungen. Die einen bekommen ihr Bewußtsein durch die Mark, haben die Wahl zwischen Sozialist oder Knast, wenn man sich nehmen, was sie brauchen. Für die einen ist es Anlaß genug, die anderen in einer Demo als wünschenswerten schwarzen Block zu identifizieren, um ihr menschliches Gesicht zu verschleiern. Die Spaltung kann, werden geräumt oder entmietet. Die einen werden weggeräumt, sondern Menschen, für diese bedeutet dies den Verlust von billigen Wohnraum, von sozialer Einbindung im Quartier, von Identität. Für die Spekulanten bedeutet: persönlicher Gewinn. Die Spaltung hat viele Gesichter.

Ein präzises Beispiel für erfahrene Ausgrenzung ist die Situation des letzten Gemeindefestivals in der zugewanderten Wiltz 36. Einmal über einen Besuch im letzten legalen Festival, über die Abspernung aus Eisenmatten, über die bewaffneten Wachmannschaften, unsere Ausweise gehen. Der Vorgang erinnert uns sehr an einen Besuch in der Freiburger Volkshaus, nach einigem Hin und Her eskortierte uns schließlich ein Polizist durch den abgetrennten Eingang über die Treppe ins erste Obergeschoß. Wir erfahren vom Mieter, daß sich die Leiterung in seiner Wohnung beschadigt sind, daß Besucher nicht eingelassen wurden, daß Fotografieren auch vor dem Haus verboten ist. Unser Gespräch wurde etwas zu laut oder unser Aufbruch zu abrupt.

2. Wir unterstützen keine Politik der Ausgrenzung, wir nennen sie trotz der offiziellen Bisherigkeit beim Namen.

Wir haben am 16. Juni im Gemeinderat erklärt: »Wir haben unsere Meinung zu den Vorgängen an Pfingsten deutlich gesagt. Aber, Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren, nehmen Sie zur Kenntnis: niemand wird als Randalierer geboren. Gewalttätiger Art sind Spiegel der legalen Zerstörung und so auch ein Hilfsmittel der Gesellschaft. Statt zu verurteilen sollen Sie sich fragen: was haben wir in den letzten Jahren gemacht? Da wäre in unserer Stadt einiges aufzuräumen. Von der Zerstörung der Freizeitanlagen, über die Räumung des Schwarzfests, über die geplanten Sanierung des Waldhofs bis zur geplanten Sanierung des Seidenschmieds spannt sich ein Bogen der Veränderung. Die Freizeitanlagen werden den Jugendlichen eingeräumt und nicht den Jugendlichen. Statt die Ursachen anzugehen, sagen Sie, Herr Oberbürgermeister: »Wir müssen die Gewalttäter isolieren.« Vor diesen Karren lassen wir uns nicht spannen. Wir lassen uns nicht dazu bringen, daß wir mit diesen Menschen nichts mehr zu tun haben wollen. Wir wehren uns gegen jede Art von Ausgrenzung, Verdrängung und Vorabverteilung. So lassen wir Konflikte nicht, so verteidigen wir sie nur.«

schaffen wir sie nur.« Macht verzerzt das Gesicht; Ohnmacht nicht weniger. Deshalb darf eine menschenwürdige Politik niemand in die Ohnmacht treiben.

3. Die Randalie in der Pfingstnacht, der Anschlag am 18. Juni und das dahinterstehende Politikverständnis muß klar und offenkundig kritisiert werden.

Wenn menschlich und auch politisch vorläufig unheimbarer Schaden angerichtet wird, ist die Grenze, bis zu der wir schwelgen können, überschritten. Wir fordern Rede und Antwort, wir fordern Menschen gezielt angegriffen zu werden, warum Verletzungen und Tod in Kauf genommen werden; welche Rechtfertigung es dafür geben kann; (b) worin politisch der Sinn von Counter-Aktionen liegt, die die Gewinnsucht und nicht die Verbreiterungsbasis ersetzen sollen mit dem Ziel, Bündnispartner als Verräter auszugrenzen, wenn diese sich nicht der eigenen elitären Wahlheit unterwerfen.

4. Es ist hoch an der Zeit, daß die Projekte eine gemeinsame Politik entwickeln, wenn sie zum Sagen haben wollen, auch zusammen mit den GRÜNEN, in Auseinandersetzung mit der Politik der Stadt und der Politik der Militären.

Nicht »Nachdrückung« ist gefragt, sondern politische Initiative

Emilie Meyer
Max Achariz

Heute ist nicht alle Tage

Die Bewohnerinnen

zur Räumung

des Schloßberggrings

Der Schloßberggring wurde am 21.12.84 besetzt, nachdem die letzten MieterInnen unter fadenscheinigen Gründen rausgeholt worden waren, und das Haus schon 1 Jahr lang leerstand. Der Besitzer (Westerfeld) versuchte das Haus abrißreif zu machen. Die Methoden sind bekannt: Sogenannte Standsicherheitsuntersuchungen, die zur Folge hatten, das die sanitären Anlagen zerstört, Löcher in Decken und Wänden waren usw.. Zudem existierten schon vorher ungläubwürdige Abrißgutachten.

Die BewohnerInnen haben das Haus instandgesetzt und so für 30 Leute Wohnraum geschaffen. Durch öffentlichen Druck wurde die Stadt gezwungen eine Veränderungssperre über das Haus zu verhängen, d.h. kein Abriß, kein Neubau (Westerfelds Alternative: Dirmenwohnheim), keine Sanierung für die Dauer von 2 Jahren. In dieser Zeit verhandelte die Stadt um den Erwerb des Hauses. Geplant war langfristig eine Grünfläche. Der Kaufpreis, den Westerfeld forderte, 1,7 Mio DM, war der Stadt zu hoch. Die Entleerung war juristisch nicht möglich.

Inzwischen sieht die Stadt vom Kauf ab. Sie macht die BesitzerInnen für die gescheiterten Verhandlungen verantwortlich. Wir haben nicht zugelassen, daß die Stadt ein Gutachten über Zustand und Wohnbarkeit des Hauses erstellt, da wir der Ansicht sind, daß ein Gutachten nicht den bautechnischen Zustand eines Hauses widerspiegelt, sondern die wirtschaftlichen und politischen Interessen des Auftraggebers. Bereits vor der Besetzung wurden Gutachten erstellt, die alle den Abriß zum Ziel hatten. Es ist eine Frechheit, nachdem 30 Leute 2 1/2 Jahre diese Haus bewohnen, nach der Benutzbarkeit des Hauses zu fragen. Entscheidend ist die kapitalträchtige Verwertbarkeit des Wohnraumes, entscheidend ist, das Ziel, selbstbestimmtes Leben, wie es in diesem Haus möglich ist, zu zerstören.

Die Räumung der Wilhelmstr. 36 und des Schloßberggrings 9-11 wurden in der Öffentlichkeit als Reaktion auf die sogenannten Pfingstkravalle verkauft und somit zu legitimieren versucht. Dabei sind die Vorbereitungen zu den Räumungen schon seit Monaten im Gange. Laut Böhme sei »die Entscheidung, das letzte noch besetzte Haus in der Stadt zu räumen (...) richtig gewesen. Man habe auf diese Entscheidung schon monatelang hingearbeitet.«

Wie schon letztes Jahr die Chaotenherze vor der Räumung der Hildastr. 31 und der Erbprinzenstraße 20, sollten der Einsatz knüppelnder Bullen beim 6-Jahres-Fest der Willi 36, Razzia in der Wagenburg und Hetzpropaganda in der BZ auch jetzt die Räumun-

gen der Willi 36 und Schloßberggring 9-11 in der Öffentlichkeit legitimieren. Das riesige Polizeiaufgebot bei der Räumung und die gegenwärtige Polizeipräsenz in der Stadt sollen deutlich machen, daß jeder Widerstand – sei es auch nur schriftlich oder verbal – in Zukunft noch schärfer kriminalisiert werden wird.

Obwohl die massiv eingesetzten Spurensicherungsbeamten im Schloßberggring nicht fanden und nicht einmal der Tatbestand des Hausfriedensbruchs gesichert ist (es besteht noch ein Duldungsvertrag), wurden 11 BewohnerInnen über Nacht im Knast festgehalten. Die Kriminalisierungs- und Spaltungsakt wird auch nach den Räumungen weitergeführt. Die Stadt bietet den BewohnerInnen der Willi 36 Plätze im Obdachlosenheim in der Klara 100 an, während sie einen Teil der ehemaligen BewohnerInnen des Schloßberggrings explizit ablehnt.

Nach der Räumung wurde das Haus teilweise zerstört (Dach etc.) und zugemauert. Zerstörung eines Teils unserer Fahrzeuge, Stereoplanen usw. und unvollständige Rückgabe unseres Mobiliars, Betten, Klammotten, Öfen, Märratzen, Waschmaschinen, die gesamten Kücheneinrichtungen, sollen uns zusätzlich noch schikanieren. Die Stadt bestreitet dies und lehnt bis jetzt jegliche Beichtigung des Hauses ab.

Heute ist nicht alle Tage, wir machen weiter, keine Frage!!

Alle Fragen sind Frauenfragen

Unser Leben und Wohnen im Frauenhaus bedeutet für uns zu lernen uns auf Frauen zu beziehen, andere Auseinandersetzungsformen unter Frauen zu finden, die über den Frau-Mann Konflikt hinausgehen. Es bedeutet für uns patriarchale Verhaltensmuster in uns Frauen und Leben selbst aufzubrechen. Wir können die Frauen- und Lebensfrage nicht losgelöst neben anderen gesellschaftspolitischen Konflikten sehen. **Alle Fragen sind Frauenfragen!**

Weil kein Befreiungskampf für die Befreiung der Frauen kämpft – wartet hinter jeder Revolution das Patriarchat. Deshalb können und wollen wir Frauen endlich mit Frauen unsere Politik machen. Wir wehren uns gegen die weltweite Unterdrückung und Ausbeutung der Frauen in allen politischen Systemen. Wir können nicht zulassen, daß wir zurückgedrängt werden auf Reservematriarchaler Kultur und auf unsere Frauenräume. Wir können nicht zulassen, daß versucht wird, jeden Quadratzentimeter unserer Bewegungsfreiheit einzuschränken, und daß durch gewalttätige Übergriffe unsere Freiheit in diesem Haus zu wohnen, auf der Straße zu demonstrieren, geräumt und niederknüpelt wird. Wir brauchen einen starken, bunten, lauten und phantasiaevollen Frauenwiderstand in Freiburg.

Der öffentliche Raum ist für Frauen ein Territorium des Feindes

Presseerklärung des Frauenhauses Schloßberggring 9

Vor einem Jahr haben wir das Frauenhaus Schloßberggring 9 besetzt. Warum und was dies aus unserer Sicht als Frauen bedeutet wollen wir hier beschreiben.

Ein Leben in der Stadt ist für Frauen fast unmöglich. Tagsüber sind wir Frauen Objekte – Prüfte, Blicke, Annäherung – nachts sind wir Freiwild! Die nächtliche Ausgangssperre – unausgesprochen – aber im Kopf jeder einzelnen Frau. In den Wohngebieten wird die Isolation der Frauen stetig vorangetrieben. Reduziert auf die Rolle als Hausfrau und Mutter, womöglich noch doppelt belastet durch Teilzeitarbeit. Hier ist keine Kommunikation mehr möglich, weder im anonymen Einkaufszentrum, noch im beklemmenden Fahrstuhl.

Dieser für sie verplante Raum bedeutet die ständige Kontrolle der Frau und ihre ständige Verfügbarkeit. Wohnraum als Kontrollmittel? Was in Wohnungen subtil läuft, wird offensichtlich in staatlichen Heimen und Flüchtlingslagern. Selbstbestimmtes Leben, Wohnen und Arbeiten wird unterdrückt. Daß Flüchtlige, psychisch Kranke, sogenannte schwer erziehbare Kinder, alte Menschen, Behinderte in der Gesellschaft auf unterster Stufe stehen, wird dadurch deutlich, daß ih-

Das Frauenhaus (momentan im Exil...) ist kein Musterbetrieb feministischer Revolutionstheorie. Wir leben, wohnen, streiten, lachen, brechen zusammen, fangen uns wieder auf und versuchen so sehr alles zu vergessen, was wir je gelernt haben. Die Räumung unseres Frauenhauses bedeutet nicht nur Repression durch die Staatsmacht, sondern setzt uns zusätzlich verstärkt einer frauenfeindlichen Gewalt »draußen« aus. Wir haben wieder einen Frauenfreiraum verloren – einen Lebens- und Wohnbereich, der unsere Entwicklung erst möglich machte. Wir werden unsere Wut und unsere Angst und Trauer darüber überall hintragen und versuchen, Neues unter Frauen entwickeln zu lassen.

Schafft viele Frauenhäuser, Kneipen, Frauenvereine – nehmt euch die Räume für eine von Frauen für Frauen besetzte Straße, Fabrikhallen, Discos, Werkstätten, Kunststätten, Raststätten – Allee!

**Wir sind nicht nur im Recht!
Wir werden nicht nur siegen!
Wir sind auch viel schöner!**

Frauenhaus Schloßberggring 9

nen jegliches Recht auf Selbstbestimmung genommen wird, indem sie in Anstalten kaserniert werden.

Aus der Notwendigkeit uns dieser Kontrolle zu entziehen, um Kraft für den Frauenkampf zu entwickeln, haben wir vor einem Jahr das Frauenhaus Schloßberggring 9 besetzt. Selbstbestimmung heißt für uns, daß wir das Haus nach unseren Bedürfnissen einrichten und organisieren. Wir können hier eine eigene Form politischer und persönlicher Auseinandersetzung leben.

Als Frauen und aus der Sicht von Frauen! Nicht länger als Anhängsel, Mitläuferinnen oder Vorzeigefrauen der männlichen Politik. Es genügt nicht, das Patriarchat bzw. die Frauenfrage in die Gesellschaftsanalyse reitzukläschen.

Wir Frauen sind in dieser Gesellschaft schon soweit funktionalisiert und unterdrückt, daß wir nur noch die schlimmsten Auswirkungen der Männerpolitik ausbaden können. Am Beispiel der Katastrophe von Tschernobyl wurde dies deutlich. Die Technologien zerstören die Umwelt und unser Leben, wobl den Frauen wieder die Rolle zufällt, den Alltag wie üblich zu organisieren.

– d.h. sie müssen sich um die Ernährung ihrer Kinder kümmern, obwohl alles ver-seucht ist.

– d.h. sie müssen die Ängste und Fragen der Kinder überspielen, obwohl nichts mehr rückgängig zu machen ist.

Die Räumung bedeutet für uns Frauen nicht nur den Verlust von Wohnraum, sondern das wir wieder der allseitigen Gewalt 24 Stunden ausgesetzt sind!

DOKUMENTATION

Erklärung des Hauseigentümers der Häuser Schloßberggring 9 und 11 vom 22.12.1984

Der Eigentümer der Häuser Schloßberggring 9 und 11, Herr Friedrich Westerfeld, duldet die Besetzung seiner Häuser solange keine Dritten belästigt oder gefährdet werden, er sichert zu, daß, solange sich die Besetzer auf dem Boden des Gesetzes befinden bzw. keine Rechte Dritter verletzt werden, keine Strafanzeige gegen die Besetzer erstattet wird und daß er nichts dagegen einzuwenden hat, daß die Häuser von den Besetzern bewohnt werden. Herr Westerfeld erklärt, daß er verlangt, daß Kosten wie Wasser, Strom etc. von den Besetzern getragen werden. Die Vereinbarung gilt bis eine einvernehmliche Lösung mit der Stadt über die weitere Entwicklung der Häuser getroffen worden ist.

Erfolgreiche Beschlagnahme

Noch nie hat die Polizei so aggressiv von der Kamera Gebrauch gemacht, wie in den letzten Tagen. Hielten sich die Dokutrupps mit Video oder Kleinbild früher im Hintergrund, so wird jetzt geradezu provokativ gefilmt, was das Zeug hält. Und wosie nicht zum Schuß kommen, versucht dann die Staatsanwaltschaft, erhofftes Material aus den Kameras der Journalisten in den Dienst der Polizei zu stellen. Während Wortjournalisten ein Zeugnisverweigerungsrecht geltend machen dürfen und es der Staatsanwaltschaft nicht möglich ist, z.B. Notizen zu beschlagnehmen oder Namen zu verlangen (Informantenschutz), ist der Bildjournalist oder die Bildjournalistin den unstrittigen Methoden der Polizei schuldlos ausgeliefert. Das Text- und Bildmaterial rechtlich nicht die gleiche Stellung eingeräumt wird, bleibt ein Widerspruch. Wenn die Beschlagnahme von Bildmaterial weiterhin geduldet werden muß, hat es mit dem Grundrecht der Berufsausübungsfreiheit für Bildjournalisten (Art. 5, 12 GG) bald ein Ende. Da wo die Polizei belastet wird, kann sie Beweismaterial zerstören, wo sie Ermittlungshilfen vermutet, nach Belieben zuschlagen. Wie im jüngsten Fall, bei der Pressefotografin Madeline Hager. Die SZ sprach mit ihr.

Interview mit der Pressefotografin Madeline Hager

Stadtredaktion: Du hast in der Nacht vom 6. auf den 7. Juni im Grün Furtos von den Ereignissen gemacht. Diese Fotos sind um 11.6. beschlagnahmt worden. Konntest Du aus die Ereignisse von der Platznachricht zur Beschlagnahme schildern?

Madeline Hager: Ja, nachdem ich gegen Mitternacht auf der Schneewindstraße war und mitgekriegt habe, was da läuft, bin ich dann Richtung Faulerstraße und habe ziemlich zu Anfang dieses eine besagte Foto gemacht, das auch in der »BZ« veröffentlicht wurde. Ich habe allerdings auf dem Positiv die Augen der Abgebildeten geschwärzt – auch die der Vermummten, was nicht üblich ist.

Es geht also nur um ein einziges Foto?

Es geht nur um dieses eine. Die anderen Fotos sind zwar zur Dokumentation interessant, sonst aber im Grunde langweilig. Da ist niemand zu sehen, niemand Vermummte, da ist nichts drauf, was von Belang sein könnte. Ich habe nur einen knappen Film gemacht, weil ich Angst hatte, denn es war ne'cht heil'ge Nacht. Erst als es sich beruhigt hatte bin ich in die Wilhelmstraße und habe dort noch fotografiert.

Das besagte Foto, das Dienstags in der »BZ« erschien, hatte ich am Pfingstsonntag bei der Pressekonferenz im Bilderzimmer des Rathauses dabei. Da war der Staatsanwalt, der Polizeipräsident, der OB, Fernsehleute und Rundfunk. Polizeichef Schreiber zeigte großes Interesse für die Aufnahmen und wollte alle sofort haben. Ich habe dann der Polizei an und wollte die Fotos haben. Ich habe ihnen den Preis von 20 DM pro Abzug genannt, allerdings unter dem Vorbehalt, daß das eine Foto, um das es ihnen letztlich ging, nicht dabei ist. Späterrief die Presseleite noch einmal an und sagte, daß sie kein Geld hätte, um die Bilder anzukaufen. Das besagte Bild sei aber weiterhin von großem Interesse. Das wollten sie auf jeden Fall haben.

Ich habe das aber klar zurückgewiesen. Aufgrund dieser Absage wurde dann, wie ich später erfahren habe, vom Oberstaatsanwalt Hüber-Stentrup sofort ein Beschluß des Amtsgerichts angeordnet, sämtliche Fotos, Negative und Positive, alles, was ich in dieser Nacht gemacht habe, zu beschlagnehmen. Am Donnerstagsmorgen, zwischen 7 und 8 Uhr klopfte es dann heftig an meiner Wohnungstür. Fünf Polizisten standen davor, drei in Zivil, zwei davon von der Kripo, einer vom Amt für öffentliche Ordnung. Nachdem die Beamten sich Zugang verschafft hatten, hab ich als erstes meinen Rechtsanwalt angerufen und gefragt was ich machen kann. Die Beamten hatten einen Durchsuchungsbefehl inklusive Beschlagnahmenschluß. Die Kripo fragte mich dann, ob ich die Negative freiwillig rausgeben oder ob ich Widerstand leisten, was sich bei 5 Polizisten, die einem morgens auf die Hände rücken, als Frage wohl erübrigt.

Sie durchsuchten dann auch noch mein Auto, in dem sich sämtliche Positive, die ich in dieser Nacht gemacht hatte, befanden, mit Ausnahme der Bilder, auf das sie scharf waren. Dieses Positive haben sie nicht bekommen.

Und die Negative?

Nachdem ich von den Negativen Positive abzuge hergestellt hatte, habe ich die Negative auf Vorder- und Rückseite mit einer Nadel ausgekratzt und dann zusätzlich mit Folienstoff unkenntlich gemacht. Selbst für einen Spezialisten ist es absolut unmöglich, das noch etwas rauszuholen.

Du bist nach der Durchsuchung verhorrt worden...

Ich wurde im Telefonhau-Normalzeitgebäude von einem Beamten, der bei der Durchsuchung nicht dabei war, verhorrt. Normalerweise ist dieser Beamte für Vernehmungen im Zusammenhang mit Bankräuben zuständig. Mir wurde während des Verhors immer wieder in sanfter und netter Form unterstellt, daß ich Namen kennte, ich wurde aufgefordert, nähere Angaben zum Pfingstsonntag zu machen, was ich strikt verweigert habe. Man hat mir offenbar auch nicht abgenommen, daß ich nur so wenig Bilder von dieser heiligen Nacht gemacht habe.

Sie gingen davon aus, daß ich, weil ich so nahe am Geschehen war, den einen oder anderen vielleicht doch erkannt hätte oder haben soll, was ich bestimmt 50 mal verneint habe. Irgenwann ging es mir wirklich auf den Keks.

Wie wurde das Verhör von der Kripo bewertet?

Auf gut Deutsch: beschissen – im Beamterdeutsch: sehr unterbelegend verhalten. Die Negative habe ich übrigens schon am Freitag nach der Durchsuchung, also 36 Stunden später, nach massiven Protesten beim zuständigen Oberstaatsanwalt Maax zurückbekommen.

Für Deine persönliche Arbeit ist die Beschlagnahme eine Einschränkung...

...eine Einschränkung insofern, als ich als freie Journalistin arbeite und das ist ein hartes Brot. Zufälligerweise war ich die einzige die in dieser Nacht Fotos gemacht hat und es gab am Donnerstag und Freitag nach Pfingsten sehr viele Nachfragen von Tageszeitungen, die an diesen Aufnahmen noch brennend interessiert waren.

In der Badischen Zeitung war erst am Sonntag von der Beschlagnahme der Bilder zu lesen, und zwar lediglich als Bericht über einen Protest der Journalistensverbände. Andere Zeitungen haben die ausführlicher berichtet. Ist das nicht ungewöhnlich?

Mich hat das im Nachhinein gewundert, daß der Kollege, der den Artikel geschrieben hat, bei mir nicht nachgefragt hat. Aberansonsten ist mir das egal, weil der Journalistensverband da sehr viel macht und die anderen Kollegen außer der BZ geschlossen hinter mir stehen und sich sehr engagieren, was normalerweise nicht üblich ist.

Man hätte erwartet, daß sich die BZ in Sachen Pressefreiheit und unangenehme Berufsausübung etwas mehr ins Zeug legt.

Das hab' ich nie erwartet.

Es geht auch hausintern keine Reaktionen, weder von ganz oben...

...nein.

Deine Arbeitsmöglichkeiten wurden eingeschränkt. Wie wirst Du dich bei nachster Gelegenheit, sagen wir einer Demonstration verhalten?

Ja, da muß ich also ehrlich sagen, daß ich da mit gemischten Gefühlen hingehen, weil es wahrscheinlich nicht jedem klar ist, daß ich nur unter großem Protest die Bilder herausgegeben habe.

Wir möchten noch eine Frage stellen zum Bild auf der ersten Seite der BZ, das zur Verneinung zeigt, die umgekehrt, fünf Bildunterzeile, einen Wagen umschmeißen und als Burleske benutzen. Die Bildunterschrift hat Du nicht gemacht, aber konntest Du das bestätigen, was da steht oder ist das einfach eine Interpretation, ein redaktioneller Zusatz, der die Sache, wie sie statigefunden hat, falsch wiedergibt.

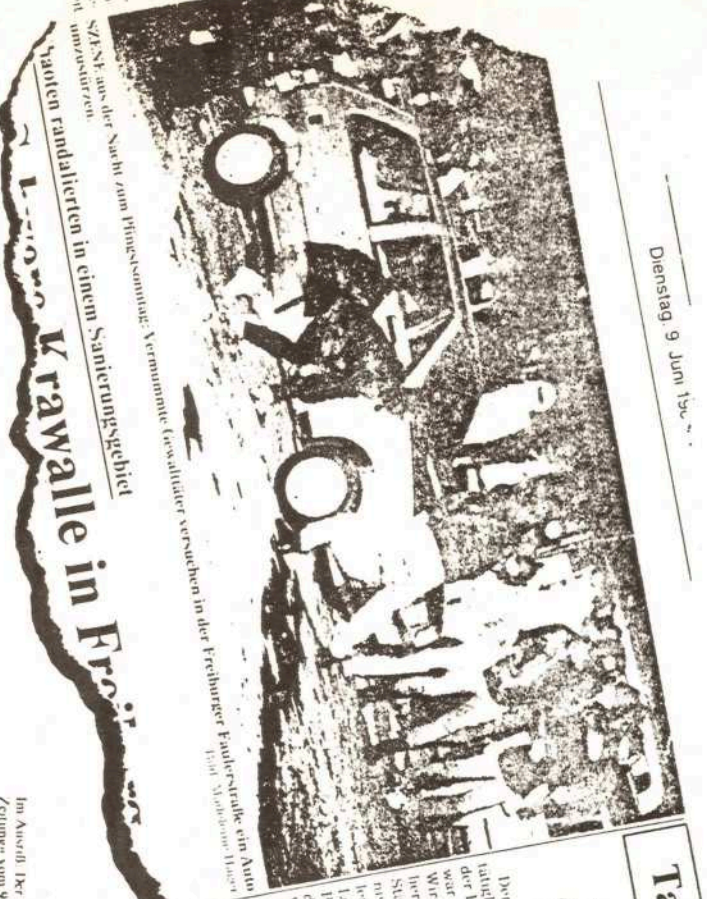
Warum die Unterzeile so gemacht wurde, entzieht sich meiner Kenntnis.

Die Behauptung, die du aufgestellt wirst, stimmt jedenfalls so nicht?

Ich hab das inzwischen mitgekriegt von Leserbriefen und Protesten. Ich glaub das auch durchaus. Ich kann mich aber ehrlich gesagt nicht mehr an die Situation erinnern, weil da soviel los war und ich zwischenmenschlich immer wieder in Deckung gegangen bin. Es floßen ja Steine und ich hatte im Gegensatz zu Feuerwehr und Polizei keinen Helm.

Hat das denn für dich auch konkrete Auswirkungen, daß Du von Dir aus in bestimmten Situationen sagen wirst überhaupt nicht Fotos zu machen? Denn jedes Foto, das möglicherweise eine Straftat zeigt, könnte ja von der Staatsanwaltschaft verwendet werden.

Ich werde weiterhin Fotos machen, weil da ist irgendwas der Journalist doch stärker in mir. Vor zwei Jahren hat die Polizei mit während der Razzia bei Radio Dreyeckland den Film aus der Kamera gerissen, jetzt wurde meine Arbeit beschlagnahmt. Ich will meinen Bericht ausgeben können und ich habe mich nicht zum Polizeispitzel machen.



Dienstag 9 Juni 1977

Tag

Aust

der

Von Wo

Der Ausbruch

der Kripo

war nicht das

Wirkkopfen, war

weiter Reaktion

hinterher, was

Staatssicherheits

einmal, was

schwerd

Haus

mehr

Im Anblick Der Tuer der Stadischen Zeitung vom 9 Juni '77

FREIBURG IM JULI:

politische Gefangene hier + anderswo

13 Jahre vor dem stichtag entschied sich die bbb-koalition, eine weitere etappe zum großen ziel - freiburg 2000 - zu nehmen, die situation schien günstig, die lage war ruhig, so wurde zunächst die willi 8 in einen rechnungsbilgen zustand überführt, für die 35 wurde gleiches angekündigt, nach den heftigen und unerwarteten pfingstereignissen war klar: isolieren und abräumen, die abräume klappte recht gut, mit dem spalten, dem "isolieren" die kleinen harten kerns menschenverachtender krimineller gewalttäter" hörte es etwas, trotz neuerlage der choatenetze von 1988 und einen verhältnis der bz zur wahrheit, das sogar zweifel an der richtigkeit des in ihr abgedruckten fernsehprogramms aufhoben läßt.

trüben war die sonntags-räumungsdemo eine der größten seit tscheruboy! und von ruhm in der stadt kann trotz bejaerungszusand nicht gesprochen werden.

der verbrauch, bei der schlöbbergrünung, veranbartliche zu finden, und so den konflikt auf die "hausbesetzerzene" zu begrenzen, kann als gesichert betrachtet werden, bhmas offen zu schau getragene enttäuschung, daß keine heftbefehle erlassen werden konnten, sprich bände, indes kommen immer r mehr leute zum täglichen treff an der willi 36 - sowas wie eine bewegung entsteht, daß dieser bewegungssatz sich konsolidiert und eine politische stoffrichtung entwickelt, ist im moment der größte problem der herrschenden, selbst das vertout von weiteren plänen in der eiferweihalle.

klar ist: die, die jetzt in der hermann-herder-str. eingelocht sind, stammen aus unterschiedlichen zusammenhängen und haben einen anderen hintergrund, aber auch hier gilt: wir müssen die isolation durchbrechen! das heißt zunächst:

- schreibt den gefangenen, die adressen erfährt ihr beim ermittlungsausschuß über den buchladen "jos fritz" in der wilhelmstrasse.
- schickt zeittungen und bücher - wer einen radio oder einen alten kassettenrecorder hat, soll ihn beim erm.ausschuß abgeben.
- die gefangenen brauchen geld für einkauf (tabak, obst, kaffee) und anwälte.
- schreibt auch dann gedächtnisprotokolle über den verlauf des schreids vor der willi 36, wenn ihr die gefangenen nicht persönlich kennt und gebt sie beim e.a.ab.

das heißt aber auch:

- auf allen ebeneen widerstand gegen den staatsapparat zu leisten und die forderung nach freilassung der gefangenen in die auseinadersetzung zu integrieren.

die erfahrung mit der politischen justiz zeigt, daß es nur falsch sein kann, jetzt ruhe zu geben, die freilassung von gefangenen anläßlich der schwarzwaldhofräumung ist nicht zuletzt auf der straße durchgesetzt worden.

in den letzten wochen haben sich strukturen herausgebildet, die nicht nur aus der defensive heraus handlungsfähig waren. die eskalation kommt jetzt unerwarteterweise für die stadt, während sie versuchen, freiburg 2000 stück für stück durchzuführen: die internationale kongreß-tagungsstätte für die zukunft, der ausbau zur touristenmetropole im süden, expandierung des high-tech-sektors mit auslagerung von teilen der produktion in die weitere umgebung. das hat zur folge, daß sich die arbeitsmarktlage hier weiter verschlechtert wird. der wohnungsmarkt wird sich aus dieser situation heraus natürlich für die untere klasse nicht verbessern - im gegenteil - verbannung der armen aus der stadt, mehr wohnungen für die reichen (siehe grün-sä-nierung - für wen ?

die ganzen räumungen und übergriffe der bullen waren von längerer hand vorbereitet, bereits 1986 hat der freiburger cdu-landtags-abgeordnete reddemann anträge in den landtag eingebracht, die zum ziel haben, die in freiburg bestehenden "rechtsfreien räume" zu beseitigen. in stuttgart verlangte der spd-landtagsabgeordnete schrempf, die freiburger polizei müsse dringend verstärkt werden (bz 10.6.87).

warum also jetzt der zeitpunkt für die ganzen räumungen "auf einen schlag"?

dazu muß man die entwicklungen der letzten monate genauer diskutieren und einschätzen, es sind z.b. viele veranstaltungen und diskussionen gelaufen zu polit.gefangenen und ihre zusammenlegung, vobo-bewegung, ohne daß die bullen eingegriffen bzw.veranstaltungen abgeräumt haben wie in anderen städten.

war die räumung der willi 8 erst malein "test", um die lage der mobilisierung der bewegung einzuschätzen?

pfingsten hat jedenfalls die legitimtion geliefert, so zu reagieren, wie sie es schon lange vorhatten.

dazu regierungssprecher matthias kleinert: die landesregierung nehme die vorgänge in freiburg (insbesondere pfingstkravalle und den anschlag auf den städtischen bauhof) außerordentlich ernst und sei entschlossen, mit "aller konsequenz rechtsstaatliche mittel einzusetzen". wörtlich: "wir wollen kreuzberg nicht in ba-wü". das ganze untermauert die staatliche propganda in presse und verfassungsschutzberichten, daß es in freiburg zunehmend ein breiteres spektrum des raf-umfeldes gäbe. dazu hat unter anderem die landespolizeidirektion, in zusammenarbeit mit dem lka, eine sonderkommission gebildet, um die "drahtzieher und hintermänner" herauszugreifen und zu kriminalisieren.

ein projekt also, das sie brd-weit immer weiter versuchen aus zuweiten (siehe die 4 ebeneen der raf, legale raf usw.),

kein ausnahmestund in freiburg. nur eingebunden in dieses widerstandsbekämpfungskonzept ist auch zu verstehen, warum sie hier jetzt so massiv ihre polizeikräfte zusammengezogen haben u.a.mit dem ziel, gefangene zu machen und diese exemplarisch zu verurteilen und um eine macht zu demonstrieren, die den widerstand insgesamt blockieren soll- aber nicht wird !!!

FÜR:

FREILASSUNG DER GEFANGENEN - ZUSAMMENLEGUNG DER GEFANGENEN AUS RAF UND WIDERSTAND

Die große Rangelei

„Wir haben viele Menschen bewegt“

Lange vor den Pfingstereignissen waren die besetzten Häuser Ziel staatlicher Repressions- und Überwachungsmaßnahmen. Im Mai mischten die Bullen das 6-Jahresfest der Willi-36-Besetzung auf, das Verwaltungsgericht gab mit einer skandalösen Entscheidung, die das Zuzauern von teilweise geräumten Häusern legalisiert, den Weg zur Räumung frei. So stand die Räumung des Schloßbergrings schon mit dem Räumungsantrag vom 27.5.87 fest. Die Wagenburg, die am Donnerstag dem 25.6. geräumt wurde, wurde zuvor schon mehrfach mit Durchsuchungen schikaniert.

Warum wehren sich immer mehr Menschen gegen Wohnraum- und Sanierungspolitik der Stadt?

- weil durch die Sanierung die jetzt schon zu hohen Mieten weiter steigen (oft ein Drittel bis die Hälfte des Einkommens);
- weil dadurch die jetzigen BewohnerInnen des Grün und Stühlinger vertrieben und die gewachsenen Sozialstrukturen im Stadtteil zerstört werden - in der zynischen Sprache der Stadtplaner heißt das "Beseitigung einer ungünstigen Sozialstruktur";

weil die "Stadtentwicklung" Böhm's mit ihren Großprojekten Kongreßzentrum ("KTS"), Neubau der Industrie- und Handelskammer (IHK), Neubau der Commerzbank auf Kosten denkmalgeschützter Altbauten und ihrer MietefInnen, Stadtautobahnen (Schneulinstr., B31-Ost) usw. nur einer reichen Minderheit nutzt und für die Mehrheit eine Verschlechterung der Lebens- und Arbeitsbedingungen bedeutet:

Warum, so bleibt zu fragen, wird diese Stadt-Politik betrieben? Welche Interessen werden mit der Grün-Sanierung, der Innenstadtausweitung, dem Bau der KTS (Kultur- und Tagungsstätte) verfolgt? Oder ist Böhm's nur ein böser Mensch und Profiteurentiker?

Die langfristige Umgestaltung der Stadt gehorcht dem alten Prinzip des Profits, das immer neue Formen seiner Realisierung zu suchen gezwungen ist. Nach den Jahrzehnten des Wiederaufbaus, der Vollbeschäftigung und des relativ hohen Lebensstandards geriet auch die BRD in eine tiefgreifende, strukturelle Krise. Das angehäufte Kapital ließ sich nicht mehr gewinnbringend investieren. Die seitdem laufende Umstrukturierung gesellschaftlicher, ökonomischer und politischer Zusammenhänge soll die Verwertung des Kapitals wieder ermöglichen. Die zentralen Strategien dieser Veränderung sind allgemein bekannt: Neue Technologien und neue Formen der Arbeit/Ausbeutung (Flexibilisierung der Arbeitszeit, Teilzeitarbeit etc.), Arbeitslosigkeit und neue Armut. Unter anderem soll die Volkszahlung die dazu benötigten Daten herbeischaffen.

Konkret für Freiburg bedeutet dieser Prozeß den Ausbau zum Oberzentrum der Regio, wie ihn der Stadtplaner Arras in seiner technokratischen, aber keineswegs wirklichkeitsfremden Utopie "Freiburg 2000" prognostiziert. Die eine Linie dieser Planung bedarf direkt der Sanierungsmaßnahmen, gegen die die Häuser besetzt wurden. KTS, Verkehrsplanung, Landesgartenschau, Neubau der Commerzbank in der Kaiser-Josef-Straße usw. sollen Freiburg weiter zu Einkaufs- und Touristenstadt entwickeln. Die zweite Linie wird mehr im Stillen durchgezogen, obwohl ihr in der Gesamtplanung mindestens die gleiche Bedeutung zukommt. High-Tech-Firmen wie Litel, Intermetall (ITT), Nixdorf und IBM, die wesentliche Zulieferer der Rüstungsindustrie sind, dominieren die Freiburger Industrie. Diese zukunftsstrahlige hochtechnologische Produktionsweise wird durch den Umbau der ursprünglich geisteswissenschaftlichen Universität weiter vorangetrieben. Die Modelle einer direkten Zusammenarbeit von Forschung/Ausbildung in der Universität und Anwendung in der Industrie werden systematisch realisiert. - Siehe z.B. Technologiezentrum.

Die Menschen in Freiburg werden von dieser Entwicklung als Mieter und als ökonomisch Abhängige getroffen.

- Die geplante Umstrukturierung von Arbeit in immer besser qualifizierte Arbeitsplätze (Ingenieure, Verwaltungsfachleute, Computerspezialisten etc.) bei gleichzeitiger Rationalisierung produziert ein immer größeres Heer von billigen Arbeitskräften, Jobbern und Arbeitslosen. Betroffen sind vor allem Menschen ohne Ausbildung, Frauen, ältere ArbeiterInnen, Jugendliche, denen gar keine Ausbildungschance gegeben wird.

- Die eingeleitete Entwicklung verschärft die soziale Lage durch Kürzungen bei Sozialhilfe, Sozialleistungen, da die Stadt ein Großteil ihrer finanziellen Ressourcen für den Bau der Kultur- und Tagungsstätte (KTS) und die Ausführung ihrer Verkehrsplanungskonzepte wie der B 31-Ost, der Neubebauung der Bahnhofsplätze benötigt.

- Sanierungen und Stadteveränderungen werden an profitorientierte Privatfirmen verteilt (Commerzbank am Martinstor, Schwarzwaldhof, Teilprivatisierung von Häusern und Wohnungen der Stadt Siedlungsgesellschaft) - die Mieten steigen, die Bewohner wechseln. Freiburg wird teurer: so wird z.B. im Stadtteil Stühlinger die bestehende Infrastruktur von kleinen Läden, Handwerksbetrieben, billigen Wohnungen für Familien, alte Leute und WG's über die Sanierung und sogenannte "Wohnfeldverbesserung" zerstört. Die geplante Veränderung des Stühlingers für den gehobenen Wohn- und Freizeitbedarf (Klein-Schwabing) zwingt Menschen, ihre jetzigen Wohnungen und Betriebe aufzugeben.

DEMO
gegen die "Stadtentwicklung" der BankenBöhmeBullen
Solidarität mit den Gefangenen
vom 7.6. und 27.6.
SAMSTAG, 11. JULI 11.00H
BERTOLDSBRUNNEN



78

Warum werden Häuser besetzt?

- zur Erhaltung von abrißbedrohtem billigen Wohnraum
- als praktischer Widerstand gegen die Vertreibung von MieterInnen aus den innenstadtnahen Bezirken durch Böhm's Stadtansanierung
- weil es nicht einzusehen ist, daß die MieterInnen, die die Häuser bezahlen, der Verfügungsgewalt von Eigentümern unterworfen sein sollen, die sich oft nicht einmal um die Instandhaltung der Häuser kümmern
- weil es nicht einzusehen ist, daß beim Grundbedürfnis Wohnen durch künstliche Verknappung (Abriß, "Entmietung") und Luxussanierung Extraprofite für Banken und Spekulanten rausgeschlagen werden
- weil Zusammenwohnen in großen Gruppen wie z.B. das Frauenhaus Schloßbergring 9 und das Männerhaus Schloßbergring 11 in Mustermann-Miniapartments nicht möglich ist

Wie lenkt die Stadt von diesen Problemen ab?

- die Medien (BZ, SWF) verschweigen diese Inhalte der Bewegung und betreiben Stimmungsmache mit gezielten Falschmeldungen

Plotzeln und ohne GrHandlanger

Zufällig war ich Zeuge der Vorgänge während der Demonstration am Dienstag, 16. Juli: Zweihundert Menschen - Demonstranten - waren völlig eingekreist von den massiv bewaffneten Polizisten. Soweit - so gut, nach den Pfingstkrawallen war Vorsicht sicher angezeit. Die Demonstranten verlangten zwar lautstark, aber friedlich, aus dem Kessel herausgelassen zu werden. Die Polizei gestattete dies aber nur einzelnen Personen.

Ich habe keinerlei Übergriffe von seiten der Demonstranten gesehen. Nach etwa einer dreiviertel Stunde zog die Polizei den Kessel dann enger, bis die Beamten plötzlich und ohne Grund dazu zu haben, mit Schlagstöcken heftig auf die Demonstranten einschlugen. Einen solchen Übergriff der Polizei habe ich noch nie gesehen und wollte meinen Augen nicht recht trauen. Auf die auf der Straße liegende blieben Verletzten ließen keine Zweifel

ich gebeten, "Es ist hanebüchen, mit welcher Vehemenz und welchem Engagement auch die Badische Zeitung sich über Tatsachen hinwegsetzt und sich zum Skandalos e Stellungnahme auch die Sudwestfunk (S ging. Von Tränengas kann schon gar keine Rede sein. Auch habe ich keinen Krawall gesehen - außer den Polizeikräften, die mit Sturzhelm, Pistole, Holzschlagstöcken und Schutzschildern auftraten."

Überraschung im Gemeinderat smert

Polizei korrigiert Plenums-Meldung

- mit der Diffamierung des Widerstandes als "Chaoten" soll der Interessengegensatz zwischen der kleinen Minderheit von Banken, Spekulanten, Bonzen und Bosse und der Mehrheit der Bevölkerung durch die Propagierung einer Volksgemeinschaft der rechtschaffenen Deutschen gegen Punks, "Chaoten" und "Terroristen" verdeckt werden.

Die Stadt hat sich verrechnet. Nach den Häuserräumungen der letzten Wochen wehren sich weit mehr Menschen als der von der Presse konstruierte "Harte Kern". So nahmen etwa 3000 Menschen an der Großdemonstration am 27.6. teil. Mehrfach gab es Solidaritätsauftritte von Künstlern, Volkskuchen und Fußballspiele bei den allabendlichen Treffen vor der Willi 36.

Wie reagiert die Stadt auf diesen Widerstand?

Bürgerruhe geht vor Büchsenknall

- 1000 Bullen in Freiburg ersetzen die fehlenden Argumente der Stadt und versuchen, jede Menschenansammlung auseinanderzuknuppeln
- alternative Projekte wie die Gießereihalle werden erpreßt, sich als reine Freizeitbetriebe und Alibi einer angebliehen "Liberalität" der Stadt in ihre vorgesehene Nische einzufügen oder als bevorzugtes Opfer von Vergeltungsaktionen herzuhalten, wenn sich die "Sicherheitslage" verschärft - das Prinzip "teile und herrsche"
- das Recht, sich zu Plenen und Demonstrationen zu versammeln, wird außer Kraft gesetzt - sei es durch die (absurde) Behauptung, die TeilnehmerInnen öffentlicher Plenen seien kriminelle und dort wurden "Gewalttaten" verübt, sei es durch Knuppelinsätze ohne jeden Anlaß
- nach altbekanntem deutschem Vorbild hat die Stadt eine "schwarze Liste" von 70 angeblichen Angehörigen des "harten Kerns" und von 21 Personen, die bei Aktionen in der nächsten Zeit gezielt verhaftet werden sollen, angelegt
- mit der zugegebenermaßen (vgl. BZ 29.6.) wahllosen Inhaftierung von zur Zeit 6 Menschen versucht der Staat, den Widerstand einzuschüchtern und zu kriminalisieren. Die Begründung der Haftbefehle mit der "Sicherheitslage in Freiburg" verleiht den Verhaftungen den Charakter einer Gewaltnahme. Es soll ein Exempel statuieren werden, wie der Staat mit Menschen umzuspringen gedenkt, die angefangen haben sich zu wehren. Diese Begründung darf nicht zu Fehlschlüssen verleiten - alle Erfahrungen zeigen, daß eine Freilassung von Gefangenen nicht durch Stillhalten erreicht werden kann, sondern nur durch unseren Druck auf der Straße

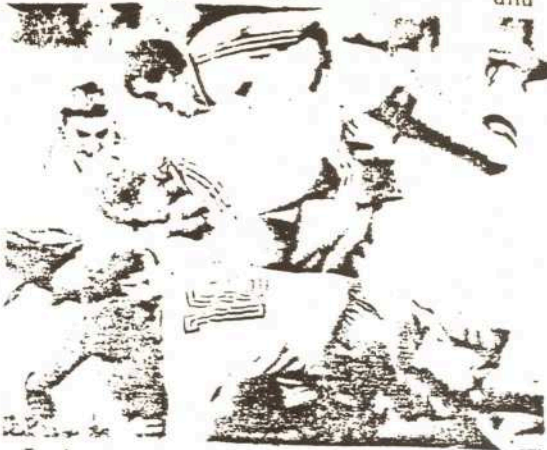
In der durch die Pressekampagne aufgeheizten Stimmung braucht die Stadt solche "Erfolgsmeldungen", um den martialischen Polizeieinsatz zu rechtfertigen und von ihrem politischen Bankrott abzulenken: daß diese Stadt, dieses System weder willens noch fähig ist, allen bedarfsgerechten Wohnraum und menschenwürdige Lebens- und Arbeitsbedingungen zu bieten.

Die Häuser sind geräumt, die Medien gleichgeschaltet. Uns bleibt momentan als einzige Öffentlichkeit die Straße. Davon lassen wir uns nicht vertreiben! Wir kommen wieder!

- Rückgabe von Willi 18, Willi 36, Schloßbergring 9/11 und Wagenburg!
- Schluß mit Wohnraumvernichtung und Mietervertreibung durch die "Stadtentwicklung" der Banken und Bonzen! Keine KTS!
- Abzug der Besatzungstruppen!
- Sofortige Freilassung der Gefangenen vom 7.6. und 27.6., Einstellung der Strafverfahren!
- Böhm's, Späth, Tränkle, Sandtner, Huber-Stentrup in den nächsten Challenger!

Jeden Abend: „Café Bullenblick“ vor der Willi 36 ab 21 Uhr

DFB-Sportgericht:



Jubel bei den Besetzern

Viel Fußball und gesellige Unterhaltung

MITTWOCH
BORA. 1. 7.

11 UHR

Räumung des Hauses „Willy 36“

und Räumung des besetzten Schloßberggring 9/11

rechtswidrig und juristisch unbillig

Rote Karte

für Oberbürgermeister Rolf Böhme

Bundestag verurteilt

Angriffe auf besetzte **HÄUSER**

Spannung ist angesagt

Stadion der „Willy 36“

Es lödt ein: das „SEK“-Freiburg



Freiburger Stadtkurier, 3. Juli 1987



Münsterplatz

Marktfrau Josephine

Guten Morgen, Frau Poser. Waren Sie letzte Woche auch auf dem Münsterplatz? Du werden Sie nicht wohlvermüßt haben, denn ich mußte ja den Freiburger Weinfest Platz machen. Auf diese Weise habe ich auch einmal einen freien Samstag gehabt. Aber bei dem Sauwetter haben sogar wir Marktweiber größte Mühe, was ordentliches aus unseren Gärten und Feldern frisch auf den Tisch des Münsterplatzes zu bringen. Spargeln habe ich dieses Jahr sogar nur ein einziges Mal verkauft. Ersten waren die viel zu dünn geraten und zweitens habe ich mich direkt geschämt, fürs Pfund fast das Doppelte wie letztes Jahr verlangen zu müssen. Was habe ich mir da für ein Geschick! anhören müssen – und sogar mit den Erdbeeren waren die anspruchsvollen Städterinnen nicht zufrieden. Die seien ja noch grün und schmecken würden sie mehr nach Wasser als nach Erdbeeren, hat mir eine hochnäsige Dame gesagt. Aber Sie, Frau Poser, sind halt eine richtige Hausfrau und wissen, daß unsrerer Glotterläder Erprobieren zwar meistens nicht aus dem Göttertal, aber doch immerhin aus Sexau oder Buchholz kommen und eben nicht so künstlich rot aufgepöppelt werden wie die holländische Konkurrenz. Wo aber keine Sonne scheint, kann eben auch keine Farbe und auch kein richtiger Fruchtgeschmack aufkommen.

Dafür ist unser Freiburg dieses Jahr wieder einmal so farbiger. An allen Hauswänden schreiben Parolen oder Wandzeitungen Unsagbares in den verregneten Sommer, der

dieses Mal sogar die bei Demos sonst üblichen Wasserwerfer ersetzen konnte. Ein Glück nur, daß wir unsere Landesgartenschau schon letztes Jahr gefeiert haben: Stellen Sie sich vor, was das für ein Sumpfgebiet rund um den Flückersee herum geworden wäre. Zwar schneite es auch damals schon bei der Eröffnung und alles sproß mit 14 Tagen Verspätung, aber dieses Jahr hätte der Gartenschau-Direktor Dallmann ganz sicher nicht so viel Leute angelockt, daß er zum Lohne gleich postwendend zum neuen Direktor der noch gar nicht gebauten Kultur- und Tagungsstätte ernannt worden wäre. Und stellen Sie sich vor allem vor, parallel zur Landesgartenschau wäre in der Stadt so viel Ratsch gemacht worden wie die letzten Wochen, wo aus unserem Freiburg wieder einmal eine Polizeiburg geworden ist. Meine liebe Frau Poser, was sind das für Zeiten, die wir hier erleben müssen?

Haben Sie auch gelesen, daß da drüben in dem verlotterten Schloßberggring-Haus eigentlich gar keine richtigen Hausbesitzer drin hausten, weil der richtige Hausbesitzer die gar nicht raus haben wollte, um diese einmal schmutzige Villa „kaputtwohnen“ zu lassen. Der Hausbesitzer soll den angeblieben Hausbesetzern sogar monatlang Wasser und Strom bezahlt haben!

Also da kommt ich einfaches Marktweib nicht mehr mit. Ich kenne nur Vermieter, die bei zahlungsunwilligen Mietern gleich kündigen, und wenn unsereiner mal Strom, Wasser oder Telefon nicht zahlt, dann wird uns halt der Haab abgedreht. Kein Wunder ist sogar der OB Böhme fast neidisch auf solche paradisiische Zustände im Hausbesetzer-Milieu, das er geradezu „komfortabel“ genannt hat.

So, Frau Poser, jetzt hör' ich auf mit meinem Gebabbel und vor allem mit diesem leidigen Thema. Am liebsten würd' ich ja das ganze restliche Jahr kein Wort mehr über diese Chaoten verlieren, aber 'ich trau' dem Frieden genau so wenig wie der Ritter Bertold, der in diesem Blatt zu diesem Thema auch wieder kein Blatt vor den Mund nimmt... und deshalb werden wir beide uns ganz sicherlich später nochmals aufregen müssen.

Aufgespießt



Stunden nach der Festnahme wieder auf freien Fuß gesetzt werden. Schließlich leben wir ja in einem Rechtsstaat. Daß aber ein harmloser Autofahrer, der Mitte Mai an einem Sonntag, von einem Bodenseeausflug nach Freiburg zurückgekehrt, bei Schulter und ich, Unadungen/Löffingen „verbotener“ zweise über die Fahrstreifenbegrenzung“ gefahren sein soll, 35 Tage später schriftlich verwarnt wird und 20 Mark Strafe zahlen soll, kapiert dieser „Normalbürger“ nicht. Da zeigt ihn ein wahrscheinlich hinter einer Hecke sitzender „PHW-Trenkle“ aus Titsee-Neustadt an, obwohl der Fahrer genausowenig gesehen hat wie die Einsatzkommandos die verummten Gestalten identifizieren konnte – obwohl der Polizei deren Namen doch schon jahrelang bekannt sind... Doch im Unterschied zu den Chaoten hat der kleine Verkehrssünder, der sich nicht einmal gegen diese Anzeige wehren kann und nicht einmal Beauftragter bekommt, eine Autounummer. Und diese macht den polizeilichen Zugriff leichter und postalisch greifbar. Über solche Unverhältnismäßigkeit ärgert sich jeder Mitmensch, denn solche braven Steuerzahler und zufällige – wenn überhaupt passiert – Fahrstreifenbegrenzungsfahrer pükt die Polizei zuhauf und läßt, während sie bei den Hausbesetzern, Scheibenschmeißern, Wandverschmierern und Brandstiftern höchstens eine Schutzmauer zwischen Chaotentum und Bürgertum zieht, damit es zu keinen zusätzlichen Zusammenstößen à la Bürgerwehr kommt. Die 20-Mark-Verurteilung des harmlosen Autofahrers ist im Landratsamt unter dem Aktenzeichen 505 14 1072700 Freiburg verbucht worden. Wann bekommen denn endlich einmal die Chaoten der Freiburger Unterwelt ihr Aktenzeichen, fragt sich in wahren Bürgerzorn Euer Ritter Bertold hier oben auf dem Bertoldbrunnen?

WIR SIND DIE LEUTE VOR DENEN UNS UNSERE ELTERN IMMER GEWARNT HABEN



..... und wir möchten den Versuch machen, die Gründe für unser Verhalten zu vermitteln.

Seit einigen Wochen sind wir jeden Abend vor dem ehemals besetzten Haus Willi 36 auf der Straße. Mit uns ein massives Polizeiaufgebot. Sicher fühlen Sie sich durch die Vorgänge in vielfacher Weise gestört. Falls Sie nicht selbst Hausbesitzer oder Polizist sind, haben Sie aber auch festgestellt, daß hier im Viertel eine Abriß- und Mietpolitik stattfindet, die es immer mehr alteingesessenen Mietern/innen unmöglich macht, ihre Mieten weiter zahlen zu können. Es soll Platz geschaffen werden für Industrie- und Handelskammer, Kongress- und Tagungsstätte, Hotel Turenne usw. Um uns zu vertreiben wird luxussaniert und die Mieten steigen ins Uferlose, wie z.B. in der Pfandleihe. Einige unserer Nachbarn/innen haben deswegen das Viertel bereits verlassen müssen.

Die Spekulanten, Immobilienhaie, Bauherren verdienen sich in "besonnenem und ausgewogenem" Einvernehmen mit Regierung und Stadt eine goldene Nase und wir gucken nach wie vor in die Röhre. Was bei den sich ständig wiederholenden Unruhen verschwiegen wird, und was jetzt wieder solch große Empörung auslöst, ist nichts anderes, als eine seit den Tagen des Dreisamecks andauernde soziale Bewegung und ständige Auseinandersetzungen zwischen Hausbesitzern und Hausbewohner/innen.

Es muss doch im Interesse der mietenzahlenden Bevölkerung im Grün liegen, daß dem Spekulanten- und Maklertum, der Abrißpolitik und der Schnicki-Micki-Sanie- rung für die Reichen ein Riegel vorgeschoben wird. Die durchgeknallten Zukunfts- visionen einiger Regierungs- und Rathauschaoten werden zum Alptraum der dafür zahlenden Bevölkerung. Größenwahnsinnige versuchen aus der Provinzstadt Freiburg das Dallas des bundesrepublikanischen Südens zu machen.

Hierfür brauchts natürlich Ruhe in der Stadt, hiergegen wehren wir uns, weil

- mit immer mieseren Jobs immer teurere Mieten aufgebracht werden müssen
- wir uns nicht mehr mit leeren Versprechungen vertrösten und taktischen Winkelzügen spalten lassen
- wir nichtmehr bitten und beantragen, sondern lautstark fordern und um unsere Forderungen kämpfen:
 - RÜCKGABE VON WILLI 8, WILLI 36, SCHLOSSBERGRING 9-11 UND WAGENBURG
 - ABZUG DER BESATZUNGSTRUPPEN
 - FREILASSUNG DER GEFANGENEN
 - KEINE MIETERHÖHUNGEN, KEINE KONGRESS- UND TAGUNGSSTÄTTE, KEINE SPIELBANK
 - ZUSAMMENSCHLUSS IN MIETERVEREINIGUNGEN UND MIETERINITIATIVEN - kommt zahlreich!

Durfte die Polizei Fotos als Beweise beschlagnahmen? Journalisten wehren sich dagegen, vereinnahmt zu werden, und fordern eine Erweiterung des Zeugnisverweigerungsrechts

Freiburgs Pfingst-Randale wirkt Joachim Dietrich kritischen Fragen nach - und zwar auch auf einem Feld, wo dies zunächst nicht zu erwarten war. Mangels eigener Beweismaterialien zu den Zerstörungs-Aktionen der Nacht hatten Polizei und Staatsanwaltschaft, wie bereits berichtet, wenig später das Bildmaterial der Freiburger Bildjournalistin Madeline Hager beschlagnahmt, die als einzige vor Ort fotografiert hatte. Der Deutsche Journalisten-Verband (DJV) protestierte scharf und postwendend gegen diese Art von Ermittlungspraxis - aus Sorge um die Pressefreiheit. War die Polizeiaktion der Sachlage ange-messen - oder war sie ein Beispiel staatlichen Übergriffs?

Im Kolpinghaus stellten sich am Freitagabend Justizminister Heinz Fyrich, Oberstaatsanwalt Eugen Huber-Stentrup und Kriminaldirektor Joachim Dietrich kritischen Fragen nach - und zwar auch auf einem Feld, wo dies zunächst nicht zu erwarten war. Mangels eigener Beweismaterialien zu den Zerstörungs-Aktionen der Nacht hatten Polizei und Staatsanwaltschaft, wie bereits berichtet, wenig später das Bildmaterial der Freiburger Bildjournalistin Madeline Hager beschlagnahmt, die als einzige vor Ort fotografiert hatte. Der Deutsche Journalisten-Verband (DJV) protestierte scharf und postwendend gegen diese Art von Ermittlungspraxis - aus Sorge um die Pressefreiheit. War die Polizeiaktion der Sachlage ange-messen - oder war sie ein Beispiel staatlichen Übergriffs?

Von unserem Mitarbeiter Johannes Schradi

Nach Auffassung von Huber-Stentrup: Nein. „Wenn mit Molotow-Cocktails geworfen wird, muß der Staatsanwalt auch an versuchten Mord und schweren Landfriedensbruch denken.“ Die Beschlagnahme-Aktion der Polizei frühmorgens bei der Fotografin Hager sei deshalb „rechtmäßig“ und „nach dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit“ erfolgt. Eine Auffassung freilich, die sich keineswegs voll mit dem Buchstaben des Gesetzes deckt, wie in der Diskussion deutlich wurde.

Von den im Zusammenhang mit gewalttätigen Angriffen von Demonstranten auf die Polizei in jungster Zeit festgenommenen neun Personen lag „nur“ der Tatbestand der Beleidigung vor, im anderen wurde ein Jugendlicher freigelassen, deren Eltern einen festen Wohnsitz in Freiburg haben und schließlich lehnte der Berufungsschlichter in einem Fall den Erlass eines Haftbefehls ab, wogegen die Staatsanwaltschaft wiederum Beschwerde eingelegt hat. In den anderen Fällen wurden außer Vollzug gesetzt, und nach Beschwerden der Staatsanwaltschaft wurde erneut Vollzug angeordnet. In einem Fall wurde der Haftbefehl gegen besondere Aufgaben und gegen Stellung einer Kaution von 4000 Mark außer Vollzug gelassen.

Ohne Gegenstimme wurde von den anwesenden Journalisten eine DJV-Erklärung angenommen, in der die baden-württembergische Landesregierung aufgefordert wird, sich über den Bundesrat für eine Erweiterung des Zeugnisverweigerungsrechts für Journalisten einzusetzen. Nicht nur das Material von Dritten müsse, so die Resolution, zukünftig vor Beschlagnahme geschützt sein, sondern auch das von Journalisten selbst recherchierte Material. Die Forderung ist neu nicht. Sie wird - von Journalisten, Medienrechtlern und auch Politikern - seit Jahren immer wieder erhoben. Und eine entsprechende Gesetzesinitiative bereitet derzeit zwar nicht Baden-Württemberg, aber Nordrhein-

Westfalen vor.

Das es Justizminister Fyrich trotz einer insgesamt unbefriediglichen und daher recht beliebig interpretierbaren Rechtslage am Freitagabend erneut ablehnte, Journalisten ein weiteres Zeugnisverweigerungsrecht zuzubilligen, fand unter den Anwesenden wenig Verständnis. Thomas Lehner von Südwestfunk: „Der Journalist kann seine Arbeit nur dann tun, wenn er von beiden Seiten - von Polizei und Demonstranten - als neutral betrachtet wird.“ Auch Ansgar Füst (Badische Zeitung) nannte die rechtliche Situation „unbefriedigend“. Es dürfe nicht sein, daß aufgrund „grenzenloser Verpflichtung“ und „Vereinbarung“ von Journalisten durch staatliche Organe die „Unabhängigkeit und Glaubwürdigkeit dieses Berufsstandes“ Schaden nehme - und damit an Ende auch die Pressefreiheit und die

→ BZ 6.7.87

→ BZ 7.7.87

→ BZ 7.7.87

Gratwanderung

at. Wer geglaubt haben sollte, die schlimmsten Vorfälle in Freiburg an Pfingsten und Fronleichnam hätten der bisher betriebenen städtischen Politik der Toleranz und Gesprächsbereitschaft den Boden entzogen, dem erteilt Oberbürgermeister Böhme eine andere Antwort: Er wehrt sich dagegen, daß eine Gruppe gewalttätiger Steinwerfer den Takt der Politik bestimmen kann, und er setzt darauf, daß diese Einsicht auch im alternativen Lager zu Konsequenzen führt. Böhmes Angebot heißt, einen Kurs der Kooperation und eine liberale Politik fortzusetzen, weil die alternative Kultur in Freiburg längst einen festen Platz hat und einfach dazugehört. Dies sagt sich leichter, nachdem die Stadt, soweit es in ihrer Macht lag, durch die Räumung der letzten besetzten Häuser klare

Verhältnisse geschaffen hat. Dennoch ist es eine schwierige Gratwanderung, auf die sich Böhme da begibt. Er braucht dafür nicht nur die Unterstützung einer politischen Mehrheit im Gemeinderat und Verständnis beim sogenannten liberalen Freiburger Bürgertum; auch die Adressaten dieser Politik in der alternativen Szene müssen darauf reagieren. Hier hat sich inzwischen wohl schon mehr bewegt, als nach außen erkennbar wurde. Nach all-fallen ist, wird es für viele schwer sein, das Denken in Schwarz-Weiß-Mustern zu verlassen und zu einer differenzierteren Betrachtung zurückzufinden. Doch dies ist die unerlässliche Voraussetzung dafür, daß Gespräch und Kooperation wieder möglich werden. Die Informationsdefizite, die hier aufgefüllt werden müssen, betreffen im übrigen beide Seiten.

BZ-Gepräch mit Böhme: „Wir bleiben bei unserer Linie“

Freiburg (BZ). Für die Aufrechterhaltung von geeigneten Angeboten für die alternative Kulturszene in Freiburg hat sich Oberbürgermeister Rolf Böhme am Montag in einem Gespräch mit der Badischen Zeitung ausgesprochen. Böhme erklärte, daß die Stadtverwaltung „nicht wackeln“ werde, wenn es darum gehe, Rechtsbruch und Gewalt abzuwehren. Toleranz dürfe nicht mit Schwäche verwechselt werden. Auch nach den gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und Polizei müsse die Politik jedoch die Politik der Integration aller gesellschaftlichen Gruppen fortführen. Böhme: „Wir bleiben bei unserer Linie.“ Er appellierte an das liberale Bürgertum wie an die alternative Szene, sich dafür einzusetzen, daß Steinwerfer nicht den Takt der Politik bestimmen dürfen. Ein alternatives Kulturangebot gehört nach Ansicht Böhmes zur Ausstattung einer jeden Großstadt. Den Wortlaut des Gesprächs veröffentlichen wir auf Seite 5. (Siehe auch den Tagesspiegel)

BZ 7.7.87

BZ 7.7.87

„Die Zeit der groben Muster ist vorbei“

„Steinwerfer dürfen nicht den Takt der Politik bestimmen“ – „Die alternative Kultur hat einen Stellenwert“

Freiburg. In einem Gespräch mit Redakteuren der „Badischen Zeitung“ äußerte sich der Freiburger Oberbürgermeister Rolf Böhme am Montag zur Lage in der Stadt, die sich nach heftigen Auseinandersetzungen zwischen gewalttätigen Demonstranten und der Polizei bedrohlich zugespitzt hatte. Die Fragen in diesem Gespräch stellten Chefredakteur Ansgar Fürst und die Leiter der Kulturredaktion und der Lokalredaktion, Gerhard Jörder und Wolfgang Fiek.

BZ: Herr Oberbürgermeister, haben Sie Ihre kommunalpolitische Linie nach den Ereignissen in der jüngsten Zeit ändern müssen?

Böhme: Bestandteile der Kommunalpolitik der von mir geführten Stadtverwaltung waren immer die Toleranz gegenüber neuen gesellschaftlichen Entwicklungen, aber die deutliche Absage an Rechtsbruch und Gewalt. Daß wir Rechtsbruch nicht dulden, haben wir bereits 1986 gezeigt, als fünf besetzte Häuser in der Hildastraße, in der Erprinzenstraße, in der Gartenstraße, in der Holbeinstraße und in der Mattenstraße geräumt wurden. In diesem Jahr folgten die Häuser in der Wilhelmstraße 8 und 36, in der Flaunerstraße und am Schloßberggring sowie sechs illegal abgestellte Wohnwagen.

BZ: Wäre es nicht klüger gewesen, in einzelnen Fällen schneller auf Besetzungen zu reagieren?

Böhme: Das mag sich für manche Bürger so darstellen. Tatsache ist aber, daß im einzelnen erst die rechtlichen Voraussetzungen für eine Räumung vorliegen mußten. So lag etwa für das Doppelhaus Schloßberggring 9/11 ein Räumungsantrag des Eigentümers erst am 27. Mai dieses Jahres vor. Im Fall der Wilhelmstraße 36 wollten wir in voller Übereinstimmung mit dem Regierungspräsidium als unserer Aufsichtsbehörde mit einer Räumung warten, bis das Mietverhältnis mit dem letzten dort legal wohnenden Mieter beendet ist.

BZ: Haben die Krawalle in der Pfingstnacht die ursprüngliche Absicht verändert?

Böhme: Das Haus Wilhelmstraße 36 ist gewiß unter dem Druck der Randalen schneller geräumt worden als ursprünglich vorgesehen, die von uns dort gezeigte Toleranz durfte indessen nach den Krawallen von der anderen Seite nicht mehr als Schwäche ausgelegt werden können.

BZ: Offen war die Frage, ob der Arbeitskreis Alternative Kultur (AAK) die Gießereihalle auf dem ehemaligen Gelände der Gretherschen Fabrik bis zu einer endgültigen Entscheidung durch den Gemeinderat zwischenzeitlich für kulturelle Aktivitäten nutzen kann. Wie sieht das jetzt aus?

Böhme: Wir wollten eine solche Zwischennutzung untersagen, nachdem uns mitgeteilt worden war, daß Demonstranten in die Gießereihalle eingedrungen seien. Die Polizei mußte diese Darstellung jedoch aufgrund ei-

ner Verwechslung von Räumlichkeiten wieder zurücknehmen, so daß ich keinen Grund mehr sehe, die am 7. April 1987 von einer Mehrheit des Gemeinderats beschlossene Zwischennutzung nicht zuzulassen. Damit wird lediglich eine ursprüngliche Beschluslage wiederhergestellt.

BZ: Gab es in jüngster Zeit neue Gespräche mit dem AAK?

Böhme: Der Kulturdezernent, Bürgermeister Evers, hat am 2. Juli mit Vertretern des AAK gesprochen.

BZ: Sind dabei Vereinbarungen getroffen worden?

Böhme: Die Vertreter waren zum Abschluß von Vereinbarungen nicht autorisiert, darüber wird eine Mitglieder-

sogenannten Szene ein?

Böhme: Ich glaube nach wie vor, daß die von uns verfolgte Politik der Integration richtig war und ist. Etwa 150 bis 200 Leute betreiben in dieser Stadt jedoch eine „Kaputtmach-Politik“, sind nicht mehr ansprechbar und versuchen, weitere Integrationsprozesse zu hintertreiben. Durch die zunehmende Isolierung, in der sich diese Gruppe befindet, hat sich deren kriminelle Energie erhöht. Um gegen diese Gewalttäter vorzugehen, benötigen wir eine erhöhte Effizienz der Polizei und der Justiz.

BZ: Offenkundig besteht doch in dieser erhitzten Situation die Gefahr, daß die alternative Kultur und die alterna-

an Pfingsten und an Fronleichnam bewegt hat?

Böhme: Am 30. Juni habe ich ein Gespräch mit Vertretern der Szene geführt, und das war für mich sehr wichtig. Es ist für mich schlimm, wenn in einer Stadt nicht mehr miteinander gesprochen wird. Außerdem war es für mich bemerkenswert, daß es nach den jüngsten Ereignissen nicht mehr zu einer großen Solidarisierung kam. Das wurde auch in liberalen Bürgerkreisen aufmerksam registriert.

BZ: Die Kommunalpolitiker gehen jetzt in die Sommerpause, es ist jedoch nach wie vor viel Polizei in der Stadt. Wird das Handeln für die nächste Zeit der Polizei überlassen?

Böhme: Die Gewalttätigkeiten verlangen nach einer Antwort durch Polizei und Justiz, und wir stehen voll zur Arbeit dieser Institutionen. Die Kommunalpolitik darf darüber jedoch nicht in eine Defizitlage geraten. Wir brauchen jetzt eine Atmosphäre, die uns zur Normalität zurückführt.

BZ: Was soll in dieser Situation mit dem „harten Kern“ der Szene geschehen? Wohin wollen Sie denn diese Gruppe eigentlich ausgrenzen?

Böhme: Diese Gruppierung hängt einer irrationalen Gewaltideologie an und grenzt sich selbst aus der Gesellschaft aus.

BZ: Gibt es nach Ihren Erkenntnissen Verbindungen zwischen diesem harten Kern und der alternativen Kulturszene?

Böhme: Für solche Verbindungen liegen keine Beweise vor. Daher setze ich auch auf eine Kooperation mit den alternativen Kulturgruppen im Rahmen des sozial Verträglichen. Einzelne Gruppen dürfen nicht bevorzugt werden. Die Zeit der „groben Muster“ sollte jetzt vorbei sein, ein Konsens muß darin bestehen, daß Rechtsbruch und Gewalt abgelehnt werden.

BZ: Warum wird in Freiburg nach gewalttätigen Auseinandersetzungen in der Öffentlichkeit die gesamte alternative Szene immer wieder so schnell in Haftung genommen?

Böhme: Das ist ein komplizierter Prozeß, bei dem die Szene selbst helfen sollte, daß keine Schwarz-Weiß-Muster entstehen. Ich kann nur gleichermaßen an die bürgerliche Gesellschaft und an die alternative Szene appellieren, daß Steinwerfer nicht den Takt der Politik bestimmen dürfen.

BZ: Wird bei der Gemeinderatsentscheidung am 6. Oktober die Mehrheit vom 7. April für die Nutzung der Gießereihalle durch die alternative Projekt- und Kulturszene erhalten bleiben?

Böhme: Das hängt von den Erfahrungen in der Zeit der Zwischennutzung und von der weiteren Entwicklung in der Stadt ab.

BZ: Läuft das auf einen Wohlverhaltensbonus hinaus?

Böhme: Nein, die alternative Kultur hat in Freiburg ebenso wie in anderen Großstädten einen Stellenwert, den wir anerkennen.



Freiburgs Oberbürgermeister Rolf Böhme

Bild: Wurzer

versammlung zu befinden haben, ich halte es nach meinem Informationsstand aber für möglich, daß in etwa 20 Tagen eine Vereinbarung über die Zwischennutzung unterzeichnet werden kann.

BZ: Wird die Präambel, in der eine Distanzierung von gewalttätigen Aktionen festgeschrieben wird, dabei eine Rolle spielen?

Böhme: Die Stadtverwaltung hat einen entsprechenden Brief des AAK vom 12. Juni zu den Akten genommen und geht nach dem Inhalt dieses Briefes davon aus, daß der AAK keine gewalttätigen Aktionen vorbereitet und/oder ausübt. Die Präambel selbst ist dann vom Tisch.

BZ: Wie schätzen Sie das Verhalten der

tiven Projekte im Bewußtsein der Öffentlichkeit in die Nähe von Gewalttätigkeiten geraten.

Böhme: Wir wollen keinesfalls Menschen mit alternativen Lebenszielen in die Nähe von Gewalttätern rücken, und wir wollen daher unsere Angebote an diese Gruppierungen auch aufrechterhalten.

BZ: Unternimmt die Stadtverwaltung wirklich genug, um den Eindruck vieler Bürger aufzulösen, die gesamte alternative Szene sei gewaltbereit?

Böhme: Diese Frage ist gleichermaßen an die Szene zu richten, auch die Szene muß sich bewegen, wenn wir friedlich zusammenleben wollen.

BZ: Gibt es nicht Anzeichen dafür, daß sich die Szene nach den Ereignissen

BZ 7.7.87

Übrigens

B2

Wilhelmstraße

Ein Einsehen?

8.7

87

Die Wilhelmstraße ist seit jener explosiven Pfingstnacht, in der Chaoten dort das Zepter schwangen, nicht nur zu trauriger Berühmtheit gelangt, sie wurde auch zur unruhigsten Wohnstraße der Stadt überhaupt. Als Reaktion auf die Pfingst-Krawalle ließ die Stadt das besetzte Haus Wilhelmstraße 36 räumen und weitgehend zumauern – und vor oder in unmittelbarer Nachbarschaft dieses noch von einem Mieter bewohnten, ansonsten unbewohnbar gemachten Mauerwerks finden seitdem des abends und des nachts ständig „Szenen“-Exerzitien statt – zur Erinnerung an die Räumung, zum Hinweis darauf, daß Altbau-Substanz dort einem Neubau weichen muß. Eines kann nicht hinwegdiskutiert werden: In der Wilhelmstraße 36 wurde auf unbestimmte Zeit Wohnraum (preisgünstiger Wohnraum, so er vermietet worden wäre), seinem eigentlichen Zweck entzogen. Die Schaffung neuen, dann sicherlich teureren Wohnraums läßt auf sich warten. Dies alles bei einem Objekt, für dessen Erhalt der Eigentümer seit Jahren nichts getan hat – ohne Zweifel läßt sich bei dieser Konstellation trefflich demonstrieren, wie mit Altbau-Substanz nicht umgegangen werden sollte. Aber auch jene, die dies kritisieren, können im Ernst als Antwort nicht eine dauernde und zum Teil gravierende Belästigung der Anwohner in der Wilhelmstraße und der Belfortstraße gutheißen, die bei dem immer wiederkehrenden Spiel „Wir blockieren die Fahrbahn und lassen uns von der Polizei beiseitedrängen“ entsteht. Es ist eine vertrackte Lage entstanden: Die Präsenz der Polizei verleitet Szenen-Publikum dazu, diese mit kleinen oder größeren Provokationen zu beschäftigen. Verzichtet die Polizei indes auf verstärkte Präsenz, könnte das zu neuerlichen Übergriffen genutzt werden. Reagieren die Ordnungshüter mit größerer Härte und nicht mit der derzeit gezeigten Gelassenheit, die Ansammlungen in der Wilhelmstraße würden von Nacht zu Nacht wahrscheinlich größer werden. Gibt es eine Lösung? Es sollten diejenigen ein Einsehen zeigen, denen die Wohnruine Wilhelmstraße 36 ein Symbol für verfehlte Politik ist. Sie müßten doch offen sein für das Argument, daß ihre Art des Protestes den Anwohnern nicht länger zugemutet werden kann und daß es grotesk wirkt, wie jene, die vorgeben, Mieterinteressen zu vertreten, in erster Linie Mieter drangsaliieren. Wird weniger provoziert, tritt auch die Polizei weniger in Erscheinung.

Ulrich Homann

Zu Besuch bei der Polizei

CDU-Frauen demonstrierten ihre Anteilnahme

Mit der Ausgabe von selbstgebackenem Kuchen, belegten Brötchen, Kaffee und Tee bekundeten zwölf Mitglieder der CDU-Frauenvereinigung in Freiburg den Bereitschaftspolizisten, die seit den Pfingstunruhen in der Stadt ihren Dienst versehen, ihre Sympathie. Mit Unterstützung der Polizeidirektion Freiburg suchten die Frauen vor kurzem die Polizisten während einer Nachtschicht auf und unterhielten sich mit ihnen.

Die Vorsitzende der Frauenvereinigung, Charlotte Bauer, und die Pressereferentin Ursula Hermann berichteten, daß sich die Polizisten über ihren Besuch sehr gefreut hätten. Es sei für die Bereitschaftspolizisten wichtig gewesen, eine positive Resonanz aus der Bevölkerung zu erfahren. Viele Polizisten fühlten sich mit ihren Problemen alleingelassen.

Charlotte Bauer wies darauf hin, daß seit den Pfingstkrawallen täglich mehr

als 100 Bereitschaftspolizisten ihren Dienst in Freiburg versehen würden. Die durchschnittlich 20 Jahre alten Polizisten, die hauptsächlich aus Göppingen kommen, seien mit der An- und Abfahrt bis zu 20 Stunden am Tag im Einsatz.

Die Polizisten hätten den Frauen erzählt, so Ursula Hermann, daß sie Provokationen nicht persönlich nehmen würden. „Wenn wir in Jeans statt in unserer Uniform umherliefen“, so habe ein junger Polizist berichtet, „würden wir nicht angepöbelt werden.“

Die CDU-Frauen wollten mit ihrer Aktion auch darauf aufmerksam machen, daß die Polizisten, die dazu gehalten worden seien, zurückhaltend aufzutreten, ihren Dienst unter Einsatz ihres Lebens versehen würden. Auch an die Bewohner der Wilhelmstraße, die nachts lange kein Auge hätten zumachen können, erinnerten die Mitglieder der Frauenvereinigung. ma

Polizeieinsätze

B2 9.07.87

Bewundernswerte Geduld

Eine Leserin antwortet auf eine Zugschrift, die sich kritisch mit dem Vorgehen der Polizei gegen Demonstranten auseinandergesetzt hat.

„Wie ein ‚böser Krimi‘ hörte sich der Leserbrief ‚Plötzlich und ohne Grund‘ an. Als ich von ‚massiver Bewaffnung der Polizei‘ las, konnte ich mir ein Schmunzeln nicht verkneifen. Ein Schlagstock mit ‚Soll-Bruchstelle‘ (= bricht ab, wenn der Schlag zu stark ist – Verletzungsminderung!) und ein Schutzschild gegen Bierflaschen, Brandsätze, faustgroße Pflastersteine. Ist das massiv? Eine Pistole, die nur in lebensbedrohlicher Situation angewandt wird? Am meisten ärgerte ich mich über den Ausspruch des Lesers ‚Plötzlich und ohne Grund‘. Ich bewundere die Polizei, mit welcher Geduld sie Dinge über sich ergehen läßt. Da werden Polizeifahrzeuge mit Bierflaschen beworfen und beschädigt – keine Reaktion der Beamten. Beamte

werden beschimpft, beleidigt, bespuckt – keine Reaktion. Allein in der Wilhelmstraße wurden Demonstranten dreimal in halbstündigen Abständen gebeten die Straße zu räumen. Gegröle, Gefeiße, Beleidigungen donnerten zurück. Nach eineinhalb Stunden schließlich versuchten die Beamten, die Demonstranten von der Straße abzurängen. Es flogen Flaschen und Knaller und erst jetzt griffen die Beamten mit dem Schlagstock ein. Unbegründet? Und die ‚schwerverletzten Demonstranten‘? Als Malteser Hilfsdienst und Rotes Kreuz eintrafen, ging es den Simulanten plötzlich wieder gut. Arme Demonstranten!

Zum Schluß noch ein Lob zu Ihren Zeitungsberichten über die Krawalle. Während es schon Zeiten gab, in welchen die Polizei immer ins negative Licht gerückt wurde, wird in letzter Zeit sehr objektiv berichtet.“

Carola Effinger, Freiburg

Wilhelmstraße

Folter durch Schlafentzug

Zu den wiederkehrenden Protestversammlungen in der Wilhelmstraße hat die Vorsitzende der CDU-Kreisfrauenvereinigung diesen Leserbrief formuliert.

„Um halb elf Uhr nachts fängt es an: Fußball wird gespielt. Auf der Straße. Auf der Wilhelmstraße. Sechzig (!) Personen machen mit.“

Die Anwohner schrecken aus dem Schlaf. Die Polizei muß helfen. Um Gewalt zu vermeiden, müssen viele Polizisten eingesetzt werden. Erstaunlich und bewundernswert ist die Gefäßheit dieser übermüdeten Zwanzigjährigen in Uniform. Schritt um Schritt gehen sie vor, müssen sich beschimpfen, anpöbeln, bedrohen lassen. Dann ist schließlich die Straße frei, die Ruhe eingekehrt. Aber kurz danach beginnt das Spiel von Neuem: Zweimal, dreimal in einer Nacht, oft bis gegen Mor-

Wer kann da noch schlafen, wer kann diesen Lärm vor der Haustüre verkraften, Nacht für Nacht? Bestimmt keiner, der tagsüber am Arbeitsplatz sein muß, bestimmt keine Mutter, die von früh bis spät gefordert ist. Alte, Kranke, Kinder – alle werden am Schlafen gehindert, und das seit Wochen. Was die „Szene“ sich da erlaubt, ist nicht nur zum Schaden des Staates, der die Polizei bezahlen muß, und es richtet sich nicht nur gegen Polizisten. Völlig Unbeteiligte werden entnervt und zermüht. Das ist Körperverletzung – oder in der Sprache der „Szene“ Folter durch Schlafentzug. Menschen werden gefoltert, die hier wohnen und, ähnlich wie Geiseln, der Quälerei nicht enttrinnen können!

Wie lange soll das noch so weitergehen? Wie lange muß der Bürger sich das noch bieten lassen?

Giebt's noch?

Mit der Pfingstrandale haben es Teile der "Szene" geschafft, einmal nicht nur zu reagieren, sondern selbst Ort, Zeit und Form der Auseinandersetzung zu bestimmen. Nur - man/frau kann dabei kräftig daneben langen, und genau das ist passiert. Organisation war alles - politisch aber war die Aktion weder entsprechend vorbereitet, noch wurde auch nur versucht, noch was inhaltlich hinterzuschreiben. Und es dürfte auch schwer zu erklären sein, wieso ausgerechnet eine Tankstelle oder irgendetwelche Autos dran glauben müssen, wenn es gegen die Häusermannen geht. Außerhalb des engsten Zirkels der Aktivisten wurden alle potentiellen Freunde zu bloßen Zuschauern degradiert, die sich rein individuell dazu stellen konnten, wie sie wollten - als Mitwacher, sensationslüsterner oder verständnislos-distanzierter Beobachter.

In der Folgezeit gab es zwar verbreitete Kritik an der Aktion, aber außer den Schloßberggrünfrauen wurden schriftlich nur Stellungnahmen veröffentlicht, die das Ganze toll fanden und Wiederholungen direkt oder indirekt ankündigten - nach schlechtem Brauch allesamt in durch nichts ausgewiesener MIR-Form.

Inhaltlich sind die Jubel-Erklärungen extrem dünn: die erste im Stil einer Erlebnis Schilderung ("... an den Barrikaden trafen verschiedene Menschen zusammen, halfen sich gegenseitig, die Barrikaden zu festigen (und) die Bullen zu vertreiben ..."), die über platteste Phrasen nicht hinauskommt, wenn um politische Zusammenhänge geht ("Vertreter des imperialistischen kapitalistischen Schweinesystems wie Shell oder IHR"). Zwei Legenden werden darin gepflegt, eine so gefährlich für künftige Aktionen wie die andere: Die "Revolve", von "einer Reihe entschlossener Menschen" begonnen, habe sich spontan auf "jener mehr Menschen" ausgebreitet, habe also ähnliche Effekte wie die Mai-Nacht in Kreuzberg ausgelöst. Und: zu keiner Zeit seien die Leute im Stadtteil gefährdet gewesen - beides weiß jeder besser, der gesehen hat, wie unter Verständnissiosen bis sensationsgierigen Blicken der Drumherumstehenden beispielsweise in unmittelbarer Nähe der Zapfsäulen gezündelt wurde. Das wirklich Schlimme an dieser Erklärung ist, daß auch nicht ein Funken von Überlegung darin auftaucht, was die Aktion eigentlich bewirken sollte und wie sie auf die Leute im Stadtteil und die Besucher des Radiofestes (die als Kullisse mit verplant worden waren) gewirkt hat. "Es dient nur den Rechten", schreiben die Schloßbergfrauen zu recht, "über jede Angststimmung der Bevölkerung und täglichen politischen Arbeit unserer FreundInnen und GenossInnen hinwegzugehen und die Probleme mit der Aktion abzuwehren".

"Zusammen kämpfen" dagegen, das Zentralorgan der "antimperialistischen Front", beidelt sich mit einer Freiburger Lokalausgabe mit "flanzenden Grüßen an die Genossinnen aus Oerfilla

Worauf läuft die gegenwärtige Strategie der Stadt hinaus?

Erklärtes Ziel ist die Zerschlagung des harten Kerns der "Szene". In aller Stille haben die Verhaftungen begonnen, und es ist schon den offiziellen Ankündigungen zufolge damit zu rechnen, daß systematisch diejenigen hinter Gitter gebracht werden sollen, die von der Polizei als "Kadelführer" ausgewacht wurden.

Um dem etwas entgegenzusetzen, lohnt es sich, das Vorgehen der Bullen genauer unter die Lupe zu nehmen. In scharfem Kontrast zur jüngsten Berliner Vorführung von chinesischem Verhältnis - in Kreuzberg versucht die Polizeiführung hier erkennbar alles zu vermeiden, was Solidarisierungseffekte außerhalb der Szene auslösen könnte. Brutal geknuppelt wird dann, wenn man sicher sein kann, daß es die "Richtigen" trifft, wie beim Polizeikessel am 7.6. Offenbar hat Schreiber gelernt, daß es nur schadet, das SEK sonntagsnachmittags die Kajo rauf- und runtertoben zu lassen, wie seinerzeit nach der Breitsaackekrämung.

Diese Grenzen der Polizeistrategie sind keineswegs auf die militärische Stärke der Szene zurückzuführen. Selbstverständlich wäre es selbst mit wesentlich weniger Bullen als derzeit in der Stadt ein Leichtes, die allabendlichen Zusammenkünfte vor der Willi 36 z.B. einfach abzuräumen. Die "Zurückhaltung" der Bullen verweist vielmehr auf die großen politische Probleme, die sich für die Stadtverwaltung stellen.

Bühnes Linie versucht ja beides: einerseits den starken Staat zu markieren, durch allgegenwärtige Bullenpräsenz einzuschüchtern und die Aussichtslosigkeit jeder militanten Aktion zu demonstrieren. Andererseits will er aber die politische Unterstützung der Liberalen und grün-alternativen Öffentlichkeit für seine Politik der Isolierung und Zerschlagung der militanten Kerne gewinnen - und dazu muß unaußerordentlich gezeigt werden: wer sich von den Chaoten fernhält, hat seinen legitimen Platz in dieser Stadt. Er muß nicht fürchten, staatlichen "Überreaktionen" zum Opfer zu fallen. Das ist der politische Kern der polizeilichen Deskalationsstrategie.

Das Ziel ist die Spaltung des Widerstandes gegen die herrschende Politik in eine auf einige zig Leute begrenzte, politisch isolierte und höchstens noch auf der Ebene von Anschlagsverschiedenen Kalibers handlungsfähige autonom/antiautoritätistische Szene und ein breites grün-alternatives Spektrum, das sich mit Grausen von jeder radikalen Politik abwendet.

Jeder sollte sich klarmachen, daß die Stadt derzeit vor allem einen Kampf um die Köpfe all derer führt, die sowohl Bündnispartner der radikalen Linken sein können als auch zunehmend passen, wenn nicht sogar aktiver Teil der sozialdemokratischen Zukunftsvision "Freiburg 2000". In den Kämpfen 1980/81 ist es gelungen, dieses Potential gegen Spekulation und "Frei-Stadtverwaltung" zu mobilisieren und damit mit sowohl Stadtverwaltung als auch Polizei eine nachhaltige Niederlage beizubringen. Zehntausende, die gegen den Polizeistaat auf die Straße gehen, sind eine Bankrotklärung für jede sozialdemokratische Politik - und optimale Voraussetzungen für grüne Wählerfolge. Vor allem die SPD muß ein Interesse daran haben, zu verhindern, daß sich dieses Potential radikalisiert.

Auf was kommt's in nächster Zeit an?

Wenn wir der Stadt einen Strich durch die Rechnung machen wollen, müssen wir klar machen, daß die Spaltung nicht funktioniert hat, daß - wie bei der Demo am 27.6. - tausende von Menschen gegen Spekulation, Räumungen und Polizeiterror auf die Straße gehen - inklusive des von der Stadt unvorhergesehenen grünen alternativen Spektrums. Jede politische Strategie, die dieses Feld aufgibt, die auf die liberale Öffentlichkeit schießt, und gegenüber Leuten in Haslach oder Weingarten den Bürgerschreck spielt, statt ernsthaft nach Bündnismöglichkeiten zu suchen, leistet der Spaltungspolitik der Stadt Vorschub. Im Mittelpunkt aller Anstrengungen der nächsten Zeit muß im Gegenteil die Solidarität gegen die Kriminalisierungs- und Ausmerzungspolitik des Staates stehen.

Ein wesentlicher Ansatzpunkt dabei ist der städtische Versuch, den MAK zu einer Unterverfängerklärung zu zwingen und ihn zum Hausmeister und Polizisten gegenüber der radikalen Linken zu machen. Die Konsequenzen dieser Auseinandersetzung liegen für jeden auf der Hand, der schon mal versucht hat, in Freiburg einen Raum für ein größeres Plenum oder eine Veranstaltung mit radikalen Inhalten zu finden. Die Stadt ist zu Zugeständnissen an den MAK gezwungen, weil die Biegebühnen auch unter der weiten bis speichelteckerische Gruppe aufzutun, die so ein Projekt im Sinne der Stadt und zugleich dicht völlig ungläubig würdig auf die Beine stellt. Die gesagte Bewegung muß es als ihre urreigste Aufgabe begreifen, den MAK den Rücken zu stärken und jeden staatlichen Zensurversuch bei der Nutzung der Biegebühnen zurückzuweisen.

Während der MAK selbst offensiv seine Position vertretbar kann, sind andere dazu nicht in der Lage: Die Gefangenen, die der Staat zu Geiseln geacht hat. Sie wurden völlig beliebig herausgegriffen und sollen jetzt stellvertretend für die Bewegung abgeurteilt werden. Hier müßte Öffentlichkeitarbeit geleistet werden, die diesen Geiselnstatus offenlegt, die die Beliebigkeit der Beschuldigungen für Leute außerhalb der Szene nachvollziehbar macht. Das Ziel ist hier ganz klar, durch massenhafte Proteste die Freilassung der Leute zu erzwingen - und das heißt viel mehr, als die Forderung obligatorisch bei jedem Flugblatt hintenanzuschreiben. Das bedeutet offensive und argumentierende Propaganda, die die aufgebauten Tatvorwürfe ebenso zerplückt, wie sie über den politischen Charakter der Verhaftungskampagne aufklärt.

Wenn hier der weit verbreitete Fatalismus gerade unter den Aktivisten nicht durchbrochen wird, heißt das schlichtweg, Leute über die Klinge springen zu lassen. Eine revolutionäre Bewegung, in der nicht gilt: "Einer für alle, alle für einen", eine solche Bewegung hat schon verloren.

KB/Gruppe Freiburg

(damit niemand über die Herkunft dieses Papiers spekulieren muß ...)

Dokumentiert

Diskussion über Aktionen gegen die Häuserräumungen

Nachfolgend haben wir einige Passagen aus schriftlich vorliegenden Beiträgen zur Diskussion um die Aktionen gegen die Häuserräumungen nachgedruckt. Wir beschränken uns dabei auf die nicht in der BZ wiedergegebenen Äußerungen. Die Flugblätter, denen wir die Texte entnommen haben, sind nicht für jeden leicht zugänglich. Die Kenntnis der verschiedenen Positionen halten wir aber für eine zweckmäßige Diskussion für erforderlich. Den interessierten Leser verweisen wir auf das Dossier des Archivs für soziale Bewegungen in Baden (Wilhelmstr. 15), das u.a. neben den zitierten Flugblatttexten eine umfangreiche Pressedokumentation enthält.

Erklärung zu den Aktionen vom 6./7.6.: Nachdem eine Reihe entschlossener Menschen durch Errichten von Barrikaden und deren militante Verteidigung den Raum zum Handeln gegen die alltägliche Ohnmacht schafften, entstand Samstag Nacht eine Revolte, in deren Verlauf sich immer mehr Menschen einklinkten und solidarisierten konnten. ... Wir können die Schweine nicht zwingen die Wahrheit zu sagen, aber wir können sie zwingen immer unverschämter zu lügen. Die unverschämten Lügen der "Politiker"schweine von SPD, CDU bis Grünen und ihre unbeholfenen Versuche die Ursachen der Revolte zu erklären, zeigen immer deutlicher, daß sie diese Tatsachen verschleiern wollen, daß es viele Menschen gibt, die aus ihrer beschissenen Lebenssituation heraus einen Bruch mit dem System vollziehen, welches täglich nur Ausbeutung, Entfremdung, Entmenschlichung bedeutet. Die Schweine wissen, daß sich revolutionäres Bewußtsein nicht integrieren, aufsaugen oder zerschlagen läßt. Am Samstag brach der individualisierte Haß jeder/s einzelnen auf und materialisierte sich in der Randal. (Flugblatt ohne Datum und Unterschrift)

Grit Mossmann (chem. Grüne Gemeinderätin, jetzt Bonn): Peter Heller wird in der Bad. Zeit. zitiert, daß die Randal '3 Jahre Politik kaputt macht'. Ich weiß nicht warum es gerade 3 Jahre sein sollen, ich weiß nur, daß durch die Presseerklärung Jahre einer eigenständigen GRÜNEN Politik, die es sich nicht zu einfach macht, die unbequeme Fragen stellt und für die auch ich stand, vom Tisch gefegt wird. Wir standen in Freiburg für eine Politik, die nicht von vornherein verurteilt, sondern versucht zu erklären, nach Ursachen zu suchen und zu vermitteln. Bisher haben wir es den anderen Parteien überlassen, Menschen zu isolieren, als 'Chaoten' oder Kriminelle abzustempeln. Aktionen, wie sie in der Pfingstnacht geschehen sind, sind nicht Aktionsformen der Grünen – es sind auch nicht meine. Aber wenn es einen solchen Ausbruch an Zerstörungswut gibt, dann gibt es dafür Gründe – und nach denen sollten wir fragen. (...) Was ist die logische Schlußfolgerung aus Eurer Presseerklärung: die Schuldigen müssen ermittelt, isoliert und bestraft werden. Denn sie haben sich nicht so verhalten, wie es das Politikverständnis der GRÜNEN vorschreibt. (...) Herr Fick schrieb in einem Kommentar der Badischen Zeitung, daß sich nun alle, die von Gewaltfreieilendem Gehorsam hatten dies die GRÜNEN bereits getan. (...) Ihr habt mit Eurer Presseerklärung eine Politik eingeläutet, die die Kolleg/inn/en von der SPD besser können. Ihr werdet entzückt sein, wer Euch alles anerkennend auf die Schulter schlägt." (aus einem offenen Brief vom 11.6. an die Gemeinderatsfraktion, das Vertretungsgremium und das Landtagsbüro der Grünen in Freiburg)

Autonome Anti-Imperialistinnen: für uns waren die militanten angriffe selbst die politische bestimmung der

aktion. wir haben mit diesen angriffen selbstbestimmt den raum geschaffen, der es vielen ermöglichte, einmal aus der alltäglichen Ohnmacht von schule, maloché, ämterstress, sexismus und der ganzen entfremdungsscheiße auszubrechen. (...) durch das zusammenkommen von vielen bei der durchführung der aktion entstand bei uns eine ahnung, wie es sein könnte, wenn menschen zusammen kämpfen. dies vermittelte ein gefühl von stärke ... verschiedene identitäten kamen auf der straße zusammen, menschen, die für sich eh schon die trennungslinie gezogen haben, aber auch unzufriedene und menschen, die sich noch nicht entschieden haben, deren loyalität zum system zu bröckeln beginnt. gerade für diese menschen ist es wichtig mitzubekommen, daß es möglich ist, das gewaltmonopol des staates anzugreifen, widerstand zu leisten und die zukunft selbst zu bestimmen. (aus einem Flugblatt: "Zusammen kämpfen – Erklärung zu den militanten Angriffen zu Pfingsten in Freiburg" einiger autonomer antiimperialistINNEN)

Initiative Sozialistisches Forum: Wer sich, wie die Automen, auf die ordentliche Verfolgung der Interessen nicht einlassen mag, wer sich weigert, in den allgemeinen Schlachtruf des alternativen Biedermeier 'Kultur! Kultur!' einzustimmen, wer eine vernünftige Aversion dagegen hat, zum Schmiermittel des politischen Betriebs zu werden, wer darauf beharrt, gegen Herrschaft und Ausbeutung außer Widerspruch auch Widerstand zu mobilisieren – der muß umso genauer darauf achten, daß er nicht wider Willen selber zum Bestandteil des Spektakels wird, nicht selber nur einen etwas aufregenderen Beitrag zu alternativen Kultur leistet. Die absurde Behauptung jedoch, auf der Wilhelmstraße habe sich etwas aus dem Nichts "materialisiert", läßt ahnen, wohin die Vergötterung der Spontaneität führt. Darin schlägt der Wunsch 'etwas zu tun', um in die Sucht, nur immer 'irgend etwas zu tun zu haben', was dann natürlich nichts anderes sein kann, als ein ganz bestimmter, vom Zaun gebrochener Blödsinn.

Sie (die Grünen, d.Red.) haben den politisierbaren Rahm der Bewegungen abgeschöpft und denunzieren nun ihrerseits im Chor der Demokraten jeden, der keinen konstruktiven Vorschlag zu machen hat und überdies 'sprachlos' bleibt. Interessant, wie arglos die Grünen sich den Pater-Paulus-Slang vergangener Zeiten angeeignet haben. Aufschlußreich, wie dreist die 'Anti-Partei - Partei' darum rangelt, von der Gewalt sich zu distanzieren und als die wahre Agentur des Gemeinwohls sich auszuweisen. Bevor sie auch nur jemand darum fragt oder gebeten hat, erklären sie, "zur Solidarität zwingen" (BZ, 11.6.) ließen sie sich nicht. Wenn das Wilhelmstraßenspektakel einen Sinn gehabt hat, dann jedenfalls den, ein Schlaglicht auf den Charakter der Anti-Partei - Partei zu werfen: Mittlerweile rotiert sie nur noch, wenn es um die 'Gewaltfrage' geht.

... Wenn der plötzlich anberaumte Klippschulunterricht in staatsbürgerlichem Benimm ebenso zu Ende sein wird, wie das Nachbüffeln Kreuzberger Nächte, wenn überdies die Grünen aus dem Anfängerkurs ins politische Hauptseminar aufgefückt sind ..., dann wird, wie im letzten Jahr nach der Chaoten-Kampagne so auch diese Saison, wieder der Ruf nach einer kollektiven 'politischen Identität' der alternativen/autonomen Szene laut werden, nach einer 'ganz anderen Politik' verlangt werden. Die Vergangenheit ändert sich laufend, aber die Zukunft bleibt stets gewiß. (aus einem Flugblatt "Chaotische Gewalt, ordentlicher Zwang – Anmerkungen zu den 'Pfingst-Krawallen'")

Glasnost (Zentralorgan für Punk, New Wave und Avantgarde in Freiburg): Die Toleranz gegenüber militanten Widerstandsformen hat spätestens dort eine Grenze, wo gewalttätige Aktionen die konstruktiven Bemühungen anderer Teile der Alternativszene unterlaufen. Wenn jetzt die besetzten Häuser geräumt werden, dann haben sich das die militanten Besetzer selbst zuzuschreiben. ... Lieber ohne Politik ungestört Musik machen, als mit Politik die Musik kaputt gehen lassen. (Flugblatt vom 9.6.87)

DEMONSTRATION ZUM KNAST Samstag, 11.7. - 11 Uhr Bertoldsbrunnen

Überall in der BRD sind gegenwärtig die Folgen kapitalistischer Umstrukturierung zu spüren.

Baden-Württemberg spielt in diesem Zusammenhang eine Vorreiterrolle bei der Anpassung der Gesellschaft an die neuen Erfordernisse des Kapitalismus. Auch in Freiburg werden High-Tech Betriebe angesiedelt, wird die Uni immer weiter in den kapitalistischen Wertungsprozess integriert, und es werden rund um die geplante Kultur- und Tagungssstätte Stadteile völlig verändert, um Wohnraum für die gehobene Mittelschicht mit einer aufkommende Tagungsbesucher abgestimmten Infrastruktur zu verbinden.

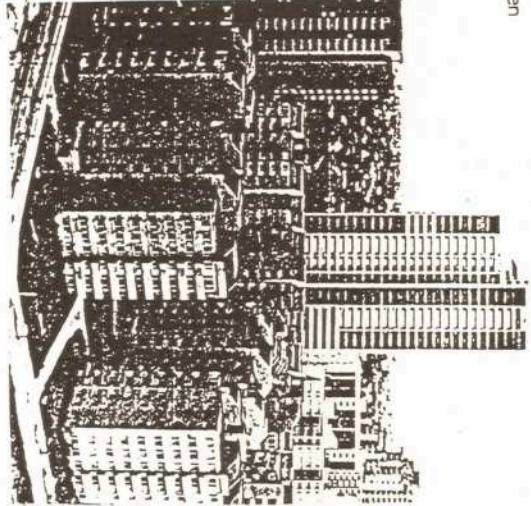
Die alteingesessene Bevölkerung der Stadtteile Grün, Sedanquartier, Stühlinger wird zu großen Teilen verschwinden müssen, zu schlechteren Bedingungen in die Wohngebiete der Stielungsgesellschaft am Stadtrand. Die stille Vertreibung der Mieter ist schon seit Jahren im Gange, über Modernisierungen, Sanierung und Mieterhöhungen.

Öffentlich sichtbar und spektakulär ist dagegen die Räumung besetzter Häuser Willstr.8 und 36, Schlossbergg.9-11 und der Wagenburg, die deutliche Mahnflagge dafür waren daß es einen Widerstand gegen diese Politik der Stadt gibt.

Es wundert uns nicht, wenn diese Zusammenhänge in der Artikel der Badischen Zeitung nicht erwähnt werden. Die BZ und andere Medien sind ein wichtiges Instrument der Herrschenden um Widerstand zu entpolitisieren und kriminalisieren. So wurde versucht, eine Stimmung zu schaffen, mit der die Stationierung von zwei neuen Einsatzhundertschaften und der seit vier Wochen andauernde Belagerungszustand im Grün durch die Bullen gerechtfertigt werden sollte. Zumindest die Stationierung neuer Hundertschaften hat nichts mit dem momentanen Widerstandszustand (dieser wurde nur zum Anlaß genommen, um die bereits seit langem geplante Stationierung neuer Bullen schnellströblich durchzusetzen), sondern ist Vorbereitung auf künftige soziale Auseinandersetzungen.

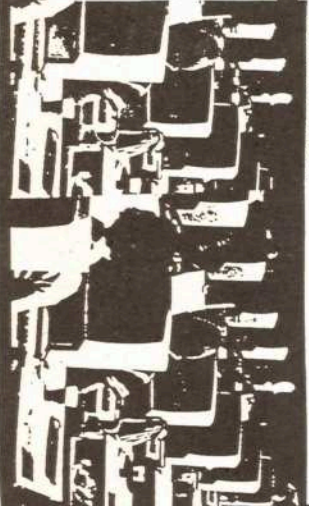
Wir sind nicht die einzigen, die Grund haben sich städtischer Umstrukturierungs- und Sanierungspolitik in den Weg zu stellen. Und daß es mehr werden, wissen die Herrschenden, da sich ihre Verwertungs- und Profitinteressen gegen die meisten Menschen die hier leben und arbeiten, richten.

Da ihnen bis jetzt die Isolierung, Spaltung oder Integration des Widerstands nicht gelungen ist, sich im Gegenteil immer mehr Leute dieser Politik widersetzen und ihre Solidarität zum Ausdruck bringen, wie sich auf den letzten Demos gezeigt hat, versuchen die Herrschenden nun den Ganzen mit verschärfter Repression belzukommen. Martialische Bulleneinsätze, Knüppelorgien, ständige Bullenpräsenz, vier Gefangene in den letzten Wochen sollen abschrecken und wieder Ruhe auf der Straße herstellen.



Nachdem die Bullen schon am Freitag den 26.06. versucht hatten einige hundert Demonstranten vor der Willi zu provozieren, ohne daß dies gelungen wäre, flogen am Samstag ein paar Flaschen und Kracher. Für die Bullen Anlaß genug, um mit Sonder Einsatzkommandos auf die Menge loszugehen. Es gab etliche Verletzte, neun Festnahmen, bis heute sind noch vier Leute in Haft. (Bei drei weiteren Leuten ist der Haftberehl lediglich außer Vollzug gesetzt).

Allen wird schwerer Landfriedensbruch vorgeworfen, d.h. sie sollen aus einer "Menschenmenge" heraus sog. "Straflieder" begangen haben. Der § 125 hat, eine lange Tradition und wurde neuaufgelegt in der politischen Straßengesetzgebung der 50-er Jahre und wird nur im Zusammenhang mit politischen Auseinandersetzungen angewendet. (wie z.B. auch in Wackersdorf)



Landfriede heißt aber immer nur der Friede der Herrschenden in diesem Land; ihr Friede ist unsere Unterdrückung. Ihre Mittel sind Medien, Polizei, Justiz... Auf der Straße wird geknüpelt. In den Medien wird das politische Klima dazu geschaffen und die Justiz demonstriert uns die absolute Verfügungsgewalt über die Gefangenen. Die Vorgehensweise der Justiz, zum einen diese willkürlich festgenommenen ohne Begründung in U-Haft zu stecken, zum anderen, bereits freigelassene wenige Tage wieder einzuknasten, soll die Gefangenen psychisch kaputt machen und uns draußen abschrecken und einschüchtern.



Die Gefangenen sind Geiseln in dem Sinne, daß die gemeine Alternative suggeriert wird. "Wenn wieder Ruhe in der Stadt herrscht, dann kommen vielleicht auch die Gefangenen wieder raus." Doch sie ist falsch, die Logik des Aparates ist eine ganz andere; wenn Ruhe herrscht gibt es keinen Grund mehr, jemanden laufen zu lassen und von selbst werden Staatsanwälte nicht mitleidig. Es ist gerade umgekehrt, das allerschlimmste für die Gefangenen ist die Grabesruhe draußen. Dies beweisen u.a. die Erfahrungen aus der Häuserkampf Bewegung 1981: nach der Räumung des Schwarzwalhofes wurden vier Leute in den Knast gesteckt. Dennoch wurde es in Freiburg nicht ruhig auf der Straße. Am Knast gab es immer wieder Demos und Aktionen, unter diesem Druck kamen die Gefangenen wieder frei, die U-Haft war ein reiner Einschüchterungsver-such gewesen. Dies ist auch jetzt so, denn unabhängig davon, ob die Staatsanwaltschaft stichhaltige Beweise hat oder nicht, liegt es in ihrem Güttdenken, ob sie versucht, die U-Haft durchzudrücken oder nicht.

Der Sinn jeder Haft ist es, den Selbstbehauptungswillen, d.h. die Identität des Gefangenen zu brechen. Ein wichtiges Mittel dabei ist die totale Abschottung der Gefangenen von der Solidarität draußen. Nehmen wir der U-Haft ihren Sinn, lassen wir die Gefangenen nicht isoliert, in dem wir uns nicht einschüchtern lassen und den Gefangenen massenhaft und lautsstark unsere Solidarität zeigen.



Sofortige Freilassung aller Gefangenen!
Einstellung aller Strafverfahren
Rückgabe der Häuser
Abzug der Besatzungsstruppen

-Solidarität mit den Gefangenen!

Es ist wichtig, daß alle Menschen, die Festnahmen beobachtet haben, Gedächtnisprotokolle anfertigen und diese beim Ermittlungsausschuß abgeben (Buchladen Josef Fritz), Gefangenen massenhaft Geld gespendet wird, denn die Gefangenen brauchen Kohle zum Einkauf von Obst, Tabak...

daß ihr den Gefangenen schreibt. Die Briefe können beim Ermittlungsausschuß abgegeben werden, daß mensch sich phantasievolle Aktionen überlegt

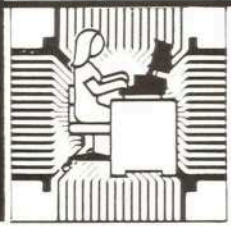
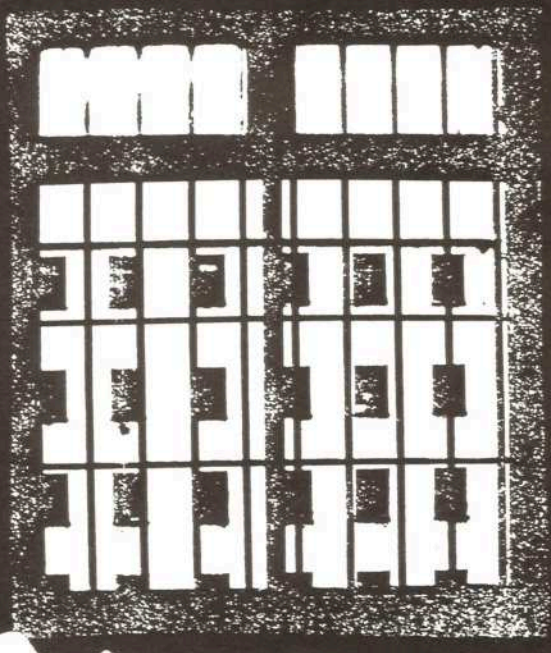
SAMSTAG 11.7.87

DEMO

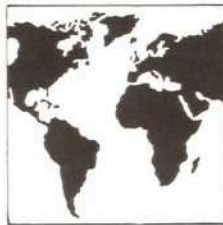
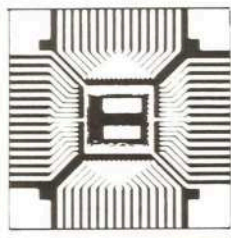


1100
BERTOLDSBRUNNEN

THEATERFESTIVAL
Bullen



Mikro-
elektronik
aus
Freiburg



für
die Märkte
der Welt.



ITT
INTERMETALL

SOLIDARITÄT MIT DEN
GEFANGENEN VOM 7.6. U. 27.6

GEGEN DIE STADTENTWICKLUNG DER
BANKENBÖHME, BULLEN

G E M E I N S A M
GEGEN WOHNRAUMZERSTÖRUNG
UND BULLENTERROR



JEDEN ABEND 21 UHR
-WILHELMSTRASSE